

12 octobre (NZZ)

<https://www.nzz.ch/wissenschaft/klimawandel-kipppunkte-wie-in-groenland-und-antarktis-sind-unklar-ld.1703494>

Eisschilde, Golfstrom, Regenwald: Wo und wann das Klima ins Kippen kommen könnte, ist umstritten

Beginnen die Gletscher Grönlands schon ab 1,5 Grad Erwärmung unaufhaltsam zu rutschen? Wissenschaftler können solche Fragen derzeit nicht genau beantworten. Immerhin gibt es jetzt aber eine Liste von Kipppunkten, über die sie debattieren.

Sven Titz

12.10.2022, 05.30 Uhr



Der schrumpfende Eisschild von Grönland zählt zu den sogenannten Kippelementen des Klimasystems.

Wer sein Fahrrad auf eine Bergkuppe schiebt und oben ankommt, kennt den Moment der Erleichterung: Auf einmal muss man nicht mehr schieben, das Rad rollt von ganz alleine. Aufsteigen – und ab geht die Post.

Solche Stellen gibt es auch beim Klima. Es handelt sich um die sogenannten «tipping points», zu Deutsch Kipppunkte. Sie zu erreichen, ist allerdings weit weniger erfreulich als bei einer Bergkuppe. Denn zu den Kennzeichen von Kipppunkten zählt es, dass eine markante Veränderung im Klima ausgelöst wird, die unumkehrbar ist.

Das klarste Beispiel für einen Kipppunkt, der durch den Klimawandel erreicht werde, sei das Aussterben einer Spezies, sagt Baylor Fox-Kemper von der Brown University in Providence. Der amerikanische Geowissenschaftler hat an wichtigen Passagen zu den Kipppunkten im letzten Uno-Klimabericht mitgeschrieben.

Zu den Kippelementen zählen nicht zuletzt die Eisschilde

Ob eine Tier- oder Pflanzenart verschwindet, hat vorwiegend lokale Folgen. Manche Kipppunkte sind aber weltweit spürbar. Als ein Beispiel nennen Forscher oft den Eisschild von Grönland. Der Gletscherpanzer der grössten Insel der Erde schrumpft seit Jahrzehnten. Doch ab einer bestimmten Temperatur, so nehmen Klimaforscher an, liesse sich dieser Prozess nicht mehr umkehren, selbst wenn die Erderwärmung rückgängig gemacht werden würde.

Der Prozess beschleunigt sich nämlich irgendwann selbst: Je niedriger der Eisschild, desto höher ist die Temperatur an der Oberfläche. Dann schneit es weniger, das Eis schmilzt zunehmend, und es rutscht immer schneller ins Meer. Der ganze Prozess dauert zwar Jahrtausende, doch schliesslich ist kein Eis mehr übrig und der Meeresspiegel um sieben Meter gestiegen.

Die Frage, wann solche kritischen Momente im Klima erreicht werden, treibt Wissenschaftler seit Jahrzehnten um. Die mit Kipppunkten verknüpften Risiken gelten als enorm hoch. Aber sehr gross ist auch die Ungewissheit.

Eine Studie, die im Wissenschaftsmagazin «Science» erschienen ist, hat die Diskussion nun erneut angeheizt. Schon bei einer Erwärmung um 1,5 Grad Celsius gegenüber dem vorindustriellen Niveau könnten mehrere Kipppunkte überschritten werden, heisst es [in dem Fachartikel](#), der auf einer Literaturrecherche beruht.

Der kritische Zeitpunkt könnte bereits zwischen 2030 und 2040 erreicht sein. Denn schon heute sind wir bei einer Erwärmung von 1,1 Grad angekommen, und die Temperatur steigt weiter – zuletzt kletterte sie mit einer Rate von 0,2 Grad pro Jahrzehnt.

Ab wann sterben die Korallenriffe und der Regenwald?

Es sieht also so aus, als würde das 1,5-Grad-Limit bald gebrochen werden. Zu den Kippelementen, die dann möglicherweise kritisch werden könnten, zählen die Forscher um David McKay von der Stockholm University die beiden Eisschilde in Grönland und in der Westantarktis. Unter pessimistischsten Annahmen sind die Schwellenwerte für deren dauerhaften Kollaps sogar heute schon überschritten.

Auch die Korallenriffe der niedrigen Breiten und die Permafrostböden im hohen Norden gehören nach Auffassung der Autoren zu den Kippelementen, deren Schwellenwert nahe ist. Andere hingegen sind weiter entfernt. Das Austrocknen des Regenwalds im Amazonasgebiet erwarten sie zum Beispiel bei Überschreiten einer Erwärmung um 3,5 Grad.

Wer die Aussagen in der «Science»-Studie mit dem letzten Bericht des Uno-Klimarats vergleicht, kommt allerdings ins Grübeln. Denn es springen etliche Unterschiede ins Auge.

9 Kipppunkte mit globaler Wirkung und 8 mit regionalen Folgen hat die Gruppe um McKay identifiziert. Das ist eine ganze Menge, jedenfalls sind es mehr als in dem Uno-Bericht. In manchen Fällen scheinen die Wissenschaftler die Definition ein Stück weit gedehnt zu haben, um ein kritisches Element des Klimasystems in ihre Liste aufzunehmen: Die Gebirgsgletscher ausserhalb der Polargebiete zum Beispiel werden normalerweise nicht zu den Kippelementen gezählt – jedenfalls nicht von den Autoren des Uno-Klimarats.

Die kritischen Schwellenwerte sind umstritten

Auch bei anderen Kippelementen gibt es Differenzen in der Einschätzung. Zum Beispiel eben bei den Eisschilden von Grönland und der Westantarktis: Die Forscher, die den Bericht des Klimarats verfasst haben, haben für den Kipppunkt keinen genauen Wert angegeben, aber sie setzen ihn deutlich höher an als bei 1,5 Grad. Selbst bei einer Erwärmung um 2 bis 3 Grad Celsius gebe es nur

wenige Indizien dafür, dass die polaren Eisschilde unwiederbringlich ins Rutschen kommen würden, schrieben sie.

Der Mitautor des Uno-Klimaberichts Fox-Kemper sieht zwei Gründe für die Unterschiede zwischen der Studie und dem Bericht. Zum einen handle es sich um eine Definitionsfrage: «Wir haben Dutzende von Stunden damit zugebracht, um uns über die wichtigsten Kippunkte zu einigen», sagt er. Die Gruppe um McKay verwende den Begriff in einem viel breiteren Sinne. Das verwässere allerdings seine Nützlichkeit.

Zum anderen habe das Autorenteam des Uno-Klimaberichts, anders als bei der Studie, nicht nur aus Spezialisten für Kippunkte bestanden; die Zusammensetzung sei breiter gefächert gewesen. Auch dadurch kann eine andere Beurteilung zustande gekommen sein.

Auch die Klimageschichte liefert Hinweise

Die Beurteilung ist jedenfalls nicht frei von Subjektivität. Das räumen die Autoren in ihrem Artikel auch wortwörtlich ein: Sie schreiben von «subjective expert judgment». Wie McKay erläutert, hatten er und seine Mitstreiter mehr Zutrauen in die Belege dafür, dass die Eisschilde bereits bei einer Erwärmung von 1,5 Grad eine Schwelle überschreiten könnten. Zum Teil liege das an neueren Studien zur Klimageschichte, die in dem Uno-Bericht nicht mehr berücksichtigt werden konnten.

Der Glaziologe Philippe Huybrechts von der Vrije Universiteit Brussel war massgeblich an entscheidenden Passagen des Uno-Klimarats zum Eisschild von Grönland beteiligt. Seiner Ansicht nach wollten die Autoren der «Science»-Studie ganz bewusst niedrigere Schwellenwerte betonen. Die Übersichtsarbeit sei ein bisschen politisch gefärbt. Die Berichte des Uno-Klimarats seien vorsichtiger gehalten. «Wir wollen unsere Aussagen ja nicht schon in fünf Jahren wieder revidieren», sagt Huybrechts. Was man über den Klimawandel wisse, sei klar und schlimm genug.

Die «Science»-Studie zeigt allerdings sehr deutlich, dass man über viele «tipping points» nur wenig weiss. Am grössten ist die Unkenntnis über die Tiefenzirkulation des Atlantiks, die manchmal auch als Golfstrom-System bezeichnet wird: Das kritische Limit für das dauerhafte Versiegen dieser Zirkulation kann gemäss McKay und seinem Team irgendwo zwischen 1,4 und 8 Grad Celsius liegen. Genauer weiss man es nicht. Das hat viele Gründe. Einer davon: Den Rechenmodellen für Ozeanströmungen mangle es noch an räumlicher Auflösung, sagt McKay.

Vergleichsweise gut kennen sich Forscher mit der Empfindlichkeit von Korallen der niedrigen Breiten aus. Der Schwellenwert, ab dem sich die marinen Organismen nicht mehr von den sich häufenden Hitzewellen erholen dürften, liegt zwischen 1 und 2 Grad Celsius Erwärmung. Allerdings handelt es sich hierbei um einen Klima-Kippunkt ohne direkte globale Folgen. Gibt es in der betroffenen Region keine Korallen mehr, leiden in erster Line die Ökosysteme, die von ihnen abhängen.

Eines dürfte sicher sein: Die neue Studie von McKay wird in den nächsten Bericht des Uno-Klimarats Eingang finden – ebenso wie zahlreiche weitere Studien, die zu diesem Thema in Zukunft erscheinen werden. Eine systematische Einstufung der Kippunkte habe in dem letzten

Uno-Bericht noch gefehlt, sagt McKay, und das sei eine zusätzliche Motivation für ihre Studie gewesen. Es handle sich um eine erste Einschätzung zu der Thematik. Er findet, dass zusätzliche Forschungsprojekte folgen sollten.

Zeitweise können Schwellenwerte überschritten werden

Eine kleine Hoffnung lässt sich den unzähligen Arbeiten zu Kippunkten immerhin auch entnehmen. Klimaforscher kennen das sogenannte «overshooting»: Manche Temperaturschwellen können eine Weile überschritten werden, ohne dass unaufhaltsame Entwicklungen in Gang kommen müssen. Allerdings ist die Menschheit gegenwärtig auf einem Pfad zu einer Erwärmung um 3 Grad Celsius im Jahr 2100, bei stärkeren Anstrengungen für den Klimaschutz vielleicht zu einer solchen um 2,5 Grad.

Beim Eisschild von Grönland zum Beispiel ist das «overshooting» jedenfalls theoretisch möglich. Verharrt die Temperatur ein paar Jahrzehnte lang über dem Schwellenwert, sind die Gletscher nicht gleich dem Untergang geweiht. Vorausgesetzt, es gelingt, die Temperatur rechtzeitig wieder unter das kritische Niveau des Kippunkts zu senken.

12 octobre (NZZ)

<https://www.nzz.ch/international/sterbehilfe-in-frankreich-warum-palliativmediziner-dagegen-sind-ld.1705464>

«Die Leute sagen: Wann und wie ich sterben möchte, geht nur mich etwas an. Das ist ein Trugschluss»

Emmanuel Macron möchte den Franzosen die aktive Sterbehilfe ermöglichen. Doch Widerstand regt sich ausgerechnet bei den Palliativmedizinerinnen. Ein Arzt erklärt, weshalb.

Nina Belz, Paris

11.10.2022, 11.46 Uhr



«Es gibt eine Nuance zwischen dem Wunsch, zu sterben, und dem Willen, den Tod herbeizuführen», sagt der Palliativarzt Vincent Morel.

Vincent Morel beschäftigt sich beinahe täglich mit einem Thema, das die meisten am liebsten weit von sich schieben: dem Ende des Lebens. Der 52-Jährige begleitet seit rund zwanzig Jahren Menschen zu Hause, im Heim oder im Spital während ihrer letzten Lebensstage. Inzwischen leitet er zudem die palliative Abteilung des Universitätsspitals in Rennes. Mit einer gewissen Beunruhigung verfolgt Morel die Debatte über eine Liberalisierung der Sterbehilfe in Frankreich, die seit dem Sommer Fahrt aufgenommen hat.

Präsident Emmanuel Macron hat bei mehreren Gelegenheiten deutlich gemacht, dass er die derzeitige Gesetzgebung reformieren will. Bis anhin ist in Frankreich nur die passive Sterbehilfe erlaubt. Der Präsident will bis Ende 2023 auch eine Form von aktiver Sterbehilfe möglich machen, in welcher Form, ist unklar. Bei Morel sorgen diese Pläne, wie bei Tausenden von Palliativmedizinerinnen, für Unbehagen. Er gehört der französischen Gesellschaft der Begleitung und der Palliativpflege (SFAP) an, die die Vorbehalte ihrer rund 16 000 Mitglieder in die Debatte trägt.

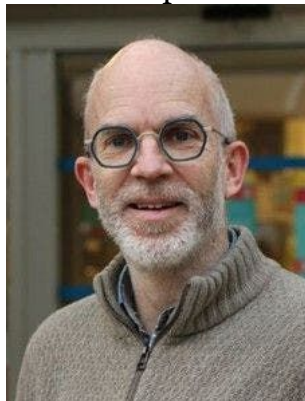
Professor Morel, Sie begleiten seit Jahren kranke Menschen an ihrem Lebensende. Hören Sie von diesen oft den Wunsch, zu sterben?

Leute wollen sterben, weil sie leiden, weil sie lebensverlängernde Massnahmen fürchten, weil sie Angst davor haben, zu leiden, oder davor, dass ihnen nicht zugehört wird. All diese Fälle werden durch Palliativpflege berücksichtigt. Wir wissen, dass dieser Wunsch verschwindet, wenn die Person richtig betreut wird und das Gefühl hat, ernst genommen zu werden.

Es gibt ausserdem eine Nuance zwischen dem Wunsch, zu sterben, und dem Willen, den Tod herbeizuführen. Ich hatte neulich eine Patientin, die sagte: Ich will sterben, aber Gott will offenbar nicht. Sie fand die Zeit lang. Sie hat sich aber nicht gewünscht, dass ich den Sterbeprozess

beschleunige. Sie wollte, dass ich ihr Leiden lindere. Die meisten Patienten sagen mir: «Ja, eines Tages wird der Tod kommen, es ist nicht schlimm. Aber verlängern Sie den Weg dorthin nicht.»

Die SFAP weist darauf hin, dass der Zugang zur Palliativpflege in Frankreich sehr ungleich ist und es in 26 Départements gar kein Angebot gibt.



Vincent Morel.

Ich habe einen etwas optimistischeren Blick als die SFAP als Organisation, ich habe die Entwicklung dieses medizinischen Zweigs eng begleitet. Frankreich hat in den letzten Jahren grosse Fortschritte gemacht – technisch, aber auch im Angebot. Vor zwanzig Jahren gab es nichts; im Studium gab es keine Vorlesungen dazu. Heute ist das Thema in die Grundausbildung integriert. Und ich würde sagen, dass heute zwei von drei Franzosen Zugang zu einem Angebot der Palliativpflege haben, zu Hause oder im Spital. Es gibt also immer noch Leute, die sterben wollen, weil sie leiden und weil sie nicht richtig gepflegt werden. Aber für mich kann die Lösung nicht darin liegen, dass man ihnen sagt: «Mangels Pflegeangebot können wir Ihren Tod herbeiführen.» Darum ist es sehr wichtig, dass man das Angebot der Palliativpflege ausbaut.

Sie sind gegen die Legalisierung der aktiven Sterbehilfe. Warum?

Ich und auch die SFAP sind gegen eine Mobilisierung der Palliativmedizin für die Sterbehilfe. Die Beihilfe zum Tod kann nicht die Fortsetzung unserer Arbeit, der Pflege, sein. Ich hatte bisher lediglich zwei Patienten, die in die Schweiz gegangen sind, um durch einen assistierten Suizid aus dem Leben zu scheiden. Und auch auf das ganze Land gesehen ist die Zahl derjenigen, die schliesslich nach Belgien oder in die Schweiz gehen, klein.

Aber offenbar befürwortet eine Mehrheit der Bevölkerung die Einführung einer Form der aktiven Sterbehilfe.

Die Umfragen wollen auf eine komplexe Frage eine binäre Antwort geben. Ich selber würde auf eine binäre Frage auch Ja sagen. Wenn man Sie fragt: «Wollen Sie würdig sterben?», oder: «Wollen Sie am Lebensende nicht leiden?», da sagen Sie Ja. Aber trotzdem glaube ich, dass man in diesen Umfragen den starken Wunsch nach mehr Autonomie und Freiheit herauslesen kann, den ich auch bei meinen Patienten wahrnehme. Es sind Zeichen einer Gesellschaft, die individualistischer ist: Das ist *meine* Wahl. Wann und wie ich sterben möchte, geht nur mich etwas an.

Sie sehen das anders?

Ja, das ist ein Trugschluss. Man kann nicht ganz frei sein, ohne die Freiheit anderer in irgendeiner Form einzuschränken. Eine solche Entscheidung geht auch das direkte Umfeld etwas an – und nicht nur.

Was meinen Sie damit?

Auch das medizinische Personal, das die Entscheidung zu Ende führen muss, ist davon betroffen. Oder noch ein anderes Beispiel: Ich habe Patienten, die an Morbus Charcot erkrankt sind und die keine Reportagen mehr über die Krankheit schauen können. Denn die handeln meistens von Personen, die in die Schweiz oder nach Belgien reisen, um zu sterben. Sie fragen sich, was ihr Leben noch für einen Sinn hat.

Der nationale Ethikrat scheint der Stimmung in der Gesellschaft Rechnung zu tragen. Er zieht in seinem jüngsten Bericht zum ersten Mal überhaupt eine Legalisierung der Sterbehilfe in Erwägung – wenn auch unter strengen Bedingungen.

Der Ethikrat unterscheidet zwischen der Euthanasie und der Beihilfe zum Suizid, und zwar genau in Bezug auf die Freiheit der Personen, die durch eine solche Entscheidung betroffen sind. Ich glaube, in der Gesellschaft herrscht Uneinigkeit darüber, was der Platz der Medizin in dieser Geschichte sein soll und auch welche Ethik darübersteht: die individualistische oder eine kollektive, die Rücksicht auf die Schwachen nimmt? Um nicht von der Subjektivität zu sprechen, die jeder dem Thema Lebensende entgegenbringt. Dies alles macht die Komplexität der Debatte aus.

Das hat offenbar auch Präsident Macron erkannt. Er will in den kommenden sechs Monaten 150 per Los ausgewählte Bürger über eine Liberalisierung diskutieren lassen, bevor ein Gesetz ausgearbeitet werden soll. Was halten Sie von dem Bürgerkonvent?

Das Wichtigste ist, dass man so viel wie möglich diskutiert. Das machen wir in dieser Form ja nicht zum ersten Mal. Aber ich stelle auch jedes Mal die Frage an den Gesetzgeber: Muss er dem Willen des Bürgers folgen, oder ist er da, um Orientierungspunkte zu geben? Ist das Gesetz für die Leute da, die stark sind – also jene, die sagen können, sie wollen sterben –, oder für die Schwachen, die nicht mehr sagen können, dass sie eigentlich leben wollen? Das ist eine schwierige Entscheidung.

Erlaubt Ihnen die heutige Gesetzeslage, Patienten so zu begleiten, wie diese das möchten und wie Sie als Arzt das richtig finden?

Ja, wir haben extreme Fortschritte gemacht. Die Rechte des Patienten sind seit 1999 in vier Gesetzesrevisionen gestärkt worden. Er darf lebensverlängernde Massnahmen ablehnen und hat als äusserste Massnahme das Recht, am Lebensende sedierende Medikamente zu erhalten, die ihm erlauben zu schlafen, um nicht zu leiden, bevor er stirbt. Und ich als Arzt finde im Gesetz Antworten auf jede Situation in der Pflege. Allerdings habe ich als Arzt – und vielleicht auch nicht als Mensch – keine Antwort für eine Person, die den Moment ihres Todes bestimmen möchte. Das geht über das Feld der Pflege hinaus. Wir diskutieren über eine gesellschaftliche Frage, die keine medizinische Antwort braucht – und ausserdem das Strafrecht angeht. In Frankreich steht übrigens nicht Suizid oder Beihilfe zu Suizid unter Strafe, sondern die Anstiftung zum Selbstmord oder unterlassene Hilfeleistung bei einer Person in Lebensgefahr. Sie sehen, das wird alles sehr komplex.

Es gibt mehrere Länder oder amerikanischen Gliedstaaten, in denen eine Form von aktiver Sterbehilfe möglich ist. Kennen Sie eine Regelung, die für Sie akzeptabel wäre?

Das Modell in Oregon ist vielleicht jenes, das am ehesten sowohl die Freiheit des Patienten als auch das Verbot des Arztes, jemandem das Leben zu nehmen, respektiert. Der assistierte Suizid ist dort sehr viel strikter geregelt als etwa in der Schweiz. Aber ich glaube nicht, dass Frankreich einfach ein existierendes Modell übernehmen kann – man sieht ja, dass jedes Land zu einer etwas anderen Lösung gekommen ist. Es geht darum, zu verstehen, wie sie entstanden sind, welches Modell auf welche Fragen Antworten gibt und wo die toten Winkel sind. Und dann muss man es an

unsere Bedürfnisse anpassen. Zum Beispiel ist der Paternalismus in der französischen Medizin immer noch ein bisschen präsent. Die Beziehung zwischen Patient und Arzt ist per se schon ungleich, da muss man ein Gleichgewicht finden.

Was wünschen Sie sich als Ergebnis der Bürgerdebatte?

Ich kann diese nicht vorwegnehmen. Aber im Idealfall hat der Arzt oder das medizinische Personal keine aktive Rolle in der Herbeiführung des Todes eines Patienten. Und ich hoffe, dass man nicht der Illusion verfällt, wonach eine Entkriminalisierung der aktiven Beihilfe zum Tod unsere Angst vor dem Sterben mindert. Man kann auf das körperliche Leiden einwirken, und sogar moralische oder spirituelle Leiden kann man lindern. Aber gegen die Trennungsangst, die wir alle in uns tragen, kann man nichts tun.

Falls die aktive Sterbehilfe in Frankreich legalisiert wird: Was gedenken Sie zu tun?

Es wäre für mich heute furchtbar und undenkbar, einen Patienten zu töten. Aber ich bin Arzt im öffentlichen Gesundheitswesen . . . Sollte es also eine Gesetzesrevision geben, so wünschte ich mir, dass es auf die Form des assistierten Suizids hinausläuft, in dem der Patient selbst sein Leben beendet. Ich denke übrigens, dass auch unser Ethikrat so denkt.

12 octobre (Le Monde)

https://www.lemonde.fr/idees/article/2022/10/12/iran-les-hommes-protestent-car-ils-savent-aujourd-hui-que-leur-propre-liberte-depend-de-celle-de-la-femme_6145400_3232.html

Iran : « Les hommes protestent car ils savent aujourd’hui que leur propre liberté dépend de celle de la femme »

Tribune

Nazanin Pouyandeh Peintre

L’artiste Nazanin Pouyandeh dénonce « l’oppression physique par le voile obligatoire » et rappelle que les femmes iraniennes nées juste après la révolution islamique ont eu une enfance volée par l’intégrisme religieux.

Publié aujourd’hui à 05h00, mis à jour à 05h00 Temps de Lecture 3 min.

Le soulèvement des jeunes femmes iraniennes qui fait suite à l’assassinat de Mahsa Amini par la police des mœurs pour le port incorrect du voile est aussi le mien. J’ai 41 ans. Je n’ai jamais connu la liberté de la femme dans mon pays. J’ai détesté le foulard dès mes 6 ans, le premier jour de l’école : deux mois plus tard, je développais un eczéma sur le crâne et perdais mes cheveux. Je me sentais laide, emprisonnée dans des tissus sombres puant le gasoil, avec un avenir qui s’annonçait aussi noir que le foulard.

J’ai fui en France en 1999, à l’âge de 18 ans, à la suite de l’assassinat politique de mon père, Mohammad Jafar Pouyandeh, à l’âge de 44 ans. Il était traducteur, écrivain et défenseur des droits de l’homme. Son exécution a fait partie d’une vague d’assassinats d’écrivains et d’intellectuels, organisée par les services secrets iraniens. Mon père avait consacré sa courte vie à traduire en persan depuis la langue française une trentaine d’ouvrages et une centaine d’articles sur l’inégalité des sexes et les droits de l’homme : évolution culturelle et sociale qu’il considérait comme indispensable pour que le peuple accède à la liberté par la conscience.

Les dernières années de sa vie, il avait été un membre actif de l’Association iranienne des écrivains, qui se battait pour la liberté d’expression. A cause de ses activités culturelles et intellectuelles et sa position ferme contre la censure, mon père était interrogé et menacé en permanence par les services de renseignement. Sa traduction de la Déclaration universelle des droits de l’homme en persan a été publiée une semaine après son assassinat. Ses meurtriers sont restés impunis. Certains ont aujourd’hui des postes importants au sein de la République islamique d’Iran. Sa mort est une plaie ouverte dans l’histoire de l’Iran et dans mon âme.

Mensonge accumulé

Depuis sa disparition, combien de fois ai-je entendu cette phrase : « *En Iran, la prochaine révolution viendra des femmes* » ? Combien de fois n’avons-nous pas cru que cela arriverait ? Mais, fatalement, le temps nous avait fait oublier le courage des Iraniennes, contraintes depuis la révolution usurpée de 1979 à se soumettre à ce symbole emblématique de la tyrannie du régime iranien : l’oppression physique par le voile obligatoire.

Quarante-trois ans d’arrestations et d’assassinats politiques, d’instrumentalisation des huit ans de guerre contre l’Irak, puis de pauvreté induite par les multiples embargos économiques internationaux ont totalement banalisé le déni des libertés élémentaires de la femme. « *Juste un foulard sur les cheveux n’était pas si grave finalement* », se disait-on. Un moindre mal puisque, dans les soirées privées, les filles s’habillent comme elles veulent. Mais le mensonge accumulé sur plusieurs générations devient forcément explosif tôt ou tard.

Aujourd’hui, les jeunes femmes sont le cœur de ce mouvement de révolte, et les jeunes hommes qui risquent leur vie à sortir dans la rue pour manifester parmi elles ne sont pas là seulement pour défendre le droit des femmes, ils protestent car ils savent aujourd’hui que leur propre liberté dépend de celle de la femme.

Logique réductrice

Les femmes iraniennes de ma génération, nées juste après la révolution, ont eu une enfance volée par la guerre et l'intégrisme religieux. Beaucoup ont quitté l'Iran. Ce passé douloureux et commun a bâti notre courage. Mes meilleures amies aujourd'hui sont les femmes iraniennes de mon âge, la plupart exilées comme moi, fortes, fières, ayant une mission de vie, presque toutes sans enfants, libres des conventions et des traditions, inventant chacune son propre chemin.

Moi, mon chemin a été de devenir peintre en France. La peinture est devenue ma voix de survie, ma mission, ma liberté. Mais j'ai subi pendant ce chemin une autre forme d'enfermement : dès mes études aux Beaux-Arts de Paris, j'ai fait le choix de refuser de me soumettre à la pensée politiquement correcte qui voudrait réduire mon art à une peinture féminine qui représenterait des femmes nues justement parce que je venais d'un pays musulman où on voile des femmes de force. Cette logique clichée, réductrice, trop facile à comprendre et finalement postcoloniale est aussi une forme d'enfermement artistique, un raccourci grossier.

Je défends une liberté absolue et l'imaginaire et l'inconscient collectif comme sources. J'ai toujours peint l'être humain libre, la femme est omniprésente dans ma peinture car j'en suis une. Elle cherche le sens de sa vie, elle se bat, elle se meurt, elle joue, danse, chante, elle fait la révolution, elle se construit... comme je le fais, et mes amies le font tous les jours, loin de tous les stéréotypes. Mon art est engagé par nature. Il n'a pas besoin de slogan politique pour exister.

Depuis le début du dernier soulèvement en Iran, l'assassinat barbare de mon père se réveille en moi plusieurs fois par jour, à chaque fois que je vois les innocents iraniens tués, en plein jour, dans les rues. Les femmes iraniennes qui se soulèvent aujourd'hui sans aucune arme portent ma voix. C'est le combat de plusieurs générations de femmes qui explose, le combat pour la liberté, le plus beau des combats. L'avenir de ce pays dépend de ce combat qui a été aussi celui de mon père.

Nazanin Pouyandeh est peintre et dessinatrice d'origine iranienne vivant à Paris

12 octobre (Le Monde)

https://www.lemonde.fr/idees/article/2022/10/11/la-prosperite-engrangee-depuis-la-chute-du-mur-de-berlin-est-elle-definitivement-remise-en-question_6145245_3232.html

« La prospérité engrangée depuis la chute du mur de Berlin est-elle définitivement remise en question ? »

Paix dans le monde, produits chinois à bas prix, énergie bon marché : ces trois piliers de la mondialisation sont aujourd'hui fragilisés, alerte Arnaud Leparmentier, correspondant du « Monde » à New York, dans sa chronique.

Chronique Arnaud Leparmentier New York, correspondant

Publié hier à 05h00, mis à jour hier à 05h00 Temps de Lecture 2 min.

En scrutant les catastrophes qui pourraient advenir, ce n'est pas un cygne noir qui apparaît, mais un vol de gerfauts. Partout, de mauvaises nouvelles, dont on se demande si elles marquent l'avènement d'une grande régression. La prospérité engrangée depuis la chute du mur de Berlin reposait sur trois piliers : les dividendes de la paix ; une Chine atelier-monde qui fournissait la planète à bas prix ; une énergie bon marché, inépuisable avec le gaz de schiste. Ces conditions favorables contenaient l'inflation et ont permis à de nombreux pays occidentaux de vivre à triple crédit – de la Chine, de la planète et des marchés. Cette mondialisation est-elle définitivement remise en question ? Trop tôt pour le dire, mais rien ne sera plus comme avant si une des trois ruptures majeures suivantes se réalise.

Le premier danger porte sur l'usage de l'arme nucléaire. Vladimir Poutine ne cesse d'en brandir la menace, et les dictateurs ont en général un défaut : ils font ce qu'ils annoncent. La menace n'est pas prise assez au sérieux : plus le président russe est aux abois, plus il risque de commettre l'irréparable.

Le second sujet concerne la Chine. L'invasion de Taïwan, voire son simple blocus, et la rupture avec Pékin qu'elle impliquerait, serait d'une autre aune que le conflit avec la Russie, qui a privé les Européens uniquement de gaz naturel, même pas de pétrole. Il est un risque plus diffus mais tout aussi dangereux, alors que Xi Jinping devrait renforcer sa dictature à la tête du pays lors du congrès du Parti communiste chinois (PCC).

La deuxième économie du monde va économiquement très mal, et le pacte du PCC avec le peuple chinois – nous vous assurons la prospérité, mais vous ne disposez pas de liberté politique – ne peut être durable si la première partie du contrat n'est plus respectée. Nul ne sait ce que signifierait une Chine en proie aux troubles intérieurs.

Troisième risque, un accident financier grave. Le « quoi qu'il en coûte » décidé au plus fort de l'épidémie de Covid-19 porte un nom, l'inflation. Pour la combattre, la Réserve fédérale (Fed) monte inexorablement ses taux. L'effet est rude aux Etats-Unis, mais risque d'être insupportable hors de leurs frontières, où [le phénomène se conjugue avec une envolée du dollar](#). Chacun a la hantise d'un accident comparable à la faillite de Lehman Brothers, qui fit s'écrouler en 2008 la planète finance, ou à la [faillite du Mexique en 1982](#). La catastrophe peut venir d'une banque – Crédit Suisse a fait l'objet de toutes les rumeurs – ou d'un pays, comme l'a montré [la déroute de la livre sterling après le plan de relance au Royaume-Uni](#).

Repli en bon ordre

Sur l'Ukraine, l'administration Biden a fait un quasi-sans-faute et évité les escalades dangereuses. Mais il va falloir trouver une porte de sortie. Le patron de Tesla et de SpaceX, Elon Musk, résume un sentiment croissant : « *Je suis un grand fan de l'Ukraine, mais pas de la troisième guerre mondiale.* »

Sur la Chine, l'administration Biden a été moins heureuse, tombée dans une diabolisation totale de Pékin, avec des décisions dont on ne sait si elles étaient réfléchies – le voyage de la présidente de la Chambre des représentants, Nancy Pelosi, à Taïwan. Il faut vivre avec la Chine, comme naguère avec l'URSS : découplage sur les sujets stratégiques (semi-conducteurs, ressources minières, etc.) et guerre froide sur le reste.

Enfin, la Fed est la gardienne des accidents financiers. Le repli se fait en bon ordre depuis près d'un an, mais les plus inquiets appellent à de nouveaux « accords du Plaza », du nom de cette réunion des banquiers centraux qui marqua, en 1985, la fin de l'envolée du dollar. C'était après de six ans de lutte contre l'inflation, de deux récessions américaines et d'une crise mondiale de la dette.

Le président de la Fed, Jerome Powell, va pour l'instant poursuivre son combat contre l'inflation, tout comme Joe Biden va être ferme face aux Russes et aux Chinois pour garder sa crédibilité. Mais les deux hommes ont aussi la tâche impossible de savoir faire mouvement pour éviter l'une des trois catastrophes annoncées.

Arnaud Leparmentier(New York, correspondant)

12 octobre (Contrepoints)

<https://www.contrepoints.org/2022/10/12/440520-penurie-de-carburant-la-cgt-et-fo-testent-leur-pouvoir-de-nuisance>

Pénurie de carburant : la CGT et FO testent leur pouvoir de nuisance

[Frédéric Mas](#)

C'est une pratique assez banale en France. Les grèves se déclenchent au pire moment, et les syndicats pénalisent les usagers pour tordre le bras des pouvoirs publics ou des employeurs.

Le pays est bloqué par des grévistes au pire moment possible. À l'appel de la [CGT](#) et de FO, les raffineurs de TotalEnergies et d'Exxon font grève pour obtenir des hausses de salaires.

La crise énergétique générant des « [superprofits](#) » pour les entreprises, certains veulent leur part du gâteau. Et pour cela, ils sont prêts à tout, y compris à prendre en otage les usagers pour arriver à leurs fins. Résultat : la pénurie de carburants s'installe partout en France.

Ce n'est pas tellement nouveau. C'est même en France une pratique assez banale. Les grèves se déclenchent au pire moment, et les syndicats pénalisent les usagers pour tordre le bras des pouvoirs publics ou des employeurs. On fait grève en pleine [crise sanitaire](#), au moment des départs en vacances, on menace de [polluer](#) irrémédiablement l'environnement ou de mettre à [l'arrêt des transports en commun](#) que l'État nous pousse à utiliser en dépit du bon sens.

Nuire, c'est peser politiquement

Chaque faction, chaque groupe d'intérêt, syndicat, organisation politique en France pèse politiquement par son pouvoir de nuisance. C'est en fonction de sa capacité à désorganiser le pays et à gêner la conduite du citoyen ordinaire qu'il est écouté, parce que la réponse de l'État est toujours la même : ses serviteurs font tout pour acheter la paix civile et neutraliser le pouvoir de nuisance des groupes d'intérêt spéciaux en les noyant dans les privilèges, les concessions et les transactions au détriment du plus grand nombre. Que ça soit les Cégétistes ou [les zadistes de Notre-Dame-Des-Landes](#), les démonstrations de force paient constamment, et l'État cède toujours devant la force brute, au détriment de conduite régulière de l'État de droit et des formes normales de démocratie représentative.

[Friedrich Hayek](#) parlait de ces groupes ou coalitions d'intérêt qui contestaient à l'État le monopole de la contrainte sur le collectif comme autant d'organisations « paragonementales », parasites et qui parce qu'elles sont mieux organisées que la majorité des citoyens, aboutissent plus facilement à leurs fins politiques. Hayek va cependant plus loin : la domination de ce genre de factions n'existe qu'au sein d'une démocratie où la loi n'est pas limitée par des droits fondamentaux strictement protégés.

À partir du moment où tous les biens et les services peuvent être l'objet de marchandage au sein des institutions politiques, le développement parasite des groupes de pression est inévitable¹.

Inversement, sanctuariser la justice, la propriété et l'État de droit permettrait en retour de neutraliser la tyrannie des factions politiques et leur parasitage institutionnel. Remettre l'ordre politique à l'endroit signifie aussi protéger la liberté pour tous.

1. Friedrich Hayek, *Droit, législation et liberté*, tome III

12 octobre (FAZ)

<https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/deutschland-ist-von-china-so-abhaengig-wie-einst-von-russland-18369822.html?premium=0xe5fa057264f648956f89971d953347ea&GEPC=s5>

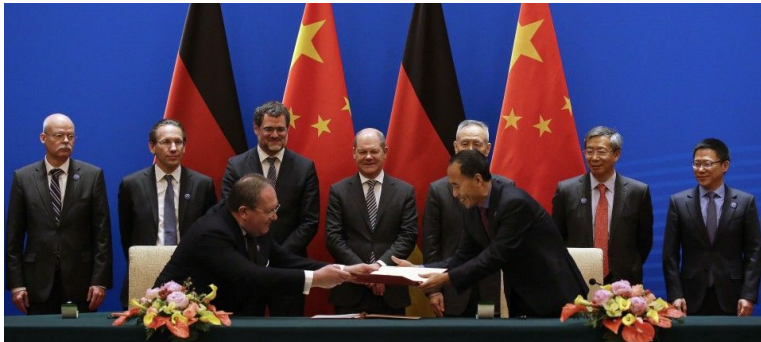
RIVALE IN FERNOST:

Deutschland an der chinesischen Kette

Heute ist Deutschland von China wirtschaftlich so abhängig wie früher von Russland. Die Grünen wollen das ändern. Der Kanzler hat es weniger eilig.

VON [HENDRIK ANKENBRAND](#) UND [KONRAD SCHULLER](#)

-AKTUALISIERT AM 11.10.2022-13:20



Olaf Scholz soll mit militärischen Ehren empfangen werden, wenn er am 4. November zum Staatsbesuch nach Peking reist. Das allein ist schon ein Zeichen hoher Wertschätzung. Noch größere Achtung aber zollen die Gastgeber ihm mit einer ganz anderen Vorzugsbehandlung. Sie ist in [China](#) so außergewöhnlich, dass nur wenige sie in den vergangenen drei Jahren genießen durften: Um die strikten Corona-Vorschriften umgehen zu können, sollen der Kanzler samt Entourage in eine „Blase“ gebracht werden. Dort haben nur hohe Kader Zutritt.

Das erste Mal kam das Blasen-Modell im Februar bei der Eröffnung der Olympischen Winterspiele zur Anwendung. Damals machte [Wladimir Putin](#) davon Gebrauch. Kurz bevor er die Ukraine überfiel, kündigte er damals an der Seite von Präsident Xi Jinping eine „grenzenlose Partnerschaft“ beider Länder an.

Dass Scholz nach drei Jahren chinesischer Isolation als erster westlicher Regierungschef nach Peking reist, sagt viel über das Verhältnis zwischen Deutschland und China. Noch symbolhafter aber ist, dass vor Kurzem schon ein anderer Deutscher im Privatjet nach China fliegen durfte und sich nicht isolieren musste: [Martin Brudermüller](#), Vorstandschef der BASF. Anfang September eröffnete der Chemiekonzern in Südchina ein gigantisches Werk.

Zur Feier ließ sich Han Zheng zuschalten, Mitglied des nur sieben Personen umfassenden Ständigen Ausschusses im Politbüro der Kommunistischen Partei. Das ist der höchste Machtzirkel Chinas. Diese besondere Aufmerksamkeit ist verständlich. Genau wie Volkswagen, BMW und Daimler steht [BASF](#) mit seiner zehn Milliarden Euro teuren Investition schließlich für die wachsende Abhängigkeit der deutschen Industrie von China.

Den Chinesen ist das nur recht. Die Bundesregierung aber will diese Abhängigkeit wegen der neuen Aggressivität in Chinas Außenpolitik eigentlich beenden. Wie das funktionieren soll, ist unklar. Die Volksrepublik ist Deutschlands wichtigster Handelspartner, und die BASF glaubt, dass bald zwei Drittel ihres weltweiten Wachstums aus China kommen werden.

Eine riskante Wette

Die Wette der Ludwigshafener geht jedoch nur auf, solange China sich nicht wie [Russland](#) verhält – also so lange, wie Xi keinen Angriff auf Taiwan befiehlt. Dass es vor dessen Küste schnell zum Krieg kommen könnte, wurde im Sommer klar, als Xi nach einem Taiwan-Besuch von Nancy Pelosi, der „Sprecherin“ des amerikanischen Repräsentantenhauses, wochenlang Militärmanöver vor der Insel abhalten ließ.

Sollte Taiwans Schutzmacht Amerika bei einem Angriff seine Verbündeten zu Sanktionen gegen Peking drängen, wie das jetzt schon im Fall Russlands geschieht, könnte das in China eine Hungersnot auslösen. Aber nicht nur das. Chinas Wirtschaft ist elfmal so groß wie die Russlands, und manche schätzen, dass sie in der Folge eines Kriegs um ein Viertel schrumpfen könnte. Für deutsche Konzerne wie BASF wäre das weitaus folgenreicher als der Ukrainekrieg.

Die Abhängigkeit der deutschen Wirtschaft beschränkt sich dabei nicht nur auf den chinesischen Absatzmarkt. China ist für Deutschland längst auch auf der Importseite unentbehrlich. Das Land liefert bis zu siebzig Prozent der seltenen Erden und Metalle, welche die deutsche Industrie braucht, und dazu eine Reihe essenzieller Vorprodukte. Eine Umfrage des Ifo-Instituts ergab unlängst, dass 46 Prozent der deutschen Unternehmen von Lieferungen aus China abhängig sind. Anders ausgedrückt: Wenn China nicht mehr liefert, steht jede zweite Produktionsanlage der deutschen Industrie still. Davon handelt ein ausführlicher Bericht im Wirtschaftsteil dieser Ausgabe.

Alte Fehler, neu gemacht

In China selbst wären neben den dortigen Niederlassungen der deutschen Chemieindustrie vor allem die Autokonzerne betroffen. Ihre Fabriken in der Volksrepublik erwirtschaften einen großen Teil ihrer weltweiten Gewinne. Der Volkswagen-Konzern, der in China vierzig Prozent seiner Autos verkauft, baut sich gerade in ein „deutsches Tesla“ um. Ohne die Gewinne aus China müssten in Wolfsburg Zehntausende Mitarbeiter gehen.

Das Berliner Forschungsinstitut Merics schreibt deshalb, ein möglicher Konflikt zwischen China und Taiwan sei vermutlich die größte Gefahr für die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland und China. Das kommt einem bekannt vor: Gegen alle Warnungen hat sich Berlin schon einmal von einem autoritären, militärisch aggressiven Staat abhängig gemacht. Jetzt zahlt es den Preis dafür. Wiederholt sich das jetzt in China?

Spätestens seit sich China am 4. Februar, als Putins Angriff auf die Ukraine schon absehbar war, an die Seite Russlands gestellt hat, gilt das Land in der EU nicht mehr nur als „Partner“ und „Wettbewerber“, sondern auch als „Rivale“, der wie Russland die Weltordnung ändern will. In Deutschland hatten die Ampelparteien deshalb schon in ihrem Koalitionsvertrag vereinbart, darauf mit einer neuen China-Strategie zu regieren. Von der ist allerdings noch nicht viel zu sehen – auch weil in der Ampel beim Thema China nicht alle einer Meinung sind.

Bei den Grünen sagen manche, in der [SPD](#) gebe es noch zu viel Rücksicht auf kurzfristige Wirtschaftsinteressen. Die chinakritische Passage im Koalitionsvertrag habe man nur „gegen erheblichen Widerstand der SPD hingekriegt“, und vor allem das Kanzleramt lasse nicht erkennen, „dass man diese neue Politik auch entsprechend umsetzen will“. Andere Grüne sagen zwar, insgesamt blinke die Ampel auch bei China im schönsten Dreivierteltakt. Aber selbst sie behaupten nicht, dass die Analysen von Rot und Grün wirklich im Einklang seien.



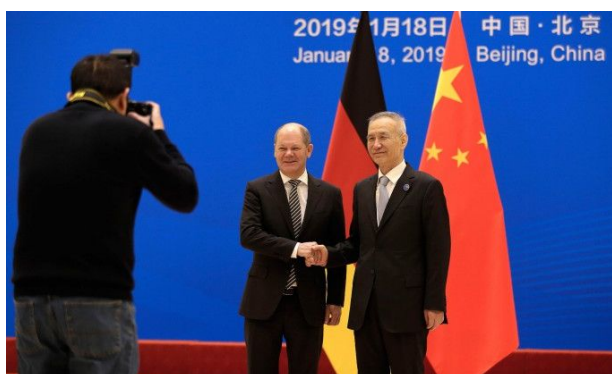
Kanzler kommen und gehen, Xi Jinping bleibt. Olaf Scholz begrüßt den chinesischen Präsidenten beim G20-Gipfel in Osaka. Damals, 2019, war er noch Finanzminister unter Angela Merkel. :Bild: Picture Alliance

Einer der schärfsten China-Kritiker bei den Grünen ist der Europaabgeordnete und frühere Parteivorsitzende Reinhard Bütikofer. Er erinnert daran, dass Xi bei seinem Treffen mit Putin im Februar Russlands „erpresserische Forderungen“ in Bezug auf die Ukraine gebilligt habe. Später habe Peking wegen des Taiwan-Streits mit Amerika den gemeinsamen Kampf gegen die Erderwärmung infrage gestellt. „China war damit das erste Land, das auf die Idee kam, Klimapolitik als Mittel des politischen Zwangs einzusetzen“, sagt Bütikofer.

Die Grünen wollen sich nicht erpressen lassen

Andere Grüne sehen das ähnlich. Außenministerin Baerbock hat unlängst daran erinnert, dass Peking alle Importe aus Australien blockiert hat. Solche Äußerungen zeigen, dass das Auswärtige Amt heute auch den „worst case“ nicht mehr ausschließt. Der käme, wenn China verbündete Länder wirtschaftlich erpressen würde und am Ende eines Handelskonflikts der ganze chinesische Markt wegbräche. Bei den Grünen hat man nicht vergessen, dass auch der Konflikt mit Russland so begonnen hat. Die Parlamentarische Staatssekretärin im Wirtschaftsministerium Franziska Brantner erinnert hier an den enormen Druck, den Russland jahrelang durch sein Erdgasmonopol auf die baltischen Staaten ausüben konnte. Damals habe man in Berlin gesagt: „Mit uns macht Putin das nie, dazu sind wir zu wichtig.“ Eine Fehlkalkulation. „Jetzt macht er das doch“, sagt Brantner.

Die Staatssekretärin hat daraus Schlüsse gezogen. Sie erinnert daran, wie China erst vor Kurzem Litauen wirtschaftlich drangsalierte, nachdem die Baltenrepublik in Sachen Taiwan, aber auch im Rahmen des chinesischen Großprojekts „neue Seidenstraße“ nicht nach Pekings Pfeife tanzen wollte. Brantners Chef, Wirtschaftsminister [Robert Habeck](#) von den Grünen, hat im September daraus gefolgert, Deutschland dürfe sich von China „nicht erpressen lassen“.



Olaf Scholz noch als Finanzminister mit Vize-Ministerpräsident Liu He im Jahr 2019 :Bild: AFP

Die SPD wählt hier eine andere Tonart. Weniger Dur, mehr Moll. Auch unter Sozialdemokraten gilt zwar die Formel, China sei nicht nur Partner, sondern auch Rivale, und der Parteivorsitzende Lars

Klingbeil hat erst im Juni der F.A.Z. gesagt, Deutschland dürfe von China nie so abhängig werden wie früher von Russland. Jetzt hat er auf Anfrage der F.A.S. noch einmal verlangt, „keine einseitige Abhängigkeit“ zuzulassen. Allerdings nehmen nicht alle in der SPD diese Fragen so ernst wie Klingbeil. Manche seiner Vorgänger haben schließlich nicht nur jahrzehntelang für viel Geld die Nähe zu Russland propagiert, sondern auch die zum Reich der Mitte.

Die Geschäfte des Rudolf Scharping

Es ist der Sommer 2021. [Rudolf Scharping](#), SPD-Vorsitzender zwischen 1993 und 1995, steht vor den Kameras des chinesischen Staatsfernsehens und gratuliert der Kommunistischen Partei zum hundertsten Geburtstag. Chinas Unterdrückungspolitik in Hongkong oder Xinjiang erwähnt er nicht. Besonders pikant: Der frühere SPD-Chef spricht nicht nur für seine Firma „Rudolf Scharping Strategie Beratung Kommunikation“, sondern auch, wie er sagt, als „Repräsentant der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands“.

In gewissem Sinne war das nicht falsch. Gerhard Schröder, Sigmar Gabriel, Martin Schulz – alle waren mal SPD-Chefs, und alle haben [Xi Jinping](#) ihre Aufwartung gemacht. Schröder war jahrelang für den Schweizer Ringier-Verlag, den Tunnelbohrer Herrenknecht und die Privatbank Rothschild in China unterwegs. Kurt Beck, ein weiterer gewesener SPD-Vorsitzender, geriet einmal in Rage, als Entwicklungshilfeministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul den Dalai Lama traf, also einen Mann, den Peking als Staatsfeind sieht.

Einmal pro Monat in China

Auch Angela Merkel von der CDU hat in ihrer Kanzlerschaft stets die Nähe zu China gesucht. In 16 Jahren reiste sie zwölfmal ins Reich der Mitte. Doch Scharpings Engagement dauerte noch länger. 2001 besuchte er als erster deutscher Verteidigungsminister Peking und erhielt eine Audienz bei Staatspräsident Jiang Zemin. Als Scharping in seiner Geburtstagsgratulation von 2021 im Duktus Mao Tse-tungs erklärte, China sei „aufgestanden“, erwähnte er stolz, er habe das Land „in den vergangenen 15 Jahren fast 200-mal“ besucht, also im Schnitt jeden Monat einmal.

Nachdem er 2006 sein Beratungsunternehmen gegründet hatte, schrieb die „Wirtschaftswoche“, er habe einen „Beratervertrag mit der Regierung in Peking“. Einen Fragenkatalog der F.A.S. zu diesem und anderen Themen hat Scharping nicht beantwortet. Er wollte auch nicht dazu Stellung nehmen, ob er regelmäßig First Class nach China geflogen sei. Das hatten Zeugen berichtet, die Scharping beim Einstiegen in die First Class gesehen hatten.

2020 dann verkaufte Scharping sechzig Prozent seiner Firma an den früheren SPD-Politiker Harald Christ, den der SPD-Kanzlerkandidat von 2009, Frank-Walter Steinmeier, als Wirtschaftsminister vorgesehen hatte. 2019 trat Christ aus der SPD aus. Scharping kennt er, seit er 17 war. In einem Interview sagte er einmal, der frühere SPD-Chef berate „seit vielen Jahren deutsche Unternehmen in China und umgekehrt“. Er fügte hinzu, auch wenn man Peking „stark kritisieren“ müsse, habe Berlin doch „ein großes wirtschaftliches Interesse“ an China.

Die SPD sucht Distanz

Starke Kritik ist indes Scharpings Sache nicht. Letztes Jahr sagte er, im Internet dürften Chinesen ungestraft „scharfe Witze“ über „Onkel Xi“ machen. Die Führung nehme das „mit einem Achselzucken zur Kenntnis“ – eine glatte Falschbehauptung. Zu seiner jährlichen „Deutsch-Chinesischen Wirtschaftskonferenz“ lud er Anfang September neben dem saarländischen SPD-Wirtschaftsminister Jürgen Barke auch den früheren SPD-Chef Gabriel ein. Martin Lessenthin von der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte sagte der F.A.S. jedoch, zugleich habe Scharping chinakritische Nichtregierungsorganisationen ebenso ausgeschlossen wie zwei Journalisten. „Rudolf Scharping sieht sie als Störfaktor an“, stellte der Menschenrechtsaktivist fest.

In der SPD sucht man Distanz. Eine Sprecherin schrieb der F.A.S., Scharping sei „vor über 25 Jahren“ Parteichef gewesen; die „privatwirtschaftlichen Tätigkeiten von ehemaligen Parteivorsitzenden“ bewerte man nicht. Diese Distanzierung ist nicht unglaublich. Scharpings späterer Erbe Klingbeil hat zum Beispiel erst vor Kurzem die Unterdrückung der Uiguren im Osten Chinas kritisiert.



Per Videoschaltung miteinander verbunden: der chinesische Staatspräsident Xi Jinping und Bundeskanzler Olaf Scholz im Mai :Bild: Picture Alliance

Dennoch klingt die Formel vom „Partner, Wettbewerber und Rivalen“ China bei der SPD deutlich milder als bei den Grünen. Es gibt Gründe für die Annahme, dass Scholz in diesem Dreiklang den Aspekt der Partnerschaft deutlich stärker betont als Baerbock und Habeck. Scholz sieht zwar die Risiken, die von China ausgehen, und er weiß auch, wie sehr Washington darauf dringt, Abhängigkeiten zu vermeiden.

Amerika gegenüber argumentiert er aber, dass ohne China viele globale Probleme nicht gelöst werden können. Das fängt seiner Ansicht nach mit dem Klimaschutz an und reicht bis zu Hunger und Corona. Wenn in Amerika manche verlangen, der Westen brauche eine komplette Entkopplung von China, tritt Scholz dem entgegen. Beim Arbeitgebtag im September wandte er sich in diesem Sinne „gegen alle diejenigen, die jetzt die Idee der Deglobalisierung nach vorne stellen“. Dann fügte er hinzu: „Wir werden das nicht tun.“

Kampf um den Hamburger Hafen

Am deutlichsten tritt der Unterschied zwischen Rot und Grün bei einem der größten chinesischen Einkaufsprojekte in Deutschland zutage – dem geplanten Einstieg der staatlichen chinesischen Reederei Cosco beim Containerterminal Tollerort im Hamburger Hafen. Die SPD, und hier vor allem auch der frühere Erste Bürgermeister der Hansestadt, [Olaf Scholz](#), ist dafür. Die Hamburger fürchten, wenn Cosco nicht wie gewünscht 35 Prozent des Terminals kaufen dürfe, werde China seinen Handel eben über andere Häfen abwickeln, und Deutschland hätte das Nachsehen.

Bei den Grünen weist man dagegen darauf hin, dass Peking seinerseits nicht im Traum daran denkt, Ausländern auch nur den geringsten Zugriff auf kritische Infrastruktur zu gewähren. Die Folgerung: Wer seinen Markt so strikt abschirmt wie China, darf nicht belohnt werden. Habeck hat erkennen lassen, dass er den Einstieg der Chinesen im Hamburger Hafen nicht genehmigen will.

SPD gegen Grüne – das Armdrücken ist im Gang. Die Vorschriften sagen zwar, dass die Federführung im Streitfall Cosco beim Wirtschaftsministerium liegt. Sie sehen aber auch vor, dass die Untersagung, die Habeck möchte, nur vom ganzen Kabinett gemeinsam beschlossen werden kann. Gemeinsamkeit ist nicht in Sicht. Als die Hafenfrage im Sommer auf Ebene der Staatssekretäre zur Sprache kam, waren zwar alle anwesenden Ressorts der Ampelregierung gegen den Einstieg der Chinesen – auch die unter Führung der SPD. Weil aber das Kanzleramt nicht nachgeben wollte, kam es zu keinem Beschluss.

Cosco und sein deutscher Wunschpartner, die Hamburger Hafen und Logistik AG, haben unterdessen mitgeteilt, dass sie die Entscheidung über das Geschäft bis zum Ende des Jahres vertagen wollen.

12 octobre (FAZ)

<https://www.faz.net/aktuell/finanzen/iwf-chefvolkswirt-gourinchas-was-macht-die-inflation-so-hartnaeckig-18378790.html?premium=0xcf867091b27c0139d2eae5535e7ea4bf&GEPC=s5>

IWF-CHEFVOLKSWIRT IM INTERVIEW:

„Die Menschen hassen Inflation“

VON [WINAND VON PETERSDORFE](#), WASHINGTON

-AKTUALISIERT AM 11.10.2022-15:00



IWF-Chefökonom Pierre-Olivier Gourinchas warnt die Notenbanken davor, die Zinsen zu langsam zu erhöhen. Und macht auch für Deutschland eine Vorhersage.

Herr Gourinchas, die Inflation liegt bei 8 Prozent in den [USA](#), bei 10 Prozent in Europa und in Schwellenländern. Wann werden wir wieder in normalen Zeiten leben.

Normal ist eine Teuerungsrate in der Nähe von 2 Prozent. Es wird noch eine Zeit dauern, bis wir dahin zurückkehren. Wir prognostizieren, dass die globale Inflation im Jahr 2024 noch 4 Prozent betragen wird, in den Industrieländern etwas weniger. Wir rechnen damit, dass der Höhepunkt noch in diesem Quartal erreicht wird. Sie bleibt aber hartnäckig.

Was macht die [Inflation](#) so hartnäckig? **Vor wenigen Monaten hieß es noch, sie sei ein Übergangsphänomen. Und warum ist sie plötzlich auf der ganzen Welt?**

Drei Faktoren spielen eine Rolle: Vor einem Jahr zeigte sich die Inflation schon. Sie wurde auf die Erschütterung von **Lieferbeziehungen infolge der Pandemie** zurückgeführt. Dann wurde klar, dass die **Ausgabenprogramme der Regierungen** ein Faktor waren. Sie lösten eine hohe Nachfrage nach Gütern aus, die wegen der Pandemie knapp waren. Dann kam die **Energiekrise**, die nach der russischen Invasion die Preise durch die Decke gehen ließ in verschiedenen Teilen der Erde. Die Lebensmittelpreise stiegen ebenfalls, weil die Kriegsparteien großen Lebensmittelproduzenten sind. Schließlich brauchte es Zeit für die richtige Diagnose. **Deshalb haben die Zentralbanken zunächst nicht entschlossen reagiert.** Sie waren spät dran. Wir im IWF waren aber ebenfalls hinterher.

Warum lagen nahezu alle Zentralbanken falsch.

Gegenfrage: Wie oft haben wir eine Pandemie, die die Welt teilweise zum Stillstand bringt, und vor allem in Industrieländern einen großen fiskalischen Stimulus auslöst? Wie kalkuliert man den Wiederbeginn des Wirtschaftslebens? Da fehlten Erfahrungen.

Einige allerdings hatten gewarnt, etwa der ehemalige US-Finanzminister und Präsidentenberater [Larry Summers](#).

Ja, einige Stimmen gab es.

Jetzt melden sich prominente Stimmen wie [Paul Krugman](#) und [Joseph Stiglitz](#) mit der Analyse, dass der Höhepunkt der Inflation schon hinter uns liegt und dass die Zentralbanken die Straffung der Geldpolitik zu übertreiben drohen.

Ich wundere mich ein bisschen darüber. Wir sind zuletzt wiederholt überrascht worden, wie hoch die Inflation gestiegen war, wie stark sie sich über Güter und Dienstleistungen hinweg ausgebreitet hat und wie hartnäckig sie sich zeigt. Selbst wenn die Inflation ihren Höhepunkt erreicht hat, dann doch unter der Annahme, dass die Zentralbanken die Geldpolitik entschlossen straffen. Wer glaubt, die Zentralbanken drosseln zu stark, ist ein bisschen zu optimistisch. Wir sehen ein großes Risiko: Wenn sich die Zentralbanken schon wieder irren, dann könnten die Inflationserwartungen ins Rutschen kommen.

Die Glaubwürdigkeit der Zentralbanken steht auf dem Spiel?

Ja, und das ist ihr wichtigstes Vermögen. Deshalb sind sie unabhängig. Sie sollen für Preisstabilität sorgen. Die Inflationserwartungen dürfen nicht ins Rutschen kommen.

Was ist daran so gefährlich?

Vergegenwärtigen Sie sich, wie es gewesen wäre, wenn sie vor ein paar Jahren als Geschäftsmann Lohnverhandlungen in Deutschland geführt hätten. Sie hätten nicht lange über Inflation nachgedacht, sie lag meistens unter 2 Prozent. Als Geschäftsmann in Argentinien hätten sie zur selben Zeit hart darüber nachdenken müssen, wie die hohe Teuerung ihre Kosten und Einnahmen beeinflusst. Die Menschen hassen Inflation. Sie wollen nicht ihre mentale Energie darauf verwenden. Wir wollen alle eine Welt, in der wir uns um Inflation nicht kümmern müssen. Ich werde nicht vorgaukeln, dass wir genau wissen, wie Inflationserwartungen sich entwickeln und wie stabil sie sind. Wichtig ist, die Menschen davon zu überzeugen, dass sie sich um Teuerung nicht sorgen müssen.

Gibt es Länder, in denen die Inflation außer Kontrolle ist?

Argentinien wurde schon erwähnt. In der Türkei nähert sich die Inflationsrate 100 Prozent. Die Währung verliert an Wert, während die Geldpolitik weiter locker bleibt und das Problem nicht angeht. Die Lage ist brenzlich.

Haben die Vereinigten Staaten mit ihrer großzügigen Fiskalpolitik Inflation in die ganze Welt exportiert?

Die USA waren nicht die einzigen. Großbritannien und auch EU-Länder hatten ebenfalls große Hilfspakete auf den Weg gebracht, von denen wir nun wissen, dass sie zur Inflation beigetragen haben. Wir leben in einer globalen Wirtschaft, in der solche Effekte sich nun einmal in andere Länder übertragen: Die amerikanischen Konsumenten haben gewiss Preise nach oben getrieben. So ist es nun einmal einer globalen Wirtschaft. Ereignisse an einem Ende der Welt haben Auswirkungen am anderen Ende der Welt. Das ist weder gut noch schlecht.

Erscheint die vielfach aufgespießte Inflationsneurose der Deutschen im Lichte aktueller Ereignisse weniger neurotisch?

Ich würde sagen, die Deutschen lernen gerade, dass eine Inflationsrate von knapp elf Prozent nicht erfreulich, aber auch nicht das Ende der Welt ist. Andere lernen jetzt, dass Inflation wirklich schlecht ist. Sie schadet den Armen überproportional, sie bringt Unsicherheit über die Kaufkraft und sie ist eine verdeckte Besteuerung. Das betrifft die Leute wirklich. Sie muss heruntergebracht werden.

Warum ist die deutsche Wirtschaft in schlechterem Zustand als die meisten Industrienationen.

Die Energiekrise fordert einen hohen Tribut. Die Exportnation Deutschland ist stark von Energieimporten abhängig, deren Preise wegen des Krieges und der Sanktionen durch die Decke

gingen. Das hat möglicherweise Einfluss auf das Geschäftsmodell des Landes. Einige Industriezweige sind besonders hart getroffen. Wir sagen vorher, dass Deutschland im kommenden Jahr in die Rezession rutscht. Seine Wirtschaftsleistung schrumpft 2023.

Gibt es noch andere Faktoren, die auf Deutschland lasten?

Die Kerninflation ohne Energie ist ebenfalls hoch und schmälert die Kaufkraft. Nun strafft die EZB die Geldpolitik mit dem Effekt, dass Hypothekendarlehen teurer werden und Zinsen für Geschäftskredite steigen.

Ist eine weiche Landung noch möglich? Bekommen wir die Inflation ohne **Rezession** weg?

Die Hoffnung stirbt zuletzt. Aber wir halten das für zunehmend unwahrscheinlich, vor allem für die EU. Für die USA ist es nicht völlig ausgeschlossen. Wir haben hier einen unglaublich starken Arbeitsmarkt mit einer Arbeitslosenquote von 3,5 Prozent. Wenn es gelänge, die Inflation zu bändigen, indem man die Arbeitslosigkeit um 2 Prozentpunkte erhöhte, dann wäre das immer noch nicht dramatisch. Aber ich bezweifle, dass wir zu einer solchen Feinsteuerung in der Lage sind.

Welcher Aspekt hat Sie am meisten überrascht, als Sie die Daten für den Weltwirtschafts-Ausblick zusammengetragen haben.

Mich haben die Schwellenländer überrascht, die sich als überraschend robust erwiesen haben. Immerhin haben die Industrieländer die Leitzinsen von null auf knapp 3 Prozent angehoben und damit die Finanzkonditionen spürbar verschärft. Weitere Schritte stehen bevor. Die Aktienmärkte und die Anleihenmärkte brachen ein, während der Dollar stärker wurde. Und trotzdem verzeichnen die Schwellenländer weder eine Finanzkrise noch andere schwere Einbrüche. Die Länder haben ihre Geldpolitik und ihre Rahmenbedingungen verbessert. Der starke Dollar tut ihnen weh, aber er hat noch keine Kapitalflucht in sichere US-Anleihen ausgelöst. Die Investoren halten still, und das ist gut so.

Warum ist der Dollar so stark?

Er ist vor allem stark gegenüber den Währungen der Industrieländer, gegenüber dem Euro, dem Yen und dem Pfund aus jeweils unterschiedlichen Gründen. Einige Länder wie Japan haben ihre Geldpolitik nicht gestrafft im Gegensatz zur Federal Reserve. **Wer jetzt US-Staatsanleihen kauft, der bekommt 4 Prozent Zinsen, während Investitionen in japanische Bonds null Zinsen bringen.** Das erklärt die Kluft. **Europa dagegen wird durch den „Terms of Trade“-Schock, den plötzlichen Preisentwicklungen bei Energie und Lebensmitteln, geschwächt.** Das macht eine Neubewertung des Euro gegenüber dem Dollar nötig. Was wir bisher nicht sehen, ist eine Flucht in den sicheren Dollar-Hafen. Kapitalflucht erklärt die relative Dollar-Stärke nicht. Sie ist nicht ausgeschlossen und wir sind darüber besorgt. Aber noch sehen wir sie nicht.

Viele Länder haben in der Pandemiekrise mehr Schulden angehäuft, als verdaulich erscheint. Erwarten Sie deshalb ein Comeback der Austeritätspolitik?

Wir sind bestimmt nicht dafür. Eine Reihe von Ländern braucht eine Form der Restrukturierung der Schulden, weil das Niveau nicht nachhaltig ist. Das heißt, weder Steuerzahlungen noch Sparprogramme reichen, um die Schulden auf Dauer zu bedienen. Dafür sind komplizierte Diskussionen zwischen Gläubigern und Schuldern nötig. Für die ärmsten Länder gibt es da ein „Common Framework“ mit kleinen Fortschritten. Da muss mehr geschehen, damit die Länder wieder auf die Füße kommen. Andere Länder haben ihre Finanzpuffer in der Pandemiekrise aufgezehrt. Die Puffer müssen wieder aufgefüllt werden nach der Krise. Das lehrt die Krise. Länder mit finanziellem Spielraum konnten ihre Bürger und Unternehmen besser schützen.

Bei all den düsteren Vorhersagen für die kommende Zeit, haben sie wenigstens eine positive Botschaft?

Ja. Die Kooperation, die die Weltgemeinschaft an den Tag gelegt hat, um die Pandemie zu bändigen, wird ungenügend gewürdigt. Die kollektive Zusammenarbeit, um die Menschen zu schützen, die Impfstoffe und Therapien zu entwickeln, zu produzieren und zu verbreiten, war einmalig. Alle Hinweise deuten darauf hin, dass wir ein menschliches Desaster abgewendet haben. Wir haben damit gezeigt, dass wir zusammen arbeiten können, um uns auch anderen großen Herausforderungen wie Kriegen oder der Klimakrise zu stellen.

12 octobre (FAZ)

<https://www.faz.net/aktuell/wissen/globale-energiewende-un-fordern-massiven-ausbau-der-erneuerbaren-18379084.html?premium=0x68b103571652e3ce2eb3f655f5c8c01b&GEPC=s5>

Globale Energiewende:

UN fordern massiven Ausbau der Erneuerbaren

VON [JOACHIM MÜLLER-JUNG](#)

-AKTUALISIERT AM 11.10.2022-14:28



Solare Expansion gefordert: Die UN setzen vor allem auf günstigen Sonnenstrom. Bild: dpa

Solarpanels für deutsche Lärmschutzwände und wenig Hoffnung für Atomkraft: Die UN drängen Regierungen zur globalen Energiewende bis 2030.

Wenige Wochen vor dem Klimagipfel in Ägypten erhöhen die zuständigen UN-Organisationen mit einem [gemeinsamen Papier](#) zur globalen Energiewende den Druck auf die Vertragspartner des Pariser Klimaabkommens. In den nächsten acht Jahren müssten sich die Erträge aus regenerativen Energiequellen weltweit verdoppeln und die Investitionen in klimaverträgliche Strom- und Wärmeproduktion bis 2050 verdreifachen, wenn die Klimaneutralität bis zur Jahrhundertmitte noch erreichbar bleiben soll. 26 Organisationen haben für den von der Weltmeteorologiebehörde WMO präsentierten Energie-Bericht „State of Climate Services“ zusammengearbeitet.

Zu den zahlreichen konkreten Vorschlägen, wie die Umsteuerung zu einer erneuerbaren Energieversorgung gelingen soll, gehört die – theoretische - Aufrüstung der Lärmschutzwände an deutschen Autobahnen und Bahnstrecken. In einer vom Deutschen Wetterdienst und einigen Instituten des Bundesverkehrsministeriums vorgenommene Studie kommen die Autoren zu dem Schluss, dass mit dem Anbringen von Solarpanels an den dafür geeigneten Lärmschutzwänden gut 1400 Gigawattsstunden an Sonnenenergie gewonnen werden könnten – eine Stromproduktion, die künftig jeweils ein Jahr lang rund 450.000 Haushalte versorgen würde. Grundlage der Analyse waren hochaufgelöste Satelliten- und Temperaturdaten des Wetterdienstes, die die Entwicklung seit den achtziger Jahren erfassen und in die Abschätzung künftiger Energiepotentiale eingeflossen sind.

Neben einigen neuen Ansätzen in der Energiepolitik steht in dem UN-Bericht die Forderung nach schnellem Handeln im Vordergrund: „Es bleibt keine Zeit mehr zu warten“, heißt es mit Blick auf die derzeit rapide sich verschlechternde Situation, die sich keineswegs nur auf die Energieversorgungsengpässe und Konflikte bezieht. Durch die Erderhitzung verschärfen sich die Probleme für die installierten und derzeit aufgebauten Energiekapazitäten zusätzlich. 87 Prozent der Stromproduktion aus Heiz-, Wasser- und Atomkraftwerken sei auf die Verfügbarkeit von Frischwasser angewiesen, aber schon jetzt lägen ein Drittel der Heizkraftwerke in Gebieten, die einen Großteil des Jahres unter Wasserdefiziten leiden. Das gleiche gelte für jedes zehnte Wasserkraftwerk und für 15 Prozent der Atomkraftwerke. In zwanzig Jahren werde ein Viertel aller Atomkraftwerke in Wassermangelgebieten liegen.

In den nächsten zehn Jahren wird dem Bericht zufolge eine Steigerung des globalen Energiebedarfs um 30 Prozent erwartet. Der Energiesektor verursacht rund drei Viertel aller Treibhausgasemissionen weltweit. Gleichzeitig jedoch zögert ein Großteil der Pariser Vertragsstaaten, neue Initiativen für eine Energiewende zu starten. Der UN-Klimabericht spricht von einer besorgniserregenden „Emissionslücke“, die sich rasch vergrößert. Um die Zwischenziele für 2030 zu erreichen, müssten die gegenwärtigen Treibhausgas-Emissionen bis dahin um mindestens 70 Prozent reduziert werden. „Trotz der Klimarisiken haben lediglich vierzig Prozent der Regierungen in ihren nationalen Klimazielen Pläne vorgelegt, den Energiesektor auf klimafreundliche Lösungen anzupassen, und die Investitionen sind entsprechend gering bisher“, so heißt es in dem Bericht.

Bis 2030 müssten mindestens 7,1 Terrawatt aus erneuerbaren Energiequellen installiert sein. Bisher ist trotz einer Dynamik in den letzten Jahren nicht einmal die Hälfte davon erreicht. Vor allem Afrika, das derzeit weniger als zwei Prozent der weltweiten Energieinvestitionen erreicht, müsse stärker in den Blick genommen werden. Dort sei aus vielerlei Gründen eine klimafreundliche Energieproduktion günstiger zu erreichen. Sechzig Prozent der solarfreundlichsten Standorte zur Energieproduktion liegen dem Bericht zufolge auf dem afrikanischen Kontinent, der Anteil Afrikas an der installierten Solarstromkapazität liegt derzeit jedoch erst bei einem Prozent.

12 octobre (FAZ)

<https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/wie-nancy-faeser-auf-die-steigenden-fluechtlingszahlen-reagiert-18379928.html?premium>

STEIGENDE FLÜCHTLINGSZAHLEN:

Die Kommunen sind am Limit – und nun?

VON [HELENE BUBROWSKI](#), BERLIN

-AKTUALISIERT AM 11.10.2022-18:35



Geflüchtete aus der Ukraine warten an einem überfüllten Bahnsteig in Laatzen auf die Weiterfahrt zum Hauptbahnhof in Hannover. Bild: dpa

Die Zahl der Flüchtlinge steigt, die Lage in den Kommunen ist angespannt. Welche Maßnahmen ergreift der Bund? Wie läuft die Verteilung innerhalb Deutschlands? Und gibt es finanzielle Zusagen des Bundes an die Länder? Ein Überblick.

Wie viele Ukrainer sind seit Kriegsbeginn nach Deutschland gekommen?

Das Ausländerzentralregister weist derzeit gut eine Million **Flüchtlinge** aus der Ukraine aus. Nur Polen hat mit 1,4 Millionen noch mehr Ukrainer aufgenommen, in Frankreich dagegen sind nur etwa 105.000 Flüchtlinge aus der Ukraine angekommen. Ob sich die registrierten Flüchtlinge allerdings noch in Deutschland aufhalten, weitergereist oder zurückgekehrt sind, lässt sich mangels entsprechender Kontrollen nicht ermitteln. Die Anzahl der Russen, die aufgrund der Teilmobilmachung Asyl in Deutschland beantragt haben, ist sehr gering. Seit dem 24. September hat nur eine einstellige Zahl russischer Staatsangehöriger mit dieser Begründung Asyl in Deutschland beantragt.

Warum gibt es keinen europäischen Verteilungsschlüssel?

Weil die Mitgliedstaaten das nicht vereinbart haben. In der europäischen Massenzustromrichtlinie, die die **EU** kurz nach Kriegsbeginn aktiviert hat, ist in den Erwägungsgründen ausdrücklich die Rede von der Notwendigkeit eines Solidaritätsmechanismus, damit die Belastungen ausgewogen auf die Mitgliedstaaten verteilt werden. Nach Artikel 11 soll Sekundärmigration von einem Staat, der bereits Schutz gewährt, in andere Mitgliedstaaten verhindert werden. Doch die EU hat entschieden, diese Regelung nicht anzuwenden, da nach Kriegsbeginn die Überzeugung herrschte, dass sich die Flüchtlinge relativ gleichmäßig verteilen würden.

Wie läuft die Verteilung innerhalb Deutschlands?

Das **Bundesamt für Migration und Flüchtlinge** (BAMF) verteilt die ankommenden Flüchtlinge nach dem Königsteiner Schlüssel auf die Länder. Im sogenannten FREE-System können Länder, deren Aufnahmequote erfüllt ist, sich vorübergehend sperren lassen, dann werden ihnen keine weiteren Flüchtlinge zugewiesen. Es ist nicht ausgeschlossen, dass sie sich auch sperren lassen, wenn es an Aufnahmekapazitäten fehlt.

Welchen rechtlichen Status haben die Flüchtlinge aus der Ukraine?

Ukrainische Flüchtlinge müssen kein Asyl in Deutschland beantragen. Aufgrund der Aktivierung der Massenzustromrichtlinie greift Paragraph 24 des Aufenthaltsgesetzes, der ihnen ein Aufenthaltsrecht gewährt. Die EU hat diesen besonderen Schutz am Montag um ein Jahr bis März 2024 verlängert. Für Drittstaatler mit Wohnsitz in der Ukraine gilt im Prinzip dasselbe, es sei denn, dass sie sicher und dauerhaft in ihr Heimatland zurückgeschickt werden können.



Verspricht den Kommunen Hilfe: Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) am 11. Oktober zusammen mit Städtetagspräsident Burkhard Jung und dem bayerischen Innenminister Joachim Herrmann (CSU) in Berlin :Bild: dpa

Welche Leistungen bekommen die Flüchtlinge?

Seit dem 1. Juni haben Flüchtlinge aus der Ukraine, die einen Titel nach Paragraph 24 des Aufenthaltsgesetzes beantragt haben, Anspruch auf Grundsicherungsleistungen (Hartz IV), der Basissatz beträgt 449 Euro. Alle sechs Monate muss über den Anspruch neu entschieden werden, zuständig sind die Jobcenter. Das Bürgergeld, das im Januar 2023 eingeführt werden soll, wird auch für ukrainische Flüchtlinge gelten. Zuvor hatten die Ukrainer nur Anspruch auf Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz.

Wie viele Flüchtlinge kommen aus anderen Ländern?

Zwischen Januar und August 2022 haben insgesamt 132.618 Personen einen Asylantrag in Deutschland gestellt, darunter waren 115.402 Erstanträge. Das ist ein Anstieg von 35,4 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) sagte am Dienstag zu diesen Zahlen: „Das macht mir Sorge.“

Welche Maßnahmen ergreift der Bund?

Um die Anzahl der Migranten über die Balkanroute zu verringern, hat Faeser die Kontrollen an der deutsch-österreichischen Grenze um weitere sechs Monate verlängert, um unerlaubte Einreisen ins Bundesgebiet zu unterbinden. Im Grenzraum zur Tschechischen Republik hat die Bundespolizei die Schleierfahndung verstärkt. Faeser berichtete weiter, dass die tschechische und die österreichische Regierung ihr zugesichert hätten, stationäre Grenzkontrollen zur Slowakei einzuführen. Die Bundesinnenministerin forderte die serbische Regierung auf, die visumfreie Einreise für Staatsangehörige vieler Drittstaaten zu beenden. Am Freitag wird der Rat der Innenminister der EU über die Lage beraten.

Was ist mit den Pull-Faktoren?

Der bayerische Innenminister Joachim Herrmann (CSU) warf der Bundesregierung vor, trotz der angespannten Lage Signale für mehr Zuwanderung zu senden, und meint damit unter anderem

Aufnahmeprogramme und das Chancen-Aufenthaltsrecht. Es soll Menschen, die jahrelang in Deutschland geduldet sind, den Weg zu einem Aufenthaltsrecht ebnen. Die Bundesregierung steht weiter zu diesem Vorhaben und verweist darauf, dass das Chancen-Aufenthaltsrecht nicht für neu ankommende Flüchtlinge gelte. Es gibt einzelne Aufnahmeprogramme, zum Beispiel für gefährdete Dissidenten, Journalisten und Wissenschaftler aus Russland, bislang wurden 438 Zusagen für humanitäre Visa erteilt. Ein Programm etwa für Kriegsdienstverweigerer ist aber nicht geplant.

Wie ist die Lage in den Kommunen?

Die Hauptlast für die Unterbringung tragen die Kommunen. „Auf allen Ebenen des Staates wird Großartiges geleistet“, sagte Faeser. Der Vorsitzende der Innenministerkonferenz, Bayerns Innenminister Herrmann, äußerte, die Kapazitäten in den Unterkünften seien am Limit. Der Vizepräsident des Deutschen Städtetags, Burkhard Jung, verglich die Situation mit den Jahren 2015/16. Die Kapazitäten der Erstaufnahmeeinrichtungen in den Ländern sind weitgehend erschöpft. Schon vor drei Wochen hatte der Deutsche Landkreistag und der Städte- und Gemeindebund in einem Brief an Faeser Alarm geschlagen.

Wie hilft der Bund den Ländern bei der Unterbringung?

Faeser hat den Ländern und Kommunen weitere Hilfe bei der Unterbringung von Flüchtlingen zugesagt. Der Bund stellt weitere 56 Immobilien zur Verfügung, in denen insgesamt 4000 Menschen untergebracht werden können. Bislang hat der Bund schon 300 Immobilien mit insgesamt 64.000 Plätzen zur Verfügung gestellt. Faeser sagte, dass bislang nur 68 Prozent der angebotenen Gebäude genutzt würden.

Gibt es finanzielle Zusagen des Bundes an die Länder?

Finanzfragen standen nicht auf der Tagesordnung, Zusagen machte Faeser nicht. Erwartet wird, dass diese Frage auf der nächsten Ministerpräsidentenkonferenz Anfang November entschieden wird. Die Länder fordern eine Verstärkung der Bundesbeteiligung an den Kosten für die Flüchtlingsunterbringung. Der Bund hat bereits rund zwei Milliarden Euro für die Flüchtlingsunterbringung bereitgestellt.

11 octobre (Figaro)

<https://www.lefigaro.fr/culture/notre-critique-du-documentaire-racise-e-s-le-wokisme-une-imposture-venue-d-amerique-sur-lcp-20221010>

Notre critique du documentaire Racisé.e.s: le wokisme, une imposture venue d'Amérique sur LCP

Par [Blaise De Chabaliér](#)

Publié hier à 07:00, mis à jour hier à 17:00



Racisé.e.s est un mot extrêmement dangereux. Il sépare, il déchire», confie l'écrivain Rachel Khan. Studio Fact Doc / TV Presse / LCP-Assemblée nationale

CRITIQUE - Dans *Racisé.e.s: une histoire franco-américaine*, Michaël Prazan remonte aux origines de la «cancel culture» et met en évidence sa dimension liberticide. Un documentaire inédit à ne pas manquer ce lundi 10 octobre à 20 heures 30 sur LCP.

Comment en sommes-nous arrivés là en France? Comment l'universalisme républicain peut-il être gravement attaqué dans notre pays au nom du wokisme? Comment, dix semaines après l'assassinat de Samuel Paty, un autre enseignant, **Klaus Kinzler**, professeur d'allemand agrégé à l'IEP de Grenoble, a-t-il pu être accusé publiquement - complètement à tort, bien sûr - d'islamophobie et de fascisme par certains étudiants? Ceci sans être jamais soutenu par sa direction, alors même qu'il était placé sous protection policière. Dans *Racisé.e.s: une histoire franco-américaine*, documentaire brillant et fouillé, Michaël Prazan revient notamment sur cette triste affaire et remonte aux origines du wokisme.

Effet boomerang

Si le terme *woke*, «éveillé», nous vient des États-Unis, Pascal Bruckner explique l'influence des Français Jacques Derrida, Gilles Deleuze ou encore Michel Foucault. *«Le malentendu, c'est que, pour ces philosophes, ce qui compte, c'est la dissolution du sujet, l'abolition du moi, la disparition des identités. Or, aux États-Unis, cette "French Theory" va être vue, au contraire, comme une manière d'enraciner les individus dans leur communauté ou dans leur orientation sexuelle. À partir de là, le contresens va être complet. Cette théorie va revenir en France trente ans après, avec comme obsession la race, le genre et l'identité.»*

L'effet boomerang est terrible. Illustré par **Mélanie Luce**, présidente de l'Unef, qui déclare sans complexe, il y a peu sur Europe 1, au nom de la théorie de la race, que des réunions interdites aux Blancs sont effectivement organisées dans son syndicat étudiant. D'autres sont réservées aux femmes. Apparaît alors à l'écran un clip de cette même organisation, dans lequel des jeunes gens clament (avec des sous-titres en écriture inclusive) qu'ils sont «*racisé.e.s*». Parmi eux, Aïda lance, dans cette vidéo diffusée sur les réseaux sociaux: *«Le racisme, c'est une oppression systémique qui est ancrée*

dans notre société. Un système qui oppose les dominants et les dominés. Les dominants étant assimilés aux personnes blanches et les dominés aux personnes non blanches.»

Racisme antiblanc

De quoi faire bondir **Rachel Khan**, dont le livre ***Racée*** (Éditions de l'Observatoire, 2021) a inspiré Michaël Prazan. **«*“Racisé.e.s” est un mot extrêmement dangereux. Il sépare, il déchire. Pour moi, tenir ce langage-là, c’est déjà le début du séparatisme*»**, confie celle qui est aussi actrice. Quant à Élisabeth Badinter, elle constate: **«*Ils sont en train de créer le racisme antiblanc.*»**

Racisé.e.s

Une histoire franco-américaine

| Documentaire de Michaël Prazan (France, 2022) | 60 mn. Inédit.

État de Washington, 2017. « *Vous qui préservez le suprémacisme blanc, barrez-vous!* », scandent de jeunes afro-américains à Evergreen. Depuis les années 1970, cette université progressiste a instauré le « Jour de l'absence » : un rituel au cours duquel les étudiants noirs sont invités à quitter le campus pour dénoncer le racisme ordinaire. Or, ce matin-là, Evergreen se retrouve interdite aux Blancs. La scène vire au pugilat lorsque Bret Weinstein, prof de biologie, refuse d'obtempérer. « *Weinstein raciste!* » Il démissionnera dans la foulée. Cette séquence surréaliste cristallise brillamment les questions identitaires qui déchirent nos sociétés modernes autour de la question raciale. Elle ouvre le remarquable documentaire de Michaël Prazan (*Le Procès d'Adolf Eichmann, Goulag(s)*), à l'ère du « wokisme » et de la « cancel culture »... Un vocabulaire que ne manque pas de décrypter *Racisé.e.s, une histoire franco-américaine*, à grand renfort d'archives (Romain Gary parlant de « *la séparation raciale* », l'assassinat de George Floyd...) et d'analyses divergentes (écrivains, politiques, philosophes, activistes...) pour nourrir le débat.

Librement inspiré de *Racée* (éd. de l'Observatoire, 2021), l'ouvrage de Rachel Kahn, ce film éclairant retrace avant tout l'histoire palpitante d'un dialogue raté entre les États-Unis et la France. Tout est parti d'un gros malentendu. Dès les sixties, la French Theory – corpus philosophique initié par Jacques Derrida et Michel Foucault où les notions de « critique » et de « déconstruction » occupent une place centrale – rencontre l'engouement des universités américaines. Si cette pensée insiste sur « *l'abolition du moi* » et « *la disparition des identités* », elle est perçue outre-Atlantique comme « *une manière d'enraciner les individus dans leur communauté d'origine et leur orientation sexuelle* », souligne l'écrivain Pascal Bruckner. « *La théorie française va revenir en France après trente ans de maturation sous un autre aspect : l'obsession de la race, du genre et de l'identité.* » S'ensuit une analyse passionnante du phénomène de repli sur soi. – **Éléonore Colin**
Suivi d'un débat animé par Jean-Pierre Gratien, avec l'auteur du documentaire, Michaël Prazan.

11 octobre (FAZ)

<https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/grossbritannien-ist-in-der-off-shore-windkraft-fuehrend-in-europa-18364911.html?premium=0xee4ff71009402063975d3440a6a9b188&premium=0xee4ff71009402063975d3440a6a9b188&GEPC=s5>

OFFSHORE-WINDKRAFT:

Wird Großbritannien zum „Saudi-Arabien des Windes“?

VON [PHILIP PLICKERT](#), LONDON

-AKTUALISIERT AM 10.10.2022-15:40



Blick auf den Windpark Walney Extension in der Irischen See vor der Küste von Cumbria

Der Ausbau riesiger Windfarmen vor der Küste geht in Großbritannien schneller voran als anderswo. Das hat gute Gründe.

Vor Kurzem ist die größte Windfarm der Welt in Betrieb gegangen. Hornsea 2 steht in der Nordsee, knapp 90 Kilometer vor der Küste der ostenglischen Grafschaft Yorkshire. 165 Turbinen drehen sich dort nun. Rund 1,4 Millionen Haushalte werden durch die 1,3 Gigawatt installierte Leistung des Windparks mit Strom versorgt, meldet der Betreiber, der dänische Ørsted -Konzern. Es ist ein weiterer Meilenstein der britischen Strategie zum Ausbau der Offshore-Windkraft. Deren Kapazitäten sollen in diesem Jahrzehnt um den Faktor vier wachsen.

Jeden Monat gibt es größere Nachrichten. Gerade sind Teile des größten schottischen Windparks namens Seagreen ans Netz gegangen. Hinter dem 3-Milliarden-Pfund-Projekt stehen der schottische Energieversorger SSE und der französische Ölkonzern Total. Im hohen Norden bläst der Wind besonders stark und konstant. Seagreen soll ab 2023 den Strombedarf von 1,5 Millionen Haushalten decken.

Kein anderes Land **Europas** baut die Windkraft auf dem Meer so schnell aus wie das Vereinigte Königreich. Weltweit liegt es auf Platz zwei. China mit seiner riesigen Küste hat 25 Gigawatt Offshore-Kapazitäten. Dahinter kommt Großbritannien mit mehr als 13 Gigawatt (GW), deutlich dahinter liegen Deutschland (knapp 8 GW), die Niederlande (fast 4 GW) und Dänemark (2,5 GW). Die Briten haben den Ehrgeiz, ihre Offshore-Windkapazitäten besonders schnell auszuweiten.

Beschleunigte Genehmigungsverfahren

Der zurückgetretene Premierminister **Boris Johnson** versprach, die Insel zum „Saudi-Arabien des Windes“ zu machen. Durch beschleunigte Planungs- und Genehmigungsverfahren sollen neue Windparks schneller vorankommen, verspricht Kwasi Kwarteng, der wegen seiner Steuerpläne derzeit stark angeschossene Schatzkanzler.

Vor gut zwanzig Jahren startete der erste Meereswindkraftpark im Königreich, nahe Blyth. Heute erzeugen Offshore-Windräder schon durchschnittlich ein Viertel des Strommixes. Die Regierung plant bis 2030 gut eine Vervierfachung auf 50 Gigawatt installierte Leistung. Das Ziel lautet, dann 60 Prozent des Stroms damit zu erzeugen. Zum Vergleich: Deutschland plant bis 2030 einen Ausbau der Offshore-Kapazität auf 30 GW und 20 Prozent Anteil an der Elektrizitätserzeugung. „Großbritannien plant also dreimal so viel Offshore-Stromproduktion wie Deutschland“, erklärt Ryan Alexander von der Energieberatungsgesellschaft Aurora, die Büros in Oxford und Berlin unterhält.

Woran liegt es, dass **Großbritannien** bei der Offshore-Windkraft in Europa so stark in Führung gegangen ist? „Zum einen liegt es an der Länge der Küstenlinie, geringen Wassertiefen und den guten Windstandorten rund um die Insel“, erklärt Peter Frohböse von der technischen Klassifikations- und Beratungsgesellschaft DNV aus Norwegen. „Zum anderen haben die Briten auch ihre Historie im Offshore-Sektor der Öl- und Gasindustrie gut genutzt.“ Während in Deutschland im Offshore-Sektor in den vergangenen Jahren weitgehend Stillstand herrschte, haben die Briten ihre Windparks vor der Küste zielgerichtet weiterentwickelt; regelmäßig gibt es neue Auktionen für neue Standorte. „Großbritannien weist im Vergleich zu den bestehenden Windparks in Deutschland große Flächen für neue Windparks aus und ist damit sehr industrie- und entwicklerfreundlich“, sagt Frohböse.

„Ein offenes und stabiles Umfeld“

Mit was für großen Schritten Großbritannien vorangeht, zeigten die jüngsten Wettbewerbe für neue Windparks vor der Küste. Bei der vierten Runde für England und Wales durch das Krongut („Crown Estate“) diesen Sommer boten mehr als zehn Unternehmen für die sechs Projekte mit insgesamt 8 GW Leistung. Zuschläge für Verträge bekamen der deutsche Versorger RWE Renewables, der französische Konzern Total, ein Konsortium von EnBW und BP sowie ein spanisches Joint Venture.

Als die Krone vor Kurzem für 17 neue Offshore-Standorte in den Gewässern Schottlands sechzigjährige Pachtverträge versteigerte, beteiligten sich sogar 74 Bewerber. Erfolgreich war neben vielen anderen ein Konsortium von Shell und Scottishpower, das 5 Gigawatt Kapazität aufbauen will. Der Staat kassiert für die 17 Standorte rund 700 Millionen Pfund Pacht. Werden alle Projekte fertiggestellt, haben sie laut Planung bis zu 24 GW Leistung. Allein das würde die bisherige britische Offshore-Windkapazität verdoppeln.

„Großbritannien ist als Investitionsstandort für Offshore-Projekte sehr offen und bietet ein stabiles Umfeld“, sagt eine deutsche Analystin eines großen Versicherungskonzerns, der auch in Windkraftprojekte investiert. „Der Wettbewerb wird dabei immer härter, und es beteiligen sich mittlerweile nicht mehr nur die großen Versorger, sondern auch Öl- und Gaskonzerne und Finanzinvestoren.“ Die erwarteten Renditen seien gut. Je nach Annahmen über die Strompreise und die Kosten für Betrieb und Wartung in den nächsten 35 Jahren komme man mit den Windparks auf Renditen zwischen 5 und 9 Prozent.

Der Strom wurde immer billiger

Die Strompreise neuer Offshore-Windanlagen sind derweil auf Rekordtiefs gefallen, freute sich Kwarteng, damals noch Wirtschafts- und Energieminister, im Sommer. „Offshore-Windkraft ist mittlerweile eine sehr wettbewerbsfähige Technologie, und der so erzeugte Strom wurde immer billiger“, bestätigt Ryan Alexander von der Energieberatungsgesellschaft Aurora. Die Effizienz der Turbinen ist gestiegen, Baukosten sind in den vergangenen Jahren gesunken. Allerdings werden derzeit benötigte Materialien wie Stahl, Kupfer und Zement deutlich teurer. Dennoch ist das Interesse der Industrie am Ausbau ungebrochen sehr groß.

Früher als Deutschland hat Großbritannien die Subventionen für Ökostrom abgeschafft. Schon seit längerem wird für die Windparks ein zweistufiges Ausschreibungsverfahren angewandt. Im ersten Schritt versteigert das Krongut, also der Staat, die Pachtverträge für die Windfarmen. Im zweiten Schritt bieten Unternehmen in einer Auktion um sogenannte „Contract for Difference“-Verträge (CfD).

Den Zuschlag erhält, wer den günstigsten Strompreis bietet. „Das Verfahren schafft es, die besten Standorte für die Windfarmen zu finden und dann die Kosteneffizienz zu maximieren“, erklärt Energieanalyst Alexander.

Während Offshore-Windenergie in Großbritannien allgemein beliebt ist, hat das Land beim Onshore-Ausbau stark gebremst. Zwar sind etwa 2600 kleinere Windparks an Land in Betrieb, die gut die Hälfte des Windstroms erzeugen und günstiger als Windparks im Meer sind. Doch der weitere Ausbau ist seit Jahren blockiert. Seit einer Planungsreform von 2015 gab es kaum neue Genehmigungen, wenn sich lokale Widerstände regen. Kwarteng will diese Regeln jetzt lockern. Davon sind viele nicht begeistert. Gegen Windräder an Land gibt es regelmäßig Proteste von Anwohnern und Landschaftsschützern.

Umso mehr setzt das Königreich auf die Offshore-**Windkraft**. Eine neue Technologie könnte in den kommenden Jahren zusätzlich helfen: schwimmende Windparks. Anders als die klassischen Offshore-Anlagen haben diese keine starren Verankerungen ihrer Fundamente im Boden, sondern schwimmen und hängen an Ketten. Damit kann man sie auch in viel tieferem Wasser installieren. Zwei kleine Anlagen, Hywind und Kincardine in Schottland, sind seit einiger Zeit in Betrieb. Mit 80 Megawatt haben diese aber nur eine geringe Leistung.

Jetzt ist eine große Zahl neuer Projekte in Planung. Laut dem Windkraftverband Renewable UK hat das Königreich weltweit die größte Pipeline von schwimmenden Projekten in Planung, vor Schweden, Taiwan, Irland und Südkorea. Das könnte die nächste Revolution der Offshore-Windstromerzeugung auslösen.

11 octobre (FAZ)

<https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/klimagerechtigkeit-co2-ausstoss-so-ungleich-wie-vermoegen-verteilt-18374783.html?premium=0x98ba64e9dc7b0db6c84bb3563dcb9b61&premium=0x98ba64e9dc7b0db6c84bb3563dcb9b61&GEPC=s5>

KLIMAGERECHTIGKEIT:

CO₂-Ausstoß so ungleich wie Vermögen verteilt

VON [MIGUEL DE LA RIVA](#)

-AKTUALISIERT AM 09.10.2022-20:19



Privatjets und große Autos: Reiche – hier Kim Kardashian – tragen überdurchschnittlich zum Klimawandel bei. Bild: Bestimage

Eine neue Studie zeigt, dass Wohlhabende deutlich mehr Treibhausgase ausstoßen als Arme. Die Unterschiede zwischen Ländern verlieren demnach an Bedeutung.

Den Klimawandel macht ungerecht, dass Verursacher und Betroffene auseinanderfallen. Am meisten werden unter ihm jene leiden, die am wenigsten zu ihm beigetragen haben. Das gilt nicht nur im Verhältnis von gegenwärtigen zu zukünftigen Generationen. Es betrifft auch das Verhältnis von reichen und armen Ländern. Menschen in Entwicklungsländern haben in der Vergangenheit nur wenig Treibhausgase ausgestoßen, leben aber oft in Regionen, die besonders stark von häufigeren Extremwetter und einem steigenden Meeresspiegel betroffen sein werden.

In dieser Betrachtungsweise werden vor allem die Ungleichheiten zwischen Erdregionen hervorgehoben. Wie viel der Einzelne zum Klimawandel beiträgt, scheint so vor allem davon abzuhängen, ob er in einem Industriestaat oder einem Entwicklungsland lebt. Dem widerspricht nun eine neue Studie von Lucas Chancel, Ko-Direktor des Pariser World Inequality Lab, dem auch [Thomas Piketty](#) angehört. Dem im renommierten Fachjournal „Nature Sustainability“ publizierten Papier zufolge übertrifft beim Emissionsausstoß die Ungleichheit innerhalb von Ländern mittlerweile jene zwischen ihnen. Seit den späten 2000er-Jahren sei die Ungleichheit beim CO₂-Ausstoß Einzelner besser dadurch zu erklären, welcher Einkommens- und Vermögensgruppe sie angehören, als in welcher Weltgend sie leben.

Die reichsten zehn Prozent verursachen Hälfte der Treibhausgase

Die Studie kombiniert historische Daten zur Verteilung von Einkommen und Vermögen aus der institutseigenen „World Inequality Database“ mit solchen über den CO₂-Ausstoß je Kopf. Dabei wird der Zeitraum von 1990 bis 2019 betrachtet und der Treibhausgasausstoß in unterschiedlichen Wohlstandsgruppen verglichen. Insgesamt sei der CO₂-Verbrauch extrem ungleich verteilt: Seit 1990 habe die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung nur 16 Prozent der Treibhausgasemissionen verursacht, während allein das obere eine Prozent knapp ein Viertel ausstieß. Mittlerweile kämen die Top-Emittierer dabei aus allen Weltregionen.

Wohlgermerkt sei die **Ungleichheit** zwischen Ländern nicht verschwunden und noch immer hoch. Doch während die globalen Unterschiede beim Treibhausgasausstoß 1990 zu 62 Prozent durch diese Ungleichheit zu erklären gewesen seien, waren 2019 umgekehrt nahezu zwei Drittel auf Ungleichheiten innerhalb der Länder zurückzuführen. Während früher der Pro-Kopf-Ausstoß in Europa und Nordamerika jenen in Entwicklungsländern unabhängig vom Einkommen durchweg übertrafen habe, würden heute untere und mittlere Einkommens- und Vermögensgruppen in Europa deutlich weniger ausstoßen als die oberen 10 Prozent in Asien, Russland oder Lateinamerika.

Tatsächlich sei die CO₂-Emission der ärmeren Bevölkerungshälfte in Europa und Nordamerika seit 1990 um gut ein Viertel zurückgegangen, während sie in Entwicklungsländern etwa in derselben Höhe zugenommen habe. In Europa und Nordamerika habe diese Gruppe sogar schon einen Wert erreicht oder sei ihm nahe, der den Pariser Klimazielen entspreche. Deutlich gewachsen seien dagegen die Emissionen der großen Einkommen und Vermögen, sowohl absolut je Kopf als auch relativ als Anteil an den globalen Emissionen überhaupt. Die reichsten 10 Prozent verursachen demnach aktuell jährlich nahezu die Hälfte aller Treibhausgasemissionen, während die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung nur 11,5 Prozent verantwortet. Das reichste Prozent der Welt emittiert 26 Prozent mehr klimaschädliche Gase als 30 Jahre zuvor, die reichsten 0,01 Prozent gar 80 Prozent mehr.

Dass die reichsten Gruppen so hohe Emissionen verursachen führt Studienautor Chancel dabei weniger auf ihren Konsum als ihre Investitionen zurück. In ihren Verbrauch rechnet er das CO₂ mit ein, das die Firmen ausstoßen, die sie besitzen. In den oberen 10 Prozent seien Kapitalanlagen für die Hälfte, im obersten einen Prozent für gut 70 Prozent der Emissionen verantwortlich. Der Anteil der Investitionen am Ausstoß dieser Gruppen gegenüber ihrem Konsum habe sich seit 1990 noch um rund 15 Prozent erhöht. Das liege einerseits daran, dass sich der Klimafußabdruck von Kapitalanlagen in dem Maße erhöht hat, in dem auch die Weltwirtschaft mehr CO₂ ausstößt als noch vor 30 Jahren. Andererseits folge die Konzentration des CO₂-Ausstoßes in den wohlhabendsten Gruppen der gestiegenen Vermögenskonzentration. Reiche hätten demnach schon deshalb einen größeren Anteil an den globalen Emissionen als früher, weil sie auch einen größeren Anteil am Weltvermögen halten.

Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit gehören zusammen

Für die Klimapolitik stelle sich damit die Herausforderung, den Treibhausgasausstoß hoher Einkommens- und Vermögensgruppen gezielter zu regulieren und zu besteuern. Klima- und emissionsbezogene Steuern seien bislang regressiv gewesen und hätten überproportional niedrige und mittlere Wohlstandsgruppen getroffen. Da der Großteil der Emissionen in höheren Gruppen nicht im Konsum, sondern bei Investitionen anfalle, schlägt Chancel unter anderem vor, Kapitalanlagen emissionsbezogen zu besteuern. Dass dies bislang nicht geschehe, sei geradezu „paradox“. Anders als Personen mit niedrigen Einkommen, die oft auf Energieträger kaum verzichten könnten, die mit CO₂-bezogenen Steuern belegt werden – etwa Kraftstoffe für Autos in strukturschwachen Regionen –, sei es Investoren sehr wohl möglich, auf andere Anlagen auszuweichen.

Doch so oder so hat die Welt noch einen weiten Weg vor sich. Nach den Schätzungen Chancels stößt aktuell im weltweiten Durchschnitt jeder Mensch etwa sechs Tonnen CO₂-Äquivalente im Jahr aus. Sollen die Pariser Klimaziele erreicht werden, dürften es nur 1,5 Tonnen sein. Und von 2050 an gar keine mehr.

Ungleichheit zu reduzieren spielt in den Augen Chancels dabei eine wichtige Rolle, sei sie doch sowohl eine Ursache als auch eine Folge des Klimawandels. Ungleichheit innerhalb von Ländern hemme die Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen, während die Folgen des Klimawandels die Ungleichheit zwischen Ländern erhöhen dürften. Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit würden dann in einem Verhältnis wechselseitiger Ermöglichung stehen und wären nicht ohne einander zu haben.

11 octobre (FAZ)

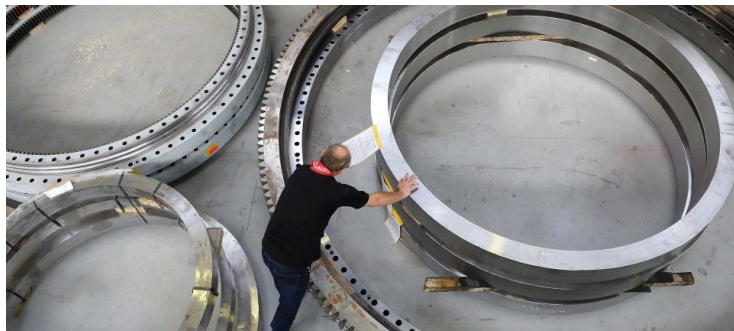
<https://www.faz.net/aktuell/karriere-hochschule/buero-co/deutschland-gehen-die-arbeitskraefte-aus-wege-aus-dem-fachkraeftemangel-18364560.html?premium=0x40985fe8ea453f09d144ef9778b94192&GEPC=s5>

FACHKRÄFTEMANGEL:

Deutschland gehen die Arbeitskräfte aus

VON ALOYS PRINZ UND ELMAR WOLFSTETTER

-AKTUALISIERT AM 10.10.2022-12:16



Die Babyboomer-Generation geht in Rente, zu wenige Arbeitskräfte kommen nach. Was können wir gegen diese Entwicklung unternehmen? Zum Beispiel die Erwerbstätigkeit von Rentnern weniger besteuern. Ein Gastbeitrag.

Nach einer neuen Prognose des Instituts der deutschen Wirtschaft gehen Deutschland die Arbeitskräfte aus. Grund dafür ist in erster Linie das Ausscheiden der Babyboomer-Generation und zudem die niedrige Geburtenrate in Deutschland. Selbst mit einer hohen Zuwanderung von 400.000 Personen im Jahr könnte nach Berechnungen des [Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung](#) (IAB) die Bevölkerung in Deutschland auf mittlere Sicht lediglich konstant gehalten werden.

Arbeiten lohnt sich bekanntlich umso mehr, je höher das Einkommen ist, das nach Abzug von Steuern und Abgaben übrig bleibt. Das gilt für Frauen und Männer im Erwerbsalter, aber auch für Ruheständler. An dieser Stelle kommt das deutsche Steuer- und Abgabensystem ins Spiel. Es trägt erheblich dazu bei, ob es sich lohnt zu arbeiten – und es schränkt in seinem jetzigen Zustand das Arbeitsangebot ein.

Es ist weithin bekannt, dass es für die zweite Person in einer Ehe teuer ist, eine eigene Erwerbstätigkeit aufzunehmen. Der Splittingvorteil der Einkommensteuer geht teilweise oder vollständig verloren, ebenso die beitragslose Mitversicherung in der gesetzlichen Krankenversicherung. Der für die Arbeitsentscheidung zentrale Grenzabgabensatz – wie viel bleibt von einem zusätzlichen Euro Arbeitseinkommen übrig? – kann dabei leicht 50 und mehr Prozent erreichen, wie der Sachverständigenrat errechnet hat. Daher kommt oft nur eine Beschäftigung in einem Minijob infrage.

Erwerbstätigkeit im Ruhestand hat noch Luft nach oben

Auch wenn nach EU-Daten im europäischen Vergleich die Frauenerwerbstätigkeit in Deutschland (79 Prozent der Frauen im Alter von 15 bis 64 Jahren gegenüber dem europäischen Durchschnitt von 73,8 Prozent) überdurchschnittlich hoch ist, ist sie jedoch beispielsweise bei den Nachbarn in den Niederlanden (80,7 Prozent), Finnland (82,7) und in Schweden (84,9 Prozent) teilweise deutlich höher. Schon viel zu lange wird in Deutschland über eine Reform der Ehegattenbesteuerung gestritten, die Positionen sind verhärtet. Unabhängig davon, wie man die Ehegattenbesteuerung letztlich reformiert, die Grenzbelastung des Arbeitseinkommens muss gesenkt werden.

Das [Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung](#) (DIW) kommt für einen moderaten Vorschlag – die Einführung eines so genannten „Realsplittings“, bei dem nur Einkommen in Höhe des Grundfreibetrags vom besser verdienenden Partner auf den geringer verdienenden übertragen werden könnte – zum Ergebnis, dass die Erwerbsquote der Frauen zwar lediglich um 0,6 Prozent und die Arbeitsstunden um 1,7 Prozent stiegen, das erwirtschaftete Arbeitseinkommen aber dennoch um 4,2 Milliarden Euro zunehmen und zu 10 Milliarden Euro zusätzlichen Steuereinnahmen führen würde.

Auch die Erwerbstätigkeit im Ruhestand hat noch Luft nach oben. Nach Angaben des IAB arbeiten im Alter von 65 bis 69 Jahren rund 15 Prozent der Ruheständler; dieser Anteil sinkt auf 13 Prozent bei den 70- bis 74-Jährigen und fällt danach unter 2 Prozent. Allerdings arbeiten mehr als zwei Drittel der Ruheständler lediglich bis zu 15 Stunden in der Woche. Obwohl Geld nicht für alle Personen das zentrale Motiv zur Weiterarbeit ist, spielt es dennoch nach einer IAB-Studie eine große Rolle. Auch hinsichtlich der Weiterbeschäftigung nach Renteneintritt steht besonders die Einkommensteuer zwischen dem Brutto- und Nettoverdienst. Sie hemmt das Arbeitsangebot von Frauen und Männern jenseits der Regelaltersgrenze. Erwerbseinkommen werden wie bei Personen unterhalb der Regelaltersgrenze besteuert.

Auch Ehegattenbesteuerung reformieren

Anstatt lediglich die Regelaltersgrenze gemäß den finanziellen Erfordernissen der gesetzlichen Rentenversicherung für alle zu erhöhen, besteht daneben eine einfache und wirtschaftlich sinnvolle Ergänzung darin, die volkswirtschaftliche Wertschöpfung zu erhöhen. Wie die Statistik zeigt, sind ältere Personen auch jetzt schon bereit und in der Lage, nach dem staatlich verordneten Ende des Erwerbslebens weiterzuarbeiten. Hier liegt das zweite große, bisher ungenutzte Potential für eine Erhöhung der Zahl der Arbeitskräfte. Dazu würde ein sehr einfacher Schritt in der Einkommensbesteuerung genügen, um dieses Potential an Wissen und Fleiß für die Wertschöpfung zu aktivieren.

Würde man das Erwerbseinkommen im Alter mit einem proportionalen Steuersatz von beispielsweise 20 Prozent belasten – oder es sogar ab einem bestimmten Alter vollständig von der Einkommensteuer freistellen –, wäre auch hier mit einem weiteren Anstieg der Erwerbstätigkeit zu rechnen. Auch wenn dieser Personenkreis weniger oder nichts über die Besteuerung der Erwerbseinkommen zur Staatsfinanzierung beitragen würde, erhöhte er indirekt das Steueraufkommen. Schließlich unterliegen alle Güter und Dienstleistungen der Umsatzsteuer und diversen speziellen Verbrauchsteuern. Das Steueraufkommen hängt von der volkswirtschaftlichen Wertschöpfung ab und nicht umgekehrt.

Gehen Deutschland die Arbeitskräfte aus, sinkt unser Wohlstand durch fehlende Arbeitskräfte? Die Möglichkeit besteht durchaus, wenn wir uns nicht dazu durchringen können, innovativ wirtschafts- und finanzpolitisch tätig zu werden. Dazu bieten die Reform der Ehegattenbesteuerung und die der Besteuerung der Altersarbeitseinkommen ein ungenutztes Potential. Das Gute an diesen Reformen ist, dass sie den Staat nichts kosten. Sie erhöhen die Wertschöpfung und tragen auf diesem Weg zum volkswirtschaftlichen Wohlstand bei.

Aloys Prinz ist Professor für Finanzwissenschaft an der Westfälischen Wilhelms-Universität in Münster. Elmar Wolfstetter ist emeritierter Professor für Volkswirtschaftslehre an der Humboldt-Universität zu Berlin.

11 octobre (WSJ)

https://www.wsj.com/articles/western-democracy-revolting-iran-protest-russia-war-ukraine-china-cardinal-zero-covid-fascist-biden-11665418274?mod=hp_opin_pos_2#cxrecs_s

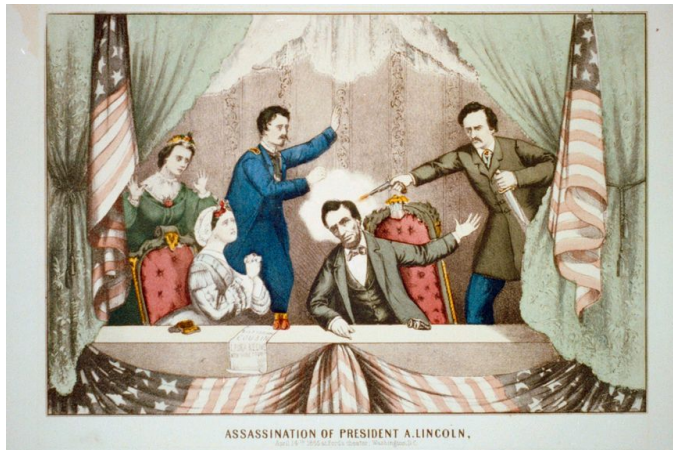
FREE EXPRESSION

Western Democracy Is Revolting Against Itself

The paradox of liberalism: We're free to air our faults, so we end up talking about them and nothing else.

By [Gerard Baker](#)

Oct. 10, 2022 1:26 pm ET



A print by Gibson & Co. of John Wilkes Booth shooting President Lincoln in the presidential box at Ford's Theatre in Washington, April 14, 1865.

PHOTO: HANDOUT/REUTERS

Sic semper tyrannis! A century and a half on, John Wilkes Booth's delusional cry of self-vindication has a recognizably modern ring to it.

His invocation of the ancient Romans' denunciation of despots to justify the assassination of history's greatest democratic leader echoes in contemporary politics. Abraham Lincoln probably did more than anyone to advance the cause of human freedom, and he died a death worthy of a tyrant. Today, while genuine tyrants world-wide vaunt their barbarity, we insist our leaders are the real despots.

Inconveniently for their advocates in the West, the true autocrats are having a very bad year. The strongmen whose model we have been told is superior to ours are flailing; doubling down on authoritarianism even as their misrule deepens their own crises.

In Russia, a modern-day czar finds his territorial ambitions thwarted by a military a fraction the size of his own. At home his rule is mocked by the spectacle of tens of thousands of his loyal subjects fleeing the country to avoid fighting and dying for it. Less Peter the Great. More Vladimir the Muttonhead.

In Iran, the mullahs feel it necessary to demonstrate their virtue by beating to death quietly defiant young women and shooting dozens of their own citizens. They uphold the beneficent rule of God with a malignity only humans can muster.

In China—so far as we can tell, because the rulers' grip is so tight that in a country of 1.4 billion people even squeaks of protest are ruthlessly suppressed—the going isn't good for autocratic rule.

From glimpses of citizens welded into their own homes to prevent viral spread, to the spectacle of a 90-year-old cardinal standing trial in Hong Kong for imperiling national security, the regime looks neither efficient nor secure. Xi Jinping's lunatic Covid-zero objective, ham-fisted economic management and increasingly bellicose posturing toward neighbors (and fellow Chinese) don't suggest an autocracy at ease with itself.

Yet while we should be watching all this with a delicate balance of alarm and satisfaction, we remain firmly focused on the intolerable state of our own fluffy navel.

President Biden [says](#) half his opponents are semi-fascists. His predecessor claims to be a victim of a repressive police state. Conservatives and progressives share only one belief these days—in the irredeemable iniquity of America and what it stands for.

This of course is the central paradox of liberalism, the perennial vulnerability at the heart of democracy. Since we're free to air our faults, we can talk about nothing else.

There is no denunciation of America uttered in any politburo or revolutionary council anywhere in the world that will match in eloquence or persuasiveness those you hear every day on any American campus or in any Washington television studio.

For years now, **the critics of liberal democracy seem to have had the upper hand.** They can point to the malaise of the West since the turn of the century: repeated economic failure, disastrous foreign adventurism, cultural collapse and conflict at home. For most of that time the so-called strongmen seemed to be gaining the upper hand. **Whatever moral qualms there might have been about the messy moral realities, the long-term strategic advantage seems to be in their favor.**

But setting aside the **moral case for liberty**, its essential practical virtue has always been **accountability**. When you can audit, scrutinize, interrogate and ultimately remove the people who govern you, history and logic tells us you should get better government. Exposing failure and venality and punishing it creates incentives for success and probity.

The primary contrast between our system and that of the autocrats is the application of this accountability. We have too much of it. They have too little. If Russia had more, it's possible at least [Vladimir Putin](#) would have known his military was so corrupt and inept that

his mission was doomed. If Iran had more, the ayatollahs might understand the simple grievance that women demand to be treated as respected human beings. If China had more, they might not be pursuing ruinous economic policies and cruel acts of inhumanity. In the West, meanwhile, we exercise the privilege of accountability to the opposite extreme, to the threshold of self-destruction. [Every president](#) must be [impeached](#), every election result we don't like [delegitimized](#). Every opponent needs to be taken down. Every election is the "last chance to save the republic."

None of this is to suggest we aren't right to challenge our flawed institutions and leaders.

Liberals are right to point out the dangerous extremism of the illiberal rhetoric on their right. Conservatives are right to point out the suffocating intolerance of those in control of our culture.

And of course it's a false choice to suggest that the alternative to our system is Mr. Putin's Russia or Iran's theocracy. It is instead continuous, painstaking, reform, amelioration and adaptation—just as it has been for the astonishingly successful 150-plus years of U.S. history since Lincoln's assassination.

Winston Churchill made famous the saying that **democracy was the worst form of government ever devised except for all the others**. The state of the world this year surely underscores the truth of that message. We can either heed it or continue down the path that ends in the manic self-righteousness of John Wilkes Booth.

11 octobre (Contrepoints)

<https://www.contrepoints.org/2022/10/11/440439-les-fossoyeurs-de-leconomie-francaise>

Les fossoyeurs de l'économie française

Claude Sicard

Les graves inconvénients de la désastreuse désindustrialisation du pays sont apparus, sous l'angle de la sécurité des approvisionnements, mais pas de l'appauvrissement de la nation.

Les douanes nous apprennent qu'en août 2022 [le déficit de la balance commerciale française](#) s'est fortement aggravé : 15,5 milliards d'euros, du fait de la guerre en Ukraine qui a amené un important renchérissement du prix de l'énergie. Un record, nous dit le communiqué de cette administration : pour les douze derniers mois, le déficit s'élève à 139 milliards d'euros, chiffre bien supérieur au déficit de l'année 2021 à 84,7 milliards d'euros.

L'économie française est en grande difficulté depuis des années, et ce [déficit du commerce extérieur](#) n'a donc rien de surprenant.

Tous les indicateurs de notre économie sont au rouge et la balance commerciale du pays n'a pas cessé d'être déficitaire depuis 2003. Les chiffres du [projet de Loi de Finances](#) (PLF) pour 2023, dévoilé tout récemment par le ministre de l'Économie, ne sont pas encourageants. Ils sont le reflet d'une **économie dysfonctionnelle**. En 2023 le taux de croissance sera de seulement 1 %, le déficit budgétaire se montera à 158,5 milliards, le solde négatif de la balance commerciale s'élèvera à 154 milliards, et le **coût de la dette se montera à 51,7 milliards**. Le PLF indique que Bercy devra en **2023 se préparer à lever sur les marchés 270 milliards d'euros pour faire face au déficit du budget et au remboursement des prêts venant à échéance**.

La France aborde donc en position de faiblesse la période difficile que l'économie mondiale va traverser dans les prochains mois. Selon le FMI, les perspectives sont « *de plus en plus sombres et incertaines* ».

Que s'est-il donc passé pour que notre économie soit dans un tel état ?

Une économie minée par la fonte du secteur industriel

Nous avons montré, dans d'[autres articles](#), qu'il existe une **relation très étroite entre la production industrielle d'un pays calculée par habitant et le PIB/capita de ce pays**.

Or, le secteur industriel français s'est **très fortement rétréci** : ses effectifs ont fortement fondu, passant de 6,5 millions de personnes à la fin des Trente Glorieuses à seulement 2,7 millions aujourd'hui. Ainsi, la contribution du secteur industriel à la formation du PIB n'est plus que de 10 %, alors que dans des pays dont l'économie est prospère comme en Allemagne ou en Suisse, ce ratio se monte à 23 % ou 24%.

La France est devenue [le pays le plus désindustrialisé](#) des pays européens, la Grèce mise à part. Le déficit du commerce extérieur s'explique donc par le déclin constant du secteur industriel car les biens manufacturés interviennent pour 70 % à 75 % dans les exportations des pays développés. Et le pays s'est appauvri, au point que [le problème du pouvoir d'achat](#) domine en permanence l'actualité.

Le tableau ci-dessous montre **la liaison existant entre l'importance de la production industrielle des pays et le solde de leur commerce extérieur :**

	<u>Prod.indus/PIB</u> (Au sens BIRD)	<u>Balance commerciale : Solde</u> (En % du PB)
Grèce	15,9 %	- 7,9 %
France	16,8 %	- 2,1 %
GB	17,7 %	- 1,3 %
Etats-Unis	18,4 %	-3,1 %
Espagne	20,5 %	1,5 %
Suède	22,0 %	4,4 %
Suisse	25,6 %	14,8 %
Allemagne	26,6 %	5,5 %
<u>Rep.Tch.</u>	31,2 %	3,0 %
Chine	39,4 %	2,6 %

(Source : [BIRD](#) 2021)

Les données de ce tableau sont celles de la Banque mondiale qui inclut la construction dans sa définition de l'industrie (la construction représentant selon les pays 4 % à 6 % du PIB). On voit qu'il existe dans les pays une forte relation entre production industrielle et solde de la balance commerciale.

Le déclin du secteur industriel est la principale raison expliquant les déséquilibres de l'économie : le chômage que les pouvoirs publics ne parviennent pas à résorber depuis des années malgré tous leurs efforts, et les très hauts niveaux des dépenses publiques et des prélèvements obligatoires. Du fait de l'appauvrissement relatif du pays dû à la contribution de plus en plus réduite du secteur industriel à la formation du PIB les pouvoirs publics ont été incités à accroître régulièrement les dépenses sociales, d'où un gonflement constant des dépenses publiques, et pour y faire face, des prélèvements obligatoires. Ceux-ci se révélant donc chaque année insuffisants, un recours systématique à l'emprunt, d'où une dette extérieure du pays qui n'a pas cessé d'augmenter au point d'être supérieure au PIB du pays.

Des pouvoirs publics muets face au déclin industriel

Les pouvoirs publics et les élites de la nation ne se sont jamais émus du rétrécissement de notre secteur industriel.

Ce furent tous ces universitaires qui diffusèrent en l'interprétant mal la thèse de [Jean Fourastié](#) sur le développement des sociétés. En 1969, dans son livre *La société postindustrielle : naissance d'une société* Alain Touraine annonce la société postindustrielle. Le point de départ, en France, sont les travaux de l'économiste Jean Fourastié qui avait longuement étudié l'évolution des sociétés et publié, en 1949, *Le grand espoir du XXe siècle*, un ouvrage qui eut un succès considérable au point d'être traduit en une vingtaine de langues.

Jean Fourastié avait repris la classification en trois secteurs de l'économie de [Colin Clark](#) :

1. Le secteur primaire, avec l'agriculture, la pêche et les mines
2. Le secteur secondaire avec l'industrie
3. Le secteur tertiaire avec les services

Dans ces trois secteurs le progrès technique se diffuse à des vitesses différentes : à un rythme moyen dans le premier, à un rythme rapide dans le second, à un rythme très lent dans le troisième.

Cet économiste a démontré que lorsqu'une société se développe les effectifs du secteur primaire se déversent sur le secteur secondaire, puis ensuite, ceux du secteur secondaire basculent vers le secteur tertiaire. Il en a été déduit que dans une société moderne les activités sont essentiellement des activités de service, d'où la conclusion qu'il est naturel que le secteur secondaire soit réduit à la portion congrue.

Les diffuseurs de la thèse de Fourastié ont commis la grave erreur de négliger le rythme de progression du progrès technique qui fait que la valeur ajoutée par chaque travailleur dans le secteur industriel devient très élevée, en sorte qu'avec des effectifs réduits le secteur secondaire tient toujours une place relativement importante dans le PIB des pays où les activités économiques sont décomptées en termes de valeur ajoutée.

Il a donc été **conclu, d'une manière erronée, à la disparation du secteur industriel dans une société moderne, et qu'il était tout à fait naturel que les activités industrielles quittent les pays avancés pour s'installer dans des pays en voie de développement. Les sociétés avancées ont été qualifiées de « sociétés du savoir et de la connaissance »**. En somme, les pays avancés allaient tout naturellement maîtriser les savoirs et le progrès technique, et vendraient leurs connaissances aux pays en voie de développement en échange des biens que ceux-ci produiraient pour leur compte. C'était considérer le développement du monde avec la vision de l'Occident dominant la planète. **On mesure aujourd'hui combien cette vision était injuste et erronée.**

Ainsi, en France, le secteur secondaire s'est progressivement rétréci au point de ne plus représenter que 10 % seulement du PIB. C'est [la crise du covid qui a alerté les pouvoirs publics](#) de la fonte de notre industrie, la France manquant de tout : pas de masques, pas de fabricants d'appareils respiratoires pour équiper les hôpitaux, des médicaments fabriqués au bout du monde, à 90 % dans les pays asiatiques, une industrie pharmaceutique incapable de mettre au point un vaccin.

Les graves inconvénients de la désastreuse désindustrialisation du pays sont apparus, sous l'angle de la sécurité des approvisionnements, mais pas de l'appauvrissement de la nation. En octobre 2021, le président a donc décidé du lancement du plan [France 2030](#), destiné à réindustrialiser le pays et faire naître de futurs champions mondiaux.

Ce plan est tout à fait insuffisant, ne répond en aucune manière à l'urgent besoin de [reconstituer le secteur industriel français](#) afin que l'économie retrouve le plus vite possible son dynamisme et ses grands équilibres.

11 octobre (Le Point)

https://www.lepoint.fr/debats/l-islamisme-est-en-perte-de-vitesse-11-10-2022-2493258_2.php

L'islamisme est en perte de vitesse

Les talibans sont peut-être revenus en Afghanistan, mais on se tromperait en surestimant le pouvoir de l'islam politique dans le reste du monde musulman.

Imran Said* pour Quillette** (traduction par Peggy Sastre)



C'est au Soudan que l'on constate la défaite la plus spectaculaire de tout projet d'islamisation à travers le monde musulman. © MAHMOUD HJAJ / ANADOLU AGENCY / Anadolu Agency via AFP

Publié le 11/10/2022 à 09h00

Voici un peu plus d'un an, les talibans reprenaient le pouvoir en Afghanistan. Si l'événement a choqué, ce retour tient en réalité davantage de l'exception que de la règle : dans le monde musulman, on se détourne largement des islamistes, soit de ceux tirant leur légitimité de l'islam et préconisant que les États modernes soient gouvernés, tant sur le plan économique que judiciaire, selon ses préceptes religieux.

Dans de vastes pans du monde musulman, l'islamisme a longtemps été vu comme une force imparable, et ses partisans assimilés aux voix les plus organisées et influentes de l'opposition, dans des pays aux mains de laïques bien souvent corrompus et incompetents. Dans les États les plus autoritaires, les mosquées ont en effet été des espaces de respiration pour qui voulait exprimer son désenchantement face à l'état de la société. En outre, de nombreux groupes islamistes ont pu s'assurer d'un soutien populaire en comblant les lacunes d'États gravement défailants, notamment en termes d'assistance sociale, de soins de santé ou d'éducation.

Le problème, c'est qu'une fois parvenus au pouvoir, les islamistes sont d'ordinaire incapables de tenir leurs promesses. Bien des gouvernements islamistes se sont révélés, au mieux, inaptes et déconnectés de la réalité (comme observé dans le monde arabe) et, au pire, économiquement désastreux (comme au Soudan). Dans des démocraties plus consolidées, à l'instar de la Malaisie, les mouvements islamistes sont fragilisés par des divisions internes et les excès d'ambition de leurs leaders. Les talibans sont peut-être revenus, mais on se tromperait en surestimant le pouvoir de l'islam politique dans le monde.

Mauvaise gouvernance des islamistes en Afrique du Nord

Le mal que les islamistes ont à améliorer les choses et à mettre en œuvre une bonne gouvernance s'est révélé au grand jour avec la chute du parti islamiste modéré Ennahdha en Tunisie, le

25 juillet 2021, quand le président tunisien Kais Saïed allait s'octroyer les pleins pouvoirs pour limoger son Premier ministre et dissoudre le Parlement (où Ennahdha était le parti majoritaire). Une déroute largement acclamée par les Tunisiens. La veille, des manifestations antigouvernementales avaient éclaté dans tout le pays pour exiger la dissolution du Parlement. À Kairouan et Sousse, les bureaux d'Ennahdha furent saccagés. À Tozeur, le siège du parti fut carrément incendié.

Amplement condamnée comme un coup d'État par quasiment tous les partis politiques et organisations de la société civile en Tunisie, la prise de pouvoir de Saïed n'en a pas moins été couronnée de succès tant elle a su exploiter la colère de la population face à la stagnation économique, la paralysie politique et l'inaptitude des gouvernants dans la crise du Covid-19. À l'heure du coup d'État et à ce stade de la pandémie, la Tunisie consignait le taux de mortalité par habitant le plus élevé d'Afrique, et seuls 8 % des Tunisiens avaient été vaccinés. Aucune aide du gouvernement n'avait été versée aux petites entreprises et l'activité économique avait dévissé, en particulier dans le secteur, si crucial, du tourisme – en 2019, il représentait 14 % du PIB tunisien. En novembre dernier, l'Institut tunisien des statistiques annonçait un taux de chômage atteignant 18,4 % pour le troisième trimestre 2021. Et, à tort ou à raison, beaucoup tinrent le parti Ennahdha pour responsable de cette situation.

À n'en pas douter, le naufrage d'Ennahdha est le résultat logique d'une crise d'identité couvant depuis dix ans au sein du parti, depuis la révolution de 2011 et la chute de Ben Ali. Au cœur de ce malaise, la difficulté d'Ennahdha à concilier, d'un côté, le rôle de l'islam comme fondement de sa légitimité politique et, de l'autre, sa faculté à tirer son épingle du jeu démocratique dans un système électoral multipartite et un pays largement laïque. En mai 2016, Ennahdha stoppait ses activités de prosélytisme pour se concentrer exclusivement sur la politique. Une gageure pour un parti qui, s'aliénant sa base conservatrice traditionnelle, allait avoir énormément de mal à séduire de nouveaux électeurs. Sans compter qu'Ennahdha n'a cessé de fâcher ses premiers partisans par son incapacité à produire des changements socio-économiques. D'où l'impression, largement partagée, de sa récupération par les élites laïques et prérévolutionnaires.

Au Maroc, dans le même temps, c'est un autre parti islamiste modéré, le Parti de la justice et du développement (PJD), qui se voyait écarté du pouvoir – ici, non pas par un coup d'État, mais par les urnes. Le 8 septembre 2021, les électeurs marocains infligeaient une défaite cuisante au PJD, en lui faisant perdre près de 90 % de ses sièges au Parlement. Comme l'a fait valoir le chercheur indépendant Abdul-Wahab Kayyali, ces résultats ont été d'autant plus marquants que, contrairement à la Tunisie, le Maroc avait relativement bien géré sa pandémie, avec un nombre raisonnable de cas et un déploiement satisfaisant du vaccin.

À l'instar de ses homologues tunisiens, c'est la perte de confiance de sa base électorale qui aura tué le PJD. Dans le système politique hybride du Maroc, la plupart des décisions d'importance sont prises en amont par le roi. Et Kayyali d'avancer que la récupération *totale* du parti par la monarchie marocaine a dégoûté son électorat. Un processus commencé en 2017, quand Mohammed VI décida de remplacer un Premier ministre populaire, Abdel-Ilah Benkirane, par Saad Dine El Otmani, ce qui généra de fortes divisions au sein du parti. Avant que le parti ne se rallie à des politiques en contradiction souvent flagrante avec ses principes conservateurs, notamment la libéralisation économique, la légalisation du cannabis et la normalisation des relations avec Israël – pour susciter autant la colère des électeurs religieux que des laïques.

L'islamisme au Soudan, un déclin en phase terminale

Plus au sud, c'est au Soudan que l'on constate la défaite la plus spectaculaire de tout projet d'islamisation à travers le monde musulman. En avril 2019, un soulèvement populaire pacifique signait la chute du dictateur militaire Omar el-Béchrir, et avec lui, de trois décennies de règne autoritaire du Parti du Congrès national (NCP) islamiste.

En 2018, une flambée des prix du pain, causée par une réduction des subventions gouvernementales à la farine, déclenchait des manifestations massives – un mouvement traduisant, plus largement, des années de mauvaise gestion économique et de corruption du régime d'el-Béchrir. À noter que l'écrasante majorité des protestataires avaient moins de 30 ans, ce qui montre que même ceux qui n'avaient connu que le régime islamiste rejetaient ses valeurs.

Les racines de l'islamisme soudanais contemporain sont à chercher en Égypte, dans une ramification des Frères musulmans. Au Soudan, la marche de la confrérie vers le pouvoir politique s'est faite en 1977, avec son ralliement au président de l'époque, Gaafar Nimeiry. De la sorte, les islamistes furent à même de pénétrer les institutions soudanaises et d'introduire la charia dans le système judiciaire. Nimeiry fut renversé en avril 1985, et la courte période de libéralisation politique qui s'ensuivit permit aux Frères musulmans du Front national islamique (l'ancêtre du NCP) de consolider leur position.

En juin 1989, un groupe d'officiers militaires d'obédience islamiste, sous la houlette du général de brigade Omar el-Béchrir, renversait le gouvernement civil de l'époque et installait une junte militaire. Ayant soutenu el-Béchrir, le FNI put exploiter ses gains de pouvoir pour intensifier l'islamisation du Soudan. La période allant de 1989 à 1996 marqua l'apogée du régime islamiste dans ce pays – qui appliquait une charia rigoriste et servait de base à des groupes radicaux du monde entier. Le plus célèbre, celui d'Oussama Ben Laden, s'y installa de 1991 à 1996. Mais la lune de miel entre el-Béchrir et les islamistes s'avérera temporaire. En 1999, el-Béchrir jetait en prison Hassan al-Tourabi, leader du NCP et principal idéologue du mouvement, provoquant un séisme au sein des islamistes.

Depuis, la situation économique du Soudan n'a cessé de se détériorer, et notamment après l'indépendance du Soudan du Sud en juillet 2011, qui allait soudainement priver le pays de la grande majorité de ses champs pétrolifères (et donc de près de 60 % de ses recettes fiscales). Entre autres facteurs, l'introduction de la charia a galvanisé la résistance armée du sud chrétien et animiste contre Khartoum. Ce qui aboutira au renversement d'el-Béchrir en avril 2019. Son régime fut remplacé par un Conseil militaire de transition (CMT), qui finira par conclure un accord de partage du pouvoir avec l'alliance des Forces de la liberté et du changement (FFC), représentant les manifestants. Accord prévu pour rester en vigueur jusqu'aux élections générales de 2025.

La chute du régime d'el-Béchrir a porté un coup fatal au pouvoir des islamistes. Le NCP a été interdit en novembre 2019 et ses lois répressives sur le comportement et l'habillement des femmes allaient vite être abrogées. En juillet 2020, des législations punissant l'apostasie, contraignant l'importation et la consommation d'alcool par des non-musulmans et autorisant la flagellation publique furent également révoquées. En outre, en octobre 2020, l'accord de paix de Juba réitérait l'engagement du gouvernement soudanais à mettre fin à la loi islamique.

S'il est possible, par le biais de l'armée, que les islamistes parviennent un jour à se réinsérer pleinement dans la politique soudanaise, leur pouvoir est aujourd'hui nettement affaibli. Après la rupture des relations entre el-Béchrir et Al-Tourabi en 1997, le projet islamiste soudanais est entré dans « la phase terminale de son déclin », el-Béchrir œuvrant alors pour un gouvernement plus pragmatique axé sur la survie de son régime. En définitive, en voulant transformer la société

soudanaise selon les principes de la charia, les islamistes n'ont fait que déclencher des guerres à la périphérie du Soudan (dont une guerre génocidaire au Darfour et la sécession du Sud-Soudan), le tout accompagné d'une gestion économique désastreuse et d'une corruption record. Ce qui n'a cessé d'éroder leur légitimité aux yeux de la jeune population soudanaise.

En Malaisie, des islamistes divisés

En Asie du Sud-Est, les islamistes rencontrent également des difficultés dans les démocraties musulmanes plus consolidées, à l'instar de la Malaisie. Dans ce pays, la marche de l'islamisation commencée dans les années 1970 se distingue des autres mouvements islamistes par son caractère ethno-nationaliste. De fait, l'islam politique y a été exploité par les dirigeants malaisiens pour renforcer les divisions sociales entre la majorité musulmane malaise, plus rurale, et la minorité chinoise, plus riche et plus urbaine, ainsi que pour maintenir la suprématie institutionnelle des Malais.

Mais la chose n'a jamais été viable sur le long terme. Lors de l'élection générale historique de mai 2018, la coalition sortante du Barisan Nasional menée par l'UMNO, un parti défendant explicitement la suprématie malaise-musulmane et aux rênes du pays depuis son indépendance en 1957, allait perdre face à la coalition multiraciale Pakatan Harapan, dirigée par l'ancien Premier ministre Mahathir Mohamad. Une défaite du BN en grande partie attribuée à un énorme scandale de corruption dans lequel était mouillé le Premier ministre de l'époque, Najib Razak.

Sauf que la coalition Pakatan Harapan n'a pas non plus fait long feu, en raison des querelles internes entre Mahathir et Anwar Ibrahim, son successeur supposé (et vieux rival). Les réformes majeures sont restées à l'état de promesse et l'emprise du fameux « Programme malais », visant la suprématie institutionnelle des Malais et de l'islam (au détriment des non-musulmans, dont les Chinois), s'est avérée difficile à surmonter. En mars 2020, le Pakatan Harapan était renversé par des députés frondeurs, qui allaient former une nouvelle coalition avec l'opposition (y compris l'UMNO), dans le but exclusif de servir les intérêts de la majorité des musulmans malais.

Une nouvelle coalition qui s'est avérée encore plus éphémère que le Pakatan Harapan... Cette fois-ci, la chute est autant venue de luttes intestines entre factions (l'UMNO ayant notamment du mal avec son rôle de second couteau) que de l'action désastreuse du gouvernement face à la pandémie de Covid-19. En août 2021, la Malaisie surpassait l'Inde en termes de décès par habitant. Pour un pays où la race et la religion dominent le discours public, l'effondrement d'une coalition ostensiblement unie par les idéologies du suprémacisme malais et islamique démontre, à bien des égards, la vacuité du Programme malais et son inaptitude totale à se traduire en gouvernement fonctionnel. À l'évidence, la nature de plus en plus fracturée du système politique malaisien continuera à entraver le projet d'islamisation, du moins tant que les partis malaisiens seront incapables de coopérer réellement.

Ne surestimez pas le pouvoir des islamistes

Il ne faut pas en comprendre que l'islamisme aurait complètement disparu du monde musulman. Pas du tout. Dans de nombreux pays, les partis islamistes restent puissants, bien organisés et dotés de grandes capacités de mobilisation. À n'en pas douter, le conservatisme intrinsèque de nombreux pays musulmans poussera l'islam aux premières lignes de leur dynamique politique future. En outre, en Asie du Sud-Est, le phénomène d'islamisation s'est souvent plutôt fait au

niveau institutionnel (comme dans le système scolaire) que via les succès électoraux des partis islamistes.

Reste qu'on se tromperait à exagérer le pouvoir des islamistes ou à appréhender l'islam politique comme une force imparable dans le monde musulman. En tant qu'idéologie, l'islamisme a tout d'un excellent vecteur de mobilisation populaire, mais qui ne se traduit pas nécessairement en bonne gouvernance. Au cours des dernières décennies, si les islamistes sont arrivés au pouvoir, c'est justement pour corriger les errements de dirigeants autoritaires laïques et en promettant de répondre, enfin, aux attentes matérielles de populations déçues depuis longtemps par ces hommes forts. Sauf qu'une fois en place, les islamistes n'ont pas tenu leurs promesses. Il se pourrait donc très bien que leur essor politique touche à sa fin.

**Imran Said est journaliste indépendant et vit actuellement à Kuala Lumpur, en Malaisie. Il travaille sur la sécurité internationale, l'histoire et la politique. [Vous pouvez le suivre sur Twitter.](#)*

11 octobre (NZZ)

<https://www.nzz.ch/meinung/grossbritannien-wirtschaft-braucht-wachstum-da-hat-truss-recht-ld.1706694>

KOMMENTAR

Liz Truss liegt oft daneben – aber in einem zentralen Punkt richtig: Wirtschaft braucht Wachstum

Grossbritanniens neue Premierministerin teilt die Welt in Freund und Feind. Doch bei allem Streit ist auf der Insel unbestritten, dass eine Volkswirtschaft wachsen sollte. Wachstumskritiker auf dem Kontinent machen es sich zu leicht.

Benjamin Triebe

11.10.2022, 05.30 Uhr



Liz Truss ist als Regierungschefin bemerkenswert schlecht gestartet.

Die britische Premierministerin Liz Truss hat einen schweren Stand. Fast die ganze Welt ist gegen sie – und Truss schießt gegen die ganze Welt zurück. Da braucht sie grosses rhetorisches Kaliber. Wer immer ihre Pläne für eine extrem hohe, ungedeckte Neuverschuldung zur Finanzierung von Steuersenkungen kritisiert, den steckt Truss in eine «Anti-Wachstums-Koalition». Seien es internationale Ökonomen oder Politiker aus den eigenen Reihen, Gewerkschaften oder Finanzinvestoren: Für Truss sind sie alle «Anti-Wachstum» (anti-growth).

Ohne Wachstum keine Gerechtigkeit

Der Vorwurf ist Unsinn, nicht nur wegen seiner Pauschalität. **Bemerkenswert ist etwas anderes: dass es in Grossbritannien positiv besetzt ist, für Wirtschaftswachstum zu sein.** Auf dem Kontinent würden viele linke und grüne Politiker bereitwillig zustimmen, wenn ihnen vorgeworfen würde, sie wollten Wachstum verhindern. Denn dreht sich in der Wirtschaft nicht alles zu sehr um Wachstum? Brauchen wir wirklich immer mehr? Werden darüber nicht die Menschen vergessen, die Gerechtigkeit, die Solidarität, Umwelt und Ressourcen?

Wie anders die Diskussion im liberal geprägten Grossbritannien: **«Wir brauchen drei Dinge: Wachstum, Wachstum, Wachstum», rief der Oppositionsführer Keir Starmer von der Labour-Partei bereits in diesem Sommer.** Das illustriert, wie ungezielt die Vorwürfe von Liz Truss sind. Aber es zeigt auch, dass man sich in Grossbritannien keinen Illusionen über die Notwendigkeit von Wirtschaftswachstum hingibt.

Auch ein linker Politiker kann pragmatisch sein: Umverteilung ist leichter, wenn man Zugewinne verteilen kann, als jemandem einen Teil seines in der Vergangenheit erarbeiteten Eigentums wegzunehmen. Der Liberale denkt nicht an erster Stelle an Umverteilung. Ihm reicht ein

grundsätzlicher Fakt: Für mehr Wohlstand und Lebensqualität für möglichst viele Menschen braucht es Wirtschaftswachstum. Wächst der Kuchen, haben alle eher etwas davon, als wenn er schrumpft.

Die Käufer haben es in der Hand, mehr als die Produzenten

Was Wachstumskritiker tatsächlich stören darf, ist die **Qualität des Wachstums**. Es geht nicht darum, schlicht immer mehr von allem zu haben. **In den heutigen Industrienationen sind die Grundbedürfnisse gedeckt**. Mehr Wohlstand sollte hier nicht bedeuten, pro Kopf mehr Billig-T-Shirts aus Asien zu kaufen oder mehr Fleisch aus Massentierhaltung. **Allerdings: Das haben Käufer durch ihre Nachfrage selbst in der Hand. Sie stehen in der Verantwortung.**

Auch aus unternehmerischer Sicht geht es nicht primär um ein quantitatives Mehr. Stattdessen lautet der Königsweg in etablierten Volkswirtschaften, produktiver zu arbeiten, höherwertiger zu produzieren und so konkurrenzfähig anzubieten. So behauptet man sich im globalen Wettbewerb. Die Schweizer Industrie kann ein Lied davon singen.

Deshalb ist es ein Jammer, dass Liz Truss für Wachstum wirbt, aber mit ihren Rezepten am Ziel vorbeischießt. **Reformen auf der Angebotsseite der Wirtschaft sind es, die produktive Kräfte entfesseln.** Doch Truss' Pläne, etwa zur Deregulierung der restriktiven englischen Bauplanung und zum Bürokratieabbau, sind Absichtserklärungen. **Stattdessen stimulieren die Steuersenkungen, die mit der höchst umstrittenen Neuverschuldung finanziert werden, kurzfristig die Nachfrage.** Das dürfte die ohnehin **hohe Inflation weiter antreiben.**

Konfrontation mit der Notenbank

Das ruft die Bank of England auf den Plan, um mit Leitzinserhöhungen jene heisse Luft aus der Wirtschaft zu lassen, die Truss hineinbläst. Der Konflikt ist offenkundig. Am Staatsanleihemarkt musste die Notenbank bereits intervenieren. Somit ist es zwar löblich, dass Truss das Wirtschaftswachstum ins Zentrum stellt. Es wäre nur zu wünschen, dass sie – genau wie viele Wachstumskritiker – nicht nur einfache Lösungen propagiert.

Benjamin Triebe, Redaktor für Wirtschaft und Unternehmen

11 octobre (NZZ)

<https://www.nzz.ch/international/tuerkei-neuer-streit-ueber-das-recht-zum-tragen-des-kopftuchs-ld.1706116>

Die Türkei streitet wieder über das Kopftuch

Erdogans Regierung schürt Angst vor einer säkularen Gegenrevolution, sollte die Opposition die Wahlen im kommenden Jahr gewinnen. Die Kemalisten werben ihrerseits um religiöse Wähler. Im Zentrum der Debatte steht das Kopftuch.

Volker Pabst, Istanbul

11.10.2022, 05.30 Uhr



Studentinnen protestieren im Februar 2005 in Istanbul gegen das Verbot des Kopftuchs an türkischen Universitäten. Heute ist das Recht zum Tragen des Hijabs in der Türkei weitgehend unumstritten.

Die Universitäten in der Türkei spiegeln die Diversität der türkischen Gesellschaft wider. An den Hochschulen des Landes trifft man Studenten aus dem ländlichen Anatolien und aus den modernen Grossstädten der Westtürkei, junge Menschen aus konservativ-religiösen Familien und solche mit säkularem Hintergrund. Und wie überall im Land sieht man Frauen, die ihren Kopf nicht verhüllen, und solche, die es tun.

Emanzipation der Konservativen

Letzteres ist allerdings ein relativ neues Phänomen. Das strikte Kopftuchverbot, das seit den achtziger Jahren in allen staatlichen Behörden und später auch in allen Hochschulen galt, wurde erst unter Recep Tayyip Erdogan aufgehoben. Davor war für Frauen mit Kopftuch der Weg zu einer Karriere im Staatsapparat oder auch nur einer Hochschulausbildung versperrt.

Das Bild von Erdogans Regierungszeit ist geprägt durch die rechtsstaatlichen Rückschritte, die Repression Andersdenkender und die zunehmende Ideologisierung der Politik. Für viele religiös-konservative Türken jedoch ist neben dem Wirtschaftsaufschwung der ersten Amtsjahre die gesellschaftspolitische Emanzipation wichtiger, welche die Aufweichung starrer säkularer Prinzipien wie des Kopftuchverbots brachte.

Dass Hayrünnisa Gül, die Frau des früheren Präsidenten Abdullah Gül, und Erdogans Gattin Emine sich öffentlich mit verhülltem Kopf zeigten, war nicht nur eine Provokation für die alten, säkularen Eliten. Es schuf auch ganz neue Identifikationsmöglichkeiten für die religiös-

konservative Bevölkerung. Auch viele Regierungsgegner wollen nicht auf diese Errungenschaften verzichten.

Entschuldigung der Opposition

Das weiss auch Erdogan. Der Präsident und seine Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (AKP), die wegen der anhaltenden Wirtschaftskrise stark an Rückhalt verloren haben, schüren Ängste vor einer säkularen Gegenrevolution, sollte die Opposition bei den Wahlen im kommenden Jahr gewinnen. Auch eine Rückkehr des Kopftuchverbots könne dann drohen, sagen sie warnend.



Der CHP-Chef Kemal Kilicdaroglu reicht mit seiner Kopftuch-Initiative den Religiös-Konservativen demonstrativ die Hand.

Die Opposition wiederum streckt der religiös-konservativen Bevölkerung die Hand hin. Der Oppositionsführer Kemal Kilicdaroglu entschuldigte sich im letzten Herbst für vergangenes Unrecht während der Regierungszeit seiner Partei und erwähnte dabei explizit auch die Kopftuchfrage. Kilicdaroglu ist der Vorsitzende der von Atatürk gegründeten Republikanischen Volkspartei (CHP), die wie keine andere Kraft für den Säkularismus des Staatsgründers steht.

Gesetzlicher Schutz für das Kopftuch

Nun hat Kilicdaroglu, der wahrscheinlichste Herausforderer Erdogans bei den Wahlen im kommenden Jahr, nachgedoppelt. Diese Woche kündigte er auf den sozialen Netzwerken einen Gesetzesvorschlag an, der das Recht zum Tragen eines Kopftuchs garantiere. Dadurch werde die Bekleidung von Frauen als Thema der Politik entzogen und diese Wunde für immer geschlossen, sagte Kilicdaroglu. Damit hat er eine neue Debatte über das alte Reizthema ausgelöst.

Dass die türkische Diskussion über das Recht, ein Kopftuch zu tragen, in eine Zeit fällt, da im Nachbarland Iran die Frauen in Massen gegen den Zwang zur Verschleierung auf die Strasse gehen, entbehrt nicht einer gewissen Ironie. Wichtiger für die Dynamik in der Türkei dürften aber die Referenzen auf die neunziger und nuller Jahre sein, als die Frage von grösster Brisanz war.

Zuspruch erhielt Kilicdaroglu für seinen Vorstoss von konservativen Kräften innerhalb des Oppositionsbündnisses wie dem früheren Regierungschef Ahmet Davutoglu. Der ehemalige Weggefährte Erdogans hat nach seinem Austritt aus der AKP [eine eigene Partei](#) gegründet und versucht damit, religiöse Wählerschichten anzusprechen, die sich von Erdogan abgewendet haben. [Das heterogene Bündnis aus sechs Parteien](#), das Erdogan gemeinsam herausfordern möchte, machte in letzter Zeit mit Dissonanzen von sich reden. Der Gesetzesvorschlag zum Kopftuch ist auch ein Versuch, den konservativen Flügel zufriedenzustellen. Dies verstehen auch die säkularen Kräfte, obwohl vielen Kemalisten der Gesetzesvorstoss Bauchschmerzen bereiten dürfte.

Ablenkung von den wahren Problemen

Dennoch gibt es Kritik, vor allem von Regierungsgegnern ausserhalb des Politbetriebs. Der Journalist Murat Sabuncu etwa warnt davor, Erdogan in seinem Kerngebiet herausfordern zu wollen. Dabei könne man nur verlieren.

Tatsächlich griff der Präsident das Thema sofort auf und übertrumpfte Kilicdaroglus Vorschlag. Wem die Kopftuchfrage wirklich am Herzen liege, müsse sie auf Verfassungsebene lösen, sagte Erdogan am Mittwoch und forderte eine Verfassungsänderung. Kurz darauf veröffentlichte die AKP [ein Video](#), das Kilicdaroglu der Scheinheiligkeit bezichtigte. Schliesslich hätten er und seine Partei die ersäkulare Politik stets mitgetragen.

Auch der im Rahmen der Notstandsgesetze von der AKP-Regierung entlassene Verfassungsrechtler Murat Sevinc äusserte sein Unverständnis darüber, dass die Opposition eine Debatte über ein Thema lostrete, für das es gar keine Notwendigkeit gebe. Schliesslich sei die Kopftuchfrage längst gelöst. Die Gefahr einer Rückkehr zu den Zuständen der neunziger Jahre bestehe schlicht nicht mehr – auch wenn die Regierungspropaganda das Gegenteil behaupte.

Stattdessen solle die Opposition die wirklichen Missstände im Land anprangern: [die wirtschaftliche Misere](#), den dramatischen Rückbau des Rechtsstaats, das weitgehende Verschwinden einer unabhängigen Presse. Die Regierungsmehrheit im Parlament will dieser Tage ein Gesetz verabschieden, das die Verbreitung von Falschnachrichten mit bis zu drei Jahren Haft bestraft. Kritiker sehen darin eine weitere Möglichkeit, eine regierungskritische Berichterstattung zu unterbinden.

11 octobre (FAZ)

<https://www.faz.net/aktuell/wissen/physik-mehr/gruener-wasserstoff-die-atmosphaere-kann-eine-quelle-sein-18360617.html?premium>

GRÜNE ENERGIE:

Wasserstoff aus der Luft gegriffen

VON SILVIA BENETTI

-AKTUALISIERT AM 10.10.2022-15:23



Ein Transporter mit Wasserstoff verlässt den „Energie Park Mainz“. Hier steht eine Anlage, die den Strom aus Windenergie mit Hilfe der Elektrolyse in Wasserstoff umwandelt . Bild: dpa

Grüner Wasserstoff soll eine entscheidende Rolle auf dem Weg in die Klimaneutralität spielen. Eine Pilotanlage gewinnt den Energieträger mittels Elektrolyse aus der Luftfeuchtigkeit. Das könnte die Wachstumsprognosen verbessern.

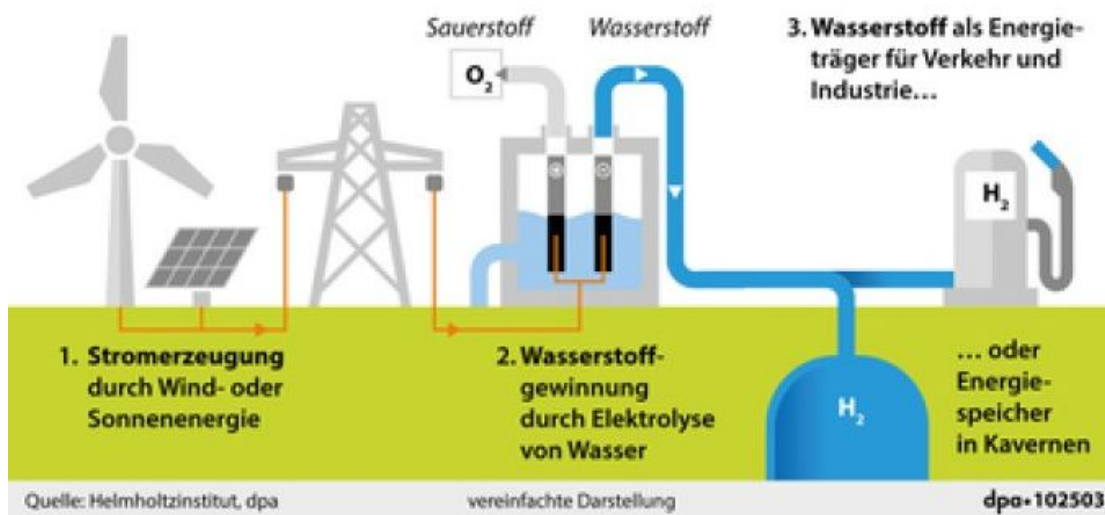
Wasserstoff, gewonnen aus der Elektrolyse von Wasser mit dem Strom erneuerbarer Energiequellen, gilt als Schlüsseltechnologie, um die fossilen Brennstoffe zu ersetzen. Allerdings benötigen Elektrolyseanlagen üblicherweise Süßwasser, da bei der elektrochemischen Spaltung von Salzwasser auch Chlorionen entstehen, die giftiges Chlorgas bilden. Dieses greift unter anderem die Elektroden an und vermindert deren Lebensdauer. Doch der große Bedarf an Süßwasser schränkt die Zahl der für Elektrolyseanlagen geeigneten Standorte ein. Denn fast alle Regionen mit einem hohen Potential an Solar- und Windenergie haben mit einem Mangel an Süßwasser zu kämpfen. Wünschenswert wären daher Verfahren, die keine Süßwasservorräte nutzen, wie beispielsweise die Elektrolyse von Wasserdampf, der in der Luft enthalten ist.

Die Idee ist nicht neu. Allerdings erzeugten die bisherigen Verfahren **Wasserstoff** mit einem maximalen Reinheitsgrad von bis zu zwei Prozent. Das so gewonnene Gas muss aufwendig gereinigt werden, was mit hohen Kosten verbunden ist und den ökologischen Fußabdruck des Gesamtprozesses verschlechtert. Australische Wissenschaftler von der Universität Melbourne haben jetzt einen Prototyp gebaut, der Wasserstoff mit einem Reinheitsgrad von 99 Prozent per Direktelektrolyse von Luftfeuchtigkeit produziert.

Um der Luft ausreichend Wasserdampf zu entziehen, haben die Forscher um Gang Kevin Li verschiedene hygroskopische Materialien getestet, die gleichzeitig als Elektrolyt fungierten. Kaliumhydroxid etwa erwies sich zunächst als vielversprechend, zersetzte sich jedoch zusammen mit dem Kohlendioxid der Luft zu nichthygroskopischem Kaliumhydrogenkarbonat. Dagegen hat sich Schwefelsäure in einer Matrix aus porösem, gesintertem Glasschaum als hervorragender Leiter herausgestellt, der gleichzeitig stabil bleibt.

Wasserstoff als umweltfreundlicher Energieträger

Möglichkeiten zur Gewinnung und Nutzung von Wasserstoff



Wie grüner Wasserstoff per Elektrolyse mit Hilfe regenerativer Energie gewonnen wird. :Bild: dpa

Das Testmodul wurde im Labor bei einer Luftfeuchtigkeit von 20 bis 80 Prozent, einer Temperatur von 25 Grad und einer Spannung von 1,8 bis drei Volt betrieben, [wie die Forscher in „Nature Communications“ berichten](#). Eine Stromdichte von 37,8 Milliampere pro Quadratmeter Elektrodenfläche erzielten die Forscher bei einer Porendichte von 50 bis 70 Mikrometern und einer Glasschaumdicke von 1,5 Zentimetern. Die Stromdichte stieg auf fast 100 Milliampere pro Quadratmeter bei einer Schwefelsäurekonzentration von 32,6 Gewichtsprozent. Je höher die Stromdichte, desto mehr Wasserstoff lässt sich herstellen.

Wasserstoffgewinnung aus der Luft bald wirtschaftlich?

In der zweiten Projektphase stapelten Li und seine Kollegen fünf Elektrolysemodule aufeinander und betrieben ihren Elektrolyseapparat im Freien, den Strom lieferten Photovoltaikanlagen. Die Lufttemperatur betrug zwischen 20 und 40 Grad, die relative Luftfeuchtigkeit 20 bis 40 Prozent. Unter diesen Bedingungen produzierte die Anlage 3,7 Kubikmeter Wasserstoff pro Quadratmeter Elektrodenfläche und Tag. Das sind zwar vergleichsweise geringe Mengen. So erzeugt die größte mit Erneuerbaren betriebene Wasserstoffanlage in Deutschland bis zu 1300 Kubikmeter pro Stunde. Die australischen Forscher haben aber demonstrieren können, dass die Direktelektrolyse von Wasserdampf aus der Luft ein vielversprechendes Verfahren ist, um Wasserstoff mit einem hohen Reinheitsgrad herzustellen.

Auch nach acht Monaten im Betrieb betrug der faradaysche Wirkungsgrad – also das Verhältnis zwischen der tatsächlich produzierten und der theoretisch berechneten Wasserstoffmenge – 90 Prozent. Damit sich das Verfahren als wirtschaftlich erweist, ist somit lediglich notwendig, die Produktionsrate pro Quadratmeter zu steigern und die Wasseraufnahmekapazität des Materials zu erhöhen.



Im Stahlwerk Salzgitter Flachstahl soll Wasserstoff per Elektrolyse erzeugt werden. Wind sorgt für reichlich Strom. :Bild: Jana Mai

Das Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung hat indessen ausgerechnet, dass die globale Kapazität an grünem Wasserstoff bis 2050, dem Jahr, in dem die **EU** klimaneutral werden will, um das 6000- bis 8000-Fache wachsen müsste, um den notwendigen Bedarf bereitzustellen. Um Wachstumsfunktionen abzuschätzen, verglichen die Forscher den Markt von Elektrolyseanlagen mit demjenigen von Wind- und Solarenergie zwischen 1995 und 2010.

Ausgangspunkt der in „Nature Energy“ (doi:10.1038/s41560-022-01097-4) erschienenen Studie ist die für 2023 prognostizierte Elektrolysekapazität, die anhand der bereits genehmigten Projekte abgeschätzt wurde. Sie beträgt im Mittel 0,92 Gigawatt für die Europäische Union und 3,49 Gigawatt für die ganze Welt. Ausgehend vom Verhalten von Wind- und Solartechnologie, ergibt sich eine durchschnittliche Wachstumsrate von 39 Prozent pro Jahr für den weltweiten Elektrolysemarkt und von 50 Prozent für die Europäische Union.

Unsichere Prognosen für CO₂-freie Wasserstoffwirtschaft

Die Wissenschaftler haben festgestellt, dass die Wachstumsrate der Wasserstofftechnologie nur bedingt mit derjenigen von Windkraft und Photovoltaik vergleichbar ist, da die beiden Letzteren bereits elektrische Energie für ein schon existierendes Stromnetz mit zahlreichen Abnehmern erzeugen. Bei konventionellen Wachstumsraten, so die Wissenschaftler, wird die EU-weite Elektrolysekapazität hinter den anvisierten Zielen von sechs Gigawatt bis 2024 und 100 Gigawatt bis 2030 bleiben. Auch das weltweite Ziel von 254 Gigawatt bis 2030 ist höchst unwahrscheinlich. Höhere Wachstumsraten seien nach Ansicht der PIK-Forscher möglich, aber mit größeren Unsicherheiten behaftet.



Ein Bus tankt flüssigen Wasserstoff an einer Wasserstofftankstelle in Wien :Bild: dpa

Weil diese Unsicherheiten die Bereitschaft schmälern dürften, in Wasserstofftechnologien zu investieren, entstünde ein Henne-Ei-Problem: Fehlende Investitionen sorgten für eine unklare Zukunftsprognose und bremsten die Entwicklung einer Wasserstoffinfrastruktur. Auch dürften

Unternehmen weniger bereit sein, ihre Produktion auf Wasserstoff umzustellen, wenn Versorgungsengpässe drohten.

Die Forscher haben auch ein Szenario betrachtet, in dem politische Maßnahmen die Wachstumsrate der Wasserstofftechnologie beschleunigen. Das wäre zum Beispiel der Fall, wenn mehrere Länder Subventionen von Elektrolyseanlagen beschließen oder mithilfe von sogenannten Carbon Contracts for Difference (CCfD) Abnehmer von grünem Wasserstoff entlasten – etwa indem man ihnen die Differenz zwischen den Kosten für Emissionszertifikate und den CO₂-Vermeidungskosten erstattet. Dann wäre der Durchbruch – definiert als dasjenige Jahr mit der höchsten Wachstumsrate – in der EU bereits zwischen 2029 und 2036 und weltweit zwischen 2030 und 2037 möglich. Bleibt es bei einem mit der Wind- und Solarindustrie vergleichbaren Anfangswachstum, wird der Durchbruch dagegen erst 2040 in der EU und 2045 weltweit erreicht.

Die Wissenschaftler des PIK kommen in ihrer Studie zum Schluss, dass nur großzügige Förderungen und geeignete politische Maßnahmen den Teufelskreis aus niedrigem Anfangswachstum, mangelnder Nachfrage und fehlender Infrastruktur beenden könnten. In einem solchen Szenario würden Skalierungseffekte auftreten, die die Kosten senken und das Wachstum zusätzlich beschleunigen. Damit hätte grüner Wasserstoff das Potential, Bereiche zu dekarbonisieren, bei denen eine direkte Elektrifizierung nicht möglich ist.

11 octobre (FAZ)

<https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/unternehmen/deutschland-ist-innerhalb-europas-bei-patenten-fuehrend-18376369.html>

STUDIE ZU INNOVATIONSREICHTUM:

Deutschland im Patente-Ranking führend

VON [ILKA KOPPLIN](#), MÜNCHEN

-AKTUALISIERT AM 10.10.2022-12:10



Besonders viel Patente gibt es auch in der Automobil-Industrie. Bild: dpa

Eine neue Studie zeigt, dass Deutschland innerhalb Europas bei Patenten und Schutzrechten führend ist. Vor allem grüne Technologien sind unter den Innovationen im Kommen.

Neue Produkte und innovative Technologien sorgen üblicherweise für gute Geschäfte und steigende Umsätze. Deutsche Unternehmen sind bei der Nutzung von Schutzrechten in vielerlei Hinsicht führend in [Europa](#), zeigt eine gemeinsame Studie des Europäischen Patentamts und des Amts der Europäischen Union für geistiges Eigentum. Dort wird die Bedeutung von geistigen Eigentumsrechten, wie beispielsweise Patenten, Marken, Geschmacksmustern und Urheberrechten, für die Wirtschaft in der EU zwischen den Jahren 2017 und 2019 untersucht.

Dafür haben die Fachleute die Patentdaten über die Unternehmen der verschiedensten Sektoren mit diversen Daten des europäischen Statistikamts hinsichtlich [Wirtschaftsleistung](#), Beschäftigung und weiteren Faktoren verglichen, erklärt Yann Manière, Chefökonom des europäischen Patentamts, im Gespräch mit der F.A.Z.

Starker Beitrag zur Wirtschaftsleistung

Ein Ergebnis: Branchen mit einem höheren Bedürfnis an Schutzrechten tragen in Deutschland im Vergleich zum Rest Europas überdurchschnittlich viel zum Bruttoinlandsprodukt sowie zur Beschäftigung bei. So entfällt mehr als 48 Prozent der Wirtschaftsleistung und mehr als ein Drittel der Gesamtbeschäftigung auf die sogenannten schutzrechtsintensiven Branchen in Deutschland. In Europa liegen diese Werte im Durchschnitt etwas niedriger bei rund 47 Prozent. Manière führt das darauf zurück, dass Deutschland einen hohen Anteil produzierenden Gewerbes hat, welches besonders viele Patente führt, wie beispielsweise in der Automobilindustrie und im Maschinenbau. Deutschland sei deshalb produktiver und effizienter, sagte der Ökonom.

Auch wird in den Branchen, die viele Patente hervorbringen, besser gezahlt. In diesen Wirtschaftszweigen, so zeigt die Auswertung für Europa, liegt der Mehrverdienst im Durchschnitt 41 Prozent über anderen Industriebranchen. Der durchschnittliche Wochenlohn in den Branchen beträgt demnach 840 Euro im Vergleich zu 597 Euro.

Insgesamt haben schutzrechtsintensive Industrien der Studie zufolge in der [Europäischen Union](#) im Zeitraum mehr als 61 Millionen Menschen direkt beschäftigt und 6,4 Billionen Euro erwirtschaftet. Im

Umkehrschluss bedeutet das: „Mehr als die Hälfte des europäischen BIP wird von nicht-patentintensiven Betrieben erwirtschaftet, vor allem aus dem Servicebereich, beispielsweise die Bereiche Logistik, Landwirtschaft oder auch im Gesundheitswesen. Während aber beispielsweise die Textilindustrie selbst ebenfalls wenig patent-intensiv ist, nutzen die Betriebe indirekt viele Patente, beispielsweise über Maschinen und Materialien“, erklärt Manière.

Zugelegt haben vor allem Innovationen für Klimaschutztechnologien. In diesem Bereich sind deutsche Unternehmen mit knapp 42 Prozent aller Patentanmeldungen innerhalb der [EU](#) ebenfalls führend. „Der wirtschaftliche Beitrag von grünen Patenten, also solchen für nachhaltige Technologien, wächst über die Jahre. Interessanterweise sind es nicht nur Windturbinenhersteller und ähnliche Unternehmen, die grüne Patente einreichen, sondern vor allem auch solche, die energieeffizienter und ressourcenschonender werden müssen, wie beispielsweise die Autoindustrie“, erklärt Manière.

Dass die [Energiekrise](#) und eine potentielle Rezession nun zu einem Einbruch mit Blick auf Innovationen und Patente führen wird, sieht der Fachmann derweil nicht. „In der Vergangenheit haben steigende Energiepreise die Innovationen beflügelt, weil grüne Technologien sich dann eher lohnen, als wenn Energie günstig ist. Ich erwarte deshalb, dass auch diese Krise Innovationen im Bereich saubere Energie noch stärker vorantreiben wird.“

Demnach erreichten Patentanmeldungen für Klimaschutztechnologien schon im Jahr 2019 in Europa einen Rekord. Hierzulande entfielen auf Branchen, die Patente auf Klimaschutztechnologien anmeldeten, knapp 13 Prozent aller Arbeitsplätze und knapp ein Fünftel der Wirtschaftsleistung.

11 octobre (FAZ)

<https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/ex-unilever-chef-paul-polman-im-interview-18377058.html?premium>

KAPITALISMUSDEBATTE:

„Der Purpose-Zug ist nicht aufzuhalten“

VON [ROLAND LINDNER](#), NEW YORK

-AKTUALISIERT AM 11.10.2022-06:10



Paul Polman hat bei Unilever soziale Verantwortung und „Purpose“ als Gegenmodell zum Shareholder-Value etabliert. Er spricht über die Glaubwürdigkeit von Managern und „Wokeness“-Vorwürfe von Politikern.

Herr Polman, Sie waren bis Ende 2018 Vorstandschef von [Unilever](#) und haben sich dort als Wegbereiter für eine breitere Bewegung in der Wirtschaft einen Namen gemacht, in der Unternehmenslenker sagen, sie seien auf mehr als Shareholder-Value aus. Schlagworte wie Purpose und Stakeholder-Kapitalismus wurden schick. In jüngster Zeit gibt es daran aber verstärkt Kritik, vor allem in den USA. Macht Ihnen das Sorgen?

Die Purpose-Bewegung ist lebendig und wichtiger denn je, Unternehmen treiben sie weiter voran. Aber ohne Zweifel stimmt es, dass es Attacken gibt, die sich gegen diese Begriffe richten, ob jetzt Purpose oder [ESG](#), also Maßstäbe wie Umwelt und Soziales, nach denen Unternehmen beurteilt werden. Das wird dann woke genannt, und es ist eine altbekannte Strategie von Populisten. Ich sehe das aber nicht so sehr als Rückschritt, sondern als Zeichen, dass wir vorankommen. Denn genau deswegen werden die Attacken schärfer.

Unter dem Strich glauben Sie also nicht, dass die Purpose-Uhr in der Unternehmenswelt zurückgedreht wird?

Ich halte den Krieg gegen sogenannten „woken Kapitalismus“, den wir momentan sehen, für gefährlich, er untergräbt die Demokratie. Aber ich denke, die Kräfte auf der Gegenseite sind stark genug, und der Zug ist nicht aufzuhalten. Viele der Daten, die wir haben, sind sehr ermutigend. Unternehmen engagieren sich mehr im Kampf gegen den Klimawandel als vor fünf oder zehn Jahren. Umfragen zufolge wollen Mitarbeiter, dass ihre Vorstandschefs Position beziehen. Auch viele Regierungen bewegen sich in die richtige Richtung.

Die Attacken, von denen Sie sprechen, kommen von mächtigen Stellen und haben auch Konsequenzen. Als der Unterhaltungskonzern [Walt Disney](#) in diesem Jahr gegen ein Gesetz in Florida protestiert hat, das die Diskussion von sexueller Orientierung und Geschlechteridentität im Schulunterricht einschränkt, hat ihm der dortige Gouverneur Ron DeSantis vorherige Privilegien entzogen . . .

Das war reine politische Vergeltung, und wir sehen das auch in anderen Bundesstaaten wie Texas. Manchmal ist das so extrem, dass Unternehmen von Aufträgen der öffentlichen Hand ausgeschlossen werden, wenn sie nur den Begriff ESG benutzen. Oder wenn sie eine Position zum Klimawandel oder zu Waffenrechten beziehen. Es ist schon interessant: Die gleichen Leute, die nach der Durchsuchung von [Donald Trumps](#) Anwesen in Mar-a-Lago beklagt haben, die Regierung verfolge ihre politischen Widersacher, setzen selbst ihre Regierungsmacht ein, um Unternehmen wie Disney zu bestrafen. Die reden mal so und mal so, wie es ihnen gerade passt.

Ist das ein rein amerikanisches Phänomen?

Wir sehen es sicher in erster Linie in den [USA](#), in Europa sind viele Themen nicht so politisch aufgeladen. Und in den USA ist die Polarisierung viel stärker, das ist in Europa, wo es in vielen Ländern viele verschiedene Parteien gibt, nicht so ausgeprägt. In den USA hat eine der beiden großen Parteien schon Schwierigkeiten damit, Wissenschaft zu akzeptieren.

Was tun Vorstandschefs in diesem Umfeld?

Sie spüren einen stärkeren Druck, und ich denke, das hat dazu geführt, dass sie zumindest nach außen hin etwas zurückhaltendere Töne anschlagen, wenn es um politisch kontroverse Themen geht. Man sieht das zum Beispiel bei [Larry Fink](#) von Blackrock oder Jamie Dimon von J. P. Morgan. Viele Unternehmen haben sich auch gecheut, Position zu beziehen, als der Oberste Gerichtshof in diesem Jahr das nationale Recht auf Abtreibung aufgehoben hat. Sie haben zwar intern gehandelt, zum Beispiel mit dem Angebot zusätzlicher Leistungen über ihre Krankenversicherungen. Aber sie haben sich in der Öffentlichkeit mit einer Meinung zurückgehalten.

Wie sollen Unternehmen denn entscheiden, bei welchen Themen sie sich äußern?

Das muss jedes Unternehmen für sich selbst beurteilen. Es sollte sich fragen, ob etwas gegen seine Werte verstößt, ob das Geschäft davon berührt ist und ob es etwas ausrichten kann, wenn es sich zu Wort meldet. Es geht nicht darum, ständig Position zu beziehen, sondern dann, wenn es zählt. Und den Unternehmen, die das getan haben, hat das üblicherweise in ihrem Geschäft nicht geschadet. Wir haben in den vier Jahren unter der vorherigen US-Regierung gesehen, dass die Grenzen verschoben werden, wenn man Dinge widerspruchslos hinnimmt, und das ist dann schwer rückgängig zu machen. In gewisser Weise macht man sich der Komplizenschaft schuldig, wenn man schweigt.

Was heißt das konkret im Fall Disney? Was hätte Vorstandschef Bob Chapek tun sollen?

Bob Chapek hat sich ja allgemein bei politisch kontroversen Themen etwas mehr zurückgehalten als sein Vorgänger [Bob Iger](#), und das hat er erst auch in Florida getan. Als dann seine Mitarbeiter protestiert haben, hat er sich doch zu Wort gemeldet und sich damit die Attacke vom Gouverneur eingehandelt. Ich denke, es wäre Politikern schwerer gefallen, ihn anzugreifen, wenn er sich früher geäußert hätte. Aber im Nachhinein lässt sich das natürlich leichter sagen. Man kann nicht immer Position beziehen, aber das war ein sehr relevantes Thema für Disney. Es hat Werte im Kern berührt, die der Konzern immer verteidigt hat.

Vor wenigen Jahren haben Vorstandschefs großer Unternehmen der USA öffentlichkeitswirksam eine Art Purpose-Erklärung unterschrieben und gesagt, künftig stehe nicht mehr Shareholder-Value an erster Stelle. Andere „Stakeholder“ wie Mitarbeiter, Kunden oder auch die Umwelt bekämen das gleiche Gewicht. Professoren der Harvard-Universität befanden aber hinterher in

einer Studie, das sei hauptsächlich Show gewesen. Die Unternehmen hätten den Worten wenig Taten folgen lassen. Stellt das nicht die Glaubwürdigkeit von Purpose-Ankündigungen infrage?

Bestimmt sind das bei manchen Unternehmen Lippenbekenntnisse. Aber ich denke, diese Erklärung der Vorstandschefs hat in jedem Fall etwas bewegt. Sie hat dafür gesorgt, dass sich auch viele andere Unternehmen mit dem Thema befassen.

Sie haben ein Buch über Ihre Managementphilosophie geschrieben und sich dabei klar von [Jack Welch](#) abgegrenzt, dem früheren Vorstandschef des Industriekonzerns General Electric (GE), der dafür berühmt war, den Shareholder-Value über alles zu stellen . . .

Jack Welch hat sich ja nach seiner Pensionierung selbst von starrem Shareholder-Value-Denken distanziert. Sehen Sie sich an, was aus [GE](#) geworden ist. Die sind fast pleitegegangen. Sie haben ihre Daten manipuliert und ihre Finanzsparte genutzt, um Quartal für Quartal die Vorgaben der Wall Street zu erfüllen und den Aktienkurs nach oben zu treiben. Heute sehen Vorstandschefs aber zunehmend ein, dass es nicht gut ist, 90 Prozent ihres freien Cashflows an Aktionäre zu verteilen, wenn es etwa auf Kosten von Mitarbeitern oder Investitionen in die Nachhaltigkeit geht. Unternehmen erkennen, dass der Übergang zu einem nachhaltigeren Geschäftsmodell auch wirtschaftlich gut für sie ist und längerfristig auch dem Börsenwert hilft.

Gibt es nach Ihrer Auffassung noch immer zu viele Manager in der Tradition von Jack Welch?

Absolut. Die kurzfristige Orientierung an den Finanzmärkten ist nicht verschwunden. Und es gibt noch immer Leute, die ihr eigenes Interesse über das Interesse künftiger Generationen stellen und einfach gegen Dinge sind. Man findet noch heute Menschen, die Sicherheitskontrollen an Flughäfen oder Sicherheitsstandards in Chemikalien ablehnen. Und ich begegne noch immer Managern, die den Klimawandel leugnen. Aber Tatsache ist, dass es eine breitere Gruppe gibt, die sich nach vorne bewegt. Und wenn man eine kritische Masse an Unternehmen zusammenbekommt, bringt das Wandel. Als ich vor einigen Jahren auf der Klimakonferenz in Paris Podiumsdiskussionen organisiert habe, fiel es mir noch schwer, dafür andere Vorstandschefs zu gewinnen. Die fürchteten, sie könnten von Wissenschaftlern attackiert oder lächerlich gemacht werden. Heute kann man sich nicht vor Vorstandschefs retten, die auf Klimapaneln wollen. Anders ist es bei Themen wie Menschenrechten oder Korruption, da kriegt man viel weniger Manager. Sie fühlen sich damit nicht so wohl, vielleicht weil sie meinen, sie könnten sich angreifbar machen oder ihre Positionen seien nicht ganz durchdacht.

Als Sie Unilever geführt haben, war Ihre Nachhaltigkeits- und Purpose-Strategie ja umstritten . . .

Das ist richtig, gerade am Anfang meiner Amtszeit, als ich die Strategie noch nicht mit Daten untermauern konnte. Ich habe damals ein Unternehmen geerbt, dem es nicht gut ging, deshalb war die Skepsis groß. Und sie wurde noch größer, als ich aufgehört habe, Quartalsberichte zu veröffentlichen und Geschäftsprognosen abzugeben. Viele dachten, alles werde noch schlimmer kommen, und wir konnten noch nicht mit Daten belegen, dass ein von Purpose getriebenes Modell auch gut für die Aktionäre sein kann. Aber am Ende haben wir viele Skeptiker überzeugt. Wir haben unseren Aktionären in meiner Amtszeit eine höhere Rendite geliefert als alle wichtigen Wettbewerber und der Gesamtmarkt.

Als Sie Vorstandschef von Unilever waren, haben Sie seinerzeit ja auch einen ziemlich spektakulären feindlichen Übernahmeveruch durch ihren amerikanischen Wettbewerber Kraft Heinz abgewehrt . . .

Deren Geschäftsmodell war das extreme Gegenteil von uns und rein auf Shareholder-Value ausgerichtet. Aber sehen Sie sich an, wie schlecht sich deren Aktienkurs geschlagen hat. Es gab riesige Abschreibungen und Bilanzierungsunregelmäßigkeiten. Das ist kein attraktives Modell für Investoren.

Nachdem die Übernahme vom Tisch war, haben Sie eine Reihe von aktionärsfreundlichen Schritten wie Aktienrückkäufe und Kostensenkungen angekündigt, und selbst zugegeben, dass das ein Kompromiss war, der Ihnen missfallen hat. Warum?

So ist es eben oft im Leben: Man geht zwei Schritte nach vorne und einen zurück. Man muss realistisch sein, nicht dumm. Wir haben damals unser Geschäft mit Margarine verkauft, und den Erlös gaben wir an die Aktionäre. Hätte ich ein gutes Übernahmeobjekt für Unilever gefunden, hätte ich das Geld dafür verwendet, aber das gab es damals nicht. Also habe ich Dinge getan, die ich normalerweise nicht tun würde. Aber das ist in Ordnung, manchmal muss man praktisch handeln. Das heißt nicht, dass man Prinzipien über Bord wirft.

Im Unilever-Konzern gibt es gerade einen Hauskrach, der mit Purpose zu tun hat. Es geht um die Eiscrememarke Ben & Jerry's, die sich als besonders werteorientiert versteht. Sie hat beschlossen, ihr Eis nicht mehr in den von Israel besetzten palästinensischen Gebieten zu verkaufen. Das hat zu einem innerbetrieblichen Streit mit der Konzernmutter geführt, der jetzt sogar vor Gericht ausgetragen wird. Was sagen Sie dazu?

Ben & Jerry's ist ein gutes Beispiel für eine Marke mit Purpose. In meinen zehn Jahren als Vorstandschef von Unilever hat sich der Umsatz der Marke verfünffacht, und ich denke, das unterstreicht, wie erfolgreich es sein kann, sich für gesellschaftlichen Wandel zu engagieren. Ben & Jerry's war innerhalb des Konzerns immer sehr unabhängig. Es hat öfter Spannungen gegeben, auch zu meiner Zeit, aber wir sind konstruktiv und intern damit umgegangen. Es steht mir nicht zu, in dem aktuellen Streit Ratschläge zu geben. Aber ich habe kürzlich getwittert, dass es vielleicht besser wäre, abzukühlen und Eis zu essen. Eine öffentlich ausgetragene Debatte ist keine Lösung.

10 octobre (Le Figaro)

<https://www.lefigaro.fr/vox/economie/pierre-vermeren-comment-l-economie-francaise-est-devenue-un-village-potemkine-20221010>

Pierre Vermeren: «Comment l'économie française est devenue un village Potemkine»

Par Pierre Vermeren

Publié il y a 1 heure, mis à jour il y a 38 minutes



Pierre Vermeren. *Crédit : Fabien Clairefond*

TRIBUNE - Alors que l'Assemblée vient de commencer l'examen du budget 2023, l'universitaire, normalien, agrégé et docteur en histoire, auteur de nombreux ouvrages remarquables*, dresse un inquiétant tableau de l'état réel de l'économie de notre pays et du rapport dégradé de la société française au travail.

**Pierre Vermeren a récemment publié trois ouvrages salués par la critique: On a cassé la République. 150 ans d'histoire de la nation» (Tallandier, 2020), L'Impasse de la métropolisation (Gallimard, coll. «Le Débat», 2021) et La France qui décline. De la désindustrialisation à la crise sanitaire (Texto, 2022).*

Le monde est un théâtre où se pressent comédiens, mimes, souffleurs et propagandistes. La scène politique n'échappe pas à cette loi. Qu'en est-il de l'économie française, au-delà de la « baisse-sans-précédent-du-chômage», dont les pouvoirs publics se félicitent?

L'année glissante (*en cumul sur les douze derniers mois, NDLR*) restera mémorable pour notre économie: **pour la première fois, la France est importatrice nette de produits agricoles, et son déficit commercial bat le record de 71 milliards d'euros au premier semestre 2022 et devrait atteindre 156 milliards d'euros cette année**, selon la loi de finances (contre, pour mémoire, 173 milliards d'excédent pour l'Allemagne en 2021, mais 111 milliards «seulement» de mai 2021 à mai 2022 à cause de la guerre en Ukraine): **les Français ne produisent plus que 36 % des biens matériels qu'ils consomment**, selon Nicolas Baverez ; le déficit budgétaire ne parvient pas à s'apurer après le record absolu de 2020 (plus de 150 milliards d'euros, une somme doublée par l'amortissement de la dette) ; l'endettement public tangente 120 % du PIB, soit 3000 milliards d'euros. Enfin, l'inflation sera a minima de 6 % ; **le piège d'un endettement jamais maîtrisé se referme.**

Face à ces chiffres implacables, le camp présidentiel vante avec constance trois trophées: le chômage serait au plus bas depuis quinze ans ; la réindustrialisation, en marche ; et la France, un

moteur de la croissance européenne (il est vrai qu'après l'une des pires chutes du PIB de l'Union, en 2020, le rebond de 2021, sans la rattraper, a été conséquent).

À moins de 1,5 % de croissance, l'économie française ne crée pas d'emploi du fait des gains de productivité, assuraient nos économistes voilà quelques années. Avec un PIB en dollars constants inférieur en 2022 à ce qu'il était en 2019 - sachant que c'est en 2017 que fut retrouvé le niveau de production par habitant d'avant la crise de 2008 -, l'économie française est presque à l'arrêt depuis quinze ans.

Selon la Banque mondiale, le PIB français par habitant est passé de 45.334 dollars en 2008 à 38 635 dollars en 2020 (en dollar constant 2020). Américains, Suisses et Allemands ont continué de nous distancer. Notre croissance est faible, et la hausse du PIB par habitant - réelle en euros nominaux - est financée par une dette publique qui a doublé en quinze ans.

Sans le dire, la France a fait comme les Pays-Bas : plus on sort d'inactifs des statistiques, plus le chômage baisse

Comment, dans ces conditions, l'indice de chômage Bureau international du travail-Insee (choisi par Muriel Pénicaud en 2017 au détriment de l'indice de Pôle emploi, alors de référence) est-il descendu à 7,4 % depuis fin 2021?

En 2022, la France compte officiellement 2,3 millions de chômeurs (indice Insee), contre 2,1 millions en 2008, et plus de 3 millions de 2013 à 2015. Pourtant, Pôle emploi dénombre 500.000 chômeurs de plus en catégorie A (les chercheurs d'emploi sans aucune activité).

Pourquoi cet écart croissant entre l'Insee et Pôle emploi, alors qu'il n'était que de 14.000 chômeurs début 2009? Dans un contexte de destruction nette d'emplois dans la production, d'aggravation des déficits jumeaux (commercial et budgétaire), de croissance faible puis de stagflation, comment les actifs français auraient-ils retrouvé le chemin de l'emploi? La question a pesé lors de l'élection présidentielle.

La réponse est à argumenter en deux temps. Le premier concerne l'évolution de la démographie post-boomers et la modulation savante du nombre d'«actifs» par nos autorités ; le deuxième concerne le modèle économique national, passé en trente ans du statut de grande économie productive à celui de marché extensif (basé sur la quantité et non sur le progrès technique) reposant sur la dette et la fracture du marché de l'emploi.

Le départ en retraite des cohortes de boomers permet une réduction du nombre d'«actifs». Certes, l'activité des travailleurs âgés a progressé depuis la réforme des retraites Fillon en 2003 - c'était l'un de ses objectifs: le taux d'emploi des 50-64 ans est passé de 54 % en 2009 à 65,5 % en 2021. Reste qu'en France on compte 73 % d'actifs chez les 15-64 ans (2021), au 15^e rang de l'Union européenne, à 5 points derrière l'Allemagne, où les travailleurs âgés sont nombreux.

En 2022, plus des trois quarts des baby-boomers (nés de 1942 à 1962) sont déjà à la retraite. À la fin du second quinquennat Macron, ils le seront à peu près tous. **Or, la France compte déjà 17 millions de retraités!** Cette masse réduit d'autant la part des «actifs» au sein de la population, et crée un effet ciseau: les générations qui quittent l'emploi sont plus nombreuses que les arrivants. Cela améliore l'emploi général - moins d'actifs, moins de chômeurs - tout en dégradant les comptes sociaux puisqu'il y a plus de retraités rapportés au nombre d'actifs.

En définitive, seuls 29 millions de Français sur 67 millions sont « actifs » : la réduction de ce nombre est un enjeu caché pour nos dirigeants

Du fait de cette masse de retraités, le chômage se calcule sur une base plus étroite qu'en Allemagne: de 62 ans à 65 ans (voire 67 ans), un Allemand est actif ou chômeur, quand les Français sont retraités! Chez les plus jeunes travailleurs, le taux d'emploi des 15-24 ans n'a progressé en douze ans que de 30 % à 33,8 % (Insee), et celui des 25-

49 ans n'a pas bougé. 27 % des 15-64 ans sont en dehors du marché de l'emploi, dont 3 femmes sur 10: ni actifs, ni chômeurs.

En définitive, seuls 29 millions de Français sur 67 millions sont «actifs»: la réduction de ce nombre est un enjeu caché pour nos dirigeants.

Or, d'autres facteurs limitent la population active. L'économie sociale tourne à plein régime: la France compte toujours plus de titulaires de l'AAH (allocation adulte handicapé) et du RSA. Et seule une minorité d'allocataires rejoint à terme l'emploi. Voilà la source de l'écart entre l'Insee et Pôle emploi: ce dernier garde l'espoir que ces allocataires reviendront un jour au travail.

Dans les années 1990, les Pays-Bas ont réduit leur chômage en accordant le statut de «handicapé» à 1 million de travailleurs jugés inaptes. Rien de tel officiellement en France. **Pourtant, selon Bercy, de 2006 et 2021, les titulaires de l'AAH sont passés de 804.000 à 1.252.000 (dont 12 % seulement inscrits à Pôle emploi) ; et de 2009 à 2021, les titulaires du RSA ont grimpé de 1,3 million à 1,94 million (contre 0,4 million à la création du RMI, en 1990). En moins de quinze ans, 1,1 million de personnes ont ainsi basculé dans l'aide sociale, en majorité **sorties des statistiques du chômage et de l'activité**. L'Insee ne les prend plus en compte car elles ne recherchent pas activement d'emploi, ce qu'exige le BIT pour les inclure dans les chômeurs.**

Sans le dire, la France a fait comme les Pays-Bas: plus on sort d'inactifs des statistiques, plus le chômage baisse.

Cette politique mal assumée est pourtant poussée par les pouvoirs publics. **Dans certains départements, les patrons des centres d'assistance sociale donnent des primes à leurs agents (assistantes sociales, médecins conseils) s'ils accroissent le «stock» des allocataires: l'aide sociale représentant les deux tiers des budgets des départements, qui y ont trouvé une vocation. Entre 2010 et 2014, les dépenses d'aide et d'action sociales ont augmenté de 12 % en euros constants, passant de 59 milliards d'euros à 69 milliards d'euros - dont une grosse moitié est à la charge des départements. La croissance de cette économie sociale hors marché explique le bond des personnes jugées inaptes au travail.**

En 2016, parmi les allocataires de l'AAH, 55 % relèvent de l'AAH-1 (taux d'incapacité à plus de 80 %) et sont incontestablement handicapés (souvent isolés et sans enfant, 70 % ont plus de 40 ans) . Mais 44 % - soit près de 550.000 personnes - ont un taux d'incapacité de 50 % à 79 %: c'est l'AAH-2. Leur situation est plus variée car le handicap est souvent établi sur une simple base déclarative, pour une douleur invérifiée, par exemple ; ces «handicapés temporaires» sont souvent arrêtés deux ans, parfois cinq.

Ce statut a priori peu enviable est en forte hausse, et la pression ne se relâche pas.

Hors chômage officiel, près de 7 millions de personnes sont soustraites de facto au marché de l'emploi. Cela explique la baisse du chômage, l'effondrement productif du pays, sa dépendance aux produits importés et ses déficits abyssaux

Au total, 1,8 million de personnes (titulaires, conjoints et enfants à charge) sont couvertes par l'AAH, et 3,85 millions par le RSA. Or, seuls 20 % des foyers au RSA touchent une prime d'activité en vue d'un retour à l'emploi. Plus de 25 % des adultes des départements et régions d'outre-mer perçoivent le RSA, mais 31 % à La Réunion (qui compte 875.000 habitants).

Tout cela allège le chômage officiel.

Enfin, trois autres facteurs réduisent mécaniquement la force de travail française. Le premier est **l'expatriation des Français**, devenue en un quart de siècle un vaste mouvement d'émigration des jeunes. 0,9 million de Français étaient immatriculés dans nos consulats à l'étranger en 1995: ils sont désormais plus de 1,8 million. Et de 0,5 million à 1,5 million de Français supplémentaires vivraient à l'étranger sans s'être déclarés. Au total, entre 1 million et 2 millions d'actifs échappent à l'activité économique en France par l'expatriation.

Le second facteur tient à la **forte croissance des congés maladie**: leur coût pour l'Assurance-maladie est passé de 6,6 milliards d'euros à 10,3 milliards d'euros entre 2011 et 2017 (rapport Drees 2018). La hausse est continue, sans évoquer le boom du Covid. L'absentéisme, plus élevé dans les fonctions publiques, pénalise l'État et les usagers ; mais sa prévalence dans les entreprises privées ampute la force de travail de l'équivalent de 1 million d'actifs sur l'année. À tour de rôle, 5 % des «actifs» occupés sont à l'arrêt.

Le troisième, bien plus positif, est la forte progression de **l'apprentissage** sous le quinquennat Macron 1: 700.000 apprentis dans le public ou le privé, soit 450.000 de plus. De facto, cela réduit le nombre de chômeurs potentiels. Cette situation favorable n'a toutefois pas mis fin au scandale du chômage et de l'inactivité des jeunes.

La France se distingue en effet par un taux inhabituel de 18,9 % des 15-29 ans au «chômage» en 2021. Et un jeune sur huit de 15 à 29 ans n'est «ni en emploi, ni en études, ni en formation» (situation désignée par l'acronyme anglais Neet, pour «Not in education, employment, or training»), soit 12,2 % d'entre eux (1,4 million). Selon l'OCDE, c'est en revanche **trois millions de jeunes qui, en France, vivraient hors école, hors emploi et sans stage.** En leur sein, les paradis artificiels et la solitude font des ravages, tandis qu'une partie est en crise durable (SDF, squatteurs), et que **d'autres vivent de la délinquance** (le marché des drogues emploie 200.000 jeunes, selon Jérôme Fourquet) ou de la prostitution.

Pôle emploi comptabilise 6,1 millions de chômeurs répartis en 5 catégories, bien plus que les 2,3 millions du Bureau international du travail. Si un point bas est atteint depuis 2008, l'ensemble reste considérable. Sous-emploi, chômage de masse et pénuries de travailleurs coexistent

Hors chômage officiel, ce sont donc près de 7 millions de personnes (estimation modeste n'incluant ni les expatriés ni les parents au foyer) qui sont soustraites de facto au marché de l'emploi. Cela explique la baisse du chômage, l'effondrement productif du pays, sa dépendance aux produits importés et ses déficits abyssaux.

Au deuxième trimestre 2022, Pôle emploi comptabilise 6,152 millions de chômeurs répartis en 5 catégories, bien plus que les 2,3 millions du BIT. Chômeurs à temps plein, à temps partiel, en recherche plus ou moins active d'emploi: seuls 17,2 % des participants au marché du travail seraient des chercheurs «actifs» d'emploi ou dans le «halo autour du chômage» (*situation des inactifs n'étant pas au chômage au sens du BIT mais s'en approchant, NDLR*).

Si un point bas est en effet atteint depuis 2008, l'ensemble reste considérable. Or, le patronat et l'État déplorent l'absence de main-d'œuvre dans les restaurants, le BTP, l'agriculture, la santé, etc. La restauration a réclamé 200.000 travailleurs tunisiens et marocains à l'été 2022.

Cela ouvre le second temps de notre réflexion sur **la nouvelle économie française: son «modèle» de croissance faible (à peine 1 % par an depuis quinze ans) et extensive (basée, rappelons-le, sur la quantité et non sur le progrès technique) repose sur une trilogie: la consommation de masse (bâtiment, grande distribution, entreprises en réseaux - télécoms, banque, santé, transports) ; l'immigration, pièce essentielle du puzzle pour fournir des consommateurs nouveaux que la natalité française en berne n'offre plus ; et la dette publique, pour financer l'ensemble.** Ce «modèle» pallie la désagrégation de la production nationale et la désindustrialisation.

Dans les métropoles, l'immigration entretient la pénurie de logements et concourt à l'extension des entreprises en réseaux. Dans les régions littorales, l'installation des cadres - issus des métropoles - nouvellement retraités crée une tension analogue sur les prix, le BTP et les réseaux. Logements et équipements croissent depuis quarante ans bien plus vite que la population. Si l'arrivée d'immigrés est marginalement utile à l'emploi (travailleurs pauvres à vélo, restauration, agriculture ou BTP), en rentrant dans l'économie sociale de redistribution, ils justifient la construction de logements,

soutiennent la grande distribution, et contribuent à l'activité des services sociaux, du secteur de la santé, des télécoms et des banques.

À moins de 1 % de croissance annuelle dans les années 2010, le pays est prisonnier de son modèle sous-productif, perfusé par la silver économie (*produits et services destinés aux seniors*) et le flux migratoire, qui nourrissent la consommation et les déficits sans innovation ; toujours plus de fast-foods et de «jobs» ubérisés créent des travailleurs pauvres, occultant mal la stagnation du nombre d'ingénieurs et de scientifiques.

La crise de l'école et le blocage de la société assignent trop d'enfants des milieux populaires à la stagnation, découragés par la sélection à l'échec, faute d'alternative possible. **En l'absence d'emplois de production et de qualification adéquate**, beaucoup sont poussés vers les revenus sociaux, voire la marginalité. Cette situation rend nécessaire un flux de substitution importé ; sous-emploi, chômage de masse et pénuries de travailleurs coexistent.

La France est devenue une économie sociale, rentière, allergique au risque. L'économie financière nourrit une riche classe aisée qui prospère au détriment de l'économie de production - citons la faïencerie française, qui s'était concentrée à Desvres (Pas-de-Calais), passée de 5000 emplois à 1 emploi en cinquante ans. Le capital de l'industrie dépecée a été orienté par les banques vers les bons d'État et des titres plus rentables. **Hors fonction publique, le marché de l'emploi métropolitain est désormais clivé entre travailleurs pauvres interchangeables et cadres des services**. Sans perspectives productives ni innovations à sa mesure, l'économie française s'étiole et doit monter les doses de ses addictions.

Ce choix est à courte vue.

10 octobre (Le Figaro)

<https://www.lefigaro.fr/actualite-france/amine-elbahi-engage-contre-l-islamisme-20221010>

Amine Elbahi, engagé contre l'islamisme

Par [Emmanuel Galiero](#)

Publié il y a 5 heures, mis à jour il y a 2 heures



Amine Elbahi. *Collection personnelle*

PORTRAIT - Ce jeune juriste roubaisien d'origine kabyle mène un combat déterminé contre l'islam radical. Placé sous protection policière depuis un reportage de M6, il vient de publier un livre sur ce sujet.

Je ne me tairai pas!» Amine Elbahi, [soutien de Valérie Pécresse](#) durant la dernière campagne présidentielle et ex-candidat malheureux aux législatives à Roubaix sous les couleurs des Républicains, vient de publier un livre chez Robert Laffont pour dénoncer, une nouvelle fois, le communautarisme islamiste.

Placé sous protection policière après un reportage diffusé sur M6 en janvier 2022, dans lequel il dénonçait la poussée du radicalisme dans un quartier de sa ville, le juriste bénéficie toujours d'un accompagnement de sécurité du ministère de l'Intérieur. Menacé de mort et de décapitation après son témoignage, il est aussi la cible d'attaques sur les réseaux sociaux, qu'il interprète comme une volonté de le faire taire venue des «*milieux islamo-gauchistes*».

Je ne combats pas le voile, mais ce processus de voilement conduisant des jeunes filles à s'exclure de la société

Amine Elbahi

Ce combat contre l'islam radical, le jeune Roubaisien d'origine kabyle, âgé de 26 ans, le mène depuis 2014, année du départ de sa sœur en Syrie. Condamnée par la justice française à 30 ans de réclusion criminelle, Leïla y est détenue depuis trois ans par les Kurdes des forces démocratiques syriennes. Quand elle avait décidé de «*faire sa hijra*» dans ce pays, Amine Elbahi avait alerté la police sur sa radicalisation, mais rien n'a pu empêcher le départ de la jeune femme vers une «*organisation terroriste*».

Aujourd'hui, sans chercher des excuses pour sa sœur, il se bat pour rapatrier les deux enfants qu'elle a eus en Syrie dans l'espoir de les sortir des griffes djihadistes. Son dernier échange téléphonique avec la jeune femme remonte à six mois. Si Amine Elbahi a «*sentis ses regrets à la mort de son mari, qui était un terroriste notoire*», il ne sait pas exactement ce qu'elle pense aujourd'hui. Et, quand il

s'interroge sur les raisons de sa radicalisation, il pointe l'expansion du discours islamiste anti-France sur les réseaux sociaux comme un élément central et *«hors de contrôle»*.

Depuis ses premiers messages d'alerte, lancés il y a huit ans, Amine Elbahi a le sentiment que non seulement rien n'a changé, mais que la situation empire. Des quartiers entiers prospérant dans *«l'exclusion totale de la société»*, un port du voile intégral qu'il voit de plus en plus souvent adopté pour des motifs autres que religieux. *«Je ne combats pas le voile, mais ce processus de voilement conduisant des jeunes filles à s'exclure de la société pour faire face à la violence, au patriarcat, aux grands frères ou aux jeunes des quartiers»*, dénonce-t-il, en regrettant que, malgré une réalité de plus en plus visible, la France n'ait toujours pas pris la mesure de la menace.

«On a fait semblant de comprendre. Après les attentats, on s'était juré que plus rien ne serait comme avant et que la laïcité serait le socle commun du vivre ensemble, mais on accepte en France ce que les pays d'origine de nos parents n'acceptent pas. C'est pourquoi il faut remettre de l'autorité, en s'appuyant sur un ministère des Cultes pour responsabiliser les musulmans. J'ai l'impression que trop de politiques, de droite comme de gauche, n'osent pas poser ces questions», confie-t-il.

Une redéfinition des règles

Enfant de l'immigration ayant grandi au cœur d'un quartier populaire du nord de la France, dans une ville ouvrière peuplée de *«97 nationalités»*, Amine Elbahi met en cause plusieurs problématiques. Un islam français sous influences étrangères, un culte mal structuré, un prosélytisme hors de contrôle sévissant sur internet, une immigration incontrôlée pour laquelle il est impossible de fixer des quotas, car soumise aux injonctions européennes. Toutes les raisons d'un fiasco politique sont identifiées par le jeune chargé d'enseignement à l'université de Lille.

Quand il observe l'action d'Emmanuel Macron depuis cinq ans sur ces sujets sensibles, il est très critique. Il juge le pouvoir *«incapable»* de faire face au défi migratoire et dans l'impossibilité de *«maîtriser ses frontières »*. *«On avait senti une volonté affichée de lutter contre le communautarisme, mais, progressivement, ils sont devenus muets. L'échec est total, alors que le président de la République devrait faire preuve d'autorité»*, accuse Amine Elbahi, qui regrette aussi une *«France humiliée»* sur le plan diplomatique. *«Non seulement, les pays étrangers n'acceptent pas les expulsions, mais la France continue à leur délivrer des visas»*, accuse-t-il encore en se disant frappé par *«l'absence d'exécutions»* des décisions de justice, notamment les obligations de quitter le territoire (OQTF).

Favorable à un référendum sur l'immigration, il souhaite que le sujet ne soit plus abordé comme un *«tabou»* et attend une redéfinition des règles pour permettre aux Français d'être *«entendus»*. L'affaire de l'expulsion de l'imam Hassan Iquioussen révèle selon lui un *«problème de sécurité majeur»* et un *«échec politique»* pour le ministre de l'Intérieur, Gérard Darmanin. *«On nous disait que cet iman était surveillé, mais il a réussi à fuir vers la Belgique»*, s'étonne Elbahi. Il souligne également l'impact de cette affaire sur internet, où l'imam Iquioussen connaît une grande popularité (182.000 abonnés sur YouTube). *«La pratique de l'islam radical se renforce là où la République est absente. En réalité, l'expulsion de Hassan Iquioussen ne va pas permettre de lutter contre l'islamisme, car rien ne l'empêchera de développer ses prêches sur les réseaux sociaux. Et, finalement, le ministre donne des billes aux islamistes pour se victimiser.»*

Mais qu'aurait-il fait à la place du ministre? Amine Elbahi plaide lui aussi pour l'expulsion, mais estime que l'imam aurait dû être placé en centre de rétention. Parallèlement, il pense qu'un Conseil des ministres aurait dû acter *«la dissolution de tous les mouvements se revendiquant du salafisme et*

des Frères musulmans». Et, s'il mesure l'impact d'une telle décision et le risque de confrontation que celle-ci provoquerait avec des groupes radicaux, il veut croire qu'une structuration de l'islam en France permettrait de «protéger» nombre de musulmans. «*Il faut avoir le courage de dire que c'est l'État qui fixe les règles de la République*», martèle le jeune militant, qui a bataillé sur le terrain politique aux dernières législatives à Roubaix (recueillant 7,10 % des suffrages). Engagé chez Les Républicains, Amine Elbahi estime que la droite est la mieux placée pour réconcilier le pays et trouver les réponses face au communautarisme. À une condition, selon lui: «*Elle ne doit pas abandonner le terrain populaire et les enjeux sociétaux à l'extrême gauche. Elle peut incarner une véritable contre-offensive, mais, si Les Républicains veulent tout reconstruire, comme ils le répètent souvent, ils doivent aller beaucoup plus loin sur toutes les questions régaliennes.*»

10 octobre (Le Monde)

https://www.lemonde.fr/economie/article/2022/10/09/1-inflation-bouleverse-la-question-des-bas-salaires_6145075_3234.html

Comment l'inflation bouleverse la question des bas salaires

Par [Aline Leclerc](#) et [Thibaud Métais](#) Publié hier à 17h00, mis à jour à 01h19

Enquête

Indexé sur l'inflation, le montant du smic est en hausse depuis 2021. Mais l'échelle des bas salaires se tasse, au grand désarroi de ceux qui gagnaient un peu plus. Car une augmentation générale paraît impossible pour des entreprises souffrant de la hausse des coûts de production.

Ses débuts comme agent de sécurité, Alexandre Cornu, 45 ans, s'en rappelle parfaitement. « *Embauché le 19 septembre 2000. Payé 7 000 francs environ ! Oui, à l'époque, c'étaient encore les francs !* », sourit-il derrière ses fines lunettes, dont l'un des verres est fendu. C'était le smic de l'époque. Alexandre était alors au premier échelon de la grille de salaires.

« *Je pensais que j'aurais une bonne évolution dans ce métier, je me suis trompé* », lâche-t-il amer. Aujourd'hui agent d'incendie et de secours dans une des tours de La Défense, il a monté en grade, de deux échelons. Mais, après vingt-deux ans d'expérience, il gagne de nouveau le salaire minimum : « *rattrapé* » par le smic, comme il dit, qui a augmenté plus vite que son salaire.

C'est l'un des effets collatéraux de l'inflation que la dernière estimation de l'Insee a mesuré en France à [5,6 % sur un an en septembre](#), après + 5,9 % en août, et même + 6,1 % en juillet. Depuis sa création, en 1950, le salaire minimum est indexé sur l'indice des prix à la consommation et augmente quand ce dernier fait de même. Dans une année « normale », il ne connaît qu'une révision, au 1^{er} janvier. Mais, depuis 2021, il en a connu quatre : au 1^{er} octobre 2021, au 1^{er} janvier 2022, au 1^{er} mai et encore au 1^{er} août, soit en tout + 7,76 % sur un an, ce qui représente 98,45 euros net de plus par mois. Le smic s'élève aujourd'hui à 11,07 euros brut de l'heure, soit [1 678,95 euros brut mensuel](#).

Or, 7,76 %, c'est encore plus que l'inflation sur un an. Car le salaire minimum interprofessionnel de croissance n'est pas uniquement indexé sur l'indice des prix à la consommation mais également partiellement sur les hausses du salaire horaire moyen des ouvriers et des employés. De plus, son niveau sert de base à toute l'architecture des bas salaires en France.

En 2022, le smic connaît sa plus forte augmentation depuis plus de dix ans

Le smic est revalorisé chaque année au 1^{er} janvier mais aussi lorsque l'indice des prix à la consommation (hors tabac) dépasse 2 %.

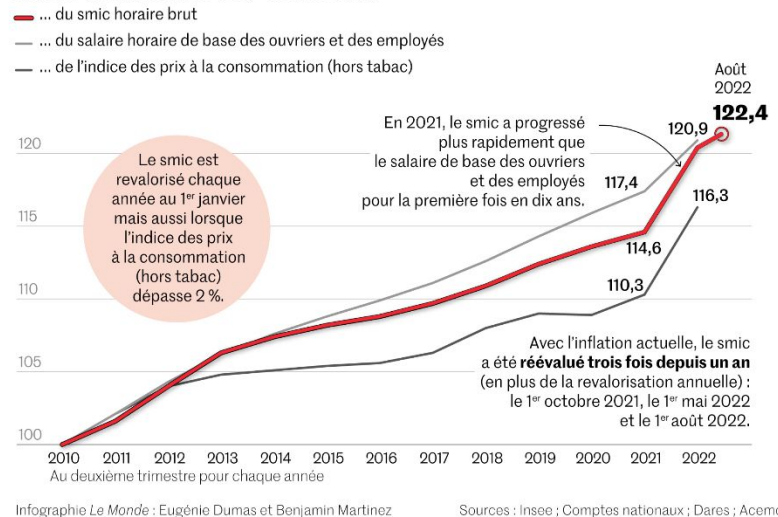
Evolution de l'indice en base 100 (= octobre 2010)...



Sources : Insee ; Comptes nationaux ; Dares ; Acemo
Infographie Le Monde : Eugénie Dumas et Benjamin Martinez

En 2022, le smic connaît sa plus forte augmentation depuis plus de dix ans

Evolution de l'indice en base 100 (= octobre 2010)...



Infographie Le Monde : Eugénie Dumas et Benjamin Martinez Sources : Insee ; Comptes nationaux ; Dares ; Acemo

Un choix fait pour éviter que le salaire minimum ne décroche comme cela fut le cas pour son ancêtre, le smig (salaire minimum interprofessionnel garanti), entre 1951 et 1967. Il avait alors progressé beaucoup moins vite que le salaire moyen des Français poussé par la croissance et les gains de productivité.

Depuis 1982, le niveau du smic s'est stabilisé entre 58 % et 63 % du salaire médian. Au-delà de cette augmentation automatique, il n'y a eu qu'un seul « coup de pouce » supplémentaire depuis 2007, après l'élection de François Hollande. Depuis, on se contente strictement de la revalorisation légale. Plus favorable en temps d'inflation.

Pour 2022, les derniers chiffres disponibles auprès de la [direction de l'animation de la recherche, des études et statistiques du ministère du travail](#) indiquent que le salaire horaire de base des ouvriers et des employés avait augmenté, fin juin, de 3,5 % sur un an, et le salaire mensuel de base de l'ensemble des salariés de 3,1 %. « Comme le smic est indexé sur les prix, et pas le reste des salaires, et qu'ils n'augmentent pour le moment pas au même rythme, on assiste à un rétrécissement de l'écart entre le smic et le reste des salaires, souligne Jérôme Gautié, professeur d'économie à Paris-I-Panthéon-Sorbonne. Cela crée un phénomène d'aplatissement des salaires en bas de la hiérarchie, dans le privé, comme dans le public. »

Déclassement

Un sentiment de déclassement auquel est confronté Alexandre Cornu. « Ça fait mal, ça fait très mal... », témoigne-t-il. Pour essayer de se faire entendre, il a manifesté dans les rues de Paris, jeudi 29 septembre, avec ses collègues.

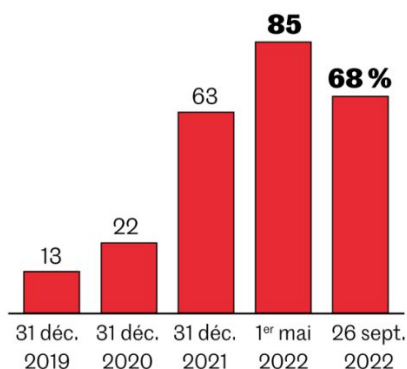
« Seize ans d'ancienneté et toujours le smic. Tu passes les échelons, mais ton salaire n'avance jamais », déplore aussi Djamel Sedoud, agent de sécurité de 46 ans. « Normalement, tu dois évoluer dans l'entreprise. Là, il n'y a pas de reconnaissance, alors que l'on était les deuxièmes lignes pendant le Covid-19, et en première ligne lors de l'attentat au Stade de France », ajoute Djamel Benotmane, délégué CGT à Fiducial.

Après des mois de discussion et de mobilisation, la branche de la sécurité vient de signer une augmentation de 7,5 % des salaires qui entrera en vigueur le 1^{er} janvier 2023. « Ça paraît beaucoup comme ça, mais ça ne nous placera que légèrement au-dessus du smic, et pour combien de temps ?, interroge Alexandre Cornu. Quand il sera revalorisé au 1^{er} janvier, on repartira de zéro ! »

Les exemples de ce « tassement » du bas de la grille de salaires sont légion. Dans la fonction publique comme dans le privé. Prenons les chauffeurs de poids lourds : sur la grille des minima de la convention collective, qui indique donc le montant minimum auquel un salarié de la branche doit être payé selon son échelon, non seulement les premiers niveaux sont dépassés par le smic, mais l'échelon le plus élevé, pour un « conducteur hautement qualifié de véhicule poids lourd », avec quinze ans d'ancienneté, n'est aujourd'hui que de 94 centimes au-dessus du salaire horaire minimum.

La hausse du smic augmente le nombre de minima salariaux sous ce seuil

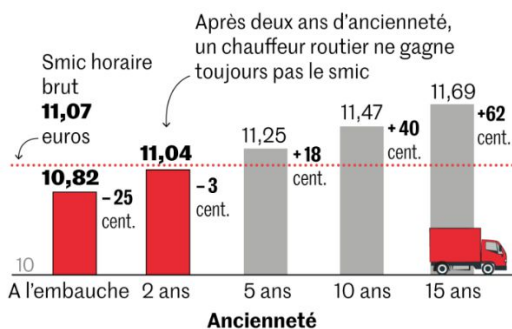
Proportion de branches professionnelles* affichant des minima inférieurs au smic, en %



*Sur 171 branches professionnelles principales (5 000 salariés ou plus)

Exemple des transporteurs routiers : des échelons sous le smic

Taux horaires bruts pour les livreurs et les transporteurs routiers sur une courte distance (en véhicule de moins de 11 tonnes), au 1^{er} août 2022, en euros

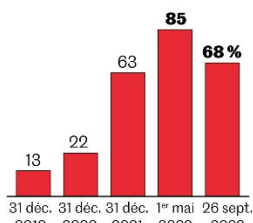


Sources : Comité de suivi de la négociation salariale de branches ; Organisation des transporteurs routiers européens

Infographie Le Monde : Eugénie Dumas et Benjamin Martinez

La hausse du smic augmente le nombre de minima salariaux sous ce seuil

Proportion de branches professionnelles* affichant des minima inférieurs au smic, en %



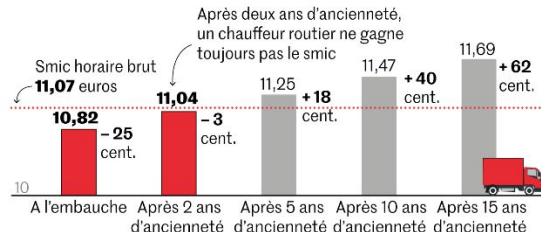
*Sur 171 branches professionnelles principales (5 000 salariés ou plus)

Sources : Comité de suivi de la négociation salariale de branches ; Organisation des transporteurs routiers européens

Infographie Le Monde : Eugénie Dumas et Benjamin Martinez

Exemple des transporteurs routiers : des échelons sous le smic

Taux horaires bruts pour les livreurs et les transporteurs routiers sur une courte distance (en véhicule de moins de 11 tonnes), au 1^{er} août 2022, en euros



Dans la [branche du caoutchouc](#), les dix premiers niveaux sont au-dessous du smic, malgré un accord conclu au début de l'année : il a été caduc dès son entrée en vigueur, le 1^{er} mai. « *Ce ne sont que des minima, pas les salaires réels pratiqués dans nos entreprises. Mais c'est vrai que cela a quand même un impact, notamment sur le calcul de la prime d'ancienneté* », précise-t-on au Syndicat national du caoutchouc et des polymères, la fédération d'employeurs. Elle met en avant la hausse des coûts des matières premières et la disparité des entreprises dans sa branche – des multinationales comme Michelin ou Goodyear, des TPE et des PME – pour expliquer la modération des dernières augmentations : « *On prend toujours le plus petit dénominateur commun.* »

Le transport routier aussi a vu exploser ses coûts de carburant. Quant aux entreprises de sécurité, dont les marges sont faibles, elles soulignent qu'elles ne peuvent renégocier en cours d'année le prix de contrats déjà signés.

« Inconformité »

Il n'empêche : au dernier pointage du ministère du travail, le 26 septembre, seul un tiers des cent soixante et onze branches professionnelles suivies par le gouvernement avait tous les minima de leur grille de salaire supérieurs au smic ; cent dix-sept branches, soit plus de 68 %, avaient au moins un coefficient inférieur, ce qui les place en « *inconformité* ».

Nous voilà au cœur d'un casse-tête à multiples facettes. D'un côté, comme le gouvernement et le Medef n'ont cessé eux-mêmes de le reconnaître depuis un an, il faut que les salaires, bas à moyen en particulier, augmentent. Il y a là un enjeu de maintien du pouvoir d'achat, de reconnaissance, et de juste partage de la valeur. Donc de cohésion sociale. A quoi s'ajoute, pour les entreprises, un enjeu d'attractivité, alors que plus de la moitié se dit confrontée à des problèmes de recrutement.

 **11,07** euros

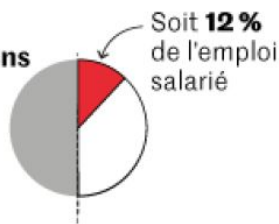
C'est le smic horaire **brut**, soit **8,76 euros net**.
Le smic mensuel pour 35 heures est de **1 678,95 euros brut** ou de **1 329,05 euros net**.

 **+ 71** euros net

C'est la hausse du smic mensuel net en **10 mois** (d'octobre 2021 à août 2022). Il a fallu **45 mois** auparavant (de janvier 2018 à octobre 2021) pour la même hausse.

 **2,04** millions

C'est le nombre de **salariés au smic** en France au 1^{er} janvier 2021



1 salarié sur 2 gagne moins de **2 000 euros net** par mois.
C'est à peu près la part des salariés dont les exonérations de charge sont liées au smic.

Part des bénéficiaires du smic par secteur d'activité au 1^{er} janvier 2021, en % de l'emploi salarié (seules les données supérieures à 5 % sont représentées)



Sources : Insee ; Dares

Infographie *Le Monde* : Eugénie Dumas et Benjamin Martinez

 **11,07** euros

C'est le smic horaire **brut**, soit **8,76 euros net**.
Le smic mensuel pour 35 heures est de **1 678,95 euros brut** ou de **1 329,05 euros net**.

 **+ 71** euros net

C'est la hausse du smic mensuel net en **10 mois** (d'octobre 2021 à août 2022). Il a fallu **45 mois** auparavant (de janvier 2018 à octobre 2021) pour la même hausse.

 **2,04** millions

C'est le nombre de **salariés au smic** en France au 1^{er} janvier 2021



1 salarié sur 2 gagne moins de **2 000 euros net** par mois.
C'est à peu près la part des salariés dont les exonérations de charge sont liées au smic.

Part des bénéficiaires du smic par secteur d'activité au 1^{er} janvier 2021, en % de l'emploi salarié (seules les données supérieures à 5 % sont représentées)



De l'autre, il faut financer ce coût durable que constitue la revalorisation des salaires, contrairement aux primes, alors que les entreprises sont confrontées à des hausses des prix de l'énergie comme des matières premières et à des perspectives floues comme rarement.

« *Il y a deux risques extrêmes*, résume Gilbert Cette, professeur d'économie à Neoma Business School et [président du groupe d'experts sur le smic](#). *D'un côté, le tassement en bas de la hiérarchie des salaires, qui entraîne une frustration légitime de ceux qui se voient rattrapés par le smic. De l'autre, que la hausse du smic se transmette au même niveau à tous : une augmentation de 8 % de tous les salaires, ça ferait mal ! Et ça se traduirait par une hausse du coût du travail, une perte de compétitivité, moins d'investissement, moins d'emplois.* »

Raison pour laquelle ce groupe d'experts, qui donne chaque année, depuis 2008, son avis sur l'évolution du smic, a toujours rejeté tout « *coup de pouce* » et même prôné sa désindexation. Son prochain rapport, attendu en novembre, devrait poursuivre dans cette voie. En même temps seront publiées les conclusions d'une étude commandée par France Stratégie sur l'impact des hausses du smic sur l'emploi.

C'est que ce lien entre hausse du smic et perte d'emploi n'est pas une évidence. « *Les effets ne sont pas à sens unique et la plupart des salariés au smic sont dans des secteurs abrités de la concurrence internationale comme les services* », souligne Pierre Concialdi, économiste à l'Institut de recherches économiques et sociales. D'autant « *que le coût du smic pour l'employeur est bien inférieur à celui d'autres pays comparables* ».

Importantes exonérations

Car, et c'est une autre face du casse-tête, les entreprises bénéficient d'importantes exonérations de cotisations sociales sur les bas salaires. Un choix opéré dans les années 1990 pour continuer d'augmenter le salaire minimum sans rehausser le coût du travail. Or, ces allègements sont indexés... sur le smic. Les salaires jusqu'à 1,6 smic sont ainsi sujets à exonération. Mécaniquement, plus une branche tarde à remettre ses minima en conformité, au-dessus du smic, plus elle y gagne en allègements : les bas salaires ne sont pas encore réévalués, alors que les exonérations concernent une part plus importante de la masse salariale – sont aujourd'hui concernés les salaires jusqu'à [2 686,32 euros brut par mois](#).

« *Une incitation à la non-conformité* », critiquait le groupe d'experts en décembre 2021. Une « *trappe à bas salaire* », dénoncée aussi par Pierre Concialdi : « *Rien ne montre que ces exonérations aient eu un effet significatif sur l'emploi. Par contre, de plus en plus de salariés sont déclassés : ils occupent des emplois sous leur niveau de qualification.* » En 2020, ces allègements représentaient un coût de 56 milliards d'euros pour l'Etat.

Plane aussi le spectre de la boucle prix-salaires – la hausse des salaires alimente la hausse des prix, et ainsi de suite – des années 1970. « *Ce souvenir explique les peurs d'aujourd'hui*, estime Héloïse Petit, économiste au centre d'études de l'emploi et du travail au sein du Conservatoire national des arts et métiers. *Mais ce qu'il faut, c'est reposer les termes du débat : l'inflation, c'est quoi pour les entreprises ? C'est une augmentation des coûts. La question, c'est : que peuvent-elles faire face à ça ?* »

Qui paie ?

Augmenter leurs prix, freiner les augmentations de salaire ou, avance Héloïse Petit, baisser leur niveau de marge : « *Il n'a cessé d'augmenter depuis 2013 pour atteindre 34,3 %*. *Cela peut peser sur les investissements, bien sûr, mais aussi sur la rémunération du capital, c'est un élément qu'il ne faut pas oublier dans ce débat.* » D'autant que les dividendes ont battu un nouveau record au deuxième trimestre pour atteindre [44,3 milliards d'euros en France](#) (+ 33 % sur un an).

« *In fine, la question, c'est, qui paie ?*, résume Jérôme Gautié. *Le consommateur ? Les entreprises ? Les salariés ? Le contribuable ? C'est un choix d'ordre politique.* » « *La question est politique* », estime aussi Gilbert Cette, pour qui « *l'alternative devant laquelle nous sommes, c'est : salaire ou chômage. Soit on*

baisse le pouvoir d'achat moyen, soit les entreprises paient par une baisse des profits et il y aura donc moins d'emplois. » « L'enjeu, c'est de trouver le juste équilibre », conclut Jérôme Gautié.

Et cela, en faisant face à des temporalités différentes, c'est là la dernière face du casse-tête : l'urgence de l'inflation percute le temps nécessairement long de la négociation collective. *« Il faut remettre les choses en perspective. On ne peut pas demander au système d'un pays de réagir rapidement dans un contexte si exceptionnel, plaide Héloïse Petit. On a déjà connu un moment où les grilles de salaire ont été noyées par le smic, c'était lors du passage aux trente-cinq heures. Pour rattraper ça, il a fallu de cinq à dix ans. »*

10 octobre (Le Figaro)

<https://www.lefigaro.fr/vox/politique/sobriete-energetique-quand-le-gouvernement-rentre-dans-notre-intimite-20221010>

Sobriété énergétique: «Quand le gouvernement rentre dans notre intimité»

Par [Eugénie Boilait](#)

Publié il y a 2 heures, mis à jour il y a 2 heures



«L'opinion publique ne sera peut-être pas convaincue sur le moment par les stratégies du gouvernement, mais sur la durée, il est possible qu'elle finisse par en oublier le coût et les contraintes.» *Emmanuel DUNAND / AFP*

ENTRETIEN - Le jeudi 6 octobre, le gouvernement a dévoilé son plan de sobriété pour l'hiver à venir. Pour le spécialiste en communication Arnaud Benedetti, cette stratégie de l'exécutif vise à nous enjoindre d'accepter ce qui pouvait être évité, comme si c'était inéluctable.

*Arnaud Benedetti est professeur associé à l'Université Paris-Sorbonne. Il est **rédacteur en chef de la Revue politique et parlementaire**. Il a publié Comment sont morts les politiques ? - Le grand malaise du pouvoir (éditions du Cerf, novembre 2021).*

FIGAROVOX.- Le gouvernement a dévoilé son plan de sobriété énergétique le jeudi 6 octobre lors d'une conférence de presse. Se dirige-t-on vers un « confinement énergétique » ?

Arnaud BENEDETTI. - Cette communication n'est rien d'autre que l'expression de ce que j'avais décrit il y a plusieurs années dans **un article pour un dossier de la revue *Hermès* consacré aux langues de bois** et coordonné par les universitaires Joanna Nowicki et Michael Oustinoff . **J'y décrivais cette «langue de bois» des communicants ou «novlangue» dirions-nous aujourd'hui en référence à Orwell.** Comme toute langue de bois, la langue communicante a pour caractéristique d'envelopper ou de nimber la réalité d'un **halo dissimulateur**. Cette langue-là a toutes les propriétés des langues de bois dont les **totalitarismes marxistes aimaient à se pourvoir: elle est répétitive, mécanique dans son argumentation usant des mêmes corrélations explicatives, affirmative** ; mais à ces ingrédients elle ajoute **une autre dimension** qui tient compte de l'évolution de nos sociétés postmodernes dont toute l'économie psychique est tournée désormais vers **l'euphémisation des aspérités indissociables du réel car le réel pour l'homme occidental postmoderne élevé dans le confort de la civilisation technicienne est appréhendé comme un risque, une menace, voire une agression ou une souffrance sociale.**

D'où **cette nouvelle fonctionnalité que les langues communicantes prennent en charge: elles déminent, neutralisent, transforment l'appropriation du réel pour en favoriser l'acceptabilité.**

Elle est pour une part ésotérique, pour une autre part émollissante; dans tous les cas, elle s'économise les mots qui adhèrent le plus parfaitement à la réalité pour leur **substituer les mots-artefacts dont la mission consiste à fabriquer une réalité dégradée, post-réelle, une forme de post-vérité certifiée par le mainstream idéologique**. Le regretté et très grand médiologue, récemment disparu, François-Bernard Huyghe avait une formule pour qualifier cet ensemble de dispositions sémantiques dont il tira un livre en 1991: il parlait à juste titre de **«langue de coton»**. Si confinement il y a, il est d'abord mental puisqu'il nous enjoint à accepter sur le mode de l'inévitable ce qui pouvait être évitable. **Et la «sobriété énergétique», qui est une litote**, sert à ne pas dire que l'on entend potentiellement entrer dans une logique de rationnement, provoqué par nos choix politiques opérés depuis dix ans qui nous ont installés dans le corner de la pénurie.

Le pari cynique autant que scénique des communicants et des politiques - les deux se confondant de plus en plus aujourd'hui puisque **la politique s'est désormais dégradée en communication** comme elle fut, à l'instar de ce que pensait Péguy, une dégénérescence de la mystique - consiste à indexer leurs visées sur le mouvement brownien de la mediasphère qui ingurgite, lessive, désosse, événementialise au curseur permanent de l'immédiateté la matérialité des faits constitutifs de l'actualité.

L'exécutif, à l'exception des polémiques relatives à l'approvisionnement en masques, a plutôt réussi à imposer le sentiment qu'il était parvenu de manière presque optimale à « monitorer » une situation qui témoigne, tout de même, du déclasserement de notre système sanitaire de sa bureaucratisation.

Arnaud Benedetti

L'actualité en continu a cette caractéristique d'aplatir les reliefs des événements et des dynamiques historiques en malaxant l'épaisseur des choses, en suscitant un mouvement perpétuel de contenus qui se succédant finissent par impacter les capacités cognitives des sociétés. L'amnésie des acteurs que nous sommes est la ressource principale du politique communicant qui y voit la condition de sa perpétuation. **Tout s'oublie, nonobstant les piqûres de rappels des réseaux et des mémoires numériques** ; dans tous les cas **l'objet de la com' est d'hypothéquer nos mémoires pour y produire ses effets**. La crise sanitaire a été de ce point de vue un redoutable laboratoire pour observer ces impacts dissolvants de dérégulation des attentions.

L'exécutif, à l'exception des polémiques relatives à l'approvisionnement en masques, a plutôt réussi à imposer le sentiment qu'il était parvenu de manière presque optimale à «monitorer» une situation qui témoigne, tout de même, du déclasserement de notre système sanitaire de sa bureaucratisation. L'opinion publique ne sera peut-être pas convaincue sur le moment par les stratégies du gouvernement, mais sur la durée, il est possible qu'elle finisse par en oublier le coût et les contraintes. À n'en pas douter, c'est là l'escompte des gouvernements que de spéculer sur les facultés amnésiques des peuples.

En conseillant les Français pour qu'ils réduisent leur consommation et adoptent des «écogestes», l'exécutif infantilise-t-il les citoyens ?

Depuis plusieurs décennies, nous entrons dans ce que d'aucuns, philosophes, sociologues, historiens et chercheurs en sciences de l'information et de la communication appellent la **«gouvernance des conduites»**. Qu'entendons-nous avec cette notion ? Ce processus désigne la propension des pouvoirs publics au contrôle et à la domestication des comportements individuels jusque dans leurs aspects les plus quotidiens et privés à partir du recours à tout un ensemble de techniques psychologiques et de technologies. Foucault ou Deleuze, chacun de leurs côtés, ont parfaitement décrit ces mécanismes au travers de la mise à jour de la «société disciplinaire» pour le premier et de la «société de contrôle» pour le second, l'évolution se faisant au demeurant de l'une à l'autre notamment en raison de la montée en puissance combinée des outils issus de l'innovation et des enjeux de protection en termes de sécurité des biens et des personnes, d'environnement ou de santé.

En mettant la pression sur la société, l'État s'abstient de penser sa propre responsabilité dans les déterminants propres aux maux collectifs qui sont désormais les nôtres, il efface sa responsabilité effective pour mieux la transférer sur les sociétaires.

Arnaud Benedetti

Cette infantilisation, que l'on a vu de manière criante lors de la crise sanitaire, est autant le fruit de la réglementation que de la communication. Le *nudge* (NDLR, une technique qui entend influencer sur les comportements par l'incitation) fait partie des leviers. La situation est paradoxale: moins l'État est en mesure de remplir un certain nombre de fonctions de souveraineté, plus il tend à faire supporter à la société un contrôle des conduites privées toujours plus granulaire, rectificatif, correctif. À mesure que l'État se retire d'un côté, il s'étend de l'autre, confirmant cette hypothèse du «despotisme doux**» que Tocqueville avait en son temps entrevu dans les linéaments de la société d'outre-Atlantique. La campagne relative à «la sobriété énergétique» qui veut responsabiliser chacun d'entre nous part du principe de notre présumée irresponsabilité originelle. Ainsi, en mettant la pression sur la société, l'État s'abstient de penser sa propre responsabilité dans les déterminants propres aux maux collectifs qui sont désormais les nôtres, il efface sa responsabilité effective pour mieux la transférer sur les sociétaires. Mais **les «nouvelles servitudes volontaires»** auxquelles il nous astreint sont en apparence moins brutales que celles des passés décrits par La Boétie mais elles n'en sont pas moins plus sophistiquées et préoccupantes parce que toujours **légitimées au nom d'une forme affichée et répétée de rationalité.****

Faut-il voir dans ce plan de sobriété énergétique le signe d'une forme de déclin de notre pays ?

Toutes les études d'opinion ces dernières années confirment cette perception dominante d'un déclassement, d'une perte de maîtrise, d'une relégation. Emmanuel Macron a beau vouloir incarner le volontarisme, il ne parvient pas à effacer une représentation qui ne relève pas d'un «sentiment» mais qui ressort de données objectivables. Le déclinisme est dénoncé comme un récit par les clercs de la globalisation alors que des «gilets jaunes» à la crise sanitaire en passant dorénavant par nos problèmes énergétiques, il s'impose comme la note dramatiquement continue de décennies d'affaiblissement du politique. La souffrance française est inscrite dans ce décalage entre la dénégation du réel telle qu'elle constitue la condition de préservation du pouvoir des élites mondialisées et le vécu des classes moyennes et populaires qui voient le contrat qui les reliait à l'État républicain se disloquer tous les jours un peu plus. **Ce décalage est l'empreinte d'une société d'Ancien régime qui n'en finit pas de finir.**

10 octobre (WSJ)

https://www.wsj.com/articles/as-europe-caps-energy-bills-the-merits-of-price-controls-get-another-look-11665278841?mod=hp_major_pos2#cxrecs_s

As Europe Caps Energy Bills, the Merits of Price Controls Get Another Look

Critics say price controls reduce supply and discourage conservation; advocates say those predictions don't apply to these energy price caps



Some European governments, including Germany's, are seeking to cap the price their households and companies pay through subsidies. Apartment buildings are seen in Berlin at dusk.

PHOTO: SEAN GALLUP/GETTY IMAGES

By

[Andrew Duehren](#) Follow

Oct. 9, 2022 9:00 am ET

The highest inflation in decades and the [steep drop in Russian natural gas exports](#) to Europe have pushed a growing number of governments to experiment with ways to control energy prices. The plans will test the [economic wisdom](#) that price controls distort markets and create supply shortages.

In the U.K., the new government is planning [to cap household energy costs](#) and pay utilities the difference between the cap and market prices, and Germany is working up plans [to cap the cost of electricity](#) and natural gas. The European Union has approved both a plan [to claw back some energy companies' profits](#) and redistribute them to consumers, and it is also exploring the creation of a cap on the price of natural gas across the bloc. The U.S. is leading an effort with its allies to cap the global sales price of Russian oil, while a United Nations agency last week called for policy makers [to opt for price caps and windfall taxes](#) to fight inflation.

Economic textbooks predict that imposing a lower price on a product will reduce its supply. Unless demand is also sufficiently reduced, possibly through rationing, the mismatch between supply and demand can create shortages. Enforcing price controls can also be difficult and require a large bureaucracy. And since controls are usually lifted at some point,

higher costs to consumers are only delayed, not prevented. The U.S. imposed price controls during World War II but also rationing. Lines at gasoline stations in the 1970s were blamed in part on price controls imposed at the time.

“Economists tend to be very skeptical of the efficacy of price controls,” said Christopher Knittel, an economics professor at the Massachusetts Institute of Technology.



Energy-price caps can be difficult to enforce and cause suppliers to send their energy elsewhere. Oil tanks in Wesseling, near Cologne, in Germany.

PHOTO: MARTIN MEISSNER/ASSOCIATED PRESS

Those concerns have arisen in response to a **proposal in the European Union, supported by EU leadership and member states like Italy, France and Spain**, to cap the price the bloc pays for natural gas. **Opponents, including Germany**, worry this will cause suppliers, who are predominantly outside Europe, to send their gas elsewhere. That proposal is separate from an already approved plan to cap the revenue of non-gas energy producers and redistribute the money to consumers.

Mr. Knittel said the plans risk reducing Europe's access to energy. “Especially with the European energy-market policy interventions, what policy makers do not want to do is exacerbate these problems with their policies, and my fear is that is what these proposals would do,” he said.

Similarly, a U.S.-led proposal [to allow Russian oil exports only at a capped price](#) has met resistance from industry experts who think it could cause Russia to withhold supply, pushing prices higher. Under the price-cap proposal, companies within the G-7 would be barred from servicing Russian oil shipments unless the oil is sold below the cap.

But not all price controls are the same, and advocates say there are reasons some of today's proposals won't have the predicted negative effects. Germany and the U.K., for example, are seeking to cap the price their households and companies pay through **subsidies**: Governments will pay the market rate for energy while capping what companies and consumers pay,

absorbing the difference themselves. **This, they hope, will avoid the negative incentive to supply energy that classical price controls involve.**



In the U.K., government officials hope their energy plan would reduce peak inflation by 4 or 5 percentage points. A neighborhood in the Mossley district of Greater Manchester, U.K.

PHOTO: ANTHONY DEVLIN/BLOOMBERG NEWS

On the Russian oil-price cap, U.S. officials are aiming to set the cap at a level that would preserve Russia's economic incentive to produce. They believe Russia would accept lower profit margins before shutting in their government's dominant source of revenue.

Some economists, including the University of Massachusetts Amherst's Isabella Weber, also **argue the predicted increase in demand in response to price controls won't occur**. That is because unlike some other goods and services, **households need energy to subsist**, and how much they consume is relatively insensitive to changes in prices, or, in economic terminology, **"inelastic."** This means price caps would protect consumers without encouraging them to consume significantly more and exacerbate shortages.

The savings to consumers are indeed substantial: The London-based Institute for Fiscal Studies said a typical household in the U.K. can expect to save £1,800, equivalent to \$2,000, during the next year from the U.K. plan. Government officials hope their plan can reduce peak inflation by 4 or 5 percentage points.

Still, Peter Levell, an associate director at the IFS, said without reliable access to Russian natural gas, **Europe could face an energy shortage for years**. That means governments **need to find a way to reduce demand over the long run**, he said. **Otherwise**, unmitigated demand for natural gas across Europe **could push gas prices even higher while requiring continuing, large-scale subsidies**, he said.

"There's clearly an expectation in the government that this is going to last for a long time. So we need to start thinking about how we can design these systems better," he said. **Ms. Weber also thinks governments should encourage reduced demand.**



In Russia, a view of Gazprom's Orenburg natural gas processing plant.

PHOTO: ALEXANDER MANZYUK/REUTERS

In Europe, Brussels is encouraging countries to marginally reduce electricity demand this winter in a bid to avoid shortages. **The German plan would only apply the cap up to a certain level of consumption**, which has yet to be determined. **Above that level, market prices would apply.**

The West's foray into energy-price controls comes amid a broader debate over whether price controls deserve more attention as a way to address current high inflation. To Ms. Weber, who said she helped advise the German government on its price-cap proposal, **the turn across the West toward price controls is a long-awaited recognition of the idea's merit.**

For fossil fuels in particular, Ms. Weber believes governments could take more aggressive steps to control prices and cut into companies' profit margins. The Russian oil price cap should apply to all oil sold globally, she said.

"I think this whole paradigm shift is happening here," she said. "The reason I was making these arguments early on was because I saw us heading into an emergency economic situation and others assume we are back on a path to a normal state."

But Simone Tagliapietra, a senior fellow at Bruegel, a Brussels-based think tank, disagrees. **Europe's "real problem is a mismatch between demand and supply, and a price cap will not reduce demand," he said.**

10 octobre (Capital)

<https://www.capital.fr/economie-politique/dette-la-bce-peut-elle-nous-sauver-1377007>

Dette : la BCE peut-elle nous sauver ?

Bien qu'elle s'en défende, la Banque centrale européenne est en train de racheter notre dette pour la mettre au Frigidaire. Nous n'aurons peut-être jamais besoin de rembourser les milliards empruntés pour la crise du virus.

Par Philippine ROBERT

Publié le 03/08/2020 à 9h16 & mis à jour le 26/05/2021 à 7h45

En France, on manifeste contre les réformes, on grogne contre le gouvernement, on râle contre l'administration... Nos voisins allemands, eux, ont une autre cible dans leur viseur: la Banque centrale européenne (BCE). Et ils ne se contentent pas de bougonner : **début mai, leur Cour constitutionnelle, basée à Karlsruhe, a officiellement mis en cause l'action de l'institution de Francfort au motif qu'elle ruinerait les épargnants et ne répondrait pas aux objectifs fixés par les traités européens.** Les juges ont donné trois mois à ses responsables pour présenter une justification approfondie de leur politique de «rachat d'actifs», faute de quoi ils commanderont à la Bundesbank (la Banque centrale d'Allemagne) de ne plus y participer. Piquée, la Commission de Bruxelles a immédiatement répliqué en demandant aux magistrats teutons de s'occuper de leurs affaires, et en menaçant de lancer une procédure de sanction contre leur pays. Ça barde chez les hommes en noir!

Cette bataille juridique ne vous fait ni chaud ni froid? Vous devriez pourtant vous y intéresser. D'abord parce que l'arrêt de la Cour constitutionnelle allemande s'attaque à deux piliers de l'UE, **l'indépendance de notre banque centrale et la primauté du droit européen sur le droit national.** Mais surtout parce qu'il met en danger les efforts de la BCE pour éviter que le coup de Trafalgar de la Covid-19 ne se transforme en une nouvelle crise de 1929. Effondrement boursier, déroute financière des Etats, explosion généralisée du chômage et, pour finir, soupe populaire (ou à la grimace) pour tout le monde pendant près d'une décennie... Nos grands-parents ont déjà vu le film et il n'est vraiment pas réjouissant. La bonne nouvelle, c'est que, pour le moment, l'institut monétaire de la zone euro ne semble pas prêt à se plier aux exigences des magistrats allemands. **«Nous sommes inébranlables», a assuré sa présidente, Christine Lagarde.** Mais l'enjeu est suffisamment important pour qu'une vague de frissons ait parcouru les sphères politiques et économiques après la décision de la Cour de Karlsruhe.



BCE, Eurostat

Bien plus qu'à l'Élysée, à Bercy ou à l'Assemblée nationale (pour ne parler que de la France), c'est en effet dans la tour miroir de l'institution de Francfort que risque de se jouer la sortie de crise du coronavirus: si tout va bien, c'est elle qui pourrait nous tirer de ce mauvais pas, en nous épargnant de faire exploser les impôts. Mais, pour saisir le fil de sa géniale martingale monétaire, le mieux est de reprendre les choses au commencement. Afin d'éviter un désastre pendant la période de confinement, les différents gouvernements, on le sait, ont été contraints d'injecter des centaines de milliards d'euros dans la machine économique, via des mesures de chômage partiel, des annulations de charges sociales et quantité d'autres aides plus ou moins ciblées. Comme il ne pouvait être question d'augmenter les prélèvements en cette période – cela aurait mis les entreprises en difficulté et asséché un peu plus le pouvoir d'achat des ménages, l'exact opposé du but recherché –, ces nouvelles dépenses, absolument colossales, ont été financées par l'emprunt.

Elles sont donc venues s'ajouter aux montagnes de dettes déjà existantes, héritées de la crise précédente – et, dans les pays les moins bien gérés comme le nôtre, générées par les errements budgétaires des gouvernants. En France, selon les derniers chiffres communiqués par Bercy, l'ardoise des administrations publiques devrait ainsi bondir de 100% à 120,9% du PIB d'ici à la fin de l'année, une béance jamais atteinte dans notre histoire. Et nous ne sommes pas au bout de nos peines, car, chez nous comme chez nos voisins, un gros paquet de milliards d'euros devrait encore être engagé pour régler la note des plans de relance de la rentrée prochaine...

En bonne logique, cette subite demande de liquidités de la part des Etats aurait dû faire froncer les sourcils aux marchés financiers. Pour prêter aux pays vertueux qui, comme l'Allemagne, l'Autriche ou les Pays-Bas, gèrent leurs deniers avec rigueur, les investisseurs ne se font certes jamais prier. En

revanche, pour avancer des dizaines de milliards supplémentaires aux cigales du Vieux Continent dont les dettes publiques font déjà craquer l'abdomen – l'Italie, l'Espagne, la Grèce, la Belgique ou la France –, ils n'auraient pas dû être nombreux à se presser au portillon. Et les rares candidats auraient été en droit d'exiger des taux d'intérêt alpins, au risque d'accroître encore les difficultés des pays concernés. C'est dans un pareil cercle vicieux qu'ont sombré au début des années 2010 la Grèce et, dans une moindre mesure, l'Irlande, Chypre, l'Espagne ou le Portugal. «Vu le creusement de ses déficits et le gonflement de ses dettes, la France, elle aussi, aurait dû affronter une explosion de ses taux d'intérêt», confirme Eric Dor, directeur des études économiques à l'IESEG School of Management de Paris et Lille.

Or rien de tout cela ne s'est produit. Depuis le début de la crise de la Covid-19, les pays emprunteurs ont tous réussi à placer leurs bons du Trésor sans aucun problème à des taux extrêmement faibles. A l'heure où nous écrivons ces lignes, l'Italie, par exemple, qui passe pour la plus fragile des nations de la zone euro, doit déboursier à peine 1,48% pour rémunérer ses obligations à dix ans, et la France continue de naviguer en territoire négatif (- 0,01% pour ces mêmes titres), ce qui signifie que les investisseurs paient pour lui prêter de l'argent! Comment la BCE s'y est-elle prise pour réaliser ce miracle? Très simple. Elle a annoncé qu'elle allait continuer de racheter avec de la monnaie créée de toutes pièces les bons du Trésor dont les possesseurs voudraient se débarrasser, y compris les titres de dette des Etats les plus mal en point. Du coup, les investisseurs n'ont plus peur d'en souscrire, puisqu'ils savent qu'on leur reprendra quoi qu'il arrive. Les spécialistes appellent ce mécanisme «quantitative easing» (QE pour les intimes) et c'est Mario Draghi, le prédécesseur de Christine Lagarde à la tête de la Banque centrale, qui l'a initié en 2015. Il en a d'ailleurs profité pour rouler un peu tout le monde dans la farine.

Officiellement, la BCE n'a en effet pas à s'intéresser à la dette des Etats, et moins encore à se soucier d'aider ceux qui sont à la peine: selon les termes de son mandat, dicté par les traités européens, son unique préoccupation doit être de maintenir l'inflation autour de 2%, un taux jugé optimal pour que l'activité progresse de façon équilibrée. Rien de plus, rien de moins. Pour ce faire, elle dispose d'un outil classique et bien connu, la fixation du niveau de ses taux directeurs. Lorsqu'elle les baisse, les banques sont incitées à prêter aux entreprises et aux ménages afin qu'ils investissent et consomment, ce qui stimule l'activité et fait remonter l'inflation. Lorsqu'elle les remonte, c'est le contraire, la machine économique ralentit et l'inflation se tasse. **Or, à partir des années 2010, il est apparu que ce mécanisme fonctionnait de moins en moins bien:** même en mettant ses taux directeurs au plancher, la BCE ne parvenait plus à faire remonter les prix, au point que la zone euro menaçait de sombrer dans la déflation – autrement dit, dans une baisse généralisée des étiquettes, synonyme de récession et de chômage à grande échelle.

Confronté à cette sombre perspective, **Mario Draghi** en a été quitte pour sortir de sa manche **une nouvelle méthode, sobrement baptisée par lui-même «bazooka monétaire»: le fameux quantitative easing**, qui était d'ailleurs déjà utilisé par la Banque centrale américaine. Faire marcher la planche à billets

pour racheter des obligations d'Etat à leurs possesseurs revient en effet à augmenter la **masse monétaire** en circulation, **ce qui, selon la théorie économique, fait mécaniquement remonter l'inflation**. Le patron de la BCE était donc fondé à utiliser cette technique. **Mais ce qu'il ne disait pas, c'est qu'elle lui permettait de réaliser au passage la mission inavouable à laquelle il tenait énormément: venir en aide aux pays les plus endettés, afin d'éviter que leur éventuelle faillite ne fasse exploser la zone euro**. «Avec le temps, l'utilisation du QE a évolué et aujourd'hui il est explicitement utilisé pour que les dettes publiques des Etats membres demeurent soutenables», souligne Julien Pinter, économiste chez BSI Economics.

Avec Christine Lagarde, la BCE ne se cache d'ailleurs plus du tout derrière son petit doigt: c'est bien pour financer l'explosion provisoire des déficits à la suite de la crise du coronavirus qu'elle a décidé de consacrer 1600 milliards d'euros jusqu'à la mi-2021 à son programme de rachat d'obligations. Et rien ne dit qu'elle ne gonflera pas encore cette enveloppe pharaonique dans les prochaines semaines. «Il ne serait pas étonnant qu'elle finisse par parler d'intervention illimitée», pronostique Charles Wyplosz, professeur d'économie à l'Institut de hautes études internationales et du développement.

Les gouvernements emprunteurs se montrent d'autant plus ravis de ce formidable coup de main qu'il se double d'un deuxième effet Kiss Cool, tout aussi vivifiant. Lorsque ce sont les banques, les compagnies d'assurances ou les particuliers qui détiennent leurs bons du Trésor, ils ne revoient en effet jamais la couleur des intérêts qu'ils leur versent, ils sont perdus pour la cause. Et l'on ne parle pas ici de cacahuètes! **En France, cette seule facture vaporise chaque année dans la nature une quarantaine de milliards d'euros d'argent public, ce qui en fait le deuxième poste budgétaire le plus lourd derrière l'éducation (55 milliards), loin devant la défense (33 milliards), l'emploi ou la sécurité**. En revanche, lorsque c'est la BCE qui détient les obligations, les choses sont complètement différentes. Comme ils sont eux-mêmes actionnaires de cette dernière, elle leur reverse en effet chaque année les dividendes qu'elle tire de son action, ce qui revient à leur rendre d'une main ce qu'elle leur a pris de l'autre. **En somme, le paiement de leur ardoise ne leur coûte rien**.

Voilà donc nos gouvernements sûrs de pouvoir placer leurs nouveaux emprunts, et assurés de ne pas avoir à en régler les intérêts. C'est vraiment bien pour eux. Mais ce qui serait encore mieux, ce serait qu'ils n'aient jamais à rembourser les dettes elles-mêmes. **Qu'en quelque sorte l'argent dont ils ont besoin pour gérer la crise leur tombe du ciel, comme dans les contes merveilleux de notre enfance. Eh bien... cela aussi, la fée BCE peut le faire!** Et sans que cela ne lui coûte la moindre peine! Lorsqu'un coupon arrive à échéance, il lui suffit de réinvestir immédiatement dans d'autres titres de dettes souveraines du même Etat l'argent qui lui a été remis, en sorte que ce dernier récupère immédiatement la somme qu'il a déboursée. Tant qu'il ne s'interrompt pas, ce processus revient à faire des ardoises de la Covid-19 une **dette perpétuelle** gratuite et non remboursable. Le rêve absolu pour un ministre français des Finances.

Ce ne serait certes pas la première fois que des Etats se font financer par l'émission de monnaie. Mais jusqu'à présent, ces histoires de planche à billets se sont toujours terminées par la même catastrophe: une explosion incontrôlée de l'inflation à brève échéance, qui ruine le pays encore plus que la dette. C'est ce qui s'est passé, par exemple, lorsque les révolutionnaires de 1789 ont émis des assignats à la pelle (ces derniers n'ont très vite pas même valu le prix du papier sur lequel on les imprimait) ou lorsque, un siècle et demi plus tard, l'Allemagne a voulu financer sa reconstruction avec de la monnaie de singe (le souvenir de l'hyperinflation de **1923** qui s'en est suivie **marque encore au fer rouge tous les esprits outre-Rhin**). Et c'est ce qui se produit encore aujourd'hui au **Venezuela**: la Banque centrale y épuise tellement ses machines à bolivars (la monnaie locale) que les prix ont augmenté de 1.700.000 % en 2018, puis encore de 9.585,5% en 2019 selon les chiffres officiels, très largement minorés d'ailleurs.

Diable! La BCE serait-elle en train de nous entraîner vers de telles affres? Rassurez-vous, elle ne prendrait pas ce risque. Si elle est prête à doper à ce point la création monétaire, c'est que **les perspectives d'une explosion de l'inflation sont aujourd'hui minimales, pour ne pas dire inexistantes (???)**. On l'a dit, cela fait des années qu'avec ses taux directeurs au plancher et son QE, elle essaie par tous les moyens de faire remonter les prix, sans y parvenir. Cela ne vaut d'ailleurs pas que pour l'Europe. Depuis la crise des subprimes, en 2008, les Banques centrales ont déversé une telle quantité de liquidités dans la nature pour soutenir l'activité (3.000 milliards de dollars pour la Fed américaine, au moins autant pour la BCE) que selon la théorie économique, l'inflation aurait dû depuis longtemps ravager la planète entière. Au lieu de quoi, rien ne s'est jamais produit, ce qui fait perdre leur latin à tous les experts, qui ne peuvent plus se référer aux bonnes vieilles théories apprises à l'école. «L'inflation semble avoir disparu, observe Frédéric Ducrozet, économiste chez Pictet.

L'une des explications tient sans doute à l'existence de **forces structurelles fermement déflationnistes, avec la mondialisation et le vieillissement démographique**, mais il est possible que les conséquences des tensions commerciales et du virus changent la donne.» **Voilà pourquoi, pour la première fois dans l'histoire, les Banques centrales (notre BCE, mais aussi la Bank of England ou la Fed) peuvent envisager de faire marcher la planche à billets sans avoir mauvaise conscience, et pas seulement pour soutenir les Etats boiteux.** Certains imaginent déjà d'autres moyens de distribuer cet argent magique, comme la fameuse **«monnaie hélicoptère»**, qui consisterait à faire cadeau d'une certaine somme à tous les ménages afin qu'ils puissent consommer plus.

Cette pluie de jouvence ne va cependant pas se poursuivre éternellement. D'abord parce qu'**au moindre signe du retour de l'inflation, la BCE, comme les autres Banques centrales, mettra fin aux réjouissances.** Ensuite parce que le laxisme monétaire a des effets secondaires bien plus délétères que ceux de l'hydroxychloroquine. Pêle-mêle, les taux d'intérêt au plancher **lèsent les épargnants, incitent à effectuer des investissements pas forcément judicieux, encouragent la prise de risque exagérée pour obtenir du rendement et font**

survivre des entreprises zombies qui n'ont rien à faire dans le paysage économique. L'injection massive de liquidités dans le circuit favorise en outre **l'émergence de bulles**, qui fragilisent le système financier.

Pire, selon une étude de Standard&Poor's, une agence de notation peu connue pour ses penchants de gauche, **elle peut provoquer à la longue un accroissement des inégalités, en faisant gonfler le prix des actifs, notamment immobiliers, ce qui accroît la demande de redistribution et creuse un peu plus les déficits de l'Etat...** Une histoire sans fin. Mais le plus problématique avec l'argent qui tombe du ciel, c'est qu'il encourage les gouvernements à faire flamber sans limites les dépenses, puisque plus aucune corde de rappel ne vient les ramener à la sagesse. Le jour où les festivités se termineront, le retour de bâton risque d'être violent.

Si nous ne sommes pas nous-mêmes convaincus de tout cela, nos voisins le sont pour nous. Et en premier lieu **les Allemands** qui n'ont jamais été très friands de ce genre de trucs et astuces – même si Angela Merkel y paraît aujourd'hui un peu moins hostile. Pour le moment la Cour de Karlsruhe a seulement visé une partie du programme de la BCE, le PSPP (public sector purchase program), mais il est quasiment certain qu'elle sera bientôt saisie sur le second volet, le PEPP (pandemic emergency purchase program). «Juridiquement, les plaignants ont raison: la Banque centrale européenne va à l'encontre des traités, mais comme elle est obligée de le faire, tout le monde ferme les yeux», explique Eric Dor. Vu la largeur du fil sur lequel elle marche, ses marges de manœuvre semblent tout de même assez réduites.

Paradoxalement, les affrontements autour de la politique monétaire ont débouché sur l'accord européen d'émission d'une dette commune pour relancer l'économie après la crise du coronavirus. Cela reviendra à faire porter une partie du fardeau des pays les plus dépensiers par les nations les plus «frugales». Mais celui-ci pourrait bien ne pas être suffisant pour nous éviter une folle hausse des impôts à l'avenir...

- **Notre dette a explosé**

2007 : 64,5%

2020 : 120,9% (*prévisions de la dette en % du PIB*)

Source : INSEE/Bercy

Comment la BCE est en train d'effacer nos dettes

1 - L'Etat augmente ses dépenses. Comme il n'a pas assez d'argent pour tout financer, il emprunte en émettant des titres de dette appelés «obligations».

2 - Elles sont vendues sur les marchés à des acheteurs (assurances, fonds de pension, banques, etc.) et rémunérées via un taux d'intérêt.

3 - La Banque centrale européenne (BCE) entre en jeu et rachète à son tour les obligations auprès des investisseurs qui veulent s'en débarrasser.

4 - Les acheteurs sont rassurés : ils savent qu'ils pourront revendre leurs titres à la BCE. Du coup, ils demandent des taux d'intérêt moins élevés.

5 - L'Etat paie les intérêts à la BCE, puisque c'est elle qui détient ses titres. Mais comme il en est actionnaire, elle lui reverse l'argent sous forme de dividendes.

6 - Lorsque les bons du Trésor viennent à échéance, l'Etat les rembourse à la BCE, mais celle-ci lui rachète immédiatement d'autres titres de dette.

7 - Tant que la BCE le prolonge, ce mécanisme revient à effacer la dette des Etats, en faisant marcher la planche à billets.

La planche à billets a fait des ravages dans l'histoire

Utilisée à outrance, la création monétaire peut avoir des effets délétères sur l'économie, en provoquant une augmentation exponentielle des prix. Pour le moment, nous y échappons car les forces structurelles sont déflationnistes. Mais rien ne dit que cela durera éternellement. Retour sur trois célèbres épisodes d'hyperinflation.

1726 : Les assignats

Pour ne pas faire faillite, la France émet des «assignats», qui deviennent rapidement une monnaie. Mais la machine s'emballe et l'inflation dérape (+304% en août 1796).

1923 : La république de Weimar

Ruinée par la guerre et le paiement des réparations, l'Allemagne fait tourner la planche à billets. En octobre 1923, l'augmentation des prix est de 29.500%.

2008 : Zimbabwe

Les sanctions internationales et l'abus de création monétaire plongent le pays dans un cauchemar : 79.600.000.000.000% d'inflation en novembre 2008 !

10 octobre (Le Temps, CH)

<https://www.letemps.ch/opinions/malgre-primaute-politique-cest-finance-decide>

Malgré la primauté de la politique, c'est la finance qui décide

OPINION. La France emprunte un milliard d'euros par jour. Le risque que les investisseurs internationaux tournent le dos aux adeptes de la stratégie du «quoi qu'il en coûte» s'accroît quotidiennement



Emmanuel Garessus

Publié jeudi 2 décembre 2021 à 13:14

L'hostilité à l'égard des marchés financiers est un thème récurrent dans les milieux politiques. Même lorsque le président d'un pays concentre l'essentiel des pouvoirs, à l'image de Recep Tayyip Erdogan en Turquie, de mauvaises décisions provoquent une chute de la monnaie. Les marchés financiers ont la triste habitude de s'appuyer sur les faits et les lois économiques et de passer au-delà des discours de propagande. La sanction est souvent forte et durable. Après la crise de la zone euro, la Grèce a mis sept ans avant de pouvoir à nouveau emprunter.

10 octobre (Contrepoints)

<https://www.contrepoints.org/2022/10/10/440423-et-un-chargeur-unique-pour-les-gouverner-tous>

ÉDITO

10 octobre 2022

Et un chargeur unique pour les gouverner tous

Alors que l'Union européenne est au bord de la rupture et de crises historiques, le parlement légifère sur des bidules. Indispensable.

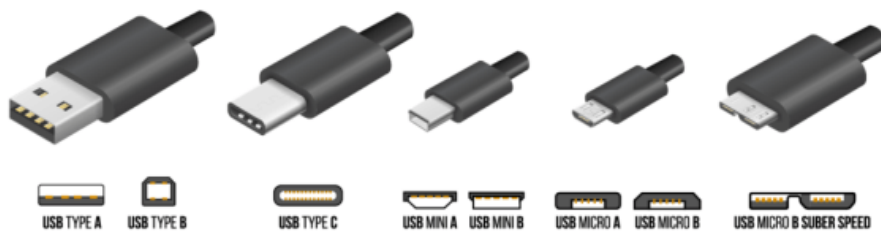


Vous ne l'avez probablement pas entendu (ou pas assez) mais tout un continent vient de pousser un « ouf » de soulagement : enfin, les chargeurs de smartphone vont être standardisés en Union Européenne !

C'est une véritable victoire que vient ici de signer le Parlement européen en **imposant le chargeur unique** pour smartphones d'ici l'automne 2024 : partant du constat affreux que des tonnes et des tonnes de chargeurs inutiles ou incompatibles (on évoque 11.000) sont produits chaque année et achetés par les consommateurs pour leurs téléphones portables, le Parlement européen a fermement décidé qu'ils devraient dorénavant tous être compatibles.

On admirera le timing particulièrement à-propos de cette nouvelle législation.

Il faut en effet être resté coincé au début des années 2000 pour ne pas avoir noté qu'à présent, tous les smartphones vendus le sont avec des chargeurs interchangeable sur lesquels on peut se brancher avec des câbles USB traditionnels et dont la prise côté appareil est soit au format USB micro-B ou au format micro-C, des adaptateurs de l'un vers l'autre existant aussi sur le marché. Autrement dit, à l'exception du connecteur spécifique Apple (et encore, celui-ci est amené à disparaître aussi au profit du standard), tous les appareils qui sortent actuellement sont compatibles entre eux puisqu'ils sont tous, très majoritairement, en USB de type C.



Eh oui : petit-à-petit, tous les constructeurs ont eux-mêmes trouvé tout l'intérêt de converger vers une même norme. Depuis les gains de productivité permettant de s'approvisionner en connecteurs et en chargeurs à des entreprises spécialisées et génériques dont la production de masse sera vite rentabilisée, jusqu'au besoin de coller aux demandes des clients qui, eux-mêmes, ont bien compris tout l'intérêt d'avoir toujours les mêmes connecteurs partout pour recharger leurs appareils

où qu'ils se trouvent, **le marché s'est rapidement adapté aux demandes des consommateurs et contraintes des producteurs... Sans législation, et sans coercition.**

On assiste ici exactement au même phénomène qu'on a pu observer ailleurs, comme l'illustre fort bien [la standardisation massive des conteneurs de paquebots](#) ou la largeur des rails de chemin de fer : l'intervention d'un législateur est au mieux inutile, au pire gênante.

Les chargeurs de téléphonie n'échappent pas à la règle ; **les beaux efforts législatifs du Parlement européen interviennent fort tard dans le processus déjà enclenché de standardisation des adaptateurs et provoque déjà, comme on peut s'y attendre, quelques pénibleries administratives** : les constructeurs vont devoir prouver qu'ils sont à un standard qu'ils ont déjà adopté (ce qui est une perte de temps et d'argent ridicule). **Quant à Apple, seul fabricant réellement résistant, la firme californienne va devoir modifier ses process industriels pour s'adapter en Europe à cette nouvelle donne alors même que le consommateur avait déjà fait le choix de suivre ses productions telles quelles.**

Au-delà de cette **petite vendetta contre Apple assez typique du Parlement européen**, on peut s'interroger sur l'impact de cette législation en termes d'innovation : **que va-t-il se passer lorsque, dans quelques années ou quelques décennies, le connecteur USB-C sera complètement dépassé et qu'il constituera plus un handicap qu'un avantage ?** Doit-on attendre le législateur et l'évolution de ses opinions et de ses lois en espérant que cela ne provoque aucun retard technique ? Pari osé.

Au-delà de cette question essentielle que, du reste, bien peu se posent, on peut en poser une autre, plus prégnante encore : **dans le contexte actuel, le Parlement n'a-t-il pas de plus importants problèmes à gérer ?**

Ainsi, il apparaît [de façon maintenant évidente](#) que la Commission européenne a passé un troisième contrat pour 1.8 milliards de doses de vaccin COVID avec des prix par dose passant soudainement de 15€50 à 19€50, positionnant l'ensemble du contrat à 35 milliards d'euros au total, pour un vaccin dont on peut légitimement remettre en cause l'utilité globale et ce, sans réellement suivre le protocole nécessaire de passage de marché public et de négociations transparentes et fiables.

Certes, des petits couinements plaintifs ont été vaguement entendu dans ce Parlement mais où en est l'enquête complète ? Nulle part. On s'étonne qu'il passe alors autant de temps à réguler les petits chargeurs de téléphones et aussi peu à tenter de mettre de l'ordre dans les prérogatives que s'auto-accorde la Commission...

Ainsi, la situation en Ukraine est maintenant des plus périlleuse et l'envoi d'armes, alimenté par des fonds européens (au titre de la « Facilité européenne pour la paix », sans rire) ne semble déclencher aucune question de ce même Parlement alors même que tout ceci nous approche tous les jours un peu plus d'une escalade nucléaire et que toutes les autorités compétentes semblent résolument **certaines que parler de paix est une infâmie**. Dans ce tableau, le Parlement qui représente le peuple ne semble ni consulté ni même préoccupé. On pourra difficilement se consoler en se disant que les 11.000 tonnes de chargeurs incompatibles seront peut-être vaporisées par le feu nucléaire.

Pire encore : **la situation énergétique** est tendue au point que l'Allemagne semble au bord du gouffre économique et va probablement demander à son peuple de pédaler pour remplacer les réacteurs nucléaires fermés et les turbines à gaz sans gaz. **Mais là encore, personne ne semble vouloir remettre en cause l'Agenda verdoyant pour 2030 alors même que le fiasco énergétique est maintenant visible de tous.**

Tout ceci entraîne (assez logiquement) un effondrement de l'Euro et de la zone bancaire mais devant cette catastrophe, le Parlement légifère sur des chargeurs déjà compatibles et reprend deux fois des nouilles à la cantoché.

En somme, l'Europe se félicite d'une mesure croupion typique, frétille d'aise d'être parvenu à imposer une décision qui n'a d'ailleurs pas eu besoin d'elle pour s'imposer doucement et elle le fait quasiment au plus mauvais moment, celui où il est absolument nécessaire d'avoir une voix forte, une représentation solide des peuples et de leurs opinions alors que les crises s'accumulent.

Derrière cette standardisation anecdotique, on peut comprendre que l'Union européenne n'est plus rien d'autre qu'un exercice de style. Et le style du moment c'est le retour à la misère.

Pardon : « la sobriété subie ».

10 octobre (Le Point)

https://www.lepoint.fr/editos-du-point/le-devoilement-en-iran-la-mise-a-nu-en-france-10-10-2022-2493106_32.php

Le dévoilement en Iran, la mise à nu en France

CHRONIQUE. La ritournelle de l'exilé crachant sur nos démocraties occidentales après avoir fui l'islamisme de son pays d'origine est obscène.

par [Kamel Daoud](#)



Publié le 10/10/2022 à 07h00

Des femmes courageuses ôtent leur voile en Iran et c'est en France que certains s'en retrouvent tout nus. Comment est-ce possible ? Par effet d'éclairage sur les fausses opinions, sur les procès en islamophobie qu'on oppose à la France mais dans le confort, le luxe, la démocratie. Car, aujourd'hui, les Iraniennes montrent ce que coûte la liberté, le courage, la foi en son propre corps.

La facture de l'islamisme est là : la mort et la privation. Elle est montrée à bout de bras. Et ceux qui, ici en France, prônent la liberté en la voilant, l'identité en reculant et le communautaire en choisissant de se taire, les voilà dénudés, exposés dans leur intime conviction monstrueuse et lâche.

L'Occident libre. L'islamisme n'est pas une identité ni du décolonial stylisé, c'est une perte de liberté, un califat, chiite ou sunnite, qui fait peser sur les têtes des femmes et des hommes des ayatollahs aux pouvoirs divins. L'auteur lit, à l'instant, les déclarations scabreuses d'une jeune autrice algérienne qui a fui l'islamisme d'Alger des années 1990, qui a choisi de préserver sa liberté au-delà de la nationalité, de se vêtir comme elle le veut et de se parfumer selon ses rêves, et qui aujourd'hui accuse la France qui l'accueille et la libère.

Que se passe-t-il vingt ans plus tard en France pour elle après avoir quitté Alger ? Elle dénonce l'islamophobie, le néocolonialisme, l'extrême droite dans le pays au bras large. Elle le peut, car en Occident tout est possible, y compris cracher sur la démocratie. Mais c'est fait au moment même où des Iraniennes tombent sous les balles ou croupissent en prison pour avoir revendiqué le droit au corps.

D'où est issue cette schizophrénie de l'exilé typique en Occident qui vient y chercher la liberté et y trouve celle d'y reconstruire sa prison et d'incarner ses bourreaux d'autrefois ? Du mal en soi, du malaise, de la peur et de l'altérité altérée. L'exilé peu aimé, le croit-il, il oppose alors la rancune et, dans le renversement, incarne ce qu'il a fui, plaide pour un islamisme qui l'a chassé de son pays, revendique d'être l'ayatollah de son identité présumée, fétichisée. Une chanson, triste et à voix fausse, du mal-aimé.

Coupables compromissions. L'islamisme tue, le voile assassine, le califat est une prison, les femmes sont courageuses d'incarner nos libertés. Voilà la vérité qui éclaire - en contraste non négociable - nos lâchetés, nos caprices, nos compromissions. Rien ne résiste à cette cruelle lumière qui rend exacts les actes, les paroles ou en souligne la futilité. Les migrants clandestins qui arrivent en chaloupe par la Méditerranée le savent : on proclame rêver d'Arabie islamique utopique, mais c'est vers l'Occident que l'on rame. On crache sur l'Occident au nom de l'Histoire, mais on ne se trompe pas de géographie. La démocratie est belle, elle permet de la mettre en procès. L'islamisme est hideux : on peut le défendre par rancune intime, par haine de soi, mais, à la fin, c'est lui qui vous tue.

Voilà : le coût de la liberté est à voir en Iran. Le surcoût de la futilité, on peut le voir ici en France dans l'âme plate de certains. Ce geste d'arrachement à la tombe, ces cheveux nus, ces sourires face aux balles, ces marches nocturnes pour s'arracher à la nuit. Tout cela, c'est la liberté resplendissante et ensanglantée. Les palabres en démocratie, les polémiques en masochisme national ou les confort d'exilés sont le contraire de ce courage. Vous y êtes si belles, Iraniennes. Et nous sommes vos ombres compromises. Perdues à découper nos nuances et nos futilités aux terrasses de l'Occident§

10 octobre (Le Point)

https://www.lepoint.fr/postillon/laurence-fontaine-il-faut-donner-aux-pauvres-un-maximum-de-choix-10-10-2022-2493111_3961.php

Laurence Fontaine : « Il faut donner aux pauvres un maximum de choix »

ENTRETIEN. Pour l'historienne, l'État ne facilite pas assez l'accès des plus démunis au marché. Trop de freins les empêchent de se loger ou de travailler.

Propos recueillis par [François-Guillaume Lorrain](#)



Laurence Fontaine, historienne, autrice de *Vivre pauvre. Quelques enseignements tirés de l'Europe des Lumières*. © FRANCESCA MANTOVANI / GALLIMARD / OPALE

Publié le 10/10/2022 à 08h00

Voici la fin d'un triptyque. En 2008, dans *L'Économie morale*, Laurence Fontaine, historienne du social et de l'économique, en était arrivée à la conclusion que les pauvres n'étaient pas exclus du marché. Dès lors, en 2014, dans *Le Marché*, elle avait voulu démontrer, notamment à la gauche, qu'il ne fallait pas jeter l'anathème sur ce marché, qui pouvait aider les pauvres, les femmes, les sans-statuts. Lorsqu'un article lui a été demandé sur l'utopie au temps des Lumières, relue au regard de la pauvreté, elle s'est replongée dans les grands auteurs de ce siècle. Elle y découvre une pauvreté vécue comme un risque permanent, des stratégies de débrouille qui ressemblent à s'y méprendre à celles d'aujourd'hui. Sont pauvres alors « ceux qui vivent de leur travail », ce qui inclut toutes les classes populaires. Après 1750, la pauvreté devient aussi un problème politique, témoin le concours académique de 1777, dont le sujet porte sur son règlement, et qui fut le concours le plus prisé du XVIII^e siècle.

Comme Foucault avait jadis fait de la folie un objet d'histoire, Laurence Fontaine en fait de même avec la pauvreté. Une inclassable, qui se passionne pour un sujet de gauche avec une approche libérale. Si elle s'arrête à la Révolution – on aurait aimé un éclairage sur le XIX^e, siècle des ateliers nationaux et de leur échec, et sur le XX^e –, elle termine sur une longue conclusion actuelle, pensée comme une adresse à l'État, sommé de faciliter l'accès du marché aux pauvres. Où l'on retrouve l'économiste Amartya Sen...

Le Point : Que pensez-vous des termes dans lesquels le concours de 1777 fut posé : « Détruire la mendicité en rendant les mendiants utiles à l'État sans les rendre malheureux » ?

Laurence Fontaine : Se débarrasser de la mendicité fut le problème fondamental de l'Ancien Régime. C'était une société à statuts, figée, qui fonctionnait comme une fabrique de mendiants. La solution passait par la charité qui servait à manifester la supériorité des classes supérieures : j'aide les pauvres, je gagne le ciel et, en réponse, les pauvres me remercient et s'humilient. C'est le lien essentiel de cette société. Mais à la moindre crise personnelle ou économique, le nombre des pauvres explose. De plus, par principe, on ne les paie pas assez. L'intégralité des classes populaires est donc menacée de pauvreté. Par ailleurs, voir des mendiants sur les routes représente une gêne, engendre des violences, suscite des peurs. Éradiquer la mendicité, en les enfermant dans des hôpitaux, en les occupant avec des bureaux de charité, des ateliers nationaux, devient une nécessité. Il faut les rendre utiles, car tous ces mendiants sont considérés comme des paresseux, des vicieux : on en fait un problème moral. En revanche, presque personne n'envisage le bonheur de ces gens qui l'ont bien mérité ; par définition, la pauvreté est synonyme de malheur.

Pourquoi la pauvreté devient-elle au XVIII^e siècle un problème politique ?

Certaines personnes modifient la définition du pauvre. Il n'est plus vu comme un vicieux, ce n'est pas de sa faute, cela devient un problème économique. On commence à penser que les prostituées, par exemple, n'ont pas d'autres choix, qu'il suffit de leur donner des métiers. L'époque voit triompher l'idée de l'homme-nature, on naît tous égaux, l'appropriation de l'égalité naturelle permet de porter un autre regard sur les pauvres. Condorcet, l'un des rares à être attentif à l'être humain, énumère un certain nombre de droits, il veut donner la liberté aux gens, fournir un capital aux jeunes qui s'installent. Adam Smith écrivait déjà dans *Recherche sur la nature et les causes de la richesse des nations* : « Je rédige ce livre pour donner aux pauvres la capacité de se trouver du travail eux-mêmes, avec de vrais salaires, afin d'acquérir une dignité, et de l'argent pour développer le service public. »

Assiste-t-on à une remise en question du système, comme actuellement avec les superprofits pointés du doigt ?

À l'époque, le discours ne vise que la charité dévoyée, quand les riches devenus avares tombent dans le luxe et n'assument plus leur devoir de charité. Mais ni la bienfaisance ni la philanthropie, encore en cours de nos jours, ne remettent en question le système. Il me semble que les Noirs aux États-Unis ont compris que s'ils voulaient lutter contre le racisme et sortir du ghetto, il fallait penser leur situation en relation avec le privilège blanc. Cette réflexion se transpose à la pauvreté. Tant qu'on traite la pauvreté comme un phénomène autonome, c'est insuffisant, car elle concerne la société dans sa globalité.

En France, on traite la pauvreté en termes de solidarité, d'assistance, et de réduction des inégalités...

Là aussi, cela me semble insuffisant. Quand un enfant défavorisé ne réussit pas à l'école, on dit rarement qu'il manque de privilèges, ce qui est flagrant. Il n'a pas les armes dont disposent les autres, or il n'est ni mauvais ni paresseux, c'est plus subtil que la solidarité.

Les stratégies mises en place à l'époque par les pauvres ont-elles changé ?

Nullement. On retrouve comme au XVIII^e siècle la polyactivité dans les *two jobs*, les réseaux sociaux reviennent avec la solidarité familiale, même s'ils sont moins solides dans un État social. La migration, l'itinérance, les stratégies financières avaient cours aussi. On renoue aujourd'hui avec toute une économie autour des objets, qu'on échange, qu'on loue. Certains arrivaient à se

créer du capital dans la mendicité. D'autres connaissaient à l'avance les différentes sommes payées par les villes pour mettre dehors, ce qu'on appelait la « passade ». Chaque fois, on grappillait quelques sous, on déposait des objets au mont-de-piété pour prendre d'autres objets, les vendre et faire un petit bénéfice dessus.

Quelqu'un qui veut tondre une pelouse, on lui réclame un diplôme de jardinier-paysagiste. De nombreuses barrières se sont hérissées.

L'État français facilite-t-il cette attitude active, cet accès au marché que vous prônez pour les pauvres ?

J'ai le sentiment que non. On voit que l'action de l'Association pour le droit à l'initiative économique (Adie) est souvent entravée dans les banlieues où arrivent des populations étrangères qui veulent accéder au marché. Quelqu'un qui veut tondre une pelouse, on lui réclame un diplôme de jardinier-paysagiste. De nombreuses barrières se sont hérissées. Le rapport entre l'économie formelle et informelle est très complexe, empreint de jalousie, même si parfois, l'une se sert de l'autre.

Comment rendre l'État utile aux pauvres ?

Il faut commencer par s'occuper de leur liberté, leur donner le maximum de liberté, de choix, de capacités, dirait Amartya Sen, c'est-à-dire, élargir l'amplitude de leurs possibles pour se loger, se déplacer, acheter à manger, s'éduquer. L'objectif est de multiplier les occasions de décider. L'utopie, c'est permettre aux gens de choisir leur voie et leur vie.

Les gens normalement constitués, dit Piketty, ne vont pas affamer leurs travailleurs, or, c'est faux.

Quelles critiques adressez-vous à l'égard de Thomas Piketty dans son approche des inégalités ?

Piketty a mené surtout des études statistiques, par gros blocs. C'est utile mais on aimerait plus de subtilité, car il passe à côté des relations de pouvoir, de domination, de dépendance, entre les personnes. Il s'en tient à un raisonnement mathématique. Les gens normalement constitués, dit-il, ne vont pas affamer leurs travailleurs, or, c'est faux.

La société à statuts s'est-elle prolongée dans le système des multinationales ?

Sur certains points, l'économie à statuts n'a pas été contestée. Le fait de mal payer les gens, les mauvais salaires provenaient déjà de la société de l'Ancien Régime. Lorsque le capitalisme a été libéré au XIX^e siècle, on ne s'est pas intéressé à la finance, on a laissé le capital écraser la rente et les salaires, pour maximiser les profits, comme l'explique Adam Smith. Montesquieu constatait déjà que dans les pays les plus démocratiques, le capitalisme est le plus contrôlé, alors que dans les pays autoritaires, il est le plus débridé. Le régime politique dans lequel s'inscrit le capitalisme est donc fondamental. Il y a des leviers à utiliser pour lutter contre les excès du capitalisme, le monopole et le lobbying, notamment.

Vous énumérez des initiatives lancées par l'économie sociale et environnementale. Mais l'État n'est pas absent, comme en témoigne le dispositif des garanties jeunes...

La société civile propose des idées et l'État devrait travailler davantage sur ces idées. Lulu dans ma rue, par exemple, est une initiative formidable : on prend des gens qui sont dans la rue et on les

intègre dans la société à l'égal des autres travailleurs. On lutte ainsi contre la ghettoïsation. Toutes les interventions devraient aller dans ce sens. Tout passe par l'écoute, le respect. L'Adie essayait de se faire écouter de l'État pour ouvrir le marché aux pauvres. Mais on avait instauré une randomisation absurde, un jeune sur trois des banlieues s'était vu refuser son projet, juste pour voir la différence avec ceux qui sont aidés. Les associations doivent être soutenues, mais il faut aussi être attentif aux problèmes des ONG, qui jettent parfois l'argent par les fenêtres. L'État peut encourager des pratiques de bonne gestion, de bonne démocratie, car les dirigeants demeurent trop longtemps en poste.

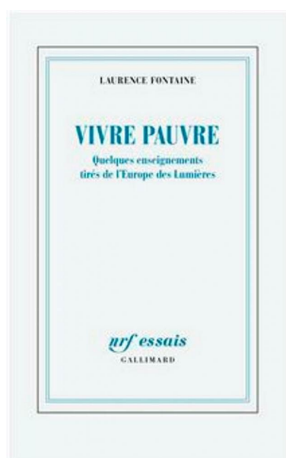
Parler du peuple dans sa globalité, c'est atroce. On nie les différences au sein de ces couches populaires.

Le discours sur la pauvreté n'a-t-il pas été confisqué par le populisme ?

Parler ainsi du peuple dans sa globalité, c'est atroce. La même formulation méprisante perdure depuis des siècles. On nie les différences au sein de ces couches populaires. Si on ne veut oublier personne, il faut partir des individus, d'où les nombreuses biographies que je développe. Si on part du postulat qu'il faut faire attention à chaque personne qui se présente à un guichet, si on change la posture intellectuelle, empathique, si on modifie le regard, il y a un espoir. Ainsi oublierait-on moins les femmes, qui sont les pauvres des pauvres, notamment dans les familles monoparentales.

Le mot pauvre a été remplacé par le mot précaire, que signifie ce glissement ?

Le risque est revenu, il est omniprésent dans les esprits. Il y a les précaires et ceux qui sont menacés de précarité, qui se sentent du côté des précaires. C'est une solidarité de la crainte, de la prise en compte du risque, de la capacité à adopter des stratégies. Il existe énormément de gens qui se disent : méfions-nous, on ne sait jamais. Notre société actuelle multiplie ces attitudes. Bien plus de gens que ceux qu'on appelle les précaires sont préoccupés par la précarité. Ceux-là développent plus de stratégies, ont une plus forte amplitude d'opportunités. Il est important de voir comment ils agissent pour utiliser le marché. De même que la démocratie est un travail permanent, rien n'est acquis dans la sauvegarde de la liberté du marché. Il reste à le mettre au service de tous.



Vivre pauvre. Quelques enseignements tirés de l'Europe des Lumières, de Laurence Fontaine (Gallimard, 512 p., 24 €).

10 octobre (FAZ)

<https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/bundesbankpraesident-nagel-fuer-weitere-leitzinserhoehungen-18373982.html>

BUNDESBANKPRÄSIDENT NAGEL:

„Wir werden das schaffen“

AKTUALISIERT AM 09.10.2022-12:26



Bundesbankpräsident Joachim Nagel während einer Pressekonferenz Bild: dpa

Weil die Zinsen im Vergleich zur starken Geldentwertung immer noch niedrig sind, spricht sich Joachim Nagel für weitere deutliche Leitzinserhöhungen aus. Das Vertrauen in die Notenbanken bezeichnet er als stabil.

Bundesbankpräsident [Joachim Nagel](#) ist für weitere kräftige Leitzinserhöhungen in der Euro-Zone. „Wenn es zehn Prozent Inflation, aber nur 1,25 Prozent Zinsen gibt, dann ist für mich der Handlungsbedarf klar. Ja, die Zinsen müssen weiter steigen - und zwar deutlich“, sagte er der „Süddeutschen Zeitung“ (Samstag).

Nagel, der im Rat der [Europäischen Zentralbank](#) (EZB) sitzt und dort über Leitzinsveränderungen mitentscheidet, rechnet für Deutschland auch im nächsten Jahr mit hoher Inflation. „Für 2023 hat der EZB-Stab für den Euroraum 5,5 Prozent Inflation prognostiziert. In Deutschland halte ich eine sechs vor dem Komma für realistisch“, sagte er.

Der Bundesbankchef wies Einschätzungen zurück, dass die hohe Inflation die Reputation der Institution beschädigt haben könnte: „Ich sehe nicht, dass das Vertrauen in die Bundesbank verloren gegangen ist, auch nicht das in die EZB.“ Nagel betonte, die Notenbanker nähmen die Sorgen der Menschen sehr ernst. **„Unser Auftrag ist Preisstabilität und deshalb werden wir geldpolitisch reagieren, damit die Inflation wieder sinkt. Wir werden das schaffen.“**

Nagel forderte die europäischen Notenbanken auf, nicht nur über höhere Zinsen nachzudenken, sondern auch darüber, ihre Bestände an Staatsanleihen zurückzufahren. „Wir müssen unsere Geldpolitik robust umsetzen. Auf Sicht muss das Eurosystem auch seine Anleihebestände zurückfahren“, so der Bundesbankpräsident. Zu den Wirtschaftsaussichten Deutschlands sagte Nagel: **„Wir werden wohl zeitweise eine Rezession sehen und damit auch höhere Insolvenzzahlen, aber eine Insolvenzwelle erwarte ich aus heutiger Sicht nicht.“**

10 octobre (FAZ)

https://www.faz.net/aktuell/sport/mehr-sport/breakdance-niranh-chanthabouasy-tanzt-bei-den-flying-steps-18371560.html?printPagedArticle=true#pageIndex_2

Solange das Herz mit Leidenschaft pumpt

Der Frankfurter Niranh Chanthabouasy tritt seit über zehn Jahren mit der spektakulären Breakdance-Show „Flying Bach“ auf. Er ist ein Meister der Kunst, Höchstleistung federleicht aussehen zu lassen.

VON ALEX WESTHOFF

-AKTUALISIERT AM 10.10.2022-06:41



BREAKDANCER CHANTHABOUASY: Solange das

Zwei Stunden vor Beginn der Show setzt sich Niranh Chanthabouasy entspannt auf den Stuhl des Cafés mit Skyline-Blick. Seine Stuhllehne berührt fast die Fassade der Alten Oper. Anspannung oder gar Lampenfieber verspürt er auch dann nicht, wenn er die größten und wichtigsten Bühnen bespielt. Nicht wenn er „Flying Bach“ aufführt. „Zum gefühlt tausendsten Mal“, wie er lachend sagt. Auf Tour mit der weltweit erfolgreichen Show, die seit zehn Jahren spektakulär Bach mit Breakdance verschmelzen lässt, empfinde er Abend für Abend mehr eine Lust darauf, „mit Freude und Freunden das Vokabular meiner Kunst zeigen zu dürfen“.

Der vergangene Mittwochabend in der Alten Oper ist dennoch ein besonderer Abend für Chanthabouasy. Seine Familie sitzt im Publikum. Und die sieht ihn nicht allein, mit Kopfhörern auf den Ohren, in der Wohnung im Frankfurter Ostend üben, wie er es oft tut. Sondern im Scheinwerferlicht tanzen inmitten des Ensembles Flying Steps, das Chanthabouasy seit über zehn Jahren entscheidend prägt. Der 42-Jährige, dessen Wurzeln in Laos liegen, ist Ruhepol und Anker zugleich für die anderen sieben Tänzer der Gruppe. Sie sind sieben Jungs und eine Ballerina, Topathleten allesamt. Sie zeigen Hochleistungssport.

Höchste Energie und Intensität

55 Minuten vor Showbeginn verlässt er in aller Ruhe das Café. Von 20.00 Uhr an steht er in der Alten Oper auf der Bühne. Es wirkt, als ob enorme Stöße und Schläge und Wellen seinen Körper durchfahren, die sich in einem mitunter irrwitzigen Tempo zu staunenswerten Choreographien fügen. Eine Liaison aus Leichtigkeit und Lebensfreude inmitten einer Show, die spielerisch Hoch- und Subkultur vermengt. Und die auch deshalb so gut funktioniert, weil sie einst ganze neue Wege ging und auch heute noch zu überraschen vermag, wie selbstverständlich man zugleich Bachs Präludien und Fugen im „Wohltemperierten Klavier“ hört und dabei „Headspins“ sieht.

Auf der Bühne steht links der Flügel und rechts das Cembalo, und mittendrin treffen die jungen Wilden der Flying Steps den alten Meister Bach und bespielen den leeren Raum 70 Minuten lang mit höchster Energie und Intensität. Das rasante Drehen um die eigene Körperachse auf dem Kopf stehend (Headspins) ist Chanthabouasys Sache nicht.



Niranh Chanthabouasy :Bild: Flying Steps

Auch wirbeln mehr die Jüngeren der Crew um jede mögliche Achse ihrer austrainierten Körper so über die Bühne, dass die Zuschauer wie beim Tennis den Kopf nach links und rechts drehen, um folgen zu können. Die urbanen Tanzformen Popping (mit ihren roboterartigen Bewegungen) und Locking sind seine sportliche-künstlerische Heimstatt. Doch natürlich hat er auch diverse Elemente von Breakdance und Hip-Hop im Repertoire.

Chanthabouasy hat quasi die Rolle des Trainers inne, er ist quasi nicht nur ein teilnehmender Beobachter, sondern ein mitspielender Chef. Er spüre sofort und genau, wie seine Mitstreiter drauf seien, ob die Show leichtgängig wird oder sie etwas kämpfen müssen. „Es ist nie langweilig, weil es nie perfekt ist. Das ist gut, weil man so immer auf einer gemeinsamen Reise ist“, sagt er. Der Frankfurter – alle Avancen, endlich nach Berlin zu ziehen zur Zentrale der Flying Steps, lehnt er beharrlich ab – gehört zu den Gründervätern von „Flying Bach“. Die Choreographien hat er mit ersonnen. Und er steht seit der ersten Stunde vor zehn Jahren mit auf der Bühne.

Chanthabouasy, in der Szene als „Lil Rock“ bekannt, ist Veteran und buchstäblich Schrittmacher zugleich. Seine Sicherheit und Klasse benötigen gerade die neuen Tänzer des Ensembles. Während des Stillstands der Pandemiezeiten haben sich einige umorientiert, haben zum Beispiel Stellen an früher wieder gestarteten Varietétheatern angenommen. Der Abend in der Alten Oper, dem am Donnerstag noch ein Gastspiel in Wiesbaden folgte, hätte ursprünglich im Mai 2020 und dann im September 2021 schon stattfinden sollen.

Wer hat das Leistungslevel?

Chanthabouasy ist mit für die Auswahl der Tänzer zuständig, muss die Frage beantworten, wer das Leistungslevel für die anspruchsvolle Show hat und zugleich professionell und zuverlässig und charakterlich geeignet ist für die Enge des Lebens auf Tour. „Alles zusammen vereinen nicht viele“, sagt Chanthabouasy und nimmt einen Schluck aus seinem großen Kaffee Americano.

Japan und Amerika seien die beiden Extreme auf der Welt, was die Interaktion mit dem Publikum betreffe. Während in Japan aus Höflichkeit die ganze Show kein Mucks zu hören sei, würden ihnen in den Staaten die „Yeahs“ und „Heys“ nur so um die Ohren fliegen. Im Nahen Osten dagegen, beispielsweise in den Emiraten, würden viele zum Telefonieren vor die Tür gehen und dann irgendwann wiederkommen.

Chanthabouasy erinnert sich an Zeiten, in denen sie auf Hochtouren durch die Kontinente und Klimazonen reisten mit „Flying Bach“. In mehr als 40 Ländern waren sie schon. Um sich vor den Auftritten um Jetlag und Akklimatisierung zu kümmern, blieb oft schlicht keine Zeit. Seit Juli sind sie

nun wieder unterwegs, in Italien, Österreich und Bulgarien waren sie, einen Abstecher zur Expo nach Dubai inklusive und viel hierzulande.

Nur wie passt es zusammen für ihn, dessen Leben sich um Kreativität, Phantasie und künstlerische Gestaltung dreht, seit zehn Jahren auf der Bühne das Immergleiche zu tun? Für ihn, der einst in Heidelberg mit Kumpels zur Musik aus einem Ghettoblaster auf der Straße tanzte und abends mit einer Tüte voll Münzen heimkehrte. Der später einen Vertrag bei Sony bekam und sich als freischaffender Tänzer und Choreograph einen Namen machte.

Das Immergleiche? Chanthabouasy muss schmunzeln. Das sehe der Zuschauer zwar nicht, aber seine Soli während „Flying Bach“ seien bis zu 90 Prozent Improvisation. „Wenn ich“, erzählt er, „genau weiß, was ich mache, und nur noch überlegen muss, wie ich es mache, verschafft mir das eine mentale Stärke.“

„Flying Bach“ hat die Crew über die Jahre nicht verändert, sondern verfeinert. „Wir haben uns etwas mehr Luft gegeben“, erzählt er. Sie haben sich etwas längere Pausen zwischen einzelnen Höchstanstrengungen gewährt. Am Sonntag traten sie gleich zweimal hintereinander in der Düsseldorfer Tonhalle auf. Da gelte es, sich zwischendrin „warm zu halten, viel zu stretchen und im Modus zu bleiben“, sagt Chanthabouasy. „Sonst drohen Verletzungen.“

Er hat in seinen knapp 30 Jahren in der Szene viele Tänzer gesehen, die einen hohen Preis gezahlt haben für ihre extrem schwierige, nur scheinbar federleichte, mitunter schier übernatürlich anmutende Körperbeherrschung: Dauer- und Überlastung, chronische Beschwerden in Armen und Hüften und frühe Karriereenden. Mit 42 Jahren, sagt er, trainiere er „nicht mehr als früher, sondern smarter“. Kraft, Mobilität und Flexibilität seien die Felder, auf die er sich konzentriere in der (Trainings-)Zeit, in der seine Tochter im Kindergarten ist. Die nötige Ausdauer komme vom Tanzen, sagt er und fügt hinzu: „Solange das Herz mit Leidenschaft pumpt.“

Chanthabouasy gibt nebenbei noch Workshops, unterstützt andere Projekte als Choreograph und ist für die „Flying Steps“ auch als Filmer und Fotograf aktiv.

Zugabe in der Alten Oper. Alle Ensemblemitglieder treten einzeln vor und geben eine rasante Solo-Kostprobe ihres Könnens. Chanthabouasy filmt und fotografiert von der Mitte der Bühne aus seine Mitstreiter mit dem Publikum im Hintergrund. Das macht er immer an besonderen Abenden, wenn die Energie auf der Bühne Funken zu schlagen scheint und die Zuschauer den Effekt noch verstärken. Am Ende applaudieren über 1400 Menschen, die meisten stehend. Chanthabouasy macht ein Foto davon. Ganz entspannt.

10 octobre (NZZ)

<https://www.nzz.ch/meinung/der-eu-kommissar-thierry-breton-ueberschaetzt-seine-prognosekraft-ld.1703785>

KOMMENTAR

Ob bei der Förderung von Halbleitern, Wasserstoff oder Raketenbau: Der EU-Kommissar Thierry Breton überschätzt seine Prognosekraft

Der Franzose Thierry Breton sollte als EU-Kommissar für den Binnenmarkt eigentlich Barrieren für die Wirtschaft in einem der attraktivsten Märkte der Welt niederreissen. Doch er kümmert sich zu oft um Probleme, welche die Firmen selbst lösen können.

Christoph G. Schmutz, Brüssel

10.10.2022, 05.30 Uhr



Thierry Breton verfolgt eine Industriepolitik französischen Zuschnitts, das heisst mittels Subventionen.

Der EU-Kommissar Thierry Breton ist ein Hansdampf in allen Gassen. Und als vormaliger Chef des französischen IT-Konzerns Atos mit über 100 000 Mitarbeitern ist er es gewohnt, grosse Probleme anzupacken.

In Brüssel aber legt er seine neue Rolle bedauerlicherweise etwas eigenartig aus. Der französische Präsident Emmanuel Macron hatte ihn 2019 als Ersatz für die vom EU-Parlament verschmähte Sylvie Goulard berufen. Mit dem Binnenmarkt hat der 67-Jährige von der Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen dann aber eines der wichtigsten Dossiers erhalten.

Der selbsternannte Super-Konzernchef

Doch wer denkt, dass sich Breton als Kenner der Sorgen und Nöte von Unternehmern nun Tag und Nacht um bessere Rahmenbedingungen für Firmen in Europa bemühen würde, der irrt. Vielmehr gebärdet er sich häufig als eine Art Super-Konzernchef, der die Probleme von EU-Betrieben an deren Stelle zu lösen versucht.

Die Breton-Methode enthält in der Regel folgende Elemente. Er legt fest, wie die Wirtschaft in der EU auf eine bestimmte Herausforderung zu reagieren hat. Ferner versammelt er die Chefs der wichtigsten Firmen und bildet irgendeine Art von europäischer Allianz zu dem Thema. Und schliesslich versucht er, das Vorhaben mit Steuergeldern voranzubringen sowie die Einflussmöglichkeiten der Politik zu vergrössern.

Die Methode sieht protektionistischer Industriepolitik nach französischem Zuschnitt leider zum Verwechseln ähnlich.

Ein Beispiel ist die Knappheit an Halbleitern. Deutsche Autokonzerne konnten jüngst die nach dem Ende der Pandemiebeschränkungen rasch wieder zunehmende Nachfrage [nicht wie gewünscht bedienen](#), weil sie aus verschiedenen Gründen nicht an genügend Chips kamen. Für Breton war klar, was zu tun ist. «Wir müssen», schrieb er in einem [Blog-Eintrag](#) im September 2021, «die industriellen Wertschöpfungsketten überwachen, künftige Störungen vorhersehen und die Widerstandsfähigkeit unserer Versorgungskette sicherstellen.» Der Franzose forderte ferner den Aufbau von «Mega-Fabs» in Europa, welche die fortschrittlichsten Halbleiter produzieren. Bereits im Juli 2021 hatte er eine «[Allianz für Prozessoren und Halbleitertechnologien](#)» gegründet, die allerdings in der Industrie nicht auf ungeteilte Begeisterung gestossen ist. So [sagte](#) der Konzernchef der Halbleiter-Firma STMicroelectronics, sein Unternehmen mache bei der Allianz nicht mit, da man kein Interesse an der Herstellung von Chips mit kleinsten Strukturen habe. Und selbstverständlich fehlte auch der obligate Ruf nach Steuergeld nicht. Breton verwies in seinem Blog auf die Möglichkeit, die eigentlich strengen EU-Regeln zur staatlichen Subventionierung von einzelnen Unternehmen mit der Einrichtung eines wichtigen Projekts von gemeinsamem europäischem Interesse (Important Project of Common European Interest, IPCEI) zu umgehen.

Ein solches wurde [2018](#), noch vor Bretons Zeit, für 32 Firmen aus vier EU-Mitgliedstaaten (Frankreich, Deutschland, Italien und Österreich) und aus Grossbritannien bewilligt. Doch Breton will noch mehr. «Ich bin der Meinung, dass wir die Einrichtung eines speziellen europäischen Halbleiterfonds prüfen sollten», [schrieb er](#). In einer «[Chips Act](#)» sprach sich die Kommission im Februar für die Mobilisierung von 43 Milliarden Euro an öffentlichen und privaten Investitionen aus, um bis 2030 den Marktanteil der EU im Halbleitermarkt von 10 auf 20 Prozent zu verdoppeln. Selbstverständlich sagen Unternehmen selten Nein, wenn die öffentliche Hand ihnen einen Teil ihrer Kosten abnehmen will. Breton argumentiert dabei gerne damit, dass dies schliesslich andere Länder wie die USA, China und Südkorea auch täten.

Was die Chips angeht, hat vor allem der US-Konzern Intel [Interesse an viel staatlicher Unterstützung angemeldet](#). Dessen Chef Pat Gelsinger will bis zu 80 Milliarden Euro in der EU investieren, davon 17 Milliarden Euro in zwei Halbleiterfabriken im ostdeutschen Magdeburg. Wie viel die deutschen Steuerzahler dazu beisteuern müssen, ist unklar, die Rede ist von einem Volumen «im Milliardenbereich». Intel möchte auch dank diesen Summen [wieder zur Spitze der Industrie aufschliessen](#).

Bretons Champion in Nöten

Kommissar Breton engagiert sich aber nicht nur für Chips. Der Franzose will in Europa [mehr Kapazitäten für Wasserstoff](#), Batterien, Raketen, Satelliten und Rohwaren. Mit dem Krieg in der Ukraine sind auch tragbare Luftverteidigungssysteme (Manpad) dazugekommen. Und weil das alles viel kostet, hat er die Idee eines [Souveränitätsfonds](#) («European Sovereignty Fund») lanciert. Dieser müsse mit Haushaltsmitteln ausgestattet werden und solle eine «direkte, schnelle und flexible Budgethilfe» ermöglichen für Projekte in «jedem Sektor unseres Industriespektrums», so Breton. Grundsätzlich sind die Herausforderungen, welche Breton identifiziert, in der Tat Herausforderungen für die Industrie in Europa.

Wasserstoff ist aus heutiger Sicht in gewissen Bereichen ein Ersatz für fossile Energieträger. Und Batterien sind aller Wahrscheinlichkeit nach entscheidend für den Ausgleich von Produktionsschwankungen bei Sonne und Wind.

Trotzdem legt Breton seine Rolle falsch aus und verstärkt damit einen ungunstigen Trend innerhalb der EU-Kommission.

Es ist nicht die Aufgabe des Franzosen, konkrete Technologien zu fördern und mit Steuergeldern auf spezifische Lösungen für grundsätzlich richtig identifizierte Probleme zu wetten. Das sollen Unternehmen und private Investoren tun.

Gerade für derartige, von breiten Kreisen geteilte Lösungsansätze müsste es Unternehmen geben, die ihre Chance wahrnehmen. Und wer von ihnen auf die richtige Technologie setzt, wird in der Zukunft mit Gewinnen belohnt. Wer sich verschätzt, fährt Verluste ein. Die Marktwirtschaft ist ein hilfreiches Entdeckungsverfahren, und es ist darin auch EU-Beamten überlegen.

Das bestätigt ein Blick in die Vita von Kommissar Breton. Vor seinem Wechsel nach Brüssel war er über ein Jahrzehnt beim IT-Konzern Atos als Verwaltungsratspräsident und Konzernchef tätig. Dort gelang es ihm zwar, den Aktienkurs deutlich zu steigern. Doch die Firma ist kurz nach seinem Abgang in die Bredouille geraten, [eine Aufspaltung droht](#).

Die französische Zeitung [«Le Monde»](#) schrieb: «Der von Herrn Breton geschaffene Champion hat sich als fragiles Kartenhaus entpuppt.» Und beim Finanzmedium [«L'Agefi»](#) hiess es über Breton: «Durch eine Vielzahl von Übernahmen verschleierte er die unterdurchschnittliche operative Leistung des Konzerns, das interne Innovationsdefizit und den Niedergang traditioneller Geschäftsbereiche wie Outsourcing.»

Das Umfeld Bretons liess gegenüber dem «Monde» verlauten, man könne ihn nicht für die Ergebnisse von Atos nach seinem Ausscheiden verantwortlich machen. Das stimmt. Wer unternehmerische Risiken eingeht, kann immer scheitern. Aber der Zerfall von Atos deutet sicherlich darauf hin, dass auch Breton in der Beurteilung der Zukunft nicht immer richtig liegt.

Wirtschaftsverbände kritisieren Untätigkeit der Kommission

Deshalb wäre es sinnvoll, wenn er und die Kommission wieder stärker «unbekannte» Innovationen fördern würden. Damit gemeint sind Erfindungen und Fortschritte, an die derzeit in Brüssel noch kein Mensch denkt, die sich erst in den Köpfen von Tüflern befinden.

Um diesen Ideen zum Durchbruch zu verhelfen, sind die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass Erfindergeist und Unternehmertum möglichst freie Bahn haben. Brüssel sollte den Binnenmarkt so optimieren, dass Innovationen schnell zu ihrer Chance auf dem mit 450 Millionen Kunden äusserst attraktiven Markt kommen.

Und da gäbe es noch einige Defizite auszumerzen, glaubt man Unternehmensvertretern. Wo der Schuh drückt, weiss die Kommission längst. Sie hat 2020 selbst die 13 am häufigsten gemeldeten Hindernisse für den Binnenmarkt [aufgelistet](#).

Dazu zählen zu komplexe Verwaltungsverfahren beim grenzüberschreitenden Verkauf von Waren und Dienstleistungen, ungleicher Zugang zu öffentlichen Aufträgen, Probleme beim Inkasso und Schwierigkeiten bei der Registrierung einer Geschäftstätigkeit in anderen Mitgliedstaaten.

Im Sommer kritisierten europäische Wirtschaftsverbände in einer [Stellungnahme](#) die «mangelnde Initiative» der EU, den Binnenmarkt zu vertiefen. Dieser sei keine echte Freihandelszone mehr. Ferner liesse die Kommission zu, dass Mitgliedstaaten nationale Anforderungen einführen, die eine Fragmentierung des Marktes zur Folge hätten. Firmen, die in andere EU-Länder expandieren wollten, würden durch viele technische Restriktionen in ihrer Innovationskraft behindert. Breton sollte mehr tun gegen solche Hürden im Binnenmarkt. Es würde sich lohnen. Die Kommission schätzte 2020 in einer von Breton vorgestellten [Industrie-Strategie](#), dass sich der entsprechende Nutzen bis Ende des Jahrzehnts auf 713 Milliarden Euro belaufen würde. Mit einer derartigen Entlastung trüge der Franzose mehr zum Gedeihen des EU-Binnenmarktes bei als mit irgendwelchen Fonds. Mit dieser Knochenarbeit könnte er sich ein Denkmal setzen als echter Förderer von Innovationen.

10 octobre (NZZ)

<https://www.nzz.ch/meinung/wider-den-pseudo-realismus-im-ukraine-krieg-ld.1705938>

GASTKOMMENTAR

Wider den Pseudorealismus – in der Analyse von Russlands Krieg gegen die Ukraine fehlt es in Westeuropa an sicherheitspolitischer Tiefenperspektive

Der diskursive Rahmen von «Empathie contra Sicherheit» gibt der westlichen Debatte über Wege zur Eindämmung des aggressiven russischen Imperialismus etwas Borniertes. **Was in der Ukraine auf dem Spiel steht, ist viel grösser: die Ordnung und Sicherheit der Welt.**

Andreas Umland

09.10.2022, 05.30 Uhr



Bombenkrater in Dnipro. Bei einem nächtlichen russischen Raketenangriff auf ein Wohnhaus wurden zwei Erwachsene sowie ein achtjähriger Knabe und ein neunjähriges Mädchen getötet.

Die westliche Unterstützung für die Selbstverteidigung der Ukraine gegen die russische Aggression war in den letzten Monaten zwar relevant, aber unzureichend. Sowohl die militärische Hilfe für die Ukraine als auch die Sanktionen gegen Russland bleiben in ihrer Dimension und Wirkung beschränkt. Infolgedessen geht Moskaus Terrorkrieg in der Ukraine unvermindert weiter. Die

russische Wirtschaft hat zwar zunehmend Probleme, aber sie funktioniert bis jetzt weiter. Der russische Staatsapparat und die politische Elite zeigen sich wenig beeindruckt.

Einer der Gründe dafür, warum es dem Westen nicht gelungen ist, mehr militärische Unterstützung für die Ukraine zu mobilisieren, ist eine Fehleinschätzung der geostrategischen Bedeutung des russisch-ukrainischen Krieges in der westeuropäischen Öffentlichkeit. Bis anhin wird der Krieg von vielen Beobachtern eher als eine ost- denn als eine gesamteuropäische Sicherheitsherausforderung wahrgenommen. Die Sympathie mit den Ukrainern und die Ablehnung des russischen Angriffs sind freilich nicht nur in den Ländern Ostmitteleuropas gross. Auch die westeuropäische Öffentlichkeit hat überraschend hohes Interesse und grosses Mitgefühl für die Ukraine entwickelt.

Empathie contra Sicherheit

Für die meisten Westeuropäer gilt jedoch: Was in der Ukraine geschieht, ist Sache der Ukraine. Der Krieg mag sich in dieser oder jener Hinsicht zwar auch auf Menschen im Westen auswirken. Für den Winter steht eine Energiekrise ins Haus. Für viele sind Inflationseffekte spürbar; Angst vor weiteren Wohlstandsverlusten greift um sich. Doch führt eine solche prinzipielle Anerkennung transeuropäischer Rückwirkungen von Moskaus Aggression bis dato nicht zu effektiverer Hilfe für die Ukraine und resoluteren Sanktionen gegen Russland.

Die Fortsetzung des Handels mit Russland und die nur halbherzige Unterstützung der Ukraine signalisieren den Schwächeren der Welt, dass im Ernstfall die Macht des Stärkeren zählt.

Vielmehr behindert der diskursive Rahmen «Empathie contra Sicherheit» europäische und nationale Debatten über Wege zur Eindämmung des aggressiven russischen Imperialismus. Ein scheinbar emotionaler Drang nach internationaler Solidarität wird einer vermeintlich rationalen Berücksichtigung nationaler Interessen gegenübergestellt. Scheinrealistische Argumente über eine «kluge» westliche Strategie schwächen vermeintlich idealistische Forderungen nach mehr Parteinahme für die Ukraine. Der Kern vieler westlicher Überlegungen zum Krieg ist nach wie vor dieser: «Natürlich unterstützen wir die Ukrainer in ihrem Kampf für Freiheit und Unabhängigkeit. Aber letztlich ist alle Politik lokal. Wir haben zwar Mitgefühl angesichts des Leids der Ukrainer, aber es ist am Ende nicht unser Leid.»

Das Ziehen von Trennlinien zwischen der ukrainischen Landesverteidigung und westlicher Sicherheit gilt als realistisch und vorsichtig. Tatsächlich offenbart dieser Ansatz jedoch eher eine eskapistische denn eine pragmatische Weltsicht. Die strategische Naivität des westlichen Pseudorealismus untergräbt nicht nur die normativen Grundlagen, auf denen der innenpolitische Konsens und die internationale Zusammenarbeit westlicher Staaten beruhen. Sie stellt auch die geografische Realität und die geopolitische Rolle der Ukraine für Europa und die Welt irreführend dar. Denn das Schicksal des ukrainischen Staates und seiner Bürger hat weitreichende Auswirkungen auf den europäischen Kontinent und das internationale Staatensystem.

Die weltweite Ordnung wird desto stärker bedroht, je länger Russland die Untergrabung ukrainischer Staatlichkeit fortsetzt. Auch national besorgte «Realisten» erkennen an, dass dies eine bedauerliche Entwertung des Völkerrechts im Allgemeinen und der europäischen Sicherheitsordnung im Besonderen darstellt. Dennoch werden solche negativen Auswirkungen oft als hinzunehmende Kollateralschäden einer teilweisen Beschwichtigung Russlands angesehen. Eine überregionale Eskalation russisch-westlicher Spannungen, so die scheinpragmatische Kalkulation, wäre weitaus schlimmer.

Die Apokalypse vermeiden

Das Schreckgespenst eines Atomkriegs ist ein gängiges Totschlagargument in öffentlichen Debatten zur europäischen Ostpolitik. Um eine Apokalypse zu vermeiden, so die typische Argumentation, sei letztlich jeder Preis gerechtfertigt. Der Schaden, den ein russischer Erfolg in der Ukraine dem internationalen System zufügen würde, wäre zwar bedauerlich. Dennoch sei er der Alternative einer fortgesetzten militärischen Konfrontation und dem Risiko einer nuklearen Eskalation vorzuziehen – so die Logik westlicher Scheinrealisten. Dabei kommt den derart Friedensbewegten zupass, dass eine andere Nation als die eigene die notwendigen Opfer erbringen muss, um den Kreml zu besänftigen. Die Ukrainer werden mit begrenzter westlicher Unterstützung auskommen müssen und dazu die Hauptlast der Kriegsfolgen zu tragen haben.

Dieser vorgeblich an nationalen Sicherheitsinteressen orientierte, «realistische» Ansatz ist nicht nur zynisch, sondern auch inkonsistent. So widerspricht es einem konsequenten Realismus zu behaupten, dass der Aufbau von Gegenallianzen und bewaffneter Abschreckung gegenüber Russland nicht funktioniere. Unabhängig davon, welche militärische Unterstützung die Ukraine erhalten kann und welche westlichen Sanktionen gegen Russland verhängt werden, so die Annahme der Befriedungsanwälte, sei Moskau stets zu weiterer Eskalation fähig. Die Russen seien bereit, selbst hochgradig selbstzerstörerische Schäden für ihre Wirtschaft, ihre Armee und ihre Gesellschaft in Kauf zu nehmen, ja letztlich die Existenz des eigenen Staates zu riskieren. Doch wenn sich die Russen tatsächlich derart «unrealistisch» verhalten: Wozu soll Realismus dann noch gut sein?

In vielen scheinrealistischen Überlegungen bleibt nicht nur unklar, welche Nachteile Kiew zur Befriedung Moskaus auferlegt werden können und welche nicht. Es mangelt auch an Aufmerksamkeit für die hohen sekundären Risiken und Kosten der russischen Untergrabung ukrainischer Souveränität für Drittländer. Diese Unwägbarkeiten bleiben in den öffentlichen Debatten über den Krieg entweder unerwähnt oder werden nur am Rande diskutiert. So sie denn zur Sprache kommen, werden sie manchmal als vernachlässigbar abgetan.

Untergrabung des Atomwaffensperrvertrags

Der Aggressionskrieg Russlands gegen die Ukraine und die bisher zögerlichen Gegenmassnahmen des Westens werfen eine Reihe sicherheitspolitischer Grundsatzfragen für ganz Europa, ja die ganze Welt, auf. Vor allem verletzen der russische Angriff und die nur verhaltene oder gar ausbleibende Reaktion der Mitglieder des Uno-Sicherheitsrats und der Uno-Generalversammlung die Logik des internationalen Regimes zur Verhinderung der Verbreitung von Nuklearwaffen. Der Krieg hat vor achteinhalb Jahren mit der Annexion der Krim begonnen und verläuft massgeblich so, wie er verläuft, weil Russland über zahlreiche Massenvernichtungswaffen verfügt, die Ukraine aber über keinerlei solche Abschreckungsinstrumente.

Schlimmer noch: Moskau geniesst nicht nur den nuklearen Vorteil. Russland ist es durch ein bei den Vereinten Nationen registriertes multilaterales Abkommen auch ausdrücklich gestattet, sein grosses Kernwaffenarsenal zu besitzen. Der Atomwaffensperrvertrag von 1968 erlaubt fünf Ländern der Welt, darunter Russland als Rechtsnachfolger der UdSSR, den Bau und Besitz von Nuklearsprengköpfen. Allen anderen der insgesamt 191 Unterzeichnerstaaten des Nichtverbreitungsvertrags (NVV), darunter auch die Ukraine, ist es ausdrücklich verboten, Atomwaffen zu entwickeln und zu erwerben.

Der russisch-ukrainische Krieg ist umso absurder, als die Ukraine einst über ein beträchtliches Kernwaffenarsenal verfügte, das sie von der UdSSR geerbt hatte. Kiew beschloss jedoch Anfang der neunziger Jahre gemeinsam mit Minsk und Almaty, nicht nur die meisten seiner Atombomben und Atomraketen, sondern alle sowjetischen Kernsprengköpfe und das gesamte waffenfähige Nuklearmaterial in seinem Besitz aufzugeben. Die Ukraine, Weissrussland und Kasachstan unterzeichneten den Atomwaffensperrvertrag als sogenannte Nichtkernwaffenstaaten.

Die unentschlossene Hilfe für die Ukraine und die verspäteten Sanktionen gegen Russland durch angeblich friedliebende Staaten wie Deutschland, Österreich oder die Niederlande widersprechen der pazifistischen Motivation, durch die sich solches Verhalten legitimiert. Die in Westeuropa verbreitete Zurückhaltung bei der Unterstützung Kiews verstärkt die destruktiven Auswirkungen der russischen Ukraine-Offensive in Bezug auf die Glaubwürdigkeit des internationalen Sicherheitssystems. Die widersprüchlichen Signale, die nicht nur von Russland, sondern auch von anderen offiziellen Atomwaffenstaaten, zumal von China, ausgehen, sowie die Ambivalenz von Dutzenden nichtnuklearen NVV-Unterzeichnerstaaten bergen Risiken für die zukünftige Akzeptanz des Nichtverbreitungsregimes.

Die Fortsetzung des Handels mit Russland und die nur halbherzige Unterstützung für die Ukraine signalisieren den schwächeren Ländern der Welt, dass im Ernstfall die Macht des Stärkeren zählt. Die Schlussfolgerung, die etliche Nationen ohne nuklearen Schutzschirm aus dieser Situation ziehen, dürfte damit lauten: «Wir können uns weder auf das Völkerrecht und die internationale Gemeinschaft im Allgemeinen noch auf die Logik des NVV und seiner Gründer im Besonderen verlassen. Deshalb brauchen wir selbst die Bombe.»

Missbrauch der Uno

Darüber hinaus birgt der russische Angriffskrieg weitere gesamteuropäische und teilweise globale Risiken. Internationale Versorgungsketten für Lebensmittel, Energie sowie andere Güter und Ressourcen werden unterbrochen. Neben dem Atomwaffensperrvertrag werden andere internationale Vereinbarungen sowie verschiedene Organisationen ausgehöhlt. Die Integrität nicht nur diverser regionaler Sicherheitsregime, wie der OSZE, wird infrage gestellt. Auch die Uno und ihre verschiedenen Organe sowie Unterorganisationen geraten unter Druck. Insbesondere der Sicherheitsrat und das Vetorecht seiner ständigen Mitglieder, zu denen auch Russland gehört, erscheinen immer kritikwürdiger. Funktionsweisen des Uno-Systems und anderer internationaler Organisationen werden von einem ihrer offiziellen Garanten unverblümt für expansionistische Zwecke instrumentalisiert.

Grundlegende Zweifel an der Zweckmäßigkeit der heutigen Weltordnung wachsen nicht nur bei den tapfer kämpfenden Ukrainern. Auch anderen Leuten, die sich um die Grenzen, die Souveränität und die Integrität ihrer Vaterländer sorgen oder/und sich von Russland beziehungsweise anderen revanchistischen Ländern bedroht fühlen, kommen tiefe Zweifel an der gegenwärtigen internationalen Ordnung. Aktivisten, Politiker, Experten und Journalisten nicht nur in der Ukraine haben begonnen, die Eignung des Uno-Systems zur Wahrung von Stabilität, Gerechtigkeit und Frieden zu hinterfragen.

Es sollte sowohl der westlichen als auch der russischen Öffentlichkeit noch stärker bewusst werden, dass nur ein vollständiger Rückzug Moskaus aus der Ukraine eine zufriedenstellende Lösung der Krise und eine akzeptable Begrenzung ihrer destruktiven internationalen Auswirkungen darstellen kann. Ergebnis eines solchen diskursiven Wandels in den Partnerländern

der Ukraine sollte eine noch breitere und noch entschlossener Koalition williger Staaten sein. Dies wiederum kann bedeuten, dass Moskau ausreichenden Druck verspürt, sein Verhalten gegenüber der Ukraine grundlegend zu ändern und sich in künftigen Friedensverhandlungen mit Kiew konstruktiv zu verhalten.

Andreas Umland ist Analyst am Stockholmer Zentrum für Osteuropastudien (SCEEUS) des Schwedischen Instituts für internationale Beziehungen (UI).

10 octobre (Le Figaro)

<https://www.lefigaro.fr/culture/mort-du-sociologue-bruno-latour-figure-de-la-pensee-ecologiste-20221009>

Mort du sociologue Bruno Latour, maître à penser de l'écologie politique

Par [Ronan Planchon](#)

Publié hier à 12:15, mis à jour hier à 19:31



Bruno Latour était un intellectuel inclassable, soucieux de l'enquête de terrain. Il a été l'une des figures de la pensée écologiste. *JOEL SAGET / AFP*

DISPARITION - Celui que le *New York Times* surnommait «le philosophe le plus célèbre de France» s'est éteint à 75 ans.

Sur les campus américains, il est de ceux à qui on se réfère pour défendre son point de vue. **Bruno Latour**, décédé ce dimanche à l'âge de 75 ans, était **la rock star française** des chercheurs en «sciences studies», dont les Anglo-Saxons raffolent. Au point de recevoir en 2013 le prix Holberg, la plus haute distinction dans le domaine des sciences humaines, et d'être érigé en 2018 par le *New York Times* comme le «*philosophe français le plus célèbre et le plus incompris* » de son temps.

Si Emmanuel Macron a tenu à rendre hommage à ce «*penseur de l'écologie, de la modernité ou de la religion, (...) un esprit humaniste et pluriel, reconnu dans le monde entier avant de l'être en France* », c'est pourtant parce que la célébrité du sociologue, anthropologue et philosophe a peiné à s'étendre jusqu'à nos frontières. Longtemps reconnu par le seul microcosme des universitaires, il signe un premier ouvrage, *La Vie de laboratoire*, publié en 1979, dans lequel l'anthropologue des temps modernes, **exilé aux États-Unis**, décrit le fonctionnement d'un laboratoire californien en utilisant les méthodes ethnographiques, **avant de s'intéresser plus généralement à la façon dont la société produit des valeurs et des vérités.**

En 2017, Bruno Latour se hisse au rang de **maître à penser de la gauche écologiste** avec son livre manuel du siècle à venir *Où atterrir ? Comment s'orienter en politique* (La Découverte). Un texte dans la lignée de son précédent ouvrage, *Face à Gaïa. Huit conférences sur le nouveau régime climatique* (2015). «**Le XIX^e siècle a été l'âge de la question sociale; le XXI^e siècle est l'âge de la nouvelle question géosociale** », **écrivait-il.** Pour l'auteur, pilier de Sciences Po, le chaos de notre monde contemporain peut se comprendre en considérant qu'il forme un ensemble rationnel, où tout serait lié : le changement climatique, les vagues de migrations, la dérégulation des marchés financiers.

Péguy

Ses réflexions écologistes lui vaudront d'être décoré en 2018 par le ministre de l'Environnement de l'époque, un certain Nicolas Hulot, et inspireront quelques années plus tard, de façon plus ou moins consciente, une nouvelle génération de chercheurs, d'artistes ou d'activistes qui ne l'ont parfois ni compris ni lu. Des **militants** que l'on retrouve dans les «marches pour le climat» et autres mouvements de désobéissance civile, à l'image d'Extinction Rebellion. Les figures de proue des Verts n'ont d'ailleurs pas manqué de le saluer. «*La France, le monde et l'écologie perdent un immense intellectuel. Nous perdons un compagnon d'une extraordinaire humanité. (...) Le dernier combat de Bruno fut dédié à poser les fondations d'une classe écologiste capable de transformer la société. Ce combat doit plus que jamais rester le nôtre*», a notamment tweeté le député européen EELV Yannick Jadot.

Où le sociologue, **traduit en plus de trente langues** et également auteur de deux pièces de théâtre et commissaire d'expositions, a-t-il puisé cet attrait pour le lien qui unit l'homme à la terre ? Sans doute dans les livres de **Charles Péguy**. En 1973, le tout **jeune agrégé de philosophie (reçu premier en 1972 au concours)**, consacrait une intervention aux «raisons profondes du style répétitif de Péguy» à l'occasion d'un colloque organisé pour le centenaire de l'écrivain.

En 2021, la crise sanitaire et les vies recluses dans nos maisons et nos appartements lui inspirent de nombreuses réflexions, publiées dans son dernier livre, *Où suis-je ? Leçons du confinement à l'usage des terrestres* (La Découverte). L'occasion pour lui de faire le tour des médias pour livrer son analyse sur cette période si particulière, et la façon dont elle allait, selon lui, bousculer notre monde à jamais. «*En bouleversant nos préoccupations premières, le Covid-19 nous apprend à redevenir "terrestres"*», expliquait-il au micro de France Culture, estimant alors que «*notre équipement mental, affectif, idéologique d'avant, disparaît*». Il plaide pour repenser l'endroit où nous habitons, les interactions qui s'y déploient et les interdépendances à l'œuvre. **Pour modifier en profondeur nos modes de vie, en somme.**

Ultime avatar de ce destin singulier : **Bruno Latour décroche le prix de Kyoto la même année, décerné aux personnes ayant contribué de manière significative à l'amélioration scientifique, culturelle et spirituelle de l'humanité**, pour «*son œuvre qui a permis de réexaminer radicalement la modernité en développant une philosophie axée sur les interactions entre la technoscience et la structure sociale*», dicit la Fondation Inamori. Ce dimanche, la vie intellectuelle a inéluctablement perdu une figure influente. **Et la gauche écologiste, sa boussole.**

10 octobre (Le Figaro)

<https://www.lefigaro.fr/vox/monde/sonia-mabrouk-les-iraniennes-nous-donnent-une-sacree-lecon-de-liberte-20221009>

Sonia Mabrouk: «Les Iraniennes nous donnent une sacrée leçon de liberté»

Par Sonia Mabrouk

Publié hier à 19:58, mis à jour hier à 19:58



Sonia Mabrouk. *Fabien Clairefond*

TRIBUNE - La révolte des femmes en Iran, qui plaident pour davantage de libertés individuelles, ne peut se réduire à une opposition binaire entre islam et modernité, argumente la journaliste et essayiste.

*Journaliste à Europe 1 et CNews, Sonia Mabrouk a notamment publié «**Insoumission française. Décoloniaux, écologistes radicaux, islamo-compatibles: les véritables menaces**» (Éditions de L'Observatoire, 2021, 126 p., 16 €).*

«Ça m'est égal d'être tué en guerre. De ce que j'ai aimé, que restera-t-il?» Cette question posée par Antoine de Saint-Exupéry dans sa lettre au général X le 30 juillet 1944, résonne dans le cœur des Iraniennes depuis [la mort de Mahsa Amini](#) le 16 septembre dernier. Ça leur est égal à toutes ces femmes d'être arrêtées, voire pire, la question primordiale à leurs yeux consiste à se demander: de ce qu'elles ont aimé, que restera-t-il?

Tout comme Saint-Exupéry qui s'interroge sur la survivance des coutumes, la permanence des intonations irremplaçables et le souvenir d'une certaine lumière spirituelle, **les Iraniennes qui se révoltent contre le régime théocratique des mollahs tentent de préserver les vestiges d'une civilisation presque entièrement engloutie par les fanatiques. Cette civilisation a pour objectif de conjuguer la conscience islamique avec la conscience moderne.** On retrouve d'ailleurs les fondements de cette civilisation perdue dans le slogan qu'elles scandent courageusement dans les rues: **«Femmes, vie, liberté»**. Ces trois mots résument à eux seuls **le sujet majeur qui hante un grand nombre d'intellectuels à travers les temps, à savoir le décalage entre les sociétés musulmanes et l'évolution du monde.**

Le poète **Adonis**, le théologien **Nasr Hamid Abu Zayd**, le philosophe **Hassan Hanafi** ou encore les penseurs de la Nahda («Renaissance») ont tous tenté d'analyser cette distorsion entre des archaïsmes persistants et la marche du monde vers plus de libertés individuelles. Une telle réflexion est **fondamentale pour comprendre, au-delà des interprétations du Coran, quels sont les blocages qui ont figé la majorité des sociétés musulmanes dans un modèle grossièrement passéiste et profondément rétrograde.**

Même si les Iraniennes, en scandant « Femmes, vie, liberté », aspirent à une valeur puissamment universelle qu'est la liberté de décider pour elles-mêmes, cette valeur ne résonne pourtant pas de la même manière dans la psyché des peuples musulmans et dans celui des peuples occidentaux. **La différence réside dans le rapport au sacré et au mystère**

Toutefois, il me semble réducteur de mener aujourd'hui ce travail **en opposant de manière pavlovienne islam et modernité** comme s'il s'agissait de deux blocs parfaitement définis et délimités. En **essentialisant** ces deux entités, nous faisons en réalité fausse route et nous n'appréhendons pas à sa juste mesure la révolte des Iraniennes qui, je le précise, se mène avec de nombreux hommes à leurs côtés comme en témoignent [les récentes manifestations](#). À trop vouloir regarder ce qui se passe en Iran avec nos lunettes d'Occidentaux, nous occultons la spécificité de ce combat pour la liberté.

Dans nos sociétés occidentales de plus en plus désacralisées, l'invisible n'est plus en odeur de sainteté. Souvent moqué, caricaturé et ringardisé, **le sacré est bouté hors de nos vies de sorte que l'homme dit moderne, privé de transcendance, se retrouve sans possibilité d'assister au surgissement du sacré.** Cet homme désincarné, déraciné, châtré de son besoin de spiritualité, se retrouve au final tout nu. Dans *Variété II*, au chapitre «Petite lettre sur les mythes», Paul Valéry écrit: «*Les anciens hommes, les hommes antiques mettaient leur philosophie à peupler l'univers aussi ardemment que nous mêmes plus tard la nôtre à le vider de toute vie.*»

Tandis qu'en Occident, nous sommes en train de vider l'univers de toute référence à ce qui éclaire l'âme, en Orient, au contraire, il subsiste encore et toujours un attachement aux figures de l'ancien permettant aux peuples de rester perméables à l'invisible, au mystère et au sublime. **Cette différence fondamentale du rapport au sacré explique en grande partie le fait que nous n'appréhendons pas la liberté de la même manière.** Si en Occident, c'est la liberté en elle-même qui est sacrée, en Orient, la liberté s'inscrit dans un cadre de pensée sacré. Autrement dit, la liberté ne se pense pas en dehors du sacré.

Si les Iraniennes comme d'autres femmes dans le monde arabe - par exemple les Tunisiennes - se battent pour la liberté, elles le font en ayant conscience des liens invisibles entre les hommes. **Elles le font en ayant bien présent dans leur imaginaire collectif la nécessité de conjuguer cette quête de liberté avec le désir ardent de préserver ce qui fait la pérennité des civilisations, à savoir la présence de sacré dans la société.** Tout être a besoin de fonder sa vie sur quelque chose qui le dépasse, une force, un sens, un élan vers une recherche d'absolu. Au-delà de la liberté, il existe encore **pour ces populations, un besoin de s'arrimer à la riche floraison de la sacralité bien au-delà de la religion.** Bien sûr, le sacré est souvent religieux en terre d'islam, mais il serait faux de ne pas aussi voir l'existence d'un sacré en dehors du religieux.

En Orient, l'homme libre n'est pas un homme nouveau au sens où nous l'entendons en Occident, à savoir un être délesté de toute référence au passé et au sacré, une sorte de «fonctionnaire universel» comme l'a dénoncé Saint-Exupéry, mais au contraire, dans la conscience de ces peuples du Sud, l'homme libre est avant tout un être qui sait conjuguer liberté et sacré. Et ce n'est sûrement pas en se filmant en train de nous couper une petite mèche de cheveux en solidarité avec ces femmes que nous commencerons à comprendre les fondements de cette quête de liberté qui les tenaille depuis si longtemps. **Nous pensons à tort avoir le monopole de la liberté alors que nous n'en avons en réalité que l'illusion.** Dans notre monde occidental sans possibilité d'élévation, on saute sur notre chaise comme un cabri en disant «*Liberté! Liberté! Liberté!*», mais à quoi rime la liberté sans fragments de sacré? À quoi bon être libres si nous ne sommes plus en mesure d'avoir une vie de l'esprit? **Comment peut-on encore donner des leçons au monde entier si nous ne sommes plus capables de nous rassembler qu'autour de simulacres de sacralité et d'absoluité?**

La question qui se pose alors est-elle de savoir si nous sommes vraiment libres? Je pense qu'il serait totalement indécent de prétendre ici le contraire eu égard à la situation de tant de peuples qui

se battent simplement pour avoir le droit de poser cette question. **Oui, nous sommes libres. À partir de là, il s'agit de savoir ce que nous faisons de cette liberté.** Nous sommes libres d'avancer, mais nous ne savons pas quel chemin emprunter. Nous sommes libres de penser, mais nous ne savons plus jusqu'où le faire tant nous craignons de sortir du cadre autorisé. Nous sommes libres d'aimer mais savons-nous au moins, de ce que nous aurons aimé, ce qu'il restera?

Les Iraniennes qui sont privées de toutes ces libertés détiennent, quant à elles, la réponse à ces interrogations. Parce qu'elles font partie de ces peuples qui n'ont pas tourné le dos au sacré contrairement à l'Occident. Parce qu'elles ont compris que **l'absence de valeurs transcendantes conduit à la décadence.** Parce qu'elles incarnent ces consciences qui savent instinctivement que **la grandeur d'une civilisation ne réside pas dans la liberté absolue** - qui va jusqu'à proclamer par une partie de la gauche en France que le voile est une liberté - , mais qu'elle réside dans la ferveur avec laquelle le sacré habite le cœur et l'esprit. Parce qu'elles ne se perçoivent pas comme un objet soumis au seul désir de l'homme et donc répudiable à merci, mais comme un être volontairement soumis à l'allégeance de l'absolu. Parce qu'elles ont l'intime conviction que le cosmos n'est pas qu'un ensemble mesurable. Parce qu'elles rejettent une vision uniquement technicienne du monde. Parce qu'elles détiennent les armes pour vaincre la fugacité des choses. **Parce qu'elles savent comment construire l'Arche de Noé qui leur permettra d'échapper à un monde désacralisé.** Pour toutes ces raisons et bien plus encore, ces femmes sont en train de nous donner une leçon de liberté.

Une sacrée leçon de liberté.

9 octobre (Le Monde)

https://www.lemonde.fr/politique/article/2022/10/09/crise-energetique-emmanuel-macron-prolonge-le-quoi-qu-il-en-coute_6145028_823448.html

Crise énergétique : Emmanuel Macron prolonge le « quoi qu'il en coûte »

Le soutien financier massif de l'Etat pour compenser la flambée des prix de l'énergie évite au président de la République d'avoir à assumer les risques politiques et sociaux d'un retour à l'orthodoxie qui semblait inévitable, à l'issue de la crise du Covid-19.

Par [Elsa Conesa](#)

Publié aujourd'hui à 05h00, mis à jour à 09h12

C'était il y a un peu plus d'un an, à la fin de l'été 2021. Les assauts du Covid-19 semblaient vouloir s'espacer et la campagne électorale démarrait doucement. A l'évidence, après dix-huit mois de soutien ininterrompu aux ménages et aux entreprises, les questions de finances publiques allaient revenir sur le devant de la scène.

Face aux 150 milliards d'euros mobilisés par les pouvoirs publics, et avec un déficit budgétaire supérieur à 9 % du produit intérieur brut (PIB) du pays, difficile de détourner le regard. La crise de 2008 l'avait montré : **la France pouvait perdre le soutien des marchés financiers à tout moment.** « Le quoi qu'il en coûte, c'est fini », avait d'ailleurs prévenu le ministre de l'économie, [Bruno Le Maire](#), devant les patrons réunis pour l'université d'été du Medef, préparant les esprits à une forme de normalisation budgétaire.

L'inflation est venue bousculer l'agenda

Politiquement aussi, les tenants de la rigueur pensaient que leur heure était venue. Le moment était propice : outre-Manche, face à l'envolée de la dette, le redressement des comptes publics devenait la priorité, Boris Johnson ayant même annoncé des hausses d'impôts pour les entreprises.

En France, l'ancien premier ministre [Edouard Philippe](#) lançait son nouveau parti, Horizons, avec un manifeste clair : *« Remettre de l'ordre dans les comptes. »* Et la droite voyait un boulevard s'ouvrir devant elle, se préparant à attaquer Emmanuel Macron sur sa gestion de l'argent du contribuable, en l'accusant, selon la formule de Valérie Pécresse, de *« cramer la caisse »* à chacune de ses annonces.

En toute logique, la fin du Covid-19 aurait dû déboucher sur une phase de **« consolidation budgétaire »**, comme le disent les experts. Mais l'histoire ne s'est pas passée comme prévu. **L'inflation, provoquée par les déconfinements puis la guerre en Ukraine (???)**, est venue bousculer l'agenda, rendant impossible toute sortie rapide des politiques de soutien à l'économie. L'exécutif dut garder les vannes ouvertes, choisissant de protéger les ménages davantage que partout ailleurs en Europe. Un arbitrage que le projet de budget 2023, dont l'examen démarre en séance publique lundi 10 octobre, à l'Assemblée nationale, vient à nouveau confirmer, avec le maintien d'un bouclier tarifaire qui coûtera 45 milliards d'euros l'an prochain.

Ce faisant, le chef de l'Etat n'eut pas à assumer les risques politiques et sociaux d'un retour à l'orthodoxie qui semblait inévitable. Un scénario qui n'avait rien de réjouissant. *« Une politique d'austérité aurait pu être explosive en sortie de crise sanitaire, avec la mise en lumière des difficultés des travailleurs de la première et deuxième ligne, rappelle Emmanuel Rivière, directeur chez Kantar Public. D'autant que la dégradation des services publics était un thème déjà très présent avant le Covid. »*

Posture plus flatteuse

En somme, comme le résume un proche d'Edouard Philippe, *« Macron a été sauvé par la crise de l'énergie. La sortie du “quoi qu'il en coûte” aurait dû être douloureuse, il n'en sera rien »*.

Face à la flambée des prix, Bercy refuse de parler d'un second « quoi qu'il en coûte ». Mais les sommes mobilisées par les pouvoirs publics atteindront bientôt des ordres de grandeur comparables – soit 150 milliards d'euros environ pour la crise sanitaire en France (hors prêts garantis) sur trois ans, contre près de 100 milliards d'euros pour la crise énergétique en 2022 et 2023, même si l'inflation produit des recettes fiscales en hausse qui font baisser la facture globale. « La sortie n'est pas une sortie », confirme Nicolas Véron, économiste du centre de réflexion européen Bruegel et au Peterson Institute de Washington, qui pointe « l'incapacité de la France à réduire les déficits lorsque le ciel est bleu ».

Politiquement, en revanche, « la crise de l'énergie a positionné Emmanuel Macron en orchestrateur d'une réponse collective », admet Jean Pisani-Ferry, professeur d'économie à Sciences Po et conseiller du président de la République en 2017. Une posture plus flatteuse que celle d'un président serrant la vis de la dépense, alors que toutes les études d'opinion montrent que la dette et le déficit ont quasiment disparu des préoccupations des Français, écrasés par l'inflation.

Porter un discours politique sur les finances publiques, « c'est plus une contrainte qu'une valeur ajoutée dans l'opinion », confirme l'ancien ministre du budget Eric Woerth. *Quand on réduit la dépense, ça ne se voit pas, ou pas bien. Les seuls qui vous en parlent sont ceux qui trouvent que vous en faites trop, ou pas assez. Mais il faut le faire quand même, car c'est dans l'intérêt du pays ».*

Positionnement politique brouillé

Ni franchement keynésien ni tout à fait libéral, le positionnement politique du chef de l'Etat s'en trouve à nouveau brouillé. « La posture orthodoxe du gouvernement lors du débat sur l'annulation de la dette Covid menaçait d'identifier Emmanuel Macron aux thèmes de la droite classique, poursuit Jean Pisani-Ferry. Sa gestion de la crise de l'énergie rend son positionnement beaucoup plus difficile à lire. »

Aurait-il toutefois lancé la France dans une politique de **consolidation budgétaire** à l'automne 2021 si les prix ne s'étaient pas mis à grimper ? Rien n'est moins sûr. « Sans la crise de l'énergie, peut-être qu'Emmanuel Macron aurait surpris avec un grand plan Marshall pour la santé ou l'éducation, imagine Ludovic Subran, chef économiste chez Allianz. **Macron est rooseveltien, ce n'est pas du tout un obsédé des ratios de finances publiques. Il croit à l'investissement de l'Etat.** »

A court terme, protéger les ménages dans la crise permet aussi de rendre les réformes à venir plus acceptables. « **La protection est la condition de la réforme,** poursuit Eric Woerth. **Vous ne faites pas la réforme des retraites avec des Français qui n'ont pas les moyens de se chauffer.** »

Fin août, en annonçant « **la fin de l'abondance, la fin de l'insouciance, la fin des évidences** », M. Macron avait assurément en tête cet « **argent magique** » massivement mobilisé pendant les deux crises successives. La difficulté, c'est que la crise de l'énergie risque de durer. « Le message politique du “quoi qu'il en coûte” face au Covid, c'était l'Etat protecteur dans une crise temporaire, cela fonctionnait parce qu'il y avait un récit, estime Jérôme Batout, économiste et philosophe. C'est beaucoup plus compliqué de donner une justification politique à la dépense face à la crise de l'énergie, car les problèmes sous-jacents sont pérennes. On y sera encore confrontés lorsqu'on votera le budget en 2024, en 2025 et au-delà. »

9 octobre (Contrepoints)

<https://www.contrepoints.org/2022/10/09/440326-energies-ils-ont-tout-faux-mais-ils-persistent>

ÉNERGIE ET MATIÈRES PREMIÈRES

9 octobre 2022

Énergies : ils ont tout faux, mais ils persistent !

Michel Gay

Il est suicidaire de se figer dans des postures irréalistes sur l'énergie. Subir de douloureuses restrictions par manque de clairvoyance débouchera sur de violentes explosions sociales.

Avec la catastrophe énergétique et sociale annoncée, **les fautes des politiques énergétiques menées par nos gouvernants depuis plus d'une vingtaine d'années apparaissent au grand jour. La guerre en Ukraine n'est qu'un révélateur de leur impéritie.**

Un aveuglement coupable

L'erreur stratégique a été d'investir des dizaines de milliards d'euros dans les ruineuses énergies renouvelables intermittentes (EnRI) au détriment nucléaire depuis 20 ans.

De plus, les lois [2011-835](#) et [2017-1839](#) (votées par des Parlements de couleur politique différente) ont banni l'extraction, l'exploitation et l'utilisation des énergies fossiles en France, dont le gaz de schiste, que la France importe à présent aussi des États-Unis.

Le gouvernement et les parlementaires ont oublié le rôle essentiel joué par les hydrocarbures dans le formidable développement du monde moderne grâce à une énergie abondante et bon marché.

Mais au nom du réchauffement climatique anthropique, ils ont voulu mettre la charrue avant les bœufs en développant des moyens de productions bancales (éolien et solaire) pour remplacer trop rapidement, et à tort, un système qui avait fait ses preuves.

Depuis plus de 20 ans le nucléaire doit subir les coups de boutoir de l'écologie politique et de la Commission européenne où les Verts, principalement allemands, semblent faire la loi.

Ainsi, dès 1997, la centrale de Creys-Malville a été arrêtée sur un ordre politique. Elle abritait Superphénix, le premier prototype industriel mis en service en 1986 de la filière des réacteurs à neutrons rapides (RNR) refroidi au sodium.

Depuis le début des années 2000, les (ir)responsables politiques ont refusé de développer de nouveaux réacteurs nucléaires.

En 2019 il a été mis fin au programme Astrid visant à démontrer la possibilité d'un passage au [stade industriel](#) de la nouvelle filière des réacteurs dits « à neutrons rapides » (RNR) au sodium, dont l'intérêt est de consommer 100 fois moins d'uranium naturel et aussi de recycler certains déchets des centrales actuelles.

Uniquement pour de basses raisons électorales afin de cajoler les Verts pendant la campagne pour l'élection présidentielle de 2012, le futur président [François Hollande promet l'arrêt des deux réacteurs nucléaires de la centrale de Fessenheim](#). Mis en service en 1978, ils ont été arrêtés en 2020 en parfait état de fonctionnement.

Par ailleurs, décider de réduire de 75 % à 50 % la production d'électricité nucléaire dans le mix national sort du chapeau politique sans aucune justification ni étude technique, sinon qu'il fallait diversifier les sources d'approvisionnement pour ne pas mettre tous ses œufs dans le même panier. La formule à l'apparence du bon sens paysan, mais elle est simpliste et fautive concernant l'électricité.

Il est en effet idiot et coupable de remplacer des productions pilotables disponibles selon le besoin par des EnRI dont la production aléatoire manquera certainement dans certains cas, notamment les nuits froides et sans vent !

Des pertes de compétences

La construction du réacteur nucléaire EPR de Flamanville lancée en 2007 a pâti de la perte de compétences causée par les tergiversations politiques sur la filière nucléaire en France. La date de mise en service de l'EPR, prévue initialement en 2012, est maintenant annoncée en 2023. Ce réacteur fonctionne pourtant parfaitement bien à pleine puissance (1600 mégawatts) en [Chine depuis décembre 2018](#) et en [Finlande depuis cette année](#).

Les EnRI éoliennes et solaires ont montré partout leurs limites pour remplacer les énergies fossiles et nucléaires dans la production d'électricité. Elles ne sont même pas complémentaires entre elles comme certains voudraient le faire croire. Elles nécessitent d'être adossées à des centrales au gaz réactives pour répondre aux besoins importants pendant les périodes sans vent et sans soleil.

L'Allemagne, pays pourtant longtemps considéré par nos élites politiques comme le modèle à suivre, en fait la douloureuse expérience. Les EnRI ne peuvent pas assurer l'équilibre indispensable du réseau électrique sans l'appui de centrales au gaz ou au charbon qui, pour cette raison, [n'ont pas été fermées en Allemagne](#). De nouvelles centrales au [charbon y ont même été construites](#) !

Une étrange passivité

Nos dirigeants n'ont pas combattu les directives de la Commission européenne lorsqu'elles allaient à l'encontre de nos intérêts et qu'elles favorisaient outrageusement l'Allemagne. L'entreprise EDF, autrefois fleuron technique et économique national, a ainsi été conduite au bord de la faillite sous la pression européenne.

Aujourd'hui, face à une crise énergétique douloureuse, nos dirigeants pétris d'idéologies favorisant à l'extrême les EnRI ne semblent pas comprendre les enjeux, ni voir les solutions sous leurs yeux depuis 20 ans.

Le gouvernement pourrait revenir sur les lois scélérates anti-hydrocarbures précitées, mais cette éventualité est encore exclue. Pourtant, le pétrole et le gaz seront encore nécessaires dans les 50 prochaines années au moins pour les transports, le chauffage, les engrais et notre appareil industriel.

Redémarrer les réacteurs de Fessenheim est, paraît-il, une option encore techniquement possible mais politiquement incorrecte.

Le courage et la volonté manquent pour retourner une opinion publique conditionnée à avoir peur du nucléaire, et pour affronter des écologistes ne proposant qu'un modèle punitif déconnecté des réalités.

Et ils persistent !

De ruineux programmes éoliens continuent à être lancés à marche forcée alors qu'il faudrait au contraire tout arrêter d'urgence.

Au lieu de remettre en question les politiques fondées sur des idéologies déniaient les réalités depuis 20 ans, nos dirigeants semblent tétanisés. Ils ne proposent qu'un ridicule plan de sobriété énergétique et une chasse au gaspillage... que la plupart des Français pratiquent déjà par économie. Ces mesures d'urgence devenues nécessaires aujourd'hui masquent mal les pénuries prévues et donc l'envolée des prix qui en est la conséquence. Elles ne sont pas en mesure de faire face à la crise qui attend les particuliers, les artisans, les industriels et l'ensemble de l'économie.

À l'incapacité d'anticiper les crises (comme celle liée au covid) succède celle d'un monde politique inapte à construire un modèle raisonné pour la transition énergétique. L'approche culpabilisante actuelle cherchant des « coupables symboliques » (aéronautique et notamment les jets privés, voyageurs,...) pour les « punir » au détriment d'une action efficace sur le long terme est dangereuse pour la société car elle échappe à toute rationalité.

Il aurait certes mieux valu anticiper il y a 20 ans, mais maintenant que la crise propice aux remises en question est là, et pour longtemps, il faut agir.

Il s'agit de [favoriser le nucléaire](#), de cesser le développement des EnRI et d'admettre que les hydrocarbures sont incontournables pendant encore au moins 50 ans, malgré la peur du réchauffement climatique, en attendant une arrivée massive d'électricité nucléaire bon marché qui leur succédera partiellement.

Il est suicidaire de se figer dans des postures irréalistes en faveur des EnRI. Subir de douloureuses restrictions par manque de clairvoyance débouchera sur de violentes explosions sociales.

Pourtant, nos gouvernants imprévoyants, aveugles et sourds, persistent dans leur fuite en avant.

9 octobre (Le Point)

https://www.lepoint.fr/politique/edouard-philippe-milite-toujours-pour-la-retraite-a-67-ans-08-10-2022-2492978_20.php

Édouard Philippe milite toujours pour la retraite à 67 ans

L'ancien Premier ministre veut « bouger sur les retraites, bouger beaucoup », notamment sur l'âge légal, a-t-il confié au « Parisien ».

Par [Le Point.fr](https://www.lepoint.fr)



Édouard Philippe milite toujours pour un report de l'âge légal de départ à la retraite à 67 ans. © XOSE BOUZAS / Hans Lucas / Hans Lucas via AFP

Publié le 08/10/2022 à 19h24

La réforme des retraites encore au cœur des discussions dans la sphère politique. Cette fois, c'est l'ancien Premier ministre, Édouard Philippe, qui en parle, dans les colonnes du *Parisien*. Le maire du Havre est clair : pour lui, il faudrait reculer l'âge de départ à la retraite à 67 ans. Il avait déjà, l'année dernière, milité pour « un report de l'âge légal à 65, 66 ou 67 ans ». « Je n'ai pas inventé ces chiffres. Je sais bien que ce n'est pas populaire. Mon objectif n'est pas de plaider pour la solution la plus dure afin d'emmerder le monde », assure-t-il, prenant l'exemple d'autres pays européens : « L'Allemagne et l'Italie ont choisi 67 ans. Je ne sais pas par quel miracle de l'esprit on pourrait être dans une situation radicalement différente de celle de nos voisins. »

Le fondateur du nouveau parti « Horizons » cède cependant une once de terrain aux détracteurs de la réforme des retraites : « Si on fait 65 ans et que cela marche, cela me va très bien. Et si on part plus tard, on doit améliorer le dispositif en introduisant plus de justice, et en prenant bien sûr en compte les longues carrières. » Le but de cette réforme : réduire la dette publique. « Ma conviction, c'est que lorsqu'on ne maîtrise plus ses comptes, on finit par ne plus maîtriser son destin », confie Édouard Philippe, « Tous ceux qui oublient qu'en ne maîtrisant pas nos dépenses on s'expose à des risques graves me paraissent ne pas servir le pays. »

Et d'enfoncer le clou : « Notre pays se tourne systématiquement vers la dépense publique quand il se trouve face à un problème. C'est un mauvais réflexe. » Mais l'ancien Premier ministre a d'autres politiques dans le viseur pour réduire la dette : plan de sobriété énergétique, politique de logement, réforme de l'État...

En revanche, Édouard Philippe le jure, il ne se prépare pas – pour l'instant – à la prochaine présidentielle : « Je ne brûle jamais les étapes. » Son parti choisira son candidat en 2024, et « il n'y aura pas de primaire », projette-t-il...

9 octobre (Le Figaro)

<https://www.lefigaro.fr/vox/histoire/gabriel-martinez-gros-qu-advientra-t-il-apres-la-chute-de-l-empire-occidental-20221004>

Gabriel Martinez-Gros: «Qu'advientra-t-il après la chute de l'empire occidental?»

Par [Alexandre Devecchio](#)

Publié le 04/10/2022 à 17:38, mis à jour le 04/10/2022 à 18:02



«L'enrayement de l'empire est en effet inéluctable parce qu'il est la conséquence de son succès.» *Laurent EMMANUEL / AFP*

GRAND ENTRETIEN - Dans un ouvrage érudit «La traîne des empires, impuissance et religions», le médiéviste analyse l'avènement des religions monothéistes, nées sur la poussière des grands empires. À la lumière de l'histoire, il tente d'imaginer ce qu'il adviendra après notre civilisation.

Gabriel Martinez-Gros est professeur d'histoire médiévale dans le monde musulman au sein de l'Université Paris X Nanterre.

LE FIGARO. - Dans ce livre, vous poursuivez votre brillante odyssée des empires. Vous démontrez que les trois religions monothéistes sont la perpétuation des trois grands empires (Rome, la Chine, l'Islam) politiques. Elles naissent quand ils disparaissent. Si on considère que l'empire occidental est mourant, quels en seraient les nouveaux dogmes ?

Gabriel MARTINEZ-GROS. - La séquence-type de la formation des grands empires (Rome, Chine, Islam) comporte trois temps: d'abord un temps de «Royaumes Combattants », lancés dans l'entreprise guerrière d'unification impériale (ainsi les Royaumes Combattants chinois entre 480 et 220 avant J-C, les cités grecques et la Macédoine d'Alexandre entre 480 et 300 avant J-C environ, la République Romaine à partir de son affrontement avec Carthage, entre 264 et 30 avant notre ère ou encore les tribus arabes des conquêtes de l'Islam entre 634 et 820 environ). Ces Royaumes Combattants sont à la fois belliqueux et populaires, voire démocratiques: le peuple est convoqué au combat, et il impose donc en retour sa décision politique.

Puis vient le temps de l'empire proprement dit: l'ensemble du monde civilisé dans la limite des horizons connus (la Chine, la Méditerranée...) est unifié, le peuple conquérant est progressivement désarmé et renvoyé au même statut de soumission que les conquis, c'est-à-dire aux activités

productives et au paiement de l'impôt, qui assure la mobilisation du capital, l'ouverture des horizons et les progrès de la productivité. Puisque les sujets sont désarmés, les fonctions de violence (police, armée) sont assignées à des ethnies très restreintes de barbares venus des marges (en Chine, des Turcs des steppes, à peine un siècle après l'unification impériale) qui s'emparent à terme du pouvoir politique. L'époque est tyrannique et prospère. La paix, nécessaire à l'impôt, et l'universalisme impérial sont ses valeurs centrales.

Enfin, troisième temps, le mécanisme de l'empire s'enraye, à mesure que l'empire réussit: l'éradication de la violence et des solidarités – claniques, tribales – chez les sujets décharge sur l'État tout le poids de sujets entièrement dépendants, incapables de se défendre ou de s'entraider. La peur et le mépris de la violence lui substituent les moyens financiers comme unique moyen d'action. Tous les empires meurent en apparence de crises financières, qui traduisent en fait la dépendance des sujets, l'absence de courage et de solidarités que les empires ont créée.

L'avantage de la religion sur l'empire, c'est qu'elle pose des questions qu'elle ne peut pas résoudre, contrairement à la proposition de Marx sur le fait que l'humanité ne se pose que des problèmes qu'elle peut résoudre.

Gabriel Martinez-Gros

C'est alors que surgissent nos religions universelles, qui reprennent les mêmes idéaux que l'empire, paix et universalisme, mais font de l'impuissance politique de l'empire une impuissance ontologique, une méditation sur la faiblesse de l'humain. «*Le silence de ces espaces infinis m'effraie*» écrit Pascal, dont le siècle vient de découvrir l'infinitude de l'Univers. Le silence de l'Univers rejoint celui de Dieu, l'homme n'a ni réponse, ni réelle possibilité d'action. L'avantage de la religion sur l'empire, c'est qu'elle pose des questions qu'elle ne peut pas résoudre, contrairement à la proposition de Marx sur le fait que l'humanité ne se pose que des problèmes qu'elle peut résoudre. La religion pose les problèmes du «mal» ou de la «violence» qui sont aussi insolubles et donc aussi éternels que la religion qui les combat. À la différence de l'empire, la religion ne meurt pas de ses échecs. Ils sont inclus dans sa définition.

Je propose en effet quelques dogmes possibles pour la religion qui s'annoncerait avec la fin de l'empire occidental, mais qui rejoignent la paix et l'universalisme des vieux empires et des vieilles religions: l'antiracisme est un universalisme par excellence, mais depuis les années 1960, il est passé d'un projet politique localisé (aux États-Unis, établir l'égalité entre Blancs et Noirs et dépasser les «races») à un dogme religieux aujourd'hui (l'antiracisme existera toujours parce que le racisme existera toujours, parce que les races existeront toujours...). L'écologie, telle que la manient les gouvernements et les industriels est encore un projet politique, avec des objectifs à atteindre dans un temps mesuré (de dix à trente ans). Mais pour beaucoup d'écologistes, c'est déjà bien plus: un projet d'impuissance active, pacifiste, beaucoup plus universel et pérenne, de compression des activités humaines face à la «nature», et d'éradication des distinctions nationales, ethniques, voire linguistiques d'où viendrait le danger des «populismes» et des conflits.

À terme, pensez-vous qu'ils pourraient définitivement remplacer nos religions ancestrales ? Pourrait-on imaginer de futures églises consacrées à «l'écologie», à «l'idéologie décoloniale» ou au «tiers-mondisme» ?

C'est possible, mais ce n'est pas le plus probable, je crois. Ces nouveaux dogmes empruntent en fait l'essentiel aux religions en place, voire aux vieux empires – en particulier les thèmes de la paix, de l'universalisme (aujourd'hui antiracisme). Il faut y ajouter le mépris du politique et de ceux qui gouvernent, voire au-delà sans doute, le mépris de l'opinion des majorités et de la démocratie. Ni les empires, ni les religions ne sont démocratiques, parce qu'ils et elles ne croient pas à la capacité de l'homme à régir son destin – à la différence des révolutions dont l'ère semble bien achevée. La Révolution française (ou américaine, ou même russe) avait ramené les décisions ultimes dans des assemblées d'hommes supposés libres. Il est probable que les nouveaux dogmes se construiront dans des communautés à l'écart de la masse, nouvelles églises ou nouveaux monastères. L'exaltation des «minorités» ou des «jeunes» – qui sont et seront toujours davantage une minorité dans un monde

partout vieillissant – dit par contraste que le pouvoir est déjà, aux yeux des nouveaux croyants, entre les mains de majorités méprisables, et qu'il est lui-même pour cette raison méprisable.

Le plus probable est donc une forme de fusion entre vieilles religions et nouveaux dogmes. Le christianisme et le bouddhisme me semblent peut-être mieux placés, parce qu'ils dédaignent par excellence le politique, et qu'ils ne placent qu'une très faible part de leur mise en ce monde ; alors que l'islam contemporain, tel que les construisent les islamistes, ou l'hindouisme d'aujourd'hui, s'investissent fortement dans le politique, avec tous les aléas du pouvoir et de l'histoire.

Mais l'Occident moderne présente une configuration inédite. Des trois temps de la séquence impériale, Royaumes Combattants/Empire/Religion, celui du milieu manque.

Gabriel Martinez-Gros

Entre mille choses, vous démontrez qu'un empire connaît par nature, à un moment donné, la démilitarisation de sa société. Il ne fait plus la guerre et concentre ses efforts sur le désarmement, la fiscalité et la concentration de ses ressources. Pourquoi ce mouvement est-il inéluctable ? Considérez-vous que l'Occident, entendu au sens large, est en train de vivre cette situation ? Comment articulez-vous cette analyse avec la guerre en Ukraine ?

L'enrayement de l'empire est en effet inéluctable parce qu'il est la conséquence de son succès. L'empire vise à réduire ses sujets à une poudre d'individus en anéantissant toutes les structures solidaires – clans, tribus, cités, voire familles. C'est le prix à payer pour la prospérité – l'impôt ne peut être levé que sur des hommes désarmés et isolés, dit Ibn Khaldûn -, et pour l'ouverture des horizons: pour qu'un individu puisse se déplacer ou s'établir à sa guise dans l'empire, il faut abolir les résistances de ceux qui ne souhaiteraient pas sa présence dans leur communauté. Le problème de l'immigration d'aujourd'hui a son parallèle dans les grandes métropoles de l'empire romain, dont une large part de la population est «immigrée» d'autres parties de l'empire. Ces immigrés, souvent tenus en suspicion ou à distance par les autochtones, ont joué un grand rôle dans la diffusion et le succès du christianisme, religion universaliste. C'est pourquoi la religion succède aussi naturellement à l'empire.

Mais l'Occident moderne présente une configuration inédite. Des trois temps de la séquence impériale, Royaumes Combattants/Empire/Religion, celui du milieu manque. Il n'y a jamais eu d'empire, au sens de Rome ou de la Chine, dans l'Occident des deux derniers siècles, depuis la Révolution. Ce sont les Royaumes Combattants – nous disons les États-nations – qui ont accumulé la richesse et la croissance dans des proportions inouïes – une population mondiale multipliée par 11 ou 12 en 250 ans, une richesse multipliée par 50 ou 100, on ne sait – tout en proclamant et en consolidant la liberté de peuples et de nations volontiers belliqueux. Dans la séquence classique, c'est impossible: les Royaumes Combattants font la guerre, mais restent pour le moins frugaux, l'empire apporte la prospérité, mais ôte la liberté et en finit avec la guerre. On ne peut avoir à la fois la liberté et la prospérité. C'est pourtant ce qu'ont réussi nos nations modernes pendant 200 ou 250 ans, grâce à la Révolution Industrielle – en fait une révolution sans exemple dans l'histoire, d'abord scientifique, puis technique, agricole, hygiénique, médicale, sociale, puis politique...

La conséquence, c'est qu'aujourd'hui, avec le ralentissement de la Révolution Industrielle, en particulier le vieillissement, puis la diminution de la population mondiale à l'horizon de la deuxième moitié du siècle, ce sont des États-nation qui entrent en collision avec les nouveaux dogmes. Or ces États-nation ont hérité d'une tradition à la fois démocratique et belliqueuse, comme les Royaumes Combattants, qui est en conflit ouvert avec ces nouveaux dogmes. L'empire prépare les dogmes des religions qui le suivent, mais pas les nations. Le «mondialisme» et le «populisme» sont les noms de cet affrontement des nouvelles morales religieuses avec les résistances des États-nation.

La Russie n'est pas l'empire qu'on décrit ici, mais un État-Nation. L'empire, c'est nous, l'Occident: largement désarmé, pacifique, mais fulminant les condamnations morales.

La guerre en Ukraine est caractéristique de ces résistances. La Russie n'est pas l'empire qu'on décrit ici, mais un État-Nation. L'empire, c'est nous, l'Occident: largement désarmé, pacifique, mais fulminant les condamnations morales. Et aussi enrôlant et soutenant des supplétifs pour les guerres que nous ne sommes pas capables de mener, usant de l'ultime ressource de l'empire, c'est-à-dire l'arme économique et financière: les Kurdes et les Ukrainiens jouent ce rôle de supplétifs. Non pas qu'ils se considèrent comme des supplétifs, bien sûr. À leurs yeux, leur cause, nationale, est sacrée. Mais ils jouent ce rôle pour ceux qui gouvernent collectivement et tant bien que mal l'empire à Washington, Londres, Paris ou Berlin. Ban Chao, général chinois du Ier siècle de notre ère, disait qu'il fallait combattre les Barbares par les Barbares – ce qui voulait dire simplement que les Chinois étaient incapables de combattre dans la steppe. De même, nous combattons le populisme russe par le populisme ukrainien.

Vous êtes l'un des meilleurs spécialistes de l'empire islamique. En quoi l'islam tel que nous le connaissons aujourd'hui est-il la suite de l'empire politique qu'il a pu constituer ? Quels points communs, ou du moins de frottement, identifiez-vous ?

L'Islam lui aussi présente une séquence particulière. On y reconnaît les Royaumes Combattants – les tribus arabes conquérantes – qui s'effacent au bout de deux siècles environ (634-820) devant l'autorité impériale, sa fiscalité lourde, son territoire ouvert, sa tyrannie prospère. Mais la religion (sunnite) ne suit pas l'empire. Elle lui est contemporaine, elle entre en conflit avec lui dès son apogée. Et pour ce faire, elle conserve et exalte le souvenir des Royaumes Combattants, c'est-à-dire des conquêtes et du *jihâd*. **Le sunnisme** est pourtant né dans le même milieu urbanisé et désarmé que le christianisme, ses oulémas s'opposent à l'autorité impériale par les mêmes moyens du sermon et de la prédication que les moines byzantins. Mais **ils gardent la mémoire des temps primitifs du jihâd et des conquêtes, et ils les exaltent – tandis que les moines chrétiens ne gardent aucune mémoire de leurs «Royaumes Combattants», c'est-à-dire des cités grecques ou de la république romaine et de leurs guerres. Il y a dans l'Islam un conflit presque constant entre État et religion, et dans la religion, une nostalgie des temps combattants, et parfois la tentation de les restaurer contre l'État. C'est ce que nous vivons aujourd'hui avec le jihadisme. Les jihadistes, combattants, sont des minorités restreintes, le plus souvent fortement ancrés dans une ethnie particulière (Pachtoune, Peuls...); mais les minorités islamistes beaucoup plus larges, voire les majorités, qui se contentent d'observer les règles de la charia et de s'imposer le voile, les soutiennent de la voix et du geste.**

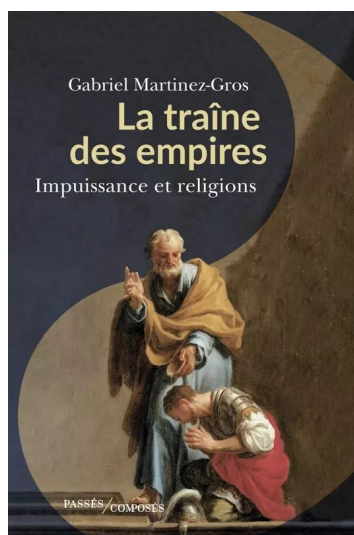
Quel avenir voyez-vous pour cet empire occidental dont vous avez été un des premiers historiens à signaler l'évident déclin ?

L'hégémonie de l'Occident sur le monde, fermement établie à partir de la deuxième moitié du XIX^e siècle, s'étiole après 1980 surtout. La Chine commence alors son ascension, qui l'amènera au premier rang mondial avant 2030 ; l'Inde passera au second rang avant 2050, reléguant les États-Unis au troisième rang. Si l'Inde et la Chine – l'Asie en général – ont emprunté avec succès la voie de la compétition économique, l'Islam a expulsé l'Occident par la guerre. L'échec américain en Irak et plus encore en Afghanistan nous préserve paradoxalement d'agressions jihadistes trop violentes: nous n'en valons plus la peine, en tous cas pour l'instant. L'Occident est devenu presque insignifiant, même si son aide technique, ses armes, sont encore appréciées ; même, et surtout, si on combat ses mauvaises pensées, qui risquent de corrompre la jeunesse ou les femmes. Mais au total, dans tout le monde asiatique et islamique, qui s'étend jusqu'au Sahel africain, plus de 60% de la population mondiale, d'autres conflits et d'autres équilibres sont en train de naître, où l'Occident, pour la première fois depuis 150 ou 200 ans, est en train de devenir marginal.

La décolonisation n'a pas pu, ne pouvait pas, rompre avec l'Occident faute de langues propres ou d'identités fortes. Elle a donc créé une sorte de contre-Occident, un Occident simplement inversé, qui entretient avec l'Occident euro-américain un dialogue douloureux.

Mais il n'en est pas de même dans cette partie de l'ancien monde colonial qui a adopté – ou achève d'adopter – les langues et l'histoire de l'Occident. **Quatre langues européennes – anglais, espagnol, français, portugais, toutes parmi les dix langues les plus parlées dans le monde – dominant totalement le continent américain et l'Afrique non-musulmane.** Ici, la **décolonisation n'a pas pu, ne pouvait pas, rompre avec l'Occident** faute de langues propres ou d'identités fortes. Elle **a donc créé une sorte de contre-Occident, un Occident simplement inversé**, qui entretient avec l'Occident euro-américain un dialogue douloureux, plein d'insultes et d'invectives d'une part, **de repentance et de contrition de l'autre - ce qu'on appelle le tiers-mondisme.** **Les nouveaux dogmes religieux de l'Occident ont adopté le tiers-mondisme et la repentance comme une forme de l'universalisme qui est au cœur de leur credo.** La repentance vise en effet à maintenir l'empire, ou l'unité religieuse, autour des nouveaux dogmes antiracistes et écologistes, de ce tiers au moins de l'humanité qui n'a d'autres langues que celles de l'Occident, d'autre histoire que celle de l'Occident, ou de sa détestation, ce qui revient au même. Paradoxalement en apparence, la gauche occidentale est ainsi favorable à la conservation de l'empire sous de nouvelles formes. **Massu a perdu la guerre d'Algérie, mais on espère toujours, à gauche et au-delà, que Sartre l'ait gagnée, et que, par l'aura éthique qu'il aurait conféré à la France, il «nous conserve» l'Afrique.** En revanche, le «populisme» est plus favorable à l'abandon pur et simple de l'héritage impérial et colonial, et au repli sur le «pré carré» européen ou américain – c'est tout le discours de Trump.

Ces contorsions qui visent à maintenir une forme d'empire sous l'aspect d'une religion ou d'une éthique qui en prend la suite, et au prix d'une constante repentance, peuvent paraître dérisoires. Il n'est pas sûr qu'elles le soient pourtant. Si Rome, la Chine impériale, l'Islam ont favorisé le triomphe des trois plus grandes religions du monde d'aujourd'hui, il est probable que, de la même façon, la prodigieuse mutation du destin historique de l'humanité dans le temps de l'impérialisme et du colonialisme occidental des deux derniers siècles laissera après elle une religion forte. Il est possible qu'après avoir dominé le monde par ses armes et ses techniques, l'Occident devenu modèle éthique, le domine par ses sermons et ses vaticinations. Au lieu de faire et d'agir, comme dans les deux siècles passés, l'Occident sera peut-être en charge du dire et du prescrire – les règles, les lois, la définition du bon et du blâmable. Ainsi Rome en son temps est-elle passée de capitale de l'empire à capitale du christianisme.



La traîne des empires. Impuissance et religions, Gabriel Martinez-Gros, Passés composés, 232p, 21e. Passés composés

8 octobre (FAZ)

<https://www.faz.net/aktuell/rhein-main/frankfurt/queer-im-islam-konferenz-an-der-goethe-uni-in-frankfurt-18372602.html?premium>

„QUEER IM ISLAM“:

Koran, Knabenliebe und Transgender

VON [ALEXANDER JÜRGS](#)

-AKTUALISIERT AM 08.10.2022-09:33



Kampf um Akzeptanz: Die indonesische Drag Queen Monica .

Sind Muslime besonders queerfeindlich? Welche Gründe kann das haben und was lässt sich dagegen unternehmen? Bei der Konferenz „Queer im Islam“ wurde über das Verhältnis zwischen Sexualität und Religion debattiert.

Dass er Männer begehrt, darüber konnte Tugay Sarac nicht sprechen, nicht mit seiner Mutter, nicht mit seiner Schwester, nicht mit seiner Tante. Als er bemerkte, dass er homosexuell ist, reagierte er darauf auf irrationale Weise: Er radikalisierte sich und wurde Islamist. Ein konvertierter Hassprediger nahm den jungen Mann unter seine Fittiche, Sarac wurde zu einem Verfechter eines besonders konservativen Islams. Auf Kritik an seiner Religion reagierte er aggressiv.

Und er unterstützt andere, die Angst davor haben, sich zu outen, kämpft um mehr Akzeptanz für queere Muslime. Sein Arbeitsplatz ist die Anlaufstelle [Islam](#) und Diversity, sie ist Teil der von der Anwältin und Frauenrechtlerin Seyran Ateş gegründeten progressiven Ibn-Rushd-Goethe-Moschee in Berlin-Moabit.

Zu Saracs Job gehören auch Workshops in Schulen. In der Goethe-Universität, in einem Saal im Gebäude des Forschungsverbands „Normative Ordnungen“, berichtete er am Freitag von einem dieser Besuche. In einer Grundschulklasse mit 17 Schülern, die alle Wurzeln in der Türkei haben, stellte er die Frage: Ist [Homosexualität](#) verboten? Zwölf von ihnen bejahten die Frage. Einen Grund dafür aber konnten sie nicht nennen. „Die Kinder sagen das nicht, weil sie daran glauben, sondern weil sie es eingetrichtert bekommen“, sagt Sarac.

Sexuelle Freiheit stellt Modell in Frage

Sind [Muslime](#) besonders queerfeindlich? Welche Gründe kann das haben? Und was lässt sich dagegen unternehmen? Um diese Fragen kreiste die Konferenz „Queer im Islam“. Dazu eingeladen hatte Susanne Schröter, die Leiterin des Frankfurter Forschungszentrums Globaler Islam, das Teil des Forschungsverbands „Normative Ordnungen“ ist. Schirmherr der Veranstaltung mit vier Vorträgen und einer Podiumsdiskussion war der hessische Sozialminister Kai Klose (Die Grünen).

Der deutsch-israelische Psychologe [Ahmad Mansour](#) kam mit Personenschützern zu der Konferenz. Wegen seiner oft scharfen Kritik an Einwanderermilieus, denen er fehlende Integrationsbereitschaft vorwirft, wird er schon länger bedroht und beleidigt. In seinem Vortrag erklärte Mansour die Ablehnung von Homosexualität durch Muslime damit, dass in vielen Familien noch immer patriarchale Strukturen herrschen würden. Ein großer Teil der Familien sei weiterhin wie eine Pyramide strukturiert: An der Spitze stehe das männliche Familienoberhaupt, „der Vater, der Opa oder ein älterer Onkel“. Sexuelle Freiheit würde dieses Modell auf radikale Weise in Frage stellen, darum werde jede sexuelle Identität jenseits der heteronormativen Form vehement abgelehnt.

Sexualität ist, so Mansour, in diesen Familien ein Tabuthema, Jungen und Mädchen lebten parallel nebeneinander, Nacktheit sei verpönt, jede Form von Abweichung werde als Bedrohung wahrgenommen, weil sie das tradierte Lebensmodell in Frage stelle.



Gefährliches Argumentieren: Ahmad Mansour muss mit Personenschützern auftreten. :Bild: Jens Gyarmaty

Kern der muslimischen Religion?

Doch macht er es sich damit nicht zu einfach, schert er mit seiner Erklärung nicht alle Muslime über einen Kamm? Mansour kennt diese Kritik und er gestand auch ein, dass sie berechtigt ist. „Mir geht es nicht um Verallgemeinerungen“, sagte er auf der Konferenz. Natürlich sind die „muslimischen Communitys“ oft vielfältiger, als sie wahrgenommen werden. Ein Beharren auf patriarchalen Strukturen sei dennoch nicht zu übersehen.

Mansour wünscht sich, dass der Staat dagegen stärker angeht, notfalls auch mit Hilfe von Sanktionen. So plädiert der Psychologe etwa dafür, dass muslimische Eltern ihre Töchter nicht mehr vom Schwimmunterricht befreien dürfen. Vorgehen solle der Staat auch gegen die Finanzierung von muslimischen Gemeinden aus dem Ausland, etwa aus der Türkei oder aus Saudi-Arabien. Denn mit dem Geld komme oft auch ideologische Infiltration daher.



Diskutiert wurde auf der Konferenz auch darüber, ob die Ablehnung von Homosexualität und Transidentitäten tatsächlich zum Kern der muslimischen Religion gehört. Lässt sich zum Beispiel aus dem Koran wirklich herauslesen, dass homosexuelle Handlungen den Prinzipien der Religion widersprechen? Mouhanad Khorchide, der Leiter des Zentrums für Islamische Theologie an der Universität in Münster, stellte das in seinem Vortrag, mit dem die Konferenz am Freitag eröffnet wurde, in Frage. Er stellte Islamwissenschaftler und Koran-Exegeten vor, die zu ganz anderen Schlüssen gekommen sind, die etwa der sogenannten „Knabenliebe“ eine große Rolle in der muslimischen Welt zusprechen. Auch homoerotische Gedichte von anerkannten Religionsgelehrten könnten, so Khorchide, der These widersprechen, dass Homosexualität im Islam schon immer verteufelt worden sei.

Auf irritierende Paradoxien wies Susanne Schröter in ihrem Vortrag hin. Anhand von Beispielen aus Oman, Pakistan und Indonesien zeigte sie, dass ein Leben als Transperson unter bestimmten Umständen in muslimischen Gesellschaften keinen Bruch mit der Norm darstelle, sondern akzeptiert sei. Der Existenz eines „dritten Geschlechts“ werde dabei oft nicht nur anerkannt, sondern sei, wie bei den in Pakistan lebenden Hijaris, Männern, die sich als Frauen fühlen und kleiden, sogar mit religiösen Praktiken verbunden. Selbst im Iran, wo Homosexuelle mit der Todesstrafe bedroht werden, sind Geschlechtswechsel erlaubt. Transgender gilt dort nicht als Vergehen, sondern als Schicksal.

Das jedoch heiße nicht, dass diese Länder tatsächlich auf dem Weg sind, liberaler zu werden, stellte Schröter klar. Die Offenheit gegenüber bestimmten Formen der sexuellen Grenzüberschreitung existiere meist gleichzeitig mit einer brutalen Repression gegenüber homosexuellen oder queeren Menschen. Um Freiheiten und für von der Norm abweichende Lebensentwürfe müsse weiter gekämpft werden.

8 octobre (Contrepoints)

<https://www.contrepoints.org/2022/10/08/440273-les-verts-du-parlement-europeen-sombrent-dans-le-maccarthysme>

Les Verts du Parlement européen sombrent dans le maccarthysme

[André Heitz](#)

On assiste à un début de maccarthisme de la part des verts au niveau européen.

Les appels en faveur d'une réglementation réaliste et fonctionnelle des « *nouvelles techniques génomiques* » (NGT ou *new breeding techniques*, « NBT ») d'amélioration des plantes ne sauraient être entendues. Ceux qui les portent sont des porte-voix de la « *science capitaliste* » selon un rapport des Verts/ALE du Parlement européen. Joseph McCarthy revient !

Le militantisme anti-OGM – qui vilipende les plantes transgéniques classiques, celles ayant reçu typiquement un gène d'une autre espèce, même très éloignée phylogénétiquement comme une bactérie – ne fait plus recette : aucun OGM n'est cultivé en Europe, si l'on met à part le maïs MON810 – ou plutôt les variétés de maïs incorporant l'événement MON810 qui confère une résistance à la pyrale et à la sésamie. Grâce à un concours de circonstances, il a en effet échappé aux délires supposément précautionnistes et mène sa petite vie en Espagne et sa très petite vie au Portugal.

Au vu de l'ambiance médiatique et politique actuelle, ces OGM sont passés par pertes et profits pour longtemps. Tant pis pour nos agriculteurs, industriels, consommateurs... Tant pis pour nos économies.

Nous importons toutefois des OGM et des produits issus d'OGM pour l'alimentation humaine et surtout animale... il faut penser que, miraculeusement, la culture de ces OGM n'est pas un problème pour l'environnement outre-Atlantique.

Mais l'industrie de la contestation retrouve énergie et vigueur avec l'avènement des « *nouvelles techniques génomiques* », parfois qualifiées de « *ciseaux génétiques* » ou « *ciseaux moléculaires* ». L'illustration iconique en est le système [CRISPR/Cas](#) qui a valu un [prix Nobel](#) à la française Emmanuelle Charpentier et l'américaine Jennifer Doudna en 2020.

Ces techniques, à juste titre réputées bien plus précises que la transgénèse, permettent notamment de modifier un gène de manière précise, sans apport de matériel génétique étranger, pour le désactiver ou modifier son message.

Illustrations pratiques : des chercheurs espagnols cherchent à produire un blé sans gluten, une avancée majeure pour les personnes atteintes de la maladie de Crohn et les intolérants ; une start-up japonaise a lancé une [tomate](#) contenant des niveaux élevés d'acide gamma-amino-butyrique, un acide aminé censé favoriser la relaxation et contribuer à réduire la pression artérielle.

La Commission européenne admet que la législation qui régit les OGM au sens large – et peut-être une partie de la mutagenèse selon un arrêt fort malheureux de la Cour de Justice de l'Union Européenne du 25 juillet 2018 ([communiqué de presse](#), [arrêt](#), analyse [ici](#) et [ici](#)) – n'est plus adaptée. Elle envisage une modification pour la « *mutagenèse ciblée et la cisgénèse* » – pour les NGT ne faisant pas appel à de l'ADN étranger et pour la transgénèse utilisant des gènes de la même espèce ou d'une espèce apparentée (par exemple l'introduction dans une variété de pomme de terre d'un gène de résistance au mildiou tiré d'une pomme de terre sauvage).

Mais qui a écrit ce « rapport » ?

Le 29 septembre 2022, le groupe des Verts/Alliance Libre Européenne (Verts/ALE) du Parlement européen a publié un [communiqué](#) annonçant un « rapport », « [Behind the Smokescreen](#) » (derrière l'écran de fumée) avec en sous titre, « *Les intérêts particuliers des scientifiques de l'UE qui font pression pour la déréglementation des OGM* ».

Le rapport comporte une annexe avec des « [lobbying arguments](#) » – au moins est-on clair sur la nature du document... – et est accompagné d'un « [Briefing sur le débat de l'UE sur les nouvelles techniques génomiques](#) ».

Parmi les eurodéputés « responsables » du rapport, il y a M. Benoît Biteau et Mme Michèle Rivasi.

Ce rapport a été promptement médiatisé par *Le Monde Planète* – de M. Stéphane Foucart (seul média, semble-t-il, à en avoir fait état). En titre de la version électronique du 1er octobre 2022 : « [Nouveaux OGM : un rapport dénonce les conflits d'intérêts entre experts scientifiques et industrie](#) », et en chapô : « *Plusieurs associations scientifiques se présentant comme indépendantes ne déclarent pas les liens de leurs membres avec les industriels.* »

Dans la version papier des 2 et 3 octobre, cela donne : « *Nouveaux OGM : des experts en conflit d'intérêt* », et : « *Selon un rapport de l'ONG CEO, certaines associations scientifiques ne déclarent pas leurs liens avec les industriels.* ».

Qui donc est l'auteur du rapport ? Les Verts/ALE ou *Corporate Europe Observatory* ? Celui-ci n'apparaît pas comme auteur dans le texte même du rapport.

Sur Twitter, [Friends of the Earth Europe](#) évoque un rapport des Verts/ALE qui se fonde sur une recherche du CEO. Pour [Mme Michèle Rivasi](#), c'est un rapport « commandé » par les Verts/ALE.

Capture macarthysme

Il serait donc malvenu et insupportable de ne pas déclarer des liens d'intérêts pour le monde de la science – enfin celui qui s'exprime favorablement sur les NGT... mais pas de problème pour les liens entre une fraction politique et le monde du militantisme.

Mais allons en page 2 du rapport : on y apprend qu'il a été écrit par Mme Claire Robinson, qui est présentée comme co-directrice de GMWatch, une officine furieusement anti-OGM...

Il serait malvenu... (*bis*).

Un mécanisme simple

Les Verts/ALE écrivent dans leur communiqué :

« *Outre l'industrie semencière, des organisations scientifiques telles que l'Organisation Européenne des Sciences Végétales (EPSO [European Plant Science Organisation], la Fédération Européenne des Académies des Sciences et des Humanités (ALLEA [European Federation of Academies of Sciences and Humanities]) et le Réseau Européen pour une Agriculture Durable grâce à l'Édition du Génome (EU-SAGE [EU Network for Sustainable Agriculture through Genome Editing]) ont également fait pression en faveur d'un changement législatif.* »

C'est, incidemment, un catalogue fort limité de promoteurs du progrès. Les [ministres de l'Agriculture](#) s'impatientent et trépignent pour une majorité d'entre eux.

Les entités mises en cause comprennent des institutions de recherche qui travaillent en partie grâce à des fonds provenant du secteur privé ou en coopération avec le privé... elles sont donc en conflit d'intérêts... elles ne sont donc pas crédibles. C'est même le cas de notre frileux *INRAE* dont le rapport épingle le directeur de recherches Peter Rogowsky !

Et quelqu'un écrit dans le rapport, dans le résumé :

« Un grand nombre de personnes activement impliquées dans les trois organisations de l'UE ont des liens forts avec l'industrie semencière et détiennent des brevets ou des demandes de brevet dans ce domaine. »

Elles sont donc en conflit d'intérêts... elles ne sont pas crédibles.

Bref, c'est du maccarthysme à l'état pur.

En plus, ces gens sont d'une audace... selon la formule de M. Stéphane Foucart, ils

« ne les déclarent pas lorsqu'ils prennent position « au nom de la science » sur la régulation de ces nouvelles biotechnologies. »

Reconnaissons à l'auteur d'avoir sollicité des commentaires de responsables des trois entités mises en cause et de les avoir reflétées dans son article. Mais que valent-ils quand les titres sont péremptoires et outrageusement favorables au militantisme ?

« J'ai dans mon rapport une liste... »

On peut paraphraser Joseph McCarthy. Encore que, ici, nous avons une *kill-list* » de 19 noms avec les forfaits présumés. Qu'on se rassure, les auteurs et commanditaires ne risquent pas de se faire étriller pour fichage illégal, comme un certain... [Monsanto](#).

L'auteur du rapport précise – et M. Stéphane Foucart prend bien soin de reproduire l'essentiel :

« Seules les informations du domaine public ont été utilisées pour la rédaction de ce rapport (cela inclut les informations obtenues via les demandes d'accès aux documents faites par Corporate Europe Observatory, qui les a rendues publiques par la suite), ce qui signifie que les résultats sont conservateurs. En d'autres termes, le niveau réel des intérêts personnels peut être bien plus important que celui rapporté ici. L'une des raisons est la nature confidentielle de certains accords de recherche. »

Suit un exercice de jésuitisme pour tenter de se dédouaner. « *Le fait d'avoir des intérêts personnels tout en participant à certaines discussions réglementaires peut ne pas être un problème en soi.* » Mais...
« *...toutes les voix sont bienvenues dans le débat...* », mais pour certaines d'entre elles (et pas d'autres)...

Le militantisme d'insinuation

Ne pas pousser le bouchon trop loin... En fait l'insinuation est bien plus nocive que le fait avéré dans un public acquis à la cause et tenté par le complotisme. Et il faut ménager ses arrières, n'est-ce pas ?

Voici ce que cela donne en conclusion dans le cas de M. Marcel Kuntz :

« En raison de son nom sur des brevets et de ses recherches avec la société de biotechnologie Zeneca, il a des intérêts directs dans la commercialisation des OGM, qui ne sont généralement pas divulgués dans les discussions sur la réglementation européenne relative aux OGM. »

Detlev Weigel, autre grand chercheur, s'est rebiffé sur Twitter.

Le cas Marcel Kuntz

Intéressant le cas de M. Marcel Kuntz, membre comme moi du collectif [Science Technologies Action](#).

Après avoir décliné son affiliation professionnelle (directeur de recherche au CNRS, au Laboratoire de Physiologie Cellulaire Végétale), l'auteur du rapport mentionne qu'il est membre d'un groupe de travail du laboratoire d'idées Reimagine Europa. Il y est en [excellente compagnie](#) !

« Il est cité comme demandeur ou inventeur dans des brevets, principalement sur le génie génétique, dont un avec la société Zeneca. »

Oui, et alors ? Nous avons eu l'occasion de voir cela de plus près dans [Retour sur les brevets Fellous, Houdebine, Kuntz... et Séralini, par Wackes Seppi](#) à l'occasion d'une polémique antérieure. Être cité comme inventeur – ou demandeur aux États-Unis d'Amérique selon les contraintes de leur droit des brevets – ne fait pas de vous un titulaire de brevet, ni n'implique automatiquement un intérêt dans son exploitation (s'il est délivré). De même, un brevet déposé par Zeneca, ne fait pas de vous automatiquement un collaborateur de cette entreprise. Insinuez, insinuez...

Du reste, les demandes de brevets en cause datent des années 1990 et les éventuels brevets ont expiré depuis longtemps.

Un [article publié dans une revue scientifique](#), une [interview](#) dans *European Scientist*, un [article](#) dans *Euractiv* deviennent carrément des « activités de lobbying ». Ironiquement, cet article d'août 2014, s'intitule : « M. Juncker, ne rejetez pas la science ! »

Marcel Kuntz a aussi l'impudence d'écrire des articles dans [Genetic Literacy Project](#) que *US Right to Know* a qualifié de « façade de relations publiques pour Monsanto, Bayer et l'industrie chimique ». La paille et la poutre... *US Right to Know* est un porte-voix – c'est un euphémisme – du biobusiness américain et des avocats prédateurs dont le fonds de commerce est de faire les poches de Bayer-Monsanto et autres.

Il est ou a même été membre d'un serveur de liste électronique dont *US Right to Know* a dit le plus grand mal...

Bref, « C'est toujours un honneur d'être attaqué par les tenants d'une idéologie totalitaire ! » a dit l'intéressé.

« L'[Europe] a besoin de scientifiques techniciens »

Le 14 octobre 2013, MM. Jean-Pierre Chevènement, Michel Rocard, Robert Badinter et Alain Juppé avaient publié une [tribune dans Libération](#). Nous en avons repris le titre ci-dessus en changeant un mot. Toujours en changeant un mot :

« Nous assistons à une évolution inquiétante des relations entre la société [européenne] et les sciences et techniques. Des minorités constituées autour d'un rejet de celles-ci tentent d'imposer peu à peu leur loi et d'interdire progressivement tout débat sérieux et toute expression publique des scientifiques qui ne partagent pas leurs opinions. [...] »

De plus en plus de scientifiques sont pris à partie personnellement s'ils osent aborder publiquement et de façon non idéologique, des questions portant sur les OGM, les ondes électromagnétiques, les nanotechnologies, le nucléaire, le gaz de schiste. [...] »

La prise à partie est aujourd'hui le fait d'un parti politique, par des méthodes qui nous rappellent des pages sombres de l'histoire mondiale.

Le rapport des Verts/ALE reste dans les limites de la bienséance. Ce n'est pas le cas des [propos outrageants](#) proférés par un des « responsables » du rapport. Mais comme a dit M. Marcel Kuntz, « *C'est toujours un honneur d'être attaqué par...* »

Les quatre auteurs de la tribune dans *Libération* avaient aussi écrit :

« Or, c'est bien la science et la technologie qui, à travers la mise au point de nouveaux procédés et dispositifs, sont de nature à améliorer les conditions de vie des hommes et de protéger l'environnement. »

Le refus obstiné de ce constat et appel d'espoir est aujourd'hui le fait d'un parti politique...

Un tout récent prix Nobel de physique nous rappelle également l'indispensable recours à la science.

8 octobre (Contrepoints)

<https://www.contrepoints.org/2022/10/08/440207-securite-quand-letat-na-meme-plus-les-moyens-dassurer-le-regalien>

Sécurité : quand l'État n'a même plus les moyens d'assurer le régalien

[Sylvain Dijon-Leandro](#)

On pense généralement que la sécurité est un monopole de l'État ou un pouvoir strictement régalien. Et si ce n'était plus le cas ?

La sécurité est régulièrement classée dans les divers baromètres parmi les deux ou trois priorités des Français.

Le problème avec la sécurité, c'est que trop souvent on en parle au travers du prisme du fait divers et sans pouvoir éviter le sentimentalisme de rigueur. **Un autre problème c'est qu'on pense généralement qu'elle est un monopole de l'État ou un pouvoir strictement régalien...**

La sécurité, monopole d'État

Et si ce n'était plus le cas ?

Nous avons tous en tête les images de cette finale de Ligue des Champions du 28 mai dernier au Stade de France, commencée avec 36 minutes de retard : fiasco historique du maintien de l'ordre et défaillance d'un préfet de Police contesté.

Rappelons également qu'en 2023 et 2024 la France accueillera deux compétitions majeures : la Coupe du monde de rugby puis les Jeux Olympiques.

Ce match du 28 mai devait être une grande répétition générale. Il avait d'ailleurs été présenté comme tel par les autorités, qui se sont ridiculisées, ni plus ni moins.

Depuis cet été tous les acteurs s'agitent pour rassurer et trouver des solutions.

Le Comité d'Organisation des Jeux Olympiques s'est réuni, un nouveau préfet de Police de Paris a été nommé, le ministère de l'Intérieur a préparé des annonces pour la rentrée de septembre.

Nous sommes en droit de nous demander si notre pays parviendra à assurer ces rendez-vous majeurs sans accrocs et surtout nous interroger sur les causes profondes du problème. Pour cela et comme bien souvent, il faut regarder en arrière pour identifier des éléments de réponse.

Polices municipales et acteurs privés

Le tournant se fait avec la loi de 1995 qui redéfinit pour la première fois la place de l'État dans le processus et la gouvernance de la sécurité, devant amener à une complémentarité avec les collectivités locales et le secteur privé, reconnu comme « *concourant à la sécurité générale* ». L'État évoque alors la nécessité de réglementer le milieu et de le contrôler, touchant ainsi au pouvoir régalien.

Suite aux [attentats de 2001](#) et au **sentiment d'insécurité** qui en découle, la loi [sur la sécurité quotidienne](#) place le secteur privé comme étant « *un allié indispensable* ». Celui-ci a alors vu ses compétences élargies.

Nul besoin de revenir en détails sur toutes les menaces ayant émergé depuis 2001 : plusieurs vagues terroristes sur le territoire, une crise financière qui tend encore plus le dialogue social, l'épisode des [Gilets jaunes](#), une [crise sanitaire](#) qui fait émerger de nouvelles missions (contrôle des pass et du port du masque).

Avec cet **accroissement permanent des menaces**, **toutes les lois successives sont allées dans le même sens : celui d'une intégration pleine et entière du secteur privé dans les politiques publiques de sécurité.**

La [loi de 2021 sur la sécurité globale](#), la plus récente à ce jour, ne fait pas exception : quelques verrous juridiques reculent et l'élargissement des compétences continue.

L'État ne peut pas et ne pourra plus jamais se passer du secteur privé, même dans la mission la plus régalienne qui soit : la sécurité. Et pourtant, la défiance est toujours de mise et les acteurs de la sécurité privée ne cessent de le répéter.

Le contrôle est fort, le cadre juridique trop contraignant, mais surtout la confiance de l'État envers ces acteurs n'est pas là. C'est le point le plus regrettable.

Dans un registre un peu différent mais parfaitement parallèle, **les collectivités locales constatent la même chose depuis plus de 20 ans avec le développement de leurs **polices municipales**. Ces femmes et ces hommes de la fonction publique territoriale sont devenus indispensables pour le maintien de la tranquillité publique et plus largement de la sécurité.** Faut-il rappeler que notre pays compte à ce jour **25 000 policiers municipaux** ? Ils sont **la troisième force de sécurité sur le territoire et seront plus de 32 000 à l'horizon 2026.**

Tout comme pour le secteur privé, le champ des compétences des policiers municipaux augmente régulièrement, au fur et à mesure que l'État se désengage des missions. Et tout comme pour le secteur privé, la reconnaissance pleine et entière d'un véritable continuum de sécurité, dans lequel chacun a sa place et exerce ses compétences en responsabilité, met du temps, trop de temps !

L'État a tellement besoin des collectivités et de leurs précieux policiers que les choses vont mieux depuis quelques années ; il serait dommage que le processus (re)prenne autant de temps avec ce continuum public-privé que nous devons appeler de nos vœux. Il doit se mettre en place naturellement, de manière sereine et surtout anticipée... même si cela semble déjà trop tard pour les grands rendez-vous que sont la Coupe du monde de rugby 2023 et les Jeux Olympiques 2024.

Il y a quelques jours et dans le cadre de l'organisation des JO 2024, de manière un peu soudaine, le ministre de l'Intérieur **Gérald Darmanin a tiré la sonnette d'alarme et décrété la mobilisation générale**. La principale annonce a été la mise en place « *d'une autorisation temporaire d'exercer* » pour les nouveaux agents de sécurité, à destination notamment des étudiants, avec une formation accélérée... Cela semble un peu léger, trop palliatif et presque improvisé, au vu des enjeux. Il en va de l'image de notre pays, qui sera en mondovision pendant plusieurs semaines.

Cette déclaration du ministre ressemble un peu à un aveu de faiblesse et c'est dommage. Plus largement, **elle est symptomatique de l'état dans lequel est l'État. À force de vouloir s'occuper de tout, l'État n'a plus les moyens d'assumer et d'assurer ses missions régaliennes.**

Retour en arrière impossible

C'est comme ça et ce n'est pas grave.

Si nous questionnons nos concitoyens, ce qui compte c'est le résultat ! **Et en matière de sécurité, pour obtenir les meilleurs résultats possibles, il faut que chacun puisse jouer son rôle. Du simple citoyen vigilant et responsable, aux pouvoirs de police des maires, en utilisant les compétences des polices municipales et en intégrant pleinement et sereinement les acteurs de la sécurité privée : la solution est multiple.**

Cette crise de l'État est une menace à court terme mais une opportunité pour l'avenir, **un moyen d'irriguer de subsidiarité tous les pans de notre société... y compris en matière de sécurité.**

8 octobre (Le Point)

https://www.lepoint.fr/monde/pourquoi-l-europe-pourrait-devenir-le-premier-marche-mondial-de-cocaine-07-10-2022-2492881_24.php

Pourquoi l'Europe pourrait devenir le premier marché mondial de cocaïne

Des quantités croissantes de drogue sont acheminées d'Amérique latine vers le Vieux Continent. Les trafiquants déjouent les contrôles et les autorités sont débordées.

Par [Guillaume Perrier](#)



Un contrôle de conteneurs par des policiers dans le port de Rotterdam (Pays-Bas), le 1^{er} août 2022. © John Tys/AFP

Publié le 07/10/2022 à 17h00

Un tsunami de poudre. La vague qui déferle sur l'Europe depuis quelques années serait comparable, selon un analyste de la DEA, l'agence antidrogue américaine, à celle qui a frappé Miami dans les années 1980-1990. Une lame de fond que les services de police et de douane voient grossir sans parvenir à l'endiguer. L'Europe occidentale et centrale compte désormais plus de 4,5 millions de consommateurs de cocaïne (soit 1,5 % de sa population de plus de 15 ans), selon l'ONU, dont 600 000 en France. Le continent pourrait bientôt devenir le premier marché mondial, devant l'Amérique du Nord.

L'explosion du commerce mondial de cocaïne se mesure à tous les niveaux de la chaîne avec des conséquences en cascade. Il génère de tels chiffres d'affaires qu'il permet de constituer des organisations criminelles surpuissantes, de contourner tous les obstacles, géographiques, logistiques, légaux, de gangréner des États au plus profond de leurs institutions.

L'industrie de la cocaïne représenterait entre 8 et 13 milliards de dollars par an de profits, selon les estimations prudentes des principaux centres d'analyse et chercheurs spécialisés. Tout au long du parcours d'un kilo de cocaïne, les bénéfices engrangés sont colossaux.

Des « narco-sous-marins »

Disponible à 700 euros à la source, en Colombie, le kilo de poudre se négocie autour de 28 000 euros une fois parvenu dans les grands ports européens. Les enjeux sont tels qu'une hyperspécialisation des trafiquants est constatée à chaque étape du processus : techniciens, chimistes, logisticiens, transporteurs, pilotes, comptables, avocats, blanchisseurs, banquiers... Les

barons de la cocaïne peuvent s'offrir les services des meilleurs spécialistes, dans chaque domaine, pour faire grossir leur business et s'affranchir des règles internationales.

Leurs moyens financiers leur permettent une flexibilité totale, une adaptabilité parfaite aux évolutions du marché. Les trafiquants gardent toujours un temps d'avance sur les systèmes de surveillance, toujours plus perfectionnés. Pour déjouer les contrôles aériens et maritimes, les barons de la drogue utilisent des « narco-sous-marins » pour convoier la marchandise plus discrètement. En 2019, l'un de ces engins a été retrouvé sur les côtes de la Galice, en Espagne après avoir, pour la première fois, traversé l'Atlantique avec trois tonnes de drogue. Et bientôt des drones ?

Rotterdam et Anvers en tête

La cocaïne a aussi profité d'un fort regain d'activité dans le secteur du transport maritime depuis 2020. Les géants du secteur, le danois Maersk, l'italo-suisse MSC, le franco-libanais CMA-CGM, ont tous engrangé des profits records. Or, les porte-conteneurs représentent le moyen le plus facile de faire voyager des quantités importantes de poudre à travers l'océan Atlantique. Sur un marché en expansion et en forte croissance, les routes accessibles se multiplient et se complexifient.

Les grands ports, au départ et à l'arrivée, deviennent le centre de toutes les attentions, des territoires criminels en coupe réglée, où les organisations les plus puissantes et les plus violentes font la loi. Cette évolution progressive depuis plusieurs années a déplacé l'épicentre de la cocaïne depuis l'Espagne, où elle est arrivée massivement dans les années 1990, vers les grands ports de la mer du Nord, Rotterdam et Anvers en tête.

C'est dans les points d'accès maritimes au continent européen que les saisies les plus spectaculaires sont réalisées : Anvers (90 tonnes en 2020), Rotterdam (70 tonnes), Hambourg (19 tonnes en 2021), Gioia Tauro (14 tonnes), Le Havre (10 tonnes en 2021)... Plus de 250 tonnes ont été saisies au total en Europe l'an dernier. Et en s'infiltrant par les ports, la cocaïne balaye tout sur son passage. Elle transforme les économies locales, renforce les réseaux criminels, gangrène les administrations et la politique...

Assassinats violents

À la source, la production de coca n'a jamais été aussi importante. La Colombie, qui reste de très loin le centre de la culture de la coca avec 70 % de la production mondiale, bat tous les records depuis trois ans. En 2020, le pays aurait atteint, pour la première fois, les 2 000 tonnes de cocaïne produites. Le reste se répartit entre ses deux voisins producteurs, la Bolivie et le Pérou, ce dernier connaissant la plus forte expansion.

En bordure des zones de production, les pays latino-américains sont tous confrontés à une intensification des flux et à leurs conséquences : criminalité, violence, corruption. L'Équateur, coincé entre la Colombie, le Pérou et l'océan Pacifique, a vu ses saisies de cocaïne atteindre 210 tonnes en 2021, dont 96 tonnes pour le seul port de Guayaquil, d'où le pays exporte ses bananes vers le monde entier. Le montant sera encore plus élevé en 2022.

Un tiers de la drogue interceptée avait pour destination l'Europe, selon la police équatorienne. Entre le 14 février et le 1^{er} mars 2022, elle a saisi près de 14 tonnes dans des cargaisons de bananes ou de thé à destination des trois principaux ports européens (Rotterdam, Anvers et Hambourg).

Sur les docks, la guerre des gangs fait rage pour le contrôle du trafic. La recrudescence des assassinats violents y fait craindre un scénario à la mexicaine. Les gangs s'y affrontent dans une guerre sans merci, laissant parfois derrière eux les corps de leurs rivaux suspendus aux lampadaires de la ville. « C'est une guerre contre l'État », a déclaré le ministre équatorien de l'Intérieur après un attentat à la bombe près du port qui a fait 5 morts en août 2022.

La Guyane française submergée

Sur tout le continent américain, aucun pays n'est épargné. Pour atteindre le marché états-unien, les cartels ont, depuis longtemps, gangrené le Mexique et les Caraïbes, où ce phénomène n'est pas nouveau. Mais pour inonder l'Europe, il faut emprunter d'autres routes, toujours plus sinueuses. Le Brésil est un pays pivot, grâce à son vaste territoire amazonien et à ses ports. Les trois Guyanes (Guyana, Suriname et Guyane française), anciens comptoirs coloniaux étroitement liés à l'Europe, sont particulièrement vulnérables.

La Guyane française, par laquelle arrivent 20 % de la cocaïne qui entre sur le territoire français, est submergée. Les liaisons aériennes entre Cayenne et Paris ont créé un pont de poudre blanche entre le département d'outre-mer et la métropole. Les autorités estiment à au moins 20 % la proportion des passagers des vols qui embarqueraient avec de la cocaïne. L'administration est impuissante.

Le Paraguay est encore sous le choc de l'assassinat de son procureur antidrogue, Marcelo Pecci, abattu en avril 2022 au milieu des touristes, sur une plage colombienne où il passait sa lune de miel. Ce petit pays enclavé est devenu la proie des narcos depuis que le port fluvial de Villeta, sur le Paranagua, s'est doté d'un terminal pour conteneurs en 2018. En 2021, deux des plus grosses cargaisons de cocaïne découvertes en Europe 16 tonnes à Hambourg en février et 11 tonnes à Anvers en avril provenaient du Paraguay.

Ces flux de drogue transitent souvent par l'Afrique de l'Ouest, dont les côtes peuvent constituer une étape vers l'Europe. Les narcotrafiants y trouvent des infrastructures discrètes, des États plus faciles à corrompre. Mules et passeurs de valises sont arrêtés aux aéroports avec les quantités les plus modestes. Des cargaisons de plusieurs tonnes transitent par les ports. Tout le long du golfe de Guinée, l'argent de la cocaïne coule à flots. D'autres font escale ou terminent en Europe de l'Est ou au Moyen-Orient. Mais c'est bien l'Europe de l'Ouest qui constitue pour le moment la cible majeure des narcotrafiants.

L'Asie reste, selon les spécialistes, un grand point d'interrogation. La cocaïne y demeure pour le moment marginale, son coût trop élevé. Mais le marché chinois suscite la convoitise. Et avec deux tiers du trafic mondial de conteneurs, l'Asie ne sera pas un marché inaccessible pour les narcotrafiants. Rien ne semble pouvoir leur résister.

8 octobre (Le Point)

https://www.lepoint.fr/invites-du-point/patrick-artus/artus-l-affreux-dilemme-de-la-bce-08-10-2022-2492926_1448.php

Artus – L'affreux dilemme de la BCE

CHRONIQUE. **Lutter contre l'inflation ou soutenir la croissance, l'institution monétaire européenne se retrouve face à un inextricable casse-tête.**

Par [Patrick Artus](#)



Christine Lagarde, présidente de la Banque centrale européenne, en septembre 2022. © KENZO TRIBOUILLARD / AFP

Publié le 08/10/2022 à 09h09

L'inflation de la zone euro dépassera très probablement 10 % au début de 2023, avec la nouvelle vague de **hausse des prix de l'énergie**. Une hausse qui ne saura être totalement complétée par les aides publiques. Et comme un effet de dominos, **plus l'inflation sera élevée, plus les revendications syndicales portant sur une hausse des salaires seront fortes**. Résultat : ces dernières pourraient approcher les 6 %. De plus, **la zone euro subit la complète disparition de ses gains de productivité**, avec en particulier **un nouveau recul de la durée du travail par tête**, ce qui implique que toutes les hausses de salaire passent en inflation. L'inflation sous-jacente pourrait donc dépasser 5 % dans la zone euro en 2023.

Le comportement normal de la BCE, si elle suit son mandat, serait alors de mettre en place une politique monétaire qui ramène, à la mi-2024, l'inflation à 2 %. Mais pour cela, elle va se retrouver confrontée à des **choix très compliqués**. Les gouvernements des pays de la zone euro soutiennent le pouvoir d'achat des ménages, **en compensant par des transferts publics une partie importante de la hausse des prix**. **Une équation difficile à appréhender pour la BCE, puisque ce soutien des ménages maintient aussi l'inflation**. De plus, **la dépréciation de l'euro** conduit à une très forte hausse des prix des importations de la zone Euro (plus de 30 % sur un an).

Conflits d'objectifs

Il faudrait donc, pour ramener de 10 à 2 % l'inflation totale, d'au moins 5 à 2 % l'inflation sous-jacente, **que la BCE augmente ses taux directeurs, vers 4 ou 5 % au moins, bien au-dessus des 2,5 % attendus par les marchés financiers**. **Elle se retrouve donc emberlificotée dans de nombreux conflits d'objectifs**. Certes, son mandat lui impose de ramener l'inflation autour de 2 % dans un délai raisonnable, mais **elle doit dans un même élan soutenir l'activité et**

l'emploi (Non, # statuts !!!, valable seulement pour FED) (ce qui est malheureusement incompatible avec la réduction de l'inflation qui nécessite une hausse du taux de chômage).

Par ailleurs, son rôle est de maintenir la **solvabilité des dettes publiques**, beaucoup plus facile à assurer dans un monde de taux d'intérêt bas, où elle ne nécessite pas une forte réduction du **déficit public**. Sans oublier d'aider les gouvernements, les entreprises et les ménages à financer les énormes investissements nécessaires (4 % du PIB) pour la transition énergétique, et dont la rentabilité financière est souvent faible.

Un seul choix possible

On peut donc avoir deux visions de ce que la BCE va faire. Soit respecter son mandat, ramener assez rapidement l'inflation à 2 % et augmenter obligatoirement les taux d'intérêt. Soit « tricher » avec son mandat et maintenir des taux d'intérêt bas, pour soutenir l'activité, l'investissement, la solvabilité des États... et accepter une inflation durablement forte.

Le choix de la BCE se retrouve **complexifié par la multiplicité des émetteurs de dette publique**. Parmi eux, l'Italie avec un taux d'intérêt à long terme de 4 %, la Grèce de 4,25 %, bien au-dessus, dans les deux cas, de leur croissance à long terme. Pour faire le meilleur choix, elle doit empêcher la hausse excessive des taux d'intérêt à long terme de ces pays en difficulté, et donc **se servir de son filet de sécurité, l'instrument de protection de la transmission, qui permet de racheter leur dette publique.**

La tentation première serait donc en réalité de ne pas lutter contre l'inflation. Mais est-il raisonnable d'installer la zone euro dans un environnement d'inflation permanente, de réindexation de l'ensemble des revenus et de forte dépréciation du change, sous peine d'oublier les statuts de la BCE ? Nous ne le pensons pas.

8 octobre (NZZ)

<https://www.nzz.ch/meinung/generation-z-im-arbeitsmarkt-faul-sind-nur-die-vorgesetzten-ld.1703603>

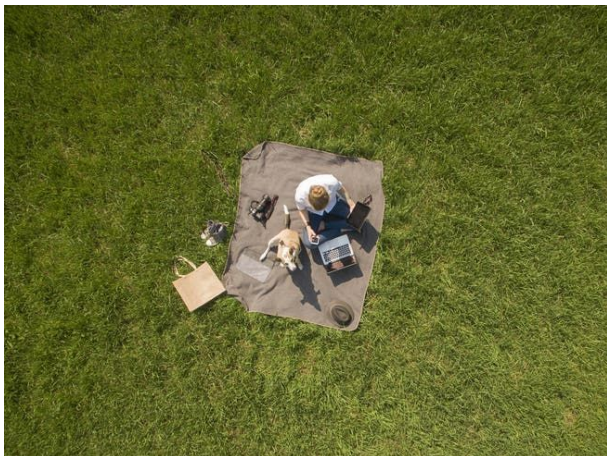
KOMMENTAR

Nicht die Generation Z ist faul – es sind die Arbeitgeber, die sich die Welt zu einfach machen

Faul, verwöhnt und mit sich selbst beschäftigt – so lauten die Vorwürfe der Arbeitgeber an die Generation Z. Solche Beschwerden sind so alt wie die Arbeit selbst. Wahr sind sie deswegen nicht.

Nelly Keusch, Jahrgang 1997

07.10.2022, 05.30 Uhr



Die Vereinbarkeit von Arbeit und Freizeit wird wichtiger – nicht nur für junge Arbeitnehmer. Noonland / Imago

«Niemand möchte mehr arbeiten, solange sie nicht genug Geld bekommen, um die Hälfte der Zeit zu arbeiten und die andere Hälfte zu faulenz», klagte die Zeitung «The Mulberry News» aus dem amerikanischen Gliedstaat Kansas – im Jahr **1922**. Und nicht nur in den USA schien zu dieser Zeit die **Faulheit** zu grassieren. Die NZZ etwa schrieb im selben Jahr von der «**verlotterten Arbeitsmoral**», der man «mit Ernst und Kraft entgegenwirken» müsse.

Beschwerden über die Faulheit der Arbeitnehmer sind so alt wie die Arbeit selbst. Das zeigte in diesem Sommer Paul Fairie, Politikwissenschaftler an der Universität Calgary. In einem vielbeachteten Twitter-Thread sammelte er **Zeitungsartikel, die bis ins 19. Jahrhundert zurückreichen** und in denen Kolumnisten, Unternehmer oder Ökonomen sich über die mangelnde Arbeitsbereitschaft in der Bevölkerung beschwerten.

Auch in diesem Jahr **stimmte** in einer [von dem Personaldienstleister Tinypulse durchgeführten Befragung](#) **jede fünfte Führungskraft der Aussage «Niemand will mehr arbeiten» zu**. Weil sich üblicherweise ältere Generationen über die Faulheit der Jüngeren beschwerten, ist es zurzeit **die jüngste auf dem Arbeitsmarkt aktive Generation, die wegen ihrer ausserordentlichen Faulheit die Aufmerksamkeit der Arbeitgeber auf sich zieht: die Generation Z.**

Der Nachfolgegeneration der sogenannten Millennials werden diejenigen zugerechnet, die **zwischen 1995 und 2012 zur Welt kamen**. Dass ein grosser Teil dieser Generation, zu der auch die Autorin dieses Textes gehört, noch gar nicht in den Arbeitsmarkt eingetreten ist, versteht sich von selbst. Die Vorwürfe an die «Jungen» sind dennoch überall dieselben: **Die Gen Z, so heisst es, wolle heute nur noch Teilzeit arbeiten, zu astronomischen Gehältern, sei wenig belastbar und kündige sofort, wenn ihr etwas nicht passe.**

Der Fachkräftemangel spielt den Jungen in die Karten

«Sie würden gebraucht, gerade beim derzeitigen Fachkräftemangel, aber sie nehmen die Stelle nur, wenn sie diese zu ihren Bedingungen gestalten können.» So drückte es jüngst ein Artikel in dieser Zeitung aus. Darin kamen Arbeitgeber zu Wort, die sich beschwerten, die Jungen seien undankbar und hätten unerreichbare Ansprüche.

Solche Aussagen zeigen vor allem die Denkfaulheit derer, die sie tätigen: der Arbeitgeber, meist Babyboomer oder Teil der Generation X.

Mit der Aussage, dass die Generation Z Ansprüche stelle, obwohl Fachkräftemangel herrsche, wird ein Widerspruch kreiert, der gar keiner ist: **Gerade weil in der Schweiz nahezu Vollbeschäftigung herrscht und das Angebot an Fachkräften knapp ist, liegt die Verhandlungsmacht bei den Arbeitnehmern.** Der Arbeitsmarkt ist nicht zuletzt immer noch ein Markt, und die potenziellen Mitarbeiter verlangen nur so lange viel, bis niemand mehr bereit ist, es ihnen zu geben. Das ist simple Ökonomie.

Der Arbeitskräftemangel trifft natürlich nicht alle Branchen und Positionen im gleichen Ausmass. Laut einer Studie des Karriereberaters Rundstedt werden nach wie vor vor allem IT-Fachkräfte gesucht – bei stolzen 77 Prozent der offenen Positionen sehen die befragten Arbeitgeber die Besetzung kritisch. Es folgen fachliche Kundenberater und Stellen in Forschung und Entwicklung.

Doch man darf sich nichts vormachen: **Es sind nicht nur hochqualifizierte Fachkräfte, die händeringend gesucht werden.** Und es gibt Unternehmen und Branchen, für die es deutlich schwieriger ist, ihren Mitarbeitern Extras und Abwechslung zu bieten. **Wenn es schon in akademischen Berufen eine Herausforderung ist, Stellen zu besetzen, so gilt das für Berufe, für die kein Hochschulabschluss benötigt wird, erst recht.** In der Pflege, in der Gastronomie, im Supermarkt oder auf dem Bau ist der Spielraum für Arbeitgeber deutlich begrenzter. **Der Ausbildungsgrad der Bevölkerung steigt, gleichzeitig sinkt die Zahl der Geburten stetig.** In den erwähnten Bereichen wird es in den kommenden Jahren noch schwieriger werden, Mitarbeiter zu finden.

Unabhängig von Branche oder Tätigkeit scheinen sich die meisten jüngeren Arbeitnehmer generell **wenig Sorgen um ihren Arbeitsplatz zu machen:** Laut dem Randstad-Arbeitsbarometer fühlen sich über die Hälfte der Befragten unter 24 sicher, bei Jobverlust schnell eine neue Stelle zu finden. Bei denjenigen unter 34 sind es sogar fast zwei Drittel. Die Jungen werden gebraucht, und das wissen sie auch.

Ist es so abwegig, Freizeit und Erfüllung zu suchen?

Nun kann man sich als Vorgesetzter in den Medien darüber beschweren, dass die jungen Leute es im Arbeitsmarkt zu einfach hätten und darum faul geworden seien. Dass man es selbst um einiges schwerer gehabt habe und dass die Arbeitsmoral und überhaupt die Welt früher viel besser gewesen seien. Das ist nicht nur unkreativ und langweilig, sondern bringt überdies auch nichts. Mit solchen Behauptungen machen die Arbeitgeber es sich viel zu einfach. Stattdessen sollten sie sich fragen, was es denn ist, das die jungen Leute wollen.

Dazu muss man sich nicht einmal eine Gen-Z-Beratung ins Haus holen oder die zahlreichen Studien lesen, die es zu der Generation gibt. Meist genügt es, in sich zu gehen und darüber nachzudenken, was man sich selbst als junger Mensch gewünscht hätte, hätte man dieselben Möglichkeiten gehabt.

Es ist schliesslich kaum vorstellbar, dass es eine Zeit gab, in der Menschen gerne bis zum Umfallen gearbeitet haben. Die stetig steigende Zahl an **Burnout**-Fällen beweist das. **Neben der Arbeit genug Zeit zu haben für Freunde, Familie und Hobbys ist keine Utopie mehr, ein Wandel hin zu flexibleren Arbeitszeiten und -orten ist schon seit Jahren in Gange.**

Wenn **Arbeitgeber** hingegen von vornherein wie selbstverständlich davon ausgehen, dass ihre Mitarbeiter bereit sind, Überstunden zu leisten und das Büro an erste Stelle setzen, belügen sie sich selbst. **Wer sein Geschäft auf Selbstausbeutung aufbaut, kann am Ende nur verlieren.**

Auch der Wunsch nach einem wertschätzenden Arbeitsumfeld, in dem Mitarbeiter gefördert werden und alle die gleichen Chancen haben, kann niemanden ernsthaft überraschen. Jüngeren Arbeitnehmern ist Diversität am Arbeitsplatz augenscheinlich wichtiger als den Vorgängergenerationen. Doch das Bedürfnis, im Büro vor diskriminierenden Kommentaren geschützt zu sein oder etwa als schwangere Frau nicht aufs Abstellgleis gestellt zu werden, dürften viele «Ältere» mit ihnen teilen.

Schliesslich dürfte es auch keine neue Erkenntnis sein, dass eine Arbeit, die sinnstiftend ist, die Mitarbeiter mehr erfüllt. Knapp 30 Prozent der Gen Z wären laut Arbeitsbarometer mit weniger Lohn zufrieden, wenn sie das Gefühl hätten, mit ihrer Arbeit etwas für die Welt oder Gesellschaft zu tun. Dieser Wert ist in der Altersgruppe der 55- bis 64-Jährigen genauso hoch – den Wunsch nach Sinn im Leben hat nicht die junge Generation erfunden. Und für Arbeitgeber ist es doch letzten Endes sogar besser, wenn ihre Mitarbeiter aus Überzeugung für das Unternehmen arbeiten und nicht nur, weil sie dort ein gutes Gehalt bekommen.

Im Internet sind die Möglichkeiten endlos

Dass die Gen Z aktiver nach Sinn sucht als ihre Vorgänger, könnte daran liegen, dass die Jahrgänge ab 1995 zwar in einer Zeit des Friedens und des Wohlstands aufgewachsen sind – doch das Ende ihres Studiums bzw. der Beginn ihres Arbeitslebens ist dominiert von Krisen: Klimawandel, Pandemie und nun ein Krieg in Europa und eine drohende Inflation bestimmen ihr junges Erwachsenenleben. Das führt dazu, dass alte Gewohnheiten hinterfragt werden. Und ist das nicht schon immer die Aufgabe der Jungen gewesen?

In einer Sache unterscheiden die «Zoomer» sich allerdings wohl am deutlichsten von ihren Vorgängern: Sie sind die erste Generation, die ihr gesamtes Leben mit dem Internet verbracht hat. Sie sind es gewohnt, das gesammelte Wissen der Menschheit in der Hand zu halten und permanent die Möglichkeit zu haben, ihre Situation mit der von anderen zu vergleichen. Social Media können ein Fluch sein, aber sie eröffnen auch viele Möglichkeiten, sich über Angebote zu informieren oder etwa Arbeitgeber zu bewerten und zu vergleichen.

Für diese ist das natürlich ärgerlich, schliesslich müssen sie sich nun dem sogenannten Zeitgeist anpassen. Für die Belange der Jüngeren, heisst es meist, hätten Arbeitgeber wenig übrig, schliesslich zähle letztlich nur das erfolgreiche Geschäft. Doch gerade dafür sind die Mitarbeiter die wichtigste Ressource. Wenn man diese Erkenntnis, die wahrlich auch nicht neu ist, nicht berücksichtigt, kann sich das auf Dauer nicht auszahlen. Dann werden sich die «Boomer» irgendwann denken: Hätten wir doch auf die «faule» Jugend gehört.

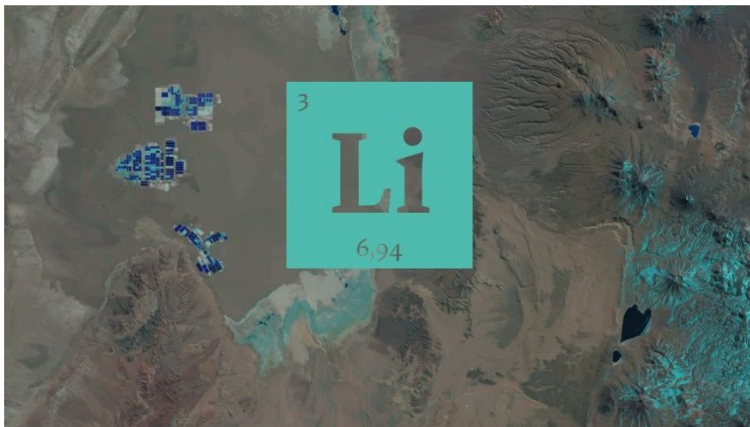
Rene Meinhardt
vor einem Tag
77 Empfehlungen

So, wie sich Arbeitgeber mit ihren Investitionen daran orientieren, in welchen Ländern ihnen von der herrschenden Politik Gegenwind entgegenweht und wo sie Rückenwind verspüren, lebt auch die Generation Z nicht im luftleeren Raum. **Wenn sie bereits in der Schule lernt, dass wertschöpfende Arbeit mühsam ist, schlecht bezahlt wird und ein Großteil der Früchte der Arbeit einem weggenommen und an andere verteilt wird während insbesondere im staatsnahen Bereich man mit unproduktiver Arbeit oder ganz ohne ein bequemes, finanziell gut ausgestattetes Leben führen kann**, spricht es für eine gewisse Intelligenz, wenn man sich für Variante 2 entscheidet. **Dass dies in einem rohstoffarmen Land nur begrenzte Zeit gut gehen kann, steht auf einem anderen Blatt.**

8 octobre (NZZ)

<https://www.nzz.ch/mobilitaet/e-autos-brauchen-lithium-doch-die-lieferkette-ist-intransparent-ld.1684758>

Ohne Lithium kann kein E-Auto fahren. Doch die Lieferkette ist intransparent



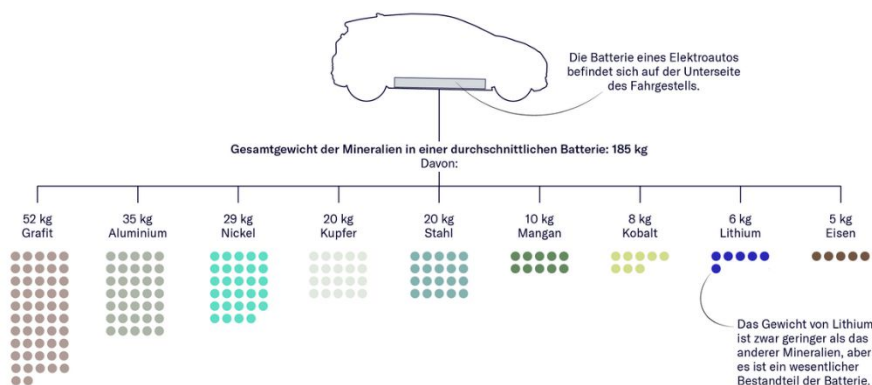
Satellitenbild Landsat 8 / U. S. Geological Survey (Aufnahme vom 26. Juli 2022).

Die Lithiumionenbatterie für einen elektrischen VW wird im Werk in Zwickau verbaut. Aber was davor passiert, darüber will keiner der Beteiligten sprechen. Wir haben es trotzdem herausgefunden – jedenfalls zum grossen Teil.

Esther Widmann, Roland Shaw 08.10.2022, 05.30 Uhr

Wenn alle Autos zukünftig ohne Benzin fahren sollen, brauchen sie einen alternativen Antrieb. Nach derzeitigem Stand der Technik wird das ein Lithiumionen-Akku sein, wie er auch in Handys und Laptops steckt – nur viel stärker. Deshalb braucht ein solcher Akku für ein Auto auch viel mehr Rohstoffe: Nickel, Mangan, Grafit – und **Lithium**. **Etwa 6 Kilogramm dieses Metalls stecken durchschnittlich in einem heute in Europa erhältlichen Elektroauto.**

Wie viele Mineralien stecken in der Batterie eines Elektroautos?



Die Angaben zum Mineraliengehalt basieren auf der «durchschnittlichen Batterie 2020».

Quelle: [Transport & Environment \(2021\), From Dirty Oil to Clean Batteries](#)

Die Eigenschaft, die das silberweisse Metall als Batteriezutat so gut geeignet macht, ist die sogenannte **Energiedichte**: **Lithium kann mehr Energie pro Volumen und Gewicht speichern als jedes andere Material.**

Zwar wird weltweit auch an Alternativen geforscht. Doch **die riesigen «Gigafabriken»** – eine Wortschöpfung des Tesla-Gründers Elon Musk –, die derzeit weltweit entstehen, werden Lithiumionenbatterien herstellen. Die Regierung der USA prognostiziert einen **Anstieg der Nachfrage nach Lithium in den kommenden Jahren um 4000 Prozent.**

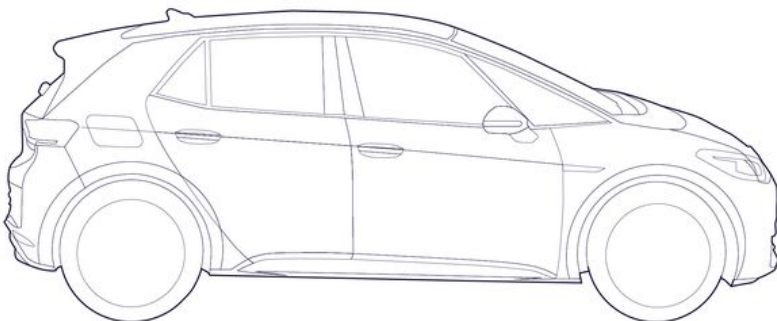
Ob diese Nachfrage überhaupt befriedigt werden kann, ist nach Ansicht mancher Wissenschaftler fraglich. Zwar kommt das Element an vielen Orten auf der Welt vor. Aber **der Abbau ist sehr aufwendig und ökologisch problematisch.** Nur sehr wenige Länder betreiben ihn im grossen Stil.

Wo also kommt das Lithium her, das in einem derzeit erhältlichen E-Auto steckt? Wie wird es gewonnen, und wie entsteht daraus eine Batterie?

Diese Fragen scheinen auf den ersten Blick banal, tatsächlich sind sie für ein konkretes Produkt gar nicht so einfach – oder nicht mit abschliessender Gewissheit – zu beantworten. **Die Hersteller geben sich um Transparenz bemüht,** in ihren Nachhaltigkeitsberichten und Pressemitteilungen ist viel von direkter Zusammenarbeit mit Lieferanten und verantwortungsvoller Rohstoffgewinnung die Rede.

Konkrete Anfragen aber bleiben unbeantwortet. **Bei manchen Aspekten der Lieferkette geben die Unternehmen teilweise sogar zu: Sie wissen es selbst nicht genau.** So steht auf der Website des Volkswagen-Konzerns, man könne heute noch nicht gewährleisten, dass die eigenen Nachhaltigkeitsanforderungen über die gesamte Lieferkette – also auch in den Minen – eingehalten würden. Der Grund: «Eine ganzheitliche Überprüfung der Lieferkette» sei «eine sehr komplexe Aufgabe».

Ohne Transparenz aber lässt sich die Einhaltung von Menschenrechten nicht kontrollieren. Das zu tun, wird jedoch für grosse Unternehmen spätestens mit Inkrafttreten des **Lieferkettengesetzes der EU** in einigen Jahren Pflicht. Und: **Mögliche Abhängigkeiten, etwa von China, werden verschleiert.** Sollte der **Konflikt mit China wegen Taiwan** eskalieren und Handelsbeziehungen durch Sanktionen unterbrochen werden, **fehlen womöglich plötzlich in Europa die Batterien.**



Das Elektrofahrzeug Modell ID.3 von VW

Eines der am meisten verkauften elektrischen Autos in Deutschland ist der VW ID.3. Er dient uns hier als Beispiel, um die Lieferkette von Lithium darzustellen. Ein Sprecher von Volkswagen antwortet auf alle Anfragen mit Verweisen auf Zukunftsprojekte und mit folgender Aussage: **«Wir bitten um Verständnis, dass wir aus Wettbewerbsgründen keine detaillierten Angaben zur Rohstoffbeschaffung machen.** Aussagen zu Mengen, Qualitäten, Preisen, Herkunft von Materialien und Komponenten unterliegen grundsätzlich der **Vertraulichkeit.**»

Anhand der öffentlich zugänglichen Informationen über die beteiligten Unternehmen lässt sich der wahrscheinliche Weg dennoch rekonstruieren.

1. Abbau

Es gibt zwei Hauptmethoden zur Gewinnung von Lithium: aus Salzpflannen oder Bergwerken



Quellen: [SQM](#), [Plateau Energy Metals 2019](#)

Es gibt zwei grundlegend verschiedene Arten der Lithiumgewinnung: im Bergbau, aus einem Erz namens Spodumen – das passiert fast ausschliesslich in **Australien**. Oder aus Salzwasser, das in der Sonne verdunstet. So wird es im sogenannten Lithiumdreieck gemacht, wo **Chile, Bolivien und Argentinien** aneinanderstossen. **Das Lithium für die von VW verbauten Batterien kommt sowohl aus Australien als auch aus Chile.**

Dort befindet sich in den Anden der Salar de Atacama, eine Salzwüste, etwa 100 Kilometer lang und 80 Kilometer breit, heiss, ohne Schatten und extrem niederschlagsarm. Touristen bewundern die in den wenigen Frischwasser-Feuchtgebieten nistenden Flamingos. Von der Lithiumproduktion bekommen die Besucher nichts mit. Erst aus dem All wird sichtbar, wie sie sich in den vergangenen Jahren immer weiter ausgedehnt hat.

Das Wasser, das hier an die Oberfläche gepumpt wird, enthält zehnmal mehr gelöste Stoffe als Meerwasser und etwa 0,17 Prozent Lithium. In Verdunstungsbecken, manche so gross wie 20 Fussballfelder, wird es immer weiter konzentriert. Dabei ändert sich die Farbe.

Aus der Luft sieht es aus, als hätte jemand mit riesigen Bausteinen in Blau, Türkis, Grün, Gelb und Orange Tetris gespielt. Im Zuge der Verdunstung kristallisieren einige der im Wasser enthaltenen Stoffe: Natriumchlorid, also Kochsalz, und Kaliumchlorid, der Grundstoff für Kalidünger und das ursprünglich wichtigere Produkt aus dem Atacama.

Viele der Becken gehören der Sociedad Química y Minera de Chile ([SQM](#)), [einem der grössten Lithiumhersteller der Welt](#). SQM steigert die Produktionsmenge stetig; im Jahr 2023 soll sie bei 210 000 Tonnen Lithiumcarbonat und 40 000 Tonnen Lithiumhydroxid liegen. Da Lithiumhydroxid aus Lithiumcarbonat erzeugt wird, kann man von einer Gesamtfördermenge von 250 000 Tonnen Lithiumcarbonat ausgehen.

Die Gewinnung von [Lithium aus Sole hat laut einer wissenschaftlichen Untersuchung insgesamt eine bessere Ökobilanz als die aus Spodumen](#) – aber unproblematisch ist sie keineswegs.

Australien ist der grösste Lithiumproduzent der Welt

Minenproduktion von Lithium, in tausend Tonnen

Australien

Chile

China

Argentinien

Rest der Welt

2011 2012 2013 2014 2015 2016 2017 2018 2019 2020 2021 0204 0608 0100

Quelle: [BP Statistical Review of World Energy 2022](#)

NZZ / sro.

500 000 Liter Sole müssen für die Herstellung einer Tonne Lithiumcarbonat an die Oberfläche gepumpt werden. Bei 250 000 Tonnen Lithiumcarbonat im kommenden Jahr bedeutet das 125 Milliarden Liter.

Etwa 5000 Menschen leben im Salar de Atacama, zumeist Indigene. Sie beschuldigen SQM und den anderen grossen Lithiumproduzenten in der Region, Albermarle, ihnen das Wasser zum Leben genommen zu haben. Sie vermuten, dass der Haushalt von Trinkwasser und Sole im Untergrund zusammenhängen könnte – und [durch die Entnahme der Sole auch der Grundwasserspiegel des Trinkwassers sinkt](#).

Jüngst haben Wissenschaftler aus den USA eine [Studie](#) dazu veröffentlicht, finanziert wurde sie von BMW und BASF. Sie kommt zu dem Ergebnis, dass im Salar de Atacama tatsächlich mehr Wasser entnommen wird als nachhaltig möglich. Doch die Lithiumproduktion sei nur für 10 Prozent des Verbrauchs verantwortlich. Das weitaus meiste Wasser verschlingen der Kupferbergbau und die Landwirtschaft.

2. Chemische Verarbeitung

Die bessere Ökobilanz des Lithiums aus Sole beruht vor allem darauf, dass einen grossen Teil der Arbeit die Sonne macht. Nach etwa 12 Monaten in den Verdunstungsbecken enthält die Sole 6 Prozent Lithium.

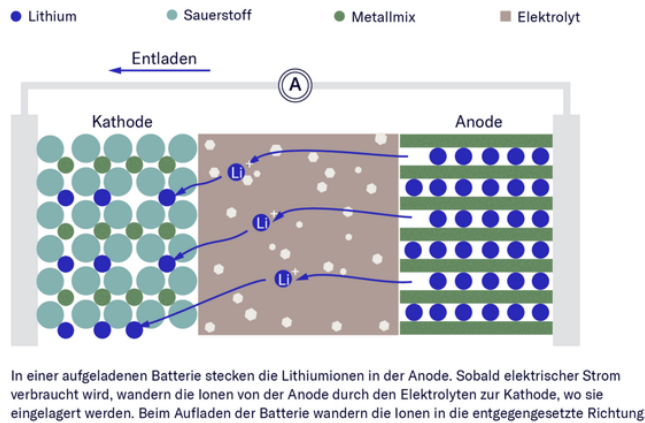
In diesem Zustand wird sie zur Weiterverarbeitung abtransportiert. Jeder Lastwagen fasst 24,5 Tonnen. Die Weiterverarbeitungsanlage liegt im 230 Kilometer entfernten Antofagasta. Hier wird mithilfe von Wasserstoffchlorid, Alkohol und Schwefelsäure das Bor aus der Sole entfernt. Als Nächstes wird das Magnesium extrahiert, indem Natriumcarbonat und Kalk hinzugefügt werden.

Die nun gereinigte Sole wird erneut mit Natriumcarbonat (Na_2CO_3) versetzt, wodurch festes Lithiumcarbonat (Li_2CO_3) ausgefällt wird. Dieses wird dann gewaschen, gefiltert und getrocknet. In weiteren Reaktionsschritten mit Calciumoxid wird Lithiumhydroxid (LiOH) hergestellt. Lithiumcarbonat und Lithiumhydroxid werden dann als weisse Pulver an Batteriehersteller auf der ganzen Welt verschifft.

3. Produktion von Batteriekomponenten

Lithiumionenbatterien bestehen, vereinfacht gesagt, aus zwei Elektroden, die durch eine dünne Schicht, den Separator, voneinander getrennt sind. Zwischen ihnen liegt ausserdem noch der Elektrolyt, ein Material, das die Ionen leitet. Beim Aufladen werden die Ionen und damit die Energie in der Anode gespeichert, im Gebrauch wandern sie durch den Elektrolyten zur Kathode, die Batterie entlädt sich.

Wie eine Lithiumionenbatterie funktioniert



Quelle: [Science Direct](#)

NZZ / cke., sro.

Ein wichtiger Kunde von SQM ist LG Chem aus Südkorea. Die Firma kauft dem chilenischen Unternehmen jedes Jahr 55 000 Tonnen Lithiumcarbonat und Lithiumhydroxid ab. Daraus werden Batteriekomponenten auch für den VW ID.3 hergestellt.

Wo das passiert, welchen Weg das Lithium für das VW-Modell ID.3 also von Chile aus nimmt, ist jedoch kaum nachzuvollziehen. Weder LG Chem noch VW geben darüber Auskunft.

Ein Vertreter von SQM darf zwar ebenfalls nichts darüber sagen, wohin genau das Lithium aus dem Atacama verschifft wird. **Das meiste Lithium aus Chile werde aber nach Asien transportiert. Es ist bekannt, dass China, Japan und Südkorea das meiste Wissen über die Herstellung von Batteriekomponenten haben.**

LG Chem hat laut [Berichten koreanischer Medien](#) im vergangenen Jahr ein Unternehmen samt Produktionsanlagen und Mitarbeitern aufgekauft, das Separatoren herstellt. Zuvor seien diese Komponenten von anderen Herstellern geliefert und nur noch mit einer speziellen Beschichtung versehen worden. LG Chem produziere Kathoden sowie Zutaten für Anoden und Elektrolyt. In anderen Medien heisst es, [LG Chem sei nun das einzige Unternehmen weltweit, das alle wichtigen Batteriekomponenten selbst herstellen könne](#): Anode, Kathode, Elektrolyt und Separator. Unbestritten scheint zu sein, dass das gekaufte Unternehmen Fabriken in Südkorea, China und in Wroclaw in Polen hat.

Möglich also, dass das Lithium für die VW-Batterie aus Chile zunächst nach Südkorea oder China gebracht und dort weiterverarbeitet wird oder dass zumindest einige der Komponenten dort produziert werden. Mit Sicherheit sagen lässt es sich jedoch nicht.

Die nun LG Chem gehörende Produktionsanlage im polnischen Wroclaw (ehemals Breslau) hingegen ist als Station des Lithiums mit Bestimmtheit nennbar. Sie soll eine der grössten Batteriefabriken der Welt sein und beliefert fast alle Hersteller von E-Autos in Europa: unter anderem Renault, Audi, BMW, Mercedes, Volvo – und Volkswagen. Das Lithium aus Chile macht auf seiner Reise hier Station. Aber darüber, in welcher Form es in Wroclaw weiterverarbeitet wird, beziehungsweise darüber, was das Endprodukt ist, wollen die Beteiligten nichts sagen.

4. Manufaktur des Endprodukts

Von Wroclaw gelangen die Batteriekomponenten nach Braunschweig, diesmal per Zug, das letzte Stück per Lkw. Hier steht eine Batteriefabrik, in der Lithiumionen-Akkus für den in Europa erhältlichen ID.3 gebaut werden. 8 Kilogramm Lithium stecken laut VW-Angaben in einer 400 Kilogramm schweren Batterie. Wieder per Zug fährt das nun in der Batterie befindliche Lithium weiter nach Zwickau. Dort wird die Batterie in einem VW-Werk in ein Auto verbaut.

Die Lithiumlieferkette der Zukunft

Die Lieferkette von Lithium hat ein dunkles Loch. Spricht man mit SQM, kommt man nur von der Abbaustelle im Atacama bis nach Antofagasta in Chile. Spricht man mit Volkswagen, kommt man nur vom Autowerk in Zwickau bis Wroclaw in Polen. Was dazwischen passiert und wo, bleibt weitgehend im Verborgenen. **Bei VW möchte man gerne glauben machen, dass sich das schon bald ändern wird.**

Diese Unternehmen gehören zu den Akteuren der Lithium-Lieferkette



Quellen: [VW](#), Interviews mit Vertretern der Lithiumindustrie

Sowohl in Europa als auch in den USA laufen Bemühungen, eigene Lithiumvorkommen zu erschliessen. In Deutschland etwa will das Unternehmen Vulcan Energy im Oberrheingraben Lithium aus Thermalwasser gewinnen. Das Wasser soll aus 2500 bis 5000 Metern Tiefe an die Oberfläche gepumpt werden, anders als in Chile aber nach der Extraktion des Lithiums wieder in die Erde zurückgeleitet werden.

VW zählt nach eigenen Angaben schon zu den Kunden: «Der verbindliche Vertrag sieht die Lieferung von Lithiumhydroxid über einen Zeitraum von fünf Jahren ab 2026 vor.» **Eine Bewilligung zur Förderung von Lithium hat Vulcan allerdings noch nicht.** Eine Sprecherin des

Unternehmens erklärt, die Genehmigungen für Bergbauprojekte erfolgten immer schrittweise und man gehe nicht von Verzögerungen in diesem Zusammenhang aus.

Marcel Weil vom Karlsruher Institut für Technologie, der sich mit der Umweltbilanz von Batterien über deren gesamte Lebensdauer beschäftigt, ist jedoch skeptisch: **«Im Oberrheingraben möchte möglicherweise niemand von der Bevölkerung einen geothermalen Lithiumabbau.»** Hier haben die Leute schlechte Erfahrungen gemacht mit **Geothermiebohrungen**, die **Erdbeben** und Schäden an Häusern verursacht haben. In Portugal und Spanien, wo der Spodumenabbau projektiert ist, wehrten sich die Menschen ebenfalls gegen solche Unternehmungen, sagt Weil.

In Serbien wurde kürzlich ein grosses Lithiumförderprojekt abgeblasen, zumindest offiziell aus **Umweltschutzgründen**. Und dann gibt es laut Weil noch ein grundsätzliches Problem: **«Bis eine Mine erschlossen ist und läuft, das dauert zehn bis zwanzig Jahre.»**

Doch selbst wenn Lithium in Europa gewonnen werden sollte: Ob es hier so schnell auch das nötige Wissen und die Kapazitäten für die nächsten Schritte gibt, ist fraglich. **VW** baut eine erste Batteriezellenfabrik in Salzgitter in Niedersachsen, die ab 2025 produzieren soll. **Die Expertise dafür holt sich der Autohersteller durch Zusammenarbeit mit einer chinesischen Firma.** 2030 sollen die Kathoden für die Batterien in 2,3 Millionen VW-Autos von dem belgischen Hersteller Umicore kommen; zu Beginn wird es nur ein Bruchteil davon sein.

Laut Branchenanalysten werden auch im Jahr 2031 weltweit noch mehr als **zwei Drittel aller Batteriezellen in China produziert werden. So dürfte aus der geplanten Unabhängigkeit in dieser Hinsicht erst einmal nichts werden.** Der Bruch in der Nachvollziehbarkeit der Lieferkette von Lithium wird sich vermutlich auch in den kommenden Jahren nicht vollständig kitten lassen.

8 octobre (Figaro)

<https://www.lefigaro.fr/vox/monde/l-influence-grandissante-d-erdogan-est-le-produit-de-nos-faiblesses-et-de-notre-lachete-20221007>

«L'influence grandissante d'Erdogan est le produit de nos faiblesses et de notre lâcheté»

Par [Ronan Planchon](#)

Publié hier à 11:05, mis à jour hier à 14:13



«Erdogan est encouragé par la faiblesse de la réponse des Européens.» *ADEM ALTAN / AFP*

ENTRETIEN - Dans un livre nourri et documenté, Franck Papazian explique comment la Turquie exerce un puissant lobbying pour imposer l'islamisme en France et en Europe, profitant notamment de l'absence de réaction de l'Occident.

Franck Papazian est membre du Conseil de coordination des associations arméniennes de France. Il vient de publier Le Régime Erdogan. Une menace pour la France (éd. Versilio/Robert Laffont, 144 p., 18 €).

LE FIGARO. - Dans votre livre, vous expliquez que, dans l'optique de façonner **une Turquie de plus en plus nationaliste et expansionniste, Erdogan accroît son réseau d'influence **grâce à une diaspora largement acquise à sa cause**. Comment expliquer **l'islamo-conservatisme de la diaspora turque** quand celle d'autres pays semble souvent plus «progressiste»**

Franck PAPAZIAN. - Parce que depuis 20 ans, Erdogan instrumentalise **les Turcs en Europe**. Il leur donne les moyens de développer leurs associations en finançant leur développement autour de l'islam radical. Erdogan leur a confié une mission : **chaque Turc en France et en Europe doit devenir un ambassadeur de la Turquie**. Il soigne sa diaspora, il la finance, il entretient avec elle des relations de complicité. Il l'organise autour de certaines associations comme le **Milli Gorus, la Ditib, qui sont en charge de la gestion des mosquées et des Imams radicaux, des écoles communautaristes**. La Fédération des Turcs de France a pour but de coordonner cette stratégie et les dirigeants turcs font régulièrement le voyage en Europe pour maintenir la pression. Il instrumentalise **les «Loups gris»**, une organisation ultra-violente, interdite par le ministère de l'Intérieur en octobre 2020 mais dont les membres sont toujours en liberté. On se souvient de la violence des «Loups gris» à l'encontre des Arméniens au cours du second semestre 2020. Ils sont partout, en liberté, aux ordres de la folie d'Erdogan.

Je montre dans mon livre combien la pression de l'islamisme radical est extrêmement forte en France, avec des dizaines de mosquées et d'imams radicaux

et des dizaines de professeurs turcs qui viennent tous les ans en France pour « former » la jeunesse franco-turque aux valeurs de l'ultranationaliste turc.

Franck Papazian

À l'inverse, Erdogan est contesté en Turquie, notamment par une partie de la jeunesse. **Comment expliquer ce décalage entre la puissance du soft-power d'Erdogan à l'étranger et sa réussite mitigée sur le sol turc ?**

Ne nous trompons pas, la jeunesse turque moderne qui veut tourner la page Erdogan est encore **minoritaire en Turquie**. Elle subit le poids de la politique régressive d'Ankara. Elle veut une Turquie moderne, apaisée, libérée, démocratique, respectueuse des libertés individuelles et collectives. Elle rêve d'une défaite d'Erdogan aux prochaines élections de juin 2023.

En France, le soft-power turc se traduit par le financement de mosquées, d'écoles, l'envoi d'imams...

N'oublions jamais d'où vient Erdogan. Il a fait partie de la direction des Frères musulmans. Il s'est construit sur la base de l'islamisme radical.. Il est animé par l'ultranationaliste religieux. **Je montre dans mon livre combien la pression de l'islamisme radical est extrêmement forte en France**, avec des dizaines de mosquées et d'imams radicaux et des dizaines de professeurs turcs qui viennent tous les ans en France pour «former» la jeunesse franco-turque aux valeurs de l'ultranationaliste turc. Erdogan a repris à son compte cette citation qui constitue tout un programme : **«Les minarets sont nos baïonnettes, les coupoles nos casques, les mosquées nos casernes et les croyants nos soldats.»** Et cette citation est une feuille de route pour Erdogan dont le but est de mettre en œuvre tous les moyens pour contrôler l'islam en France. **Dominer l'Islam pour dominer la France et exercer une pression auprès de la société civile, des élus et des décideurs politiques. Erdogan a infiltré la société française.** Le CFCM compte aujourd'hui parmi ses dirigeants l'ancien «patron» du Milli Gorus, Fatih Sarikir, qui dirige l'islam radical turc. **Le président du CFCM de 2017 à 2019, Ahmet Ogras**, turc d'origine, avait affiché son soutien à Erdogan en indiquant sur son compte Twitter : **«Nous sommes tous des soldats d'Erdogan»**.

Erdogan donne l'impression de tout oser, mais l'histoire récente montre qu'il rétropédale quand il fait face à de la résistance...

Oui, Erdogan nous teste en permanence. Il teste la France lorsqu'il nomme en 2015 Ismail Hakki Musa, au poste d'ambassadeur de Turquie en France. Rappelons qu'il était numéro du MIT, les services secrets turcs, en charge des opérations spéciales et qu'il est soupçonné d'avoir organisé l'assassinat de trois militantes kurdes à Paris en janvier 2013. Sa nomination est une provocation.

Le président turc ne comprend que le rapport de force. La seule manière de se faire respecter est de répondre avec force.

Franck Papazian

Erdogan est encouragé par la faiblesse de la réponse des Européens. Lorsqu'il insulte le Président de la République française, Emmanuel Macron, l'invitant à *«aller faire des examens de santé mentale»*, ajoutant que *«Macron a besoin de se faire soigner»*, la réponse de la France est extrêmement faible et absolument pas à la hauteur de la situation. Ce dérapage du président turc fait suite à une **déclaration d'Emmanuel Macron promettant de «ne pas renoncer aux caricatures»**. Lorsqu'il appelle les Français à ne pas voter pour Emmanuel Macron, quoi qu'on puisse penser du Président de la République, c'est une ingérence inacceptable. **Lorsqu'il menace en déclarant : «Demain, aucun Européen ne pourra faire un pas dans la rue en sécurité», il ne reçoit aucune réponse à la hauteur de la menace.** Lorsqu'il lance un appel au boycott des produits français, nous attendons toujours la réponse appropriée du gouvernement français. Il a également exercé **un ignoble chantage aux migrants**. Alors que l'Europe a fait un chèque de trois milliards de dollars pour que la Turquie accueille les migrants de Syrie et crée les conditions pour qu'ils

restent en Turquie, Erdogan, a déclaré: «*Depuis que nous avons ouvert nos frontières, le nombre de ceux qui se sont dirigés vers l'Europe a atteint des centaines de milliers. Bientôt ce nombre s'exprimera en millions.*» Une provocation de plus à l'encontre des Européens... qui ne réagiront pas. Erdogan est un homme fort, un dirigeant puissant. Il a construit une Turquie autoritaire à l'intérieur, impérialiste à l'extérieur. **Le néo-ottomanisme** d'Erdogan est extrêmement dangereux.

Le président turc ne comprend que le rapport de force. La seule manière de se faire respecter est de répondre avec force. La France aurait été inspirée d'expulser l'ambassadeur de Turquie à Paris. **Il serait également temps de contrôler les associations qu'il soutient en France, tracer les flux financiers de ces organisations et auditer les comptes en banque de leurs dirigeants. Il faut fermer les mosquées radicales qui font du prosélytisme antirépublicain au profit de l'islamisme radical.** Il faut surveiller les discours de haine des Imams et les sanctionner. Car c'est la population française qui est en danger aujourd'hui. Erdogan a posé une bombe à retardement en France. Si le gouvernement français ne la désamorce pas, elle explosera. Le régime Erdogan est une menace pour la France et les Français. Il faut réagir. **J'ai pris un risque important en écrivant ce livre.** Mais il faut appréhender la situation avec force et détermination mais également avec courage. C'est le courage politique qui doit prévaloir aujourd'hui et qui doit diriger les décisions du gouvernement français. J'ai mis le cas Erdogan sur la table. Personne ne pourra dire qu'on ne savait pas.

8 octobre (Figaro)

<https://www.lefigaro.fr/conjoncture/banque-mondiale-une-cinquieme-vague-de-crise-de-la-dette-est-en-vue-20221007>

Banque mondiale : une «cinquième vague de crise de la dette» est en vue

Par Le Figaro avec AFP

Publié hier à 20:09, mis à jour hier à 21:14

La pandémie a poussé de nombreux pays à emprunter davantage afin de soutenir leur économie.

Le monde est sur le point d'affronter une «*cinquième vague de crise de la dette*», a prévenu vendredi le président de la Banque mondiale (BM), David Malpass, lançant un appel en faveur d'un soutien aux pays en difficulté. La pandémie a poussé de nombreux pays à emprunter davantage afin de soutenir leur économie, se retrouvant désormais face à un risque de tension sur leur dette, sous l'effet combiné de l'inflation et de la hausse des taux d'intérêt.

«*Je suis inquiet quant au niveau d'endettement, inquiet pour un certain nombre de pays*», a déclaré David Malpass lors d'une conférence de presse en ligne. «*Rien qu'en 2022, environ 44 milliards de dollars de dette, détenue par le secteur privé ou d'autres États, est devenue exigible*» dans certains des pays les plus pauvres, un montant supérieur à l'aide internationale reçue par ces mêmes pays, a souligné le président de la BM. «*Nous faisons actuellement face à ce que je pense être une cinquième vague de crise de la dette*», a-t-il ajouté, appelant à «*radicalement plus de transparence*» sur les niveaux d'endettement, tant de la part des prêteurs que des emprunteurs.

Le président de la Banque mondiale s'exprimait en amont des réunions annuelles du Fonds monétaire international (FMI) et d'une réunion du G20 finances, qui se tiendront la semaine prochaine à Washington. David Malpass en a profité pour **demander de nouveau à la Chine, parmi les prêteurs les plus importants auprès des pays à faibles revenus**, de communiquer plus sur les montants prêtés et d'en faire plus afin de permettre la restructuration des dettes les plus problématiques.

Ralentissement de l'économie mondiale

Ses propos rejoignent les alertes lancées par la directrice générale du FMI, Kristalina Georgieva, qui a estimé jeudi que près **d'un quart des pays émergents et jusque 60% des pays les plus pauvres risquent d'être confrontés à une crise de leur endettement**. Une situation amplifiée par le ralentissement de l'économie mondiale, sous l'effet conjugués de l'inflation, nourrie par la hausse des prix de l'énergie et de l'alimentation, ainsi que le resserrement monétaire décidé par les banques centrales pour limiter cette dernière.

«*Face au risque de crise financière dans les pays en développement, il est très important de reconnaître le rôle que les économies avancées jouent en termes de soutien à la croissance*», a rappelé David Malpass. Les pays en développement ont également besoin de voir plus de capitaux être investis chez eux et, même si la BM tente d'augmenter son aide, «*ce n'est tout simplement pas suffisant*», a-t-il ajouté. **La BM retient quatre vagues précédentes de crise de la dette depuis les années 70, entraînant le plus souvent des crises financières dans les économies émergentes et en développement, à l'image de la crise asiatique de la fin des années 90.**

8 octobre (Figaro)

<https://www.lefigaro.fr/politique/la-semaine-du-figarovoix-le-far-west-francais-et-le-gouvernement-des-juges-20221007>

«Le Far-West français et le gouvernement des juges»

Par [Alexandre Devecchio](#)

Publié hier à 21:01, mis à jour hier à 21:23



Grenoble. *JEAN-PHILIPPE KSIAZEK / AFP*

Une jeune femme de 18 ans y a laissé sa vie. Le drame a eu lieu le 5 octobre, dans la nuit de mardi à mercredi à Grenoble. Après un refus d'obtempérer, un homme ouvre le feu sur des policiers, ces derniers répliquent, la passagère est mortellement touchée durant l'échange de tirs. Le conducteur est un ressortissant marocain en situation irrégulière et multirécidiviste. Condamné à huit ans de prison en 2012 pour tentative d'homicide sur des policiers, libéré en mars 2021, il était sous le coup d'un mandat d'arrêt à la suite d'une nouvelle condamnation pour outrage, rébellion et port d'arme prohibée. Un cas isolé ? Non presque un cas d'école...

De Paris à Bordeaux en passant par Lyon et Nantes, les faits de violence se multiplient dans toute la France. Les auteurs de ces actes sont, dans une nette majorité des cas, issus de l'immigration, et souvent en situation irrégulière. Ils sont toujours connus de la justice. Dans ce contexte, l'action de la magistrature apparaît de plus en plus contestée par une partie des Français. Selon une nouvelle étude de l'Institut CSA pour l'Institut pour la Justice (IPJ), un think tank classé à droite, 81% des Français estimerait que celle-ci est trop laxiste. De même, de nombreux observateurs pointent le lien entre immigration et insécurité, ainsi que les obstacles judiciaires de plus en plus insurmontables pour expulser les étrangers. Paru ce jeudi, *Soyez partiaux !* (Le Cerf), livre important de Hervé Lehman, dont vous pouvez lire le grand entretien dans *Le Figaro Magazine* (*voir ci-dessous*), nous explique comment nous en sommes arrivés là.

L'ancien juge d'instruction et avocat au barreau de Paris pointe notamment l'influence considérable du Syndicat de la magistrature, et de ses relais dans l'administration ainsi que dans les partis et gouvernements de gauche: bien au-delà de la défense des intérêts matériels des magistrats, cette «*minorité agissante*» aurait mis, selon lui, la justice au service de son objectif politique d'«*une société sans capitalisme, sans frontières et sans prison*».

Également visées par Lehman, les hautes juridictions, notamment européennes, dont la légitimité démocratique est faible, et qui ont peu à peu rendu quasi inapplicable la législation sur les étrangers. Censé garantir la liberté fondamentale du citoyen, l'État de droit, mué en gouvernement des juges, semble aujourd'hui nier la volonté populaire. Le rétablissement de l'ordre n'ira pas sans une remise à plat de notre système judiciaire.

Bonne lecture et bon week-end !

Alexandre Devecchio

L'entretien de la semaine - Hervé Lehman

Ancien juge d'instruction, avocat au barreau de Paris, Hervé Lehman signe une enquête implacable sur les coulisses du Syndicat de la magistrature. Son poids dans l'évolution de la justice a contribué à l'affaiblissement de l'effectivité de la peine ou à **rendre presque impossible l'expulsion des étrangers.**

8 octobre (Figaro)

<https://www.lefigaro.fr/vox/societe/herve-lehman-certains-juges-ont-pour-objectif-une-societe-sans-frontieres-et-sans-prison-20221007>

Hervé Lehman : «Certains juges ont pour objectif une société sans frontières et sans prison»

Par Hervé Lehman

Publié hier à 05:15



Hervé Lehman. ©Léa Crespi pour le Figaro Magazine

GRAND ENTRETIEN - Ancien juge d'instruction, avocat au barreau de Paris, Hervé Lehman signe une enquête implacable sur les coulisses du **Syndicat de la magistrature. Son poids dans l'évolution de la justice a contribué à l'affaiblissement de l'effectivité de la peine ou à rendre presque impossible l'expulsion des étrangers. Votre livre est sous-titré «Itinéraire de la gauche judiciaire», est-ce à dire que les juges sont tous de gauche? Quel sont le poids et l'influence réelle des fameux «**juges rouges**»?**

La grande majorité des juges sont apolitiques dans l'appréhension et la pratique de leur mission. Ils peuvent avoir personnellement une sensibilité politique, philosophique ou spirituelle comme tout citoyen mais **considèrent que leur mission est d'appliquer la loi, de laquelle ils tirent d'ailleurs leur seule légitimité. Mais il existe une petite minorité, regroupée au Syndicat de la magistrature, qui considère que la mission du juge est politique, que la justice est un instrument de pouvoir qui doit être utilisé pour changer la société. Ces magistrats et leur syndicat sont clairement engagés à gauche.**

Créé juste après Mai 68, le Syndicat de la magistrature était à l'origine un mouvement de jeunes magistrats qui ruait dans les brancards d'une justice très hiérarchisée et qu'ils considéraient comme «bourgeoise». C'était le temps de ceux qu'on appelait les «petits juges rouges». Puis, à partir de l'élection de François Mitterrand en 1981, les fondateurs et militants du Syndicat de la magistrature ont accédé, à chaque fois que la gauche a été au pouvoir, aux postes à responsabilités: directions du ministère de la Justice, chefs de juridiction, Cour de cassation, direction de l'École nationale de la magistrature. Leur influence s'exerce donc aujourd'hui à tous les niveaux de la hiérarchie judiciaire.

Ces magistrats constituent une **minorité agissante**: organisée au sein d'un syndicat, avec des relais dans les partis de gauche et d'extrême gauche, les syndicats et les mouvements altermondialistes, appuyée sur une doctrine, soutenue par le pouvoir politique quand il est à gauche, **cette minorité a**

un poids beaucoup plus important dans l'évolution de la justice que les magistrats non syndiqués ou appartenant à des syndicats apolitiques.

Le titre, «Soyez partiaux!», fait référence à la harangue de Baudot. De quoi s'agit-il?

Il faut d'abord rappeler une évidence: **l'impartialité est le principe premier de la justice.**

Oswald Baudot était un substitut du procureur, membre du Syndicat de la magistrature. En 1974, il a publié **un texte s'adressant aux jeunes sortant de l'École nationale de la magistrature**, et qui fit alors scandale. Il leur donnait **trois conseils: prononcez le moins de peines de prison possible, ne vous encombrez pas avec la loi et faites-lui dire ce que voulez, et, surtout, soyez partiaux.** La harangue de Baudot précisait sur cette partialité : *«Ayez un préjugé favorable pour la femme contre le mari, pour l'enfant contre le père, pour le débiteur contre le créancier, pour l'ouvrier contre le patron, pour l'écrasé contre la compagnie d'assurances de l'écraseur, pour le malade contre la Sécurité sociale, pour le voleur contre la police, pour le plaideur contre la justice.»*

Récemment encore, en 2018, Simone Gaboriau, ancienne présidente du Syndicat de la magistrature approuvait cette partialité: *«**Ce beau texte est en réalité porteur d'une saine exigence d'impartialité effective, rompant avec une approche formaliste de l'éthique du juge [...]** Oswald Baudot exprimait sa volonté d'exercer son métier avec **le souci de l'égalité réelle devant la justice**, imposant une attention particulière à la partie faible.»* Il s'agit de **l'opposition marxiste classique entre les droits formels édictés par la société bourgeoise au profit des seuls bourgeois et les droits réels, que peuvent exercer les travailleurs.**

Quelle est plus précisément l'idéologie de ces juges? Ont-ils mis la justice au service de celle-ci?

Le Syndicat de la magistrature veut une justice rendue au nom du peuple, dans le sens de **«peuple de gauche», par opposition à la bourgeoisie.** Sa préoccupation première n'est pas de défendre les intérêts matériels des magistrats, comme un syndicat traditionnel, mais **de changer la justice et, à travers elle, la société. L'objectif est une société sans capitalisme, sans frontières et sans prison.** Il sera atteint par les luttes sociales, les gouvernements de gauche, et l'évolution de la jurisprudence, c'est-à-dire l'action des juges de gauche.

L'erreur est de croire que le Syndicat de la magistrature réagit simplement en critiquant les réformes qu'il considère comme réactionnaires. Son action est beaucoup plus constante et déterminée pour atteindre l'objectif final.

Ces magistrats sont sincères ; ils pensent qu'ils sont dans le camp du bien, et donc qu'il est juste d'utiliser la justice pour atteindre l'objectif. Au fond, pour eux, justice est synonyme de justice sociale.

Dans le passé, le Syndicat de la magistrature a affiché une réelle complaisance à l'égard de terroristes d'extrême gauche

Hervé Lehman

Quel lien existe-t-il entre le Syndicat de la magistrature et les Brigades rouges?

Le Syndicat de la magistrature n'a pas de lien avec le terrorisme. Mais, de fait, dans le passé, il a affiché une réelle complaisance à l'égard de terroristes d'extrême gauche, dont il désapprouve évidemment les méthodes mais avec lesquels il partage une certaine vision d'une société altermondialiste. Il s'est ainsi opposé en 2004 à l'extradition vers l'Italie de Cesare Battisti, terroriste et assassin, proche des Brigades rouges. Lorsque Cesare Battisti est finalement extradé en 2019, il reconnaît les assassinats dont il est l'auteur et demande pardon, notamment au fils d'un des deux commerçants assassinés, resté paraplégique parce qu'il a reçu une balle «perdue». Il déclare: *«Je n'ai jamais été victime d'une*

injustice, je me suis moqué de tous ceux qui m'ont aidé, je n'ai même pas eu besoin de mentir à certains d'entre eux.»

En 1977 déjà, le Syndicat de la magistrature s'était opposé à l'extradition vers l'Allemagne de Klaus Croissant, dont le cabinet d'avocats était devenu la base opérationnelle de la Rote Armee Fraktion.

Que révèle l'affaire du «mur des cons»?

C'est une affaire lamentable. Dans les locaux du Syndicat de la magistrature se trouvait un panneau, appelé «mur des cons», sur lequel chaque militant était invité à afficher ses «cons». Étaient principalement épinglés le personnel politique de droite mais aussi plusieurs personnalités ayant eu le malheur d'afficher des positions favorables à la répression des délinquants. Le plus indigne, mais aussi le plus significatif, était la présence de deux pères de jeunes filles violées et assassinées. Ce n'est pas parce qu'ils étaient pères de victimes qu'ils étaient affichés, même si un minimum d'humanité aurait dû les protéger de cette ignominie, mais parce que les deux s'étaient engagés dans des mouvements favorables à des sanctions plus sévères pour les délinquants sexuels. Or le Syndicat de la magistrature ne veut pas plus de prison, mais de moins en moins de prison.

La garde des Sceaux de l'époque, Christiane Taubira, n'a engagé ni procédure pénale ni procédure disciplinaire. Il aura fallu que les victimes mènent une longue procédure pour que la présidente du Syndicat de la magistrature soit condamnée, par un jugement relevant: *«La conception, la réalisation, la publication et la diffusion du “mur des cons” étaient donc inconcevables de la part de magistrats compte tenu de la mission et du rôle particulier de l'autorité judiciaire dans une société démocratique.»*

Selon vous, l'hostilité des juges à Nicolas Sarkozy ne tient pas seulement à la phrase de l'ancien président qui comparait les juges à des petits pois...

Disons que cette phrase et quelques autres maladroites ont amené l'ensemble des magistrats à peu apprécier l'ancien président de la République.

Mais la détestation manifestée par le Syndicat de la magistrature tient surtout au fait que Nicolas Sarkozy s'affichait, d'abord comme ministre de l'Intérieur puis comme président de la République, en partisan déterminé de la répression des délinquants et de l'expulsion des immigrés clandestins. Vouloir instaurer des peines planchers était pour les juges de gauche absolument inacceptable, comme toute politique favorisant la limitation de l'immigration. On touchait là à deux fondamentaux du combat du Syndicat de la magistrature.

Le Syndicat de la magistrature a mis toute son influence, depuis sa création, pour que les gouvernements de gauche, et même quelquefois de droite, affaiblissent peu à peu l'effectivité de la peine

Hervé Lehman

Le fait que les peines de prison ne soient pas toujours effectuées est-il de la responsabilité des juges ou des politiques? Les juges ne sont pas responsables du manque de places de prison...

Pour dire les choses schématiquement, la droite veut construire des prisons, la gauche veut les vider. Emmanuel Macron avait promis en 2017 de construire 15.000 places de prison ; «en même temps», il en a construit 2000 pendant son premier quinquennat et a nommé des gardes des Sceaux socialistes peu favorables à l'incarcération. Et c'est le Parlement qui a voté des lois permettant de ne pas prononcer ou exécuter les courtes peines d'emprisonnement. Donc, oui, la responsabilité première est celle du politique.

Il est toutefois vrai également que le Syndicat de la magistrature a mis toute son influence, depuis sa création, pour que les gouvernements de gauche, et même quelquefois de droite, affaiblissent peu à

peu l'effectivité de la peine: sursis, sursis avec mise à l'épreuve, travaux d'intérêt général, bracelet électronique, semi-liberté, liberté conditionnelle, remises de peine, l'arsenal pour éviter ou limiter l'emprisonnement effectif est bien fourni et les juges de gauche savent fort bien l'utiliser.

Les étrangers en situation irrégulière, y compris les délinquants, sont rarement expulsés... Là encore, quelle est la responsabilité des politiques et quelle est la responsabilité des juges?

La situation est ici inversée: les textes existent pour expulser les étrangers en situation irrégulière, a fortiori les délinquants, mais l'administration se heurte à des obstacles judiciaires de plus en plus insurmontables. Ce qu'on a appelé le dialogue des juges, c'est-à-dire les jurisprudences combinées de la Cour européenne des droits de l'homme, de la Cour de justice de l'Union européenne, du Conseil constitutionnel, de la Cour de cassation et du Conseil d'État, a rendu extrêmement difficile l'expulsion effective des sans-papiers. Au nom des grands principes des droits de l'homme, ces juridictions ont peu à peu rendu quasi inapplicable la législation sur les étrangers.

C'est par exemple la Cour de justice de l'Union européenne qui interdisait par un arrêt de 2011 que le séjour irrégulier en France soit sanctionné par une peine d'emprisonnement, ce qui ne permet pas non plus de placer en garde à vue un étranger contrôlé sans papiers. Ce sont le Conseil constitutionnel et la Cour de cassation qui ont supprimé en 2018 de facto le délit d'aide au séjour irrégulier en France, que la gauche judiciaire avait combattu en l'appelant habilement «délit de solidarité». Et l'on a vu récemment un tribunal administratif refuser l'expulsion d'un imam tenant des propos antisémites et sexistes pour ne pas porter atteinte à son droit à une vie de famille.

Vos livres sonnent comme une charge contre l'État de droit. Celui-ci n'est-il pas censé nous protéger? Comment l'État de droit a-t-il été dévoyé?

C'est qu'il y a État de droit et État de droit. Le terme ne recouvre pas toujours la même notion. Le principe classique de l'État de droit signifie que le gouvernement doit respecter la loi. Qui pourrait être contre? La conception moderne, qui s'est surtout développée au XXI^e siècle et qui trouve sa source dans le fait que Hitler était arrivé au pouvoir légalement, a très bien été décrite par Jean-Éric Schoettl, l'ancien secrétaire général du Conseil constitutionnel. Il s'agit de l'obligation pour le législateur de respecter des grands principes des droits de l'homme dont les contours sont définis au fur et à mesure par le dialogue des juges décrit précédemment.

Le dernier mot n'est plus au Parlement, c'est-à-dire aux députés désignés par le suffrage universel, mais aux juges désignés par les gouvernements, et responsables devant personne. Cela pose un problème de légitimité et de démocratie. Il va falloir trouver un meilleur point d'équilibre entre la volonté populaire exprimée dans les urnes et traduite dans les lois votées par les élus, et un contrôle par les juges qui doit cesser de confondre atteinte réelle aux principes fondamentaux et appréciation politique.

8 octobre (Figaro)

<https://emploi.lefigaro.fr/carriere-remuneration/tout-ce-que-les-femmes-demandent-pour-bien-reussir-leur-carriere-20221006>

Tout ce que les femmes demandent pour bien réussir leur carrière

Par [Clara Galtier](#)

Publié le 6 octobre 2022



Les femmes ne représentaient que 43% des emplois cadres et des professions intellectuelles supérieures en 2020., *Wasan / stock.adobe.com*

Les mères de famille prennent en charge les deux tiers du temps parental. Ce qui limite leur potentiel professionnel.

Elles sont plus nombreuses que les hommes. Elles obtiennent de meilleurs résultats scolaires et sont aussi davantage diplômées que leur semblable masculin.

Pour autant, et même si cette part a doublé depuis 1980, les femmes ne représentaient **que 43% des emplois cadres et des professions intellectuelles supérieures en 2020**, selon [l'édition 2022 de l'étude de l'INSEE](#) sur l'égalité hommes femmes.

Parmi les 15-64 ans, 68% des femmes et 75% des hommes participaient marché du travail en 2020. En outre, en 2019, **le revenu salarial moyen des femmes est resté «inférieur en moyenne de 22% à celui des hommes. Un peu moins d'un tiers de cet écart s'explique par des différences de durée de travail»**, écrivent les auteurs de l'institut.

Inégalités au travail

Selon le Haut conseil de la famille (HCFEA), **les femmes prendraient en charge les deux tiers du temps parental. «La charge mentale du soin des enfants à la naissance et tout au long de leur vie repose sur les femmes»**, appuie Isabelle Rabier, cofondatrice de [la charte Parental Act](#).

«C'est le premier facteur d'inégalité entre les sexes au travail... Bien qu'il n'existe pas de facteur biologique à ce que la femme soit plus en charge des enfants.» Une meilleure répartition des tâches parentale serait en toute logique bénéfique aux carrières des femmes.

Par ailleurs, la pandémie a augmenté la charge déjà lourde des responsabilités domestiques qui les incombent, appauvrissant le temps consacré à leur travail, d'après l'Organisation internationale du Travail (OIT).

Militant pour un rééquilibrage de cette charge mentale, en 2020, le trio d'entrepreneuses à impact, Céline Lazorthes (Leetchi), Thibault Lanthier (MonDocteur) et Isabelle Rabier a lancé le Parental Act: il s'agit d'inciter les entreprises à rémunérer à 100% le congé du second parent durant au moins quatre semaines.

Depuis, sous l'impulsion de ce dispositif adopté par plus de 300 entreprises, un décret a consacré l'allongement de la durée du congé paternité.

*«Désormais, il faut aller plus loin, préconise Isabelle Rosier. Culturellement, il y a des choses à mettre en place au niveau de la communication interne dans les entreprises pour faire **évoluer les mentalités**. Comme il n'est pas obligatoire, il s'agirait d'encourager le parent à prendre ce congé et de lui signifier que c'est tout à fait ok, qu'on peut très bien s'organiser.»*

Maximiser leur potentiel

Le temps employé à la garde des enfants amputerait donc, en partie, à un moment ou à un autre, la réussite d'une femme au travail. D'après un sondage mené par *LiveCareer* auprès de 354 Américaines actives, destiné à mesurer ce dont les femmes ont besoin pour réussir au travail et maximiser leur potentiel, **81% estiment que l'accès à des services abordables de gardes d'enfants est un facteur important pour pouvoir travailler.** Pour 71%, cela leur permettrait de gagner plus d'argent et **88% considèrent que les horaires de travail flexibles les aideraient à concilier travail et autres obligations.**

En France, *«s'il n'y a pas un minimum de flexibilité vous perdez 50% des candidates à l'emploi»*, assure Isabelle Rosier, présidente et fondatrice du réseau de vente de cosmétique - qui compte 500 femmes indépendantes - Jolimoï.

Par ailleurs, **la recrudescence du nombre de femmes au sein du monde économique est «bénéfique pour tous»**, relève LiveCarrer. Bank of America estime que l'inégalité entre les sexes a coûté 70.000 milliards de dollars depuis 1990.

8 octobre (Figaro)

<https://www.lefigaro.fr/penuries-de-carburant-peut-on-requisitionner-les-salaries-en-greve-d-une-entreprise-privee-20221007>

Pénuries de carburant : peut-on réquisitionner les salariés en grève des raffineries ?

Par [Anne-Hélène Pommier](#)

Publié hier à 15:05, mis à jour hier à 18:24

LA VÉRIFICATION - C'est ce que souhaiterait Xavier Bertrand, le président de la Région Hauts-de-France, où la pénurie de carburant liée à la grève dans les raffineries devient problématique pour le fonctionnement des services publics. Mais est-ce possible ?

Un mouvement de grève a commencé le mois dernier dans les raffineries TotalEnergie, dont plusieurs étaient à l'arrêt ou partiellement à l'arrêt ce vendredi. **Ces conflits sociaux entraînent des difficultés d'approvisionnement et, selon les chiffres avancés mercredi par le gouvernement, 12% des stations-service à l'échelle du pays rencontraient ce jeudi des difficultés sur au moins un type de carburant.** Dans les Hauts-de-France, la proportion atteignait ce jeudi matin les 30% et, selon le président de la région, Xavier Bertrand, **l'impact est aussi visible sur le fonctionnement des services publics.** « *Lundi, des lignes de bus scolaires n'ont pas pu circuler* » en raison d'un « *problème d'approvisionnement* », a-t-il affirmé sur franceinfo, avant d'ajouter que « **le droit de grève est constitutionnel mais il ne doit pas faire obstacle à la continuité du service public** ». Peut-on vraiment empêcher un salarié d'une entreprise privée, en l'occurrence TotalEnergies, de faire grève et le réquisitionner ?

En France, le droit de grève est constitutionnel. Il est prévu dans le préambule de la Constitution de 1946, qui a intégré celle de 1958. Mais constitutionnel ne veut pas dire... illimité. Il est encadré par la loi. Dans le secteur public, le droit de grève est plus restreint que dans le privé. Quand elle n'est pas interdite – c'est le cas par exemple pour les gardiens de prison ou des policiers -, **la grève est soumise à plusieurs conditions, comme le dépôt d'un préavis, et l'obligation, en fonction du secteur, de maintenir un service minimum.** La réquisition des agents est possible lorsque les tâches qui doivent être assurées ne le sont plus du tout et, bien sûr, en cas d'urgence lorsque le mouvement de grève entraîne **une atteinte à l'ordre public.**

La loi prévoit des règles un peu différentes pour les salariés du privé. Si les mouvements dans des entreprises chargées d'un service public de transport de voyageurs ou aériens sont restreints, **d'une manière générale tout salarié d'une entreprise peut faire grève et le mouvement n'est pas soumis à préavis.** La grève suspend le contrat de travail mais ne le rompt pas, et le salarié ne peut être ni sanctionné, ni licencié, ni discriminé pour avoir fait grève s'il ne commet pas de fautes lourdes.

La Cour de cassation a accordé à l'employeur le droit d'instaurer un service minimum dans son entreprise, à condition qu'il trouve des volontaires pour l'exécuter. En l'absence de volontaire, reste donc la réquisition, par nature très encadrée, et l'employeur ne peut s'arroger le pouvoir de réquisitionner lui-même les salariés grévistes. **Depuis la loi du 18 mars 2003, ce pouvoir est dévolu au préfet «en cas d'urgence, lorsque l'atteinte constatée ou prévisible au bon ordre, à la salubrité, à la tranquillité et à la sécurité publique l'exige»,** précise le Code général des Collectivités territoriales

Les mesures prises par arrêté doivent donc répondre à une **situation d'urgence**, et être **proportionnées aux nécessités de l'ordre public.** Pas question de réquisitionner l'ensemble des

salariés grévistes donc. Le juge administratif est compétent pour statuer sur l'opportunité de l'arrêté. **En 2010, Le Conseil d'État avait ainsi validé un arrêté de réquisition d'une partie du personnel du dépôt pétrolier de Gargenville, en Ile-de-France, décidée par le préfet, car l'aéroport de Roissy-Charles-de-Gaulle ne disposait plus que de trois jours de stocks de carburant, et que la pénurie menaçait le ravitaillement des véhicules de services publics et de première nécessité.**

Quant au salarié qui refuse de se soumettre à un ordre de réquisition, il s'expose à une sanction de six mois d'emprisonnement et de 10 000 euros d'amende.

EN RÉSUMÉ. La loi prévoit la possibilité de réquisitionner les salariés grévistes, mais cette réquisition ne peut être décidée que par le préfet, et à la seule condition que le bon ordre, la salubrité, la tranquillité ou la sécurité publique soient menacés. **Et qu'il y ait une urgence.**

7 octobre (Figaro)

<https://www.lefigaro.fr/vox/monde/en-iran-le-voile-et-le-glaive-20221007>

«En Iran, le voile et le glaive»

Par [Philippe Gélie](#)

Publié il y a 2 heures, mis à jour il y a 2 heures

L'éditorial du Figaro, par Philippe Gélie.

Depuis plus de trois semaines, le régime clérical iranien réprime avec une brutalité inouïe des manifestations déclenchées dans tout le pays par la mort d'une jeune fille de 22 ans, Masha Amini, aux mains de la police religieuse. Plus de 150 personnes auraient été tuées par balle, battues et jetées des toits, des centaines d'autres blessées et des milliers arrêtées. Cette folie meurtrière, face à la plus longue vague de protestations qu'ait connue la théocratie islamiste en quarante-trois ans, révèle sa nature profonde - un pouvoir sclérosé, violent, corrompu et irréformable. C'est à cette aune qu'il faut apprécier sa haine d'Israël, sa diabolisation de l'Occident et sa quête de l'arme nucléaire.

Masha avait été arrêtée pour port «*incorrect*» du foulard islamique. Chez nous, des féministes se coupent une mèche de cheveux par solidarité, mais défendent le voile comme un droit de la femme. Tout juste auréolée du prix Nobel de littérature, Annie Ernaux a tenu à soutenir la révolte des Iraniennes «*contre cette contrainte absolue*», pour aussitôt prôner «*la liberté de porter le voile en France*», où «*personne ne contraint les femmes*». Vraiment?! Seule compte la loi, donc: les pressions sociales, morales, patriarcales n'existent sans doute pas... C'est au nom de la même tolérance envers l'intolérance que les institutions européennes sont régulièrement épinglées pour leur promotion du voile islamique: «*La liberté est dans le hidjab*», disait l'an dernier un slogan de la Commission de Bruxelles. On entend d'ici les hurlements si le Vatican se hasardait de nos jours à prescrire la longueur désirable des jupes: un commandement religieux rétrograde et inacceptable, assurément!

Nos belles âmes ne veulent pas voir ce dont témoignent les Iraniennes: le voile est le glaive qu'utilise l'islamisme au jour le jour pour soumettre les femmes. Si ce bout de tissu revêt autant d'importance en Iran, c'est parce qu'il formalise leur statut d'infériorité et leur exclusion totale du pouvoir. Quand des rebelles courageuses le déchirent et le brûlent, les mollahs sortent le vrai glaive du fourreau. Par quel absurde tour de passe-passe un outil d'asservissement là-bas devient-il un objet de libération ici ?

7 octobre (NYT)

<https://www.nytimes.com/2022/10/06/opinion/opec-putin-mbs.html>

THOMAS L. FRIEDMAN

Putin and M.B.S. Are Laughing at Us

Oct. 6, 2022



Credit...Kevin Lamarque/Reuters

By [Thomas L. Friedman](#) Opinion Columnist

Wars bring together surprising alliances.

Today, we have America and its NATO allies backing the brave Ukrainians fighting to save their country from being torn to shreds by Vladimir Putin.

And we have Russia, Saudi Arabia, Iran, Bernie Sanders, the House progressive caucus and the whole G.O.P. all working — deliberately or because they are dupes — to ensure that Putin has more oil revenue than ever to kill Ukrainians and freeze the Europeans this winter until they abandon Kyiv.

In another dark corner, Putin and Saudi de facto ruler Crown Prince Mohammed bin Salman are also probably hoping that the soaring energy inflation unleashed since Russia's invasion helps the Donald Trump-led Republicans to regain control of at least the House of Representatives in next month's elections. That would be icing on the cake for both, who view Trump as a president who still loves black crude over green solar and knows how to look the other way when bad things happen to good people.

Too cynical you say? No, sorry, you can't be too cynical with this cast of brutes, bandits and useful idiots. Just look at the facts.

On Wednesday, with the world already heading toward recession and with the global oil and natural gas market already tight, the OPEC Plus cartel, which includes Saudi Arabia and Russia, agreed to collectively reduce its output by two million barrels a day — to ensure oil prices don't retreat, but instead go back over \$100 a barrel and stay there.

While the actual cut in output will most likely amount to close to one million barrels a day, because many smaller OPEC producers are already pumping below their quotas, in today's market it will still pinch. As The Financial Times noted: At roughly \$90 a barrel today, "crude is well below levels reached soon after Russia's invasion of Ukraine but higher than at any point between 2015 and early 2022."

Putin's motivation for this price hike is no mystery. With his army in Ukraine suffering steady losses of territory — and his having annexed portions of Ukraine that he doesn't even control — Putin has one hope before he's forced to do something really reckless: squeeze the supply and jack up the price of oil and gas high enough to force the European Union to abandon both Kyiv and Washington and accept his annexations in return for a cease-fire and resumption of Russian energy exports. The Saudis went along for the ride.

Putin's strategy is neither crazy nor without hope because of two decades of Western nations' failing to think strategically about energy. They willed the ends — a world no longer dependent on fossil fuels as soon as possible. But they did not will the means to reach that goal in a stable way — by maximizing their climate security, their energy security and their economic security all at the same time.

Instead, they pretended.

In Europe they pretended — with Putin's covert encouragement — that they could abandon large-scale, largely emissions-free energy like nuclear power, as the Germans did, and just jump directly to intermittent wind, solar and other renewables and everything would be just peachy. Oh, my goodness. The Germans felt so **virtuous** in doing so — without acknowledging that the only reason they were getting away with this pipe dream was that Putin was selling them cheap gas to make up the difference.

When Putin ended the charade, here's what happened: On Sept. 28, Reuters reported from Frankfurt, “Germany's cabinet on Wednesday passed two decrees to prolong the operation of sizable hard coal-fired power generation plants up to March 31, 2024, and to bring back idled brown coal capacity up to June 30, 2023, to boost supply.”

In America, we did our own version of this **green virtue signaling**. Green progressives **demonized the oil and gas industry** — for good reasons in some cases because of how much the industry worked to deny the reality of climate change and refused to clean up its own act — **and basically told it to please go off and die somewhere quietly, while we moved to wind and solar**. Oil and gas investors and bankers got the message and began delaying or stopping investment in new oil and gas production at home, and instead focused on reaping as much profit as they could from existing wells.

As a Goldman Sachs [newsletter](#) in April put it: “How much future production have we lost because of all the delays in investment decisions on new oil and gas projects? The answer is 10 million barrels per day of oil, which is the equivalent of Saudi Arabia's daily production and three million barrels per day of oil equivalent in liquefied natural gas (LNG), which is more than the equivalent of Qatar's daily production. If we had not kept delaying new investment decisions in oil and gas since 2014, we essentially could have had a new Saudi Arabia and a new Qatar.”

While America can still theoretically take care of most of its own needs for oil and gas today, unlike Europe, we do not have enough to export at the scale required to make up for Putin's and OPEC Plus's cutbacks and ease Europe's transition to a decarbonized future.

But the green progressives never got that message. At a House committee hearing two weeks ago, Representative Rashida Tlaib demanded to know if JPMorgan Chase C.E.O. Jamie Dimon and other banking executives appearing before the panel had any policies “against funding new oil and gas products.”

Dimon answered, “Absolutely not, and that would be the road to hell for America.”

Tlaib then told Dimon that any students who had student loans and bank accounts with JPMorgan should retaliate by closing their accounts. Have no doubt: **This kind of juvenile moral preening** by Tlaib surely made Vladimir Putin's day. She's nowhere nearly as bad as the G.O.P. senators who

were inspired for years by [ExxonMobil lies](#) that climate change is a hoax, and then used that to block our transition to clean energy. But Tlaib still made Putin's day.

What lifted Putin even more was when he watched **Bernie Sanders**, House progressive Democrats and the whole G.O.P. last week come together to kill a bill backed by President Biden and the Democratic leadership to streamline the permitting process for **domestic energy projects, particularly permitting for gas pipelines and wind and solar transmission lines** — one of our biggest impediments to a stable green transition.

Hard to know who is worse, the progressives who did not understand how much solar and wind energy require quicker transmission permitting to [safely](#) scale clean energy or the Republicans, who knew oil and gas companies need quicker pipeline permitting to grow gas production, but killed it so Biden would not have another success. As Joe Manchin, a fossil fuel-friendly Democrat who championed the bill, put it: “What I didn't expect is that **Mitch McConnell, my Republican friends, would be signing up with Bernie or trying to get the same outcome by not passing permitting reform.**”

All in all, Putin had a bad month in Ukraine — but a good month in the U.S. Congress.

This is not complicated, folks: Do you want to make a point or do you want to make a difference? **If we want to make a difference, we need to maximize our energy security, natural security and economic security, all at once.** The only way to do that effectively is to **incentivize our market to produce a stable and secure supply of energy, with the lowest possible emissions at the lowest possible costs as fast as possible.**

The only truly effective way to do that is with a **strong price signal** — either taxes on dirty stuff or incentives for clean stuff — plus steadily increasing [clean energy standards](#) for power generation along the lines proposed by Hal Harvey and Justin Gillis in their new book “[The Big Fix: Seven Practical Steps to Save Our Planet.](#)”

As long as we are not ready to do that, we're just faking it, indulging in virtue signaling on the left and the right — and Putin and M.B.S. are laughing all the way to the bank.

Thomas L. Friedman is the foreign affairs Op-Ed columnist. He joined the paper in 1981, and has won three Pulitzer Prizes. He is the author of seven books, including “From Beirut to Jerusalem,” which won the National Book Award. [@tomfriedman](#) · [Facebook](#)

7 octobre (The Economist)

<https://www.economist.com/the-economist-explains/2022/10/04/why-fracking-cannot-solve-europes-energy-crisis>

The Economist explains

Why fracking cannot solve Europe's energy crisis

Exploiting the continent's gas reserves would be harder than it has been in America



Oct 4th 2022

Europe is gripped by an [energy crisis](#). Last year the eu imported 83% of its gas. Since then its main supplier, Russia (which provided around 40% of those imports) has [slashed deliveries](#). Britain produces half of the gas it uses, but it is also feeling the squeeze. This leaves the continent with an urgent need either to use less gas or to find more of it elsewhere. Some—including Britain's new prime minister, Liz Truss—think hydraulic fracturing, or “fracking”, could be a big part of the answer. This method of extracting oil and gas has been hugely successful in America. Could it help Europe ramp up its energy production too?

America's example looks like a reason for optimism. Its oil-and-gas companies developed fracking in the 1940s as a means to improve the flow in wells. The process uses water, sand and thickening agents to blast gas out of porous rock formations, known as shale, deep underground. Over the past decade the widespread application of fracking has [transformed America's energy industry](#). Most of the 950bn cubic metres (bcm) of gas America produces each year comes from fracking.

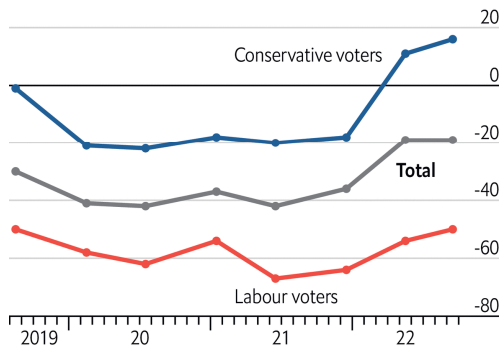
But European countries would struggle to produce anything like that. First, they have much smaller shale-gas reserves. The largest were thought to be in Poland and France, with around 4,000bcm each. But after further exploration Polish experts have cut estimates of their country's recoverable, economically viable reserves to between 190bcm and 260bcm. At current consumption rates, that might be enough to meet Polish demand for a decade. France, which banned fracking in 2011, has hardly explored its reserves. Though its government estimated in 2015 that between 540bcm and 1,900bcm could be extracted over three decades, it is unclear whether this could be done profitably. Germany's gas lobby says it could produce 10bcm a year—a far cry from the 800bcm in total reserves that the government's geological institute had recently estimated. In Britain, total shale-gas production could be just 90-330bcm, according to a recent report.

Second, there are economic and political impediments. America's shale-gas revolution was facilitated by the country's relatively low population density, a helpful legal and regulatory environment and well-developed energy infrastructure and supply chains. The situation in Europe is very different. Its population density is much higher, and local opposition to shale-gas wells is likely to be more intense. That is partly because of environmental concerns, which are more vocal in Europe. Fracking can lead to methane leakage and groundwater pollution, as well as carbon emissions. Furthermore, in Britain and most other European countries, underground mineral rights are owned by the government and not, as in America, by the local landowner. European landowners therefore do not stand to benefit directly from a fracking boom, as Americans have.

Who gives a frack?

Britain, net support for shale-gas extraction

% responding



Source: YouGov

Such factors explain why in Europe fracking has few friends and many enemies. Despite the enthusiasm of Ms Truss and many Conservative Party voters, most British people are against it (see chart). In France, no major political party wants to reverse the fracking ban. German lawmakers have made fracking almost impossible—and there is no serious political interest in revisiting the issue. Moreover, even if such obstacles could be overcome, progress would still be hard. European countries lack the deep industrial base, including drilling companies and pipelines, that enabled the American boom.

To produce significant amounts of European gas by fracking would probably take at least three years. Maybe it would be worth pursuing. But on its own, it is no answer to Europe's current crisis.

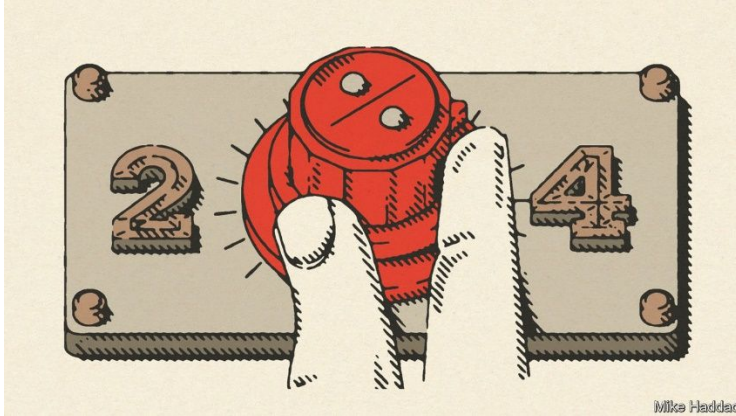
7 octobre (The Economist)

<https://www.economist.com/special-report/2022/10/05/policymakers-are-likely-to-jettison-their-2-inflation-targets>

Special report | The end of 2%

Policymakers are likely to jettison their 2% inflation targets

Some by choice, some by accident



Oct 5th 2022

The last time rich economies conquered inflation it ushered in a decades-long era known as the “great moderation”. From the mid-1980s to 2007 growth was steady, inflation was low and economists celebrated their own “end of history”: the triumph of inflation-targeting technocracy over the naivety of 1970s policymaking. The economy was steered by a simple division of labour. **Central banks would use monetary policy to keep inflation on target—typically at 2%—while governments would keep debts under control and focus on supply-side reforms.**

This stability was shattered by the financial crisis. The 15 years since have exposed flaws in the macroeconomic regime. When interest rates fell to zero, central banks could not easily cut them further, making recovery from the crash slow and painful. **When the pandemic struck, policymakers feared a repeat and so reached for alternatives: an enormous expansion of government spending and quantitative easing (qe), the buying of public debt with newly created money, whose full effects were poorly understood. The experiment went wrong, particularly in America.** Inflation returned with a vengeance, and has since been worsened by an energy crisis—the response to which in Europe has been another round of government spending on a vast scale.

Today, as the balance of economic power tilts from technocrats towards politicians, it is unclear whether inflation can be brought back to the 2% target. **Central bankers** are keen to follow the path of the 1980s, imposing growth slowdowns—and, **if necessary, recessions—to reach their goal. But the enormous support for households and businesses during the pandemic and the energy crisis has fed expectations that downturns will be met by government handouts, not welcomed as a cure for inflation.** Although voters may be angry about the rising cost of living, they will lament higher unemployment once it hits. And if the energy crisis abates inflation will fall from today’s sky-high rates to a level that will still be above 2%, but may seem more politically tolerable, in part because rising prices will be matched by rising wages.

What has become clear is that 2% inflation is ill-suited to present macroeconomic conditions

The good news is that out of crisis springs opportunity: to fix a fundamental problem with the system. **Interest rates have fallen close to their zero lower bound in part because societies have aged, creating a global glut of saving and a dearth of investment opportunities.** These conditions determine the real (ie, inflation-adjusted) rate of interest in the long term, and are not going away. Yet for any given real rate, higher inflation raises the nominal rate that can be set by central banks. **As a result, long before the**

pandemic, **many economists were arguing in favour of a modest increase in the inflation target, to 3% or 4%**, to get rates away from zero and build up monetary-policy firepower.

Before 2021 the idea seemed distant and academic. Inflation was too low; it would be naive to aim higher. **Today, a change of target would be simple to make.** Policymakers should reduce inflation to 4%, say, and then stop. Though monetary policy would be more doveish in the short term, rates would eventually settle higher than they would have been under a 2% target. **Central banks would get their mojo back.**

Is such a switch viable? **In the short term there would be costs and benefits.** There would be no need for a deep and unpopular disinflationary purge, reducing the danger of conflict between central banks and politicians. Governments would not need to worry that spending on security or on long-term climate investment might interfere with central banks' desire to squeeze economies. There would even be a budgetary **windfall**. **Moving from a target of 2% to 4% would inflate away some long-term public debt that, on average across five big economies, would be roughly equivalent to the rise in public debt during the pandemic.**

The big downside would be a knock to the credibility of policymakers' promises. Having been burned once, buyers of long-term government bonds might fear the inflation target could be raised again, adding a risk-premium to bond yields and creating long-term uncertainty. **Inflation of 3-4% would be that little bit more noticeable than 2%, imposing a psychological burden on the public and creating some friction throughout the economy. There would be arbitrary redistribution from creditors to debtors.**

Yet this trade-off is minor set against the benefits of escaping the zero lower bound and returning to a system in which interest rates play the main role in fighting recessions. Milder downturns are an enormous economic prize. If monetary policy had had more firepower over the past 15 years, the slump of the 2010s would have been shallower. The mistakes that led to the post-pandemic overheat would have been less likely. Governments would have been less indebted. There could have been less qe.

One problem would remain. Just as in the old system, the power of central banks to control inflation would require governments to keep debts stable as a share of the economy in the long term—a commitment that is now under threat. The crises of recent years will be followed by more spending on pensions and health care as societies age, as well as a mass decarbonisation project that will cost more the longer it is delayed. Politicians of all stripes fear the prospect of cutting spending on elderly voters more than they fear deficits.

It would therefore be wise to pair any change to the inflation target with long-term reforms to control pension and health-care spending, to put public finances on a more stable footing. The one-time fiscal windfall from the new regime would provide some breathing space. **But adjusting the inflation target must not become the go-to escape valve whenever budgets are tight.**

There are broader options for deeper reform. A higher inflation target could be embedded into an overall goal for the level of nominal GDP, the total amount of cash growth in the economy, a gauge that is better suited for a world of supply-side shocks like the energy crisis. **What has become clear is that inflation held to 2% is ill-suited to 21st-century macroeconomic conditions.** And if the target is not changed, there is a great risk that it will simply be missed. **Better to construct a new macroeconomic regime carefully than just to wait for the old one to collapse.**

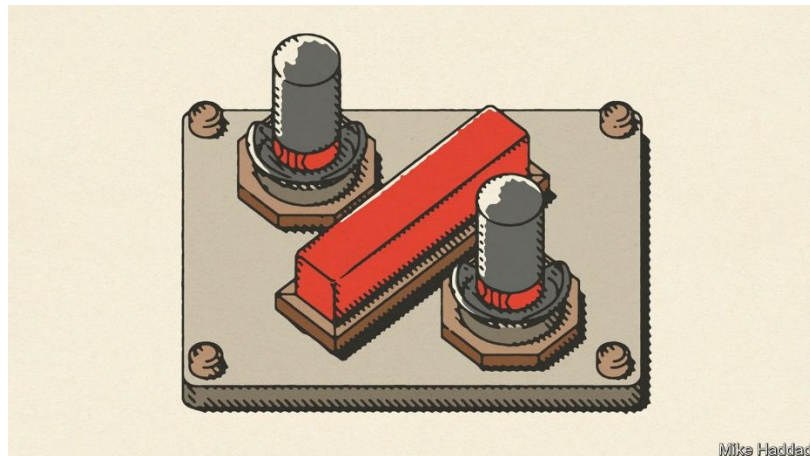
7 octobre (The Economist)

<https://www.economist.com/special-report/2022/10/05/is-the-world-economy-in-a-debt-trap>

Special report | Feedback loop

Is the world economy in a debt trap?

And, if so, how can countries escape it?



Mike Haddad

Oct 5th 2022

An alternative explanation for why real interest rates have fallen since the 1980s is that many countries have become less equal. Richer people save more as a percentage of their income, so as they earn a bigger slice of the economic pie, aggregate savings rise. **Atif Mian, Ludwig Straub and Amir Sufi, three economists, say that the American economy suffers from a “savings glut of the rich”, two-thirds of which has been used to finance the debt of the American government or borrowing of other households.**

They also propose that rising inequality can cause economies to fall into a “debt trap”. The savings of the rich push down interest rates, encouraging other sectors to borrow and spend more. Over time, the indebtedness of the poor to the rich transfers income upwards, giving the rich even more savings. The cycle starts again, and real interest rates fall further. Policies to stimulate the economy in the short term, such as low interest rates or debt-financed fiscal stimulus, lead to even more debt, meaning lower rates and worse recessions in future.

Today central banks are raising rates to fight inflation. If Mr Mian, Mr Straub and Mr Sufi are right, economies will be more sensitive to higher rates than in the past. Rates will not need to rise much to squeeze indebted households and governments, who will see big chunks of income diverted to the rising costs of servicing mortgages and bonds. But over time the debt trap will assert itself and real interest rates will stay low.

One weakness of the framework for analysing the world economy is that in many rich countries household debt has not risen much as a percentage of gdp since the crisis of 2007-09. Even as rates fell close to zero, households repaired their balance-sheets rather than borrowing more. **Governments are running up debts, but their spending is subject to the whims of politics and may not fall as interest rates rise, given the huge pressures on budgets.**

There are economies in which households have been on a borrowing binge, however. One is **South Korea**, where the household-debt-to-gdp ratio rose from 79% in 2010 to 109% at last count. Approximately half of household debt is linked to short-term interest rates, which are rising. In a report on the economy in March, imf staff estimated that the higher level of household debt would be enough to lop an additional 10% off spending in South Korea should rates return to around 5%, their level in 2000.

How might economies escape such a debt trap? Messrs Mian, Straub and Sufi say that **only a reduction in inequality can do the trick, whether via redistribution or through structural reforms.** But there is another force that might have the same effect: **inflation.** Unexpected inflation redistributes wealth from creditors to debtors, says Mr Straub, so long as it leads to strong wage growth for debtors, and is not just the result of newly expensive energy. Often economists see inflation as a veil—a “nominal” rather than a “real” phenomenon. **But, should central banks fail to tame price rises, they will redistribute from creditors to debtors, and so might alter the fundamentals of the world economy as well.**

There are not enough Germans to do the jobs Germany needs

The government is mulling making it easier to hire immigrants



Oct 6th 2022 | BERLIN

Perhaps Friedrich Merz thought he was being clever. The head of Germany’s main opposition party recently claimed on television that many of the 1m Ukrainians who flooded into Germany this year came not as refugees but as what he called “social tourists”, to take advantage of government benefits. He should have known better. Even his own Christian Democrats (cdu) said their leader had overstepped the mark. He was forced to apologise.

But this was not just a slip of political judgment. **Whether Mr Merz likes it or not, Germany needs immigrants. It needs them urgently.** Even as Russia’s energy squeeze pushes Europe’s largest economy towards recession, an acute **labour shortage looms**. A pair of **surveys in the second quarter of this year illustrate the trend**. The Institute for Employment Research, a government agency, estimated **job vacancies in Germany at a record 1.93m, 66% more than last year**. Meanwhile ifo, a think-tank in Munich, found that **49.7% of German companies cannot secure enough skilled workers, up from 30% in 2019 and the highest level since the surveys started in 2009**.



The Economist

The surge will not be short-lived, says Herbert Brücker of Humboldt University in Berlin. **Without changes to participation rates, retirement dates, or immigration, Germany’s workforce is set to shrink by 15m-16m by 2060.** “We have never had such a situation since the early 1970s,” says Mr Brücker, noting that raising the retirement age or bringing more women into the workforce would do little to reverse the problem.

“Assuming we want instead to keep employment stable, and to keep the dependency ratio down, the only answer is more immigration.”

The current left-of-centre coalition recognises the challenge. It has floated the idea of creating a Canadian-style points system to assess immigrants, easing rules on professional qualifications, and letting skilled immigrants hunt for jobs in Germany rather than insist they seal job contracts first. But none of these changes has yet been made. Nor is it clear that tinkering with rules designed largely to keep non-Europeans out and to prevent a replay of the wave of Syrian refugees in 2015 that raised fears of *Überfremdung* (getting overwhelmed by foreigners) can produce the volume of newcomers actually needed.

Germany is not the only rich country to have more people retiring than entering the workforce. Due to severe shifts in population dynamics after the second world war, however, it faces a particular challenge. Depressed birth rates in the 1950s were followed by a rapid spike to 1.4m births a year in 1964, and then by a steep fall to half that by 1975, explains Wido Geis-Thöne, an economist at the Institut der Deutschen Wirtschaft in Cologne. The swollen baby-boomer generation is now retiring, just as the children of the “skinny” 1970s generation, who were born in the 1990s, are seeking their first jobs.

A study in 2020 showed that for every 100 Germans in the about-to-retire age bracket of 60-64, there was a corresponding cohort of just 82 in the about-to-start-careers range of 20-24. More alarmingly, for every 100 aged 55-59 there were only 59 aged 15-19, and for every 100 Germans aged 50-54 there were just 56 future workers aged 10-14. For comparison, the averages across the eu were 83, 74 and 72 per 100.

At its natural rate of decline Germany’s workforce would shed some 350,000-400,000 people a year, a falling trend that Dr Brücker expects to last a decade before slowing. **The national statistics agency agrees, predicting that without immigration Germany’s population could tumble nearly 25% over the next 40 years, from 85m to 65m.** This would strain not only productive capacity, but the country’s ability to support the elderly.

Can imported labour fill the gap? Marcus Winter is sure it can. Of the 750 staff in the local outsourcing and services firm he runs in the prosperous southern state of Baden-Württemberg, three-quarters are already foreign-born. This includes not just unskilled labour but top managers, a trend increasingly common across the country. Research by Dr Geis-Thöne shows that while 51% of all cleaners and 35% of restaurant staff are foreign-born, so are a quarter of medical and science faculty in German universities. Some 58% of Indian-origin wage-earners hold jobs requiring specialist skills or university degrees, double the rate among native Germans.

Mr Winter would be happy to hire more immigrants. **But workers from the poorer fringes of the European Union, who can enter Germany visa-free, are increasingly needed at home.** Skilled would-be immigrants from countries such as Brazil or Bangladesh still face hurdles despite **immigration reforms, introduced in 2000, that were meant to make Germany a talent magnet like Canada or Australia.** **Low-skilled workers, whom Germany also needs, have few legal ways of coming at all.** “The laws are too hard,” says Mr Winter. **“They can only come to Germany if they have a comparable qualification, but our system is very special and we don’t accept foreign degrees.”**

The bar is set too high for both companies and workers, agrees Julia Beise-Gehrmann, who runs a programme to help integrate foreign workers in the relatively poor state of Mecklenburg-West Pomerania, in former East Germany. On the plus side, she says, **attitudes to foreign workers have relaxed.** *Local companies that were sceptical of hiring outsiders now see that they have no other choice. Their new concern is to keep them happy.*

Vu Thanh Van, whose family settled in Mecklenburg-West Pomerania’s seaport of Rostock in 2008, agrees that things are better now. Thirty years ago, soon after Germany’s unification, a mob of locals surrounded and then torched a building housing foreign workers and their families. Most were Vietnamese who had been brought to East Germany as “guest workers” and then stayed on. Now, says Ms Vu, the worst

foreigners face in Rostock is impoliteness, such as when second-generation immigrants are asked how they speak such good German.

7 octobre (Le Monde)

https://www.lemonde.fr/idees/article/2022/10/06/dans-l-iran-de-2022-l-obligation-du-port-du-voile-est-une-violence-absurde-et-humiliante_6144672_3232.html

« Dans l’Iran de 2022, l’obligation du port du voile est une violence absurde et humiliante »

Chronique

Alain Frachon

Entre le pouvoir iranien et une population aujourd’hui largement éduquée, conservatrice mais de moins en moins religieuse, la discordance est chaque jour plus frappante, constate, dans sa chronique, Alain Frachon, éditorialiste au « Monde ».

Publié hier à 11h02

Elle visitait la capitale avec ses parents et son frère. L’automne est une bonne saison à Téhéran. On s’éloigne de la fournaise estivale et le grand froid est encore loin. Elle avait 22 ans, ne s’intéressait pas à la politique, plutôt aux chanteurs de l’époque. Mahsa Amini venait de la petite ville de Saqqez, dans le Kurdistan iranien (nord-ouest), une région socialement conservatrice.

Cette matinée du 13 septembre, elle avait pris le métro pour se rendre dans le centre de Téhéran et elle marchait le long d’un parc. Elle portait son foulard « islamique » : la théocratie au pouvoir l’impose depuis 1983. Passant par là, une camionnette de la police des mœurs interpelle la jeune femme : son foulard serait mal mis – peut-être trop en arrière. Mahsa Amini est embarquée puis conduite dans un commissariat. Quelques heures plus tard, elle est transportée à l’hôpital, dans un coma profond. Elle meurt, le 16 septembre. Elle est inhumée à Saqqez, le 17. Il n’y a pas eu d’autopsie. Morte pour une mèche de cheveux, dans la splendeur de ses 22 ans ?

Les autorités évoquent un problème cardiaque. Ses parents, venus à l’hôpital, sont sûrs qu’elle a été frappée. Ils parlent de traînées de sang le long de ses tempes. Dans leur brutale simplicité, voilà les faits. Mais cette mort inexplicquée, sinon qu’elle a suivi une arrestation pour foulard « improprement » porté, cette mort d’une jeune femme qui, jusqu’à cette matinée d’automne, semblait en pleine santé, va déclencher la tempête. Les dictatures sont toujours surprises. Vient un moment où la petite nouvelle de bas de page, juste une infamie parmi tant d’autres, se transforme en détonateur – le trop-plein qui décuple le courage d’une partie de la population et provoque l’explosion. Le régime est défié comme il l’a rarement été.

Journées de rage

Depuis vingt jours, aux quatre coins du pays, les Iraniens, femmes et hommes, manifestent par milliers. Ecolières, étudiantes, des Iraniennes brûlent le « voile » en pleine rue. Dans les régions les plus conservatrices, elles libèrent la parole et leur chevelure. Les universités sont mobilisées et, çà et là, éclatent des grèves. Cette jeunesse, née sous le régime islamique, brave la violence d’une machine à réprimer qui n’hésite pas à tirer dans la foule et à défigurer des adolescentes à coups de matraque. Les morts se comptent par dizaines, les arrestations par milliers.

Au fil de ces journées de rage, les slogans ont évolué. De la dénonciation du foulard « islamique », on est passé à la condamnation du régime « islamique ». Jamais mouvement de contestation n’a duré aussi longtemps depuis la révolution iranienne, il y a quarante-trois ans.

La marque de la République islamique n’est pas le foulard, mais son obligation

Mais pourquoi le foulard ? Nombre d’Iraniennes l’ont porté avant la révolution islamique de 1979 et le porteront demain encore. La marque de la République islamique n’est pas le foulard, mais l’obligation du

foulard, explique Farid Vahid, chercheur à la Fondation Jean Jaurès. Ce morceau de tissu, dit-il, « *est le symbole quotidien* », à la ville comme à la campagne, de la théocratie, cette (tragique) union de la mosquée et de l'Etat. Le foulard est le signe extérieur de la tutelle du régime sur la société civile – enfin, sur une partie de la société civile.

La République islamique collectionne les paradoxes. Echech économique massif, qui n'est pas seulement dû aux sanctions américaines, loin de là, mais succès soutenu dans l'éducation supérieure. Autocratique, machiste et patriarcal, le régime n'a pas empêché la promotion des femmes à l'université. La moitié des étudiants sont des étudiantes.

Discordance encore entre les élites gouvernementales et la population. Dans un Iran de 85 millions d'habitants, les cercles dirigeants, exclusivement masculins, portent la marque des origines. Ils appartiennent aux générations des soubresauts révolutionnaires (années 1970) ou à celles de la guerre avec l'Irak (1980-1988), puis de la quête du nucléaire et de l'expansion iranienne en terres arabes (Irak, Syrie, Liban, Yémen).

La satanique modernité occidentale

Source de fortunes sonnantes à l'intérieur, cet investissement militaro-politique à l'extérieur est, pour certaines des composantes du pouvoir, devenu une fin en soi. Au nom de la vocation « révolutionnaire » de la République islamique, ses dirigeants moulinent toujours un jargon tiers-mondisto-subversif qui tranche singulièrement avec leur niveau de corruption (et le style de vie de leur progéniture).

Entre ces hommes, d'un côté, et, de l'autre, une population aujourd'hui urbaine à 80 %, largement éduquée, souvent conservatrice mais de moins en moins religieuse, en tout cas indifférente au bla-bla islamo-révolutionnaire, avide d'emploi, de création et de consommation, la discordance est chaque jour plus frappante.

L'obligation du voile conjure la peur de l'Occident

C'est des femmes qu'est venue l'étincelle. Dans l'Iran de 2022, l'obligation du foulard est plus que jamais insupportable – une violence absurde et humiliante. Mais le guide Ali Khamenei et, plus encore, le président Ibrahim Raïssi y tiennent. Ils redoutent que la fin du foulard, l'un des piliers de soutènement du régime, ne signe le début de la fin de la République islamique. Le dévoilement ouvrirait la porte à la satanique modernité occidentale – aussi redoutée à Téhéran qu'au Kremlin de Vladimir Poutine. L'obligation du voile conjure la peur de l'Occident.

Mahsa Amini est morte « *pour qu'on puisse danser dans la rue* », psalmodie doucement, presque timidement, Shervin Hajipour, chanteur populaire de 25 ans. Ecrite pour Mahsa Amini, sa chanson *Pour* est devenue l'hymne du mouvement. Mahsa est morte « *pour nos sœurs* », susurre Hajipour.

7 octobre (Le Monde)

https://www.lemonde.fr/idees/article/2022/10/07/le-proche-orient-face-au-soulevement-en-iran_6144797_3232.html

Le Proche-Orient face au soulèvement en Iran

Éditorial

Hantés par le souvenir des « printemps arabes », les dirigeants des pays voisins, pourtant opposés à Téhéran sur de nombreux dossiers, observent le silence devant la colère de la jeunesse iranienne et sa brutale répression.

Publié aujourd'hui à 09h34

Soulèvement ou révolution ? Il est encore trop tôt pour savoir ce qu'il adviendra de la vague qui a saisi l'Iran depuis la mort en prison, le 16 septembre, de Mahsa Amini, jeune femme arrêtée pour avoir porté son voile d'une manière jugée inappropriée. Une seule certitude s'impose aujourd'hui. Malgré [une répression particulièrement brutale](#) qui se mesure déjà en dizaines de morts, malgré la dénonciation pavlovienne par le Guide de la révolution, Ali Khamenei, d'un complot forcément occidental, forcément ourdi par les Etats-Unis, la colère ne retombe pas.

La découverte, le 30 septembre, du corps supplicié d'une autre jeune Iranienne partie manifester, Nika Shakarami, a encore alimenté une indignation qui s'étend à tout le pays. Elle rassemble spontanément les femmes et les hommes dans ce qui est devenu une contestation frontale [du carcan social imposé par le régime iranien](#), sur fond de crise économique attisée par les sanctions internationales, devenue endémique et perçue comme la preuve de l'incompétence de celui-ci. Un mouvement sans tête, sans programme, aussi incertain qu'insaisissable.

Il survient alors qu'il ne reste plus grand-chose de l'un des ressorts historiques de légitimité du régime, le velayat-e faqih, le « gouvernement du docte », soit la primauté du religieux sur le politique. Ce dernier s'est perdu depuis longtemps dans une militarisation opérée par le corps des gardiens de la révolution. La démocratie iranienne a montré ses faiblesses lors de l'élection de 2021, qui a vu la victoire de l'actuel président, Ebrahim Raïssi, sérieusement écornée par une abstention record, signe que le régime ne parle qu'à lui-même. S'ajoute enfin l'épreuve à venir de la succession d'Ali Khamenei, en place depuis plus de trente ans.

« Femmes, vie, liberté ! », un slogan universel

Un bon nombre de pays arabes voisins de la République islamique d'Iran auraient toutes les raisons de se réjouir de cette usure. Il s'agit de ceux qui dénoncent continuellement son influence réelle ou supposée au Proche-Orient. Du soutien aux rebelles houthistes dans un Yémen ravagé par une guerre civile atroce au jeu des milices pro-iraniennes, qui ajoute à l'instabilité de l'Irak, sans oublier la toute-puissance du Hezbollah au Liban, la liste de griefs est longue. Elle ravive la vieille rivalité qui oppose ces pays majoritairement sunnites à l'Iran chiite en matière religieuse, ou encore la bataille du leadership régional qui met aux prises l'Arabie saoudite et l'Iran.

Ces pays observent le silence. Il ne s'agit pas seulement d'une réserve dictée par le respect prudent du principe de non-ingérence dans les affaires intérieures d'autrui. Une décennie après les « printemps arabes », le soulèvement en cours ne peut en effet que rappeler de mauvais souvenirs aux dirigeants de ces pays voisins. Ces derniers redoutent certainement que **le slogan « Femmes, vie, liberté ! », à la portée universelle, ne soit repris par leurs propres populations, pour ne pas parler de cet autre, « Mort au dictateur ! »,** qui retentit également dans les rues d'Iran depuis le 16 septembre.

Que ces pays aient été déjà le théâtre d'un soulèvement comparable en 2011, comme l'Egypte, ou bien qu'ils y aient alors échappé comme l'Arabie saoudite, **ils restent aujourd'hui, voire plus que jamais, soumis au**

même arbitraire, à la même logique de la matraque et de l'enfermement, au même mépris de la dignité humaine. Voilà pourquoi leurs dirigeants contemplant avec sans doute le même effroi que le régime iranien la flamme qu'une monstruosité a allumée à Téhéran.

7 octobre (Contepoints)

<https://www.contrepoints.org/2022/10/07/440250-la-science-est-sans-doute-la-solution-mais-son-imaginaire-est-en-crise>

La science est sans doute la solution, mais son imaginaire est en crise

[Justine Colinet](#)

Les jeunes se désintéressent de la science. Pourtant, comme le rappelle Alain Aspect, elle est une alliée extraordinaire pour résoudre les problèmes actuels.



Alain Aspect, couronné ce mardi Prix Nobel de physique 2022, est en colère.

Il est atterré par l'extension du complotisme dans la population, y compris parmi la communauté scientifique. Interrogé sur France Inter, le physicien a exprimé son inquiétude et il a souligné en s'adressant aux jeunes :

« La science n'est pas l'ennemie des problèmes actuels [...] La science est la solution. Lancez-vous dans la science avec l'objectif de résoudre ces problèmes qui vous intéressent. »

« La science est la solution »

Pour lui, il est clair que la France ne manque pas de talents, mais de moyens attribués à la recherche.

La Société mathématique de France a publié ce 4 octobre un rapport sur la réforme du lycée général, plus précisément sur le nombre d'élèves scientifiques en terminale depuis la réforme. Le rapport est axé sur une comparaison entre élèves filles et garçons, mais même sans prendre en compte cette distinction, le résultat de l'étude est sans appel : **les jeunes se désintéressent de la science.**

En effet, de 2019 à 2021, le nombre d'élèves scientifiques suivant 6 heures de maths ou plus a chuté de 37 % pour les garçons et de 61 % pour les filles. La formation intensive en mathématiques a diminué de 1 % pour les garçons et de 25 % pour les filles.

Quels sont les coupables ?

L'effondrement de l'Éducation nationale joue bien entendu son rôle dans le désintérêt des jeunes pour la science. Emmanuel Macron veut transformer l'école mais patauge pour mettre en place des réformes réellement efficaces et pas seulement des solutions de surface.

Pourtant, il existe des solutions.

[Nelly Guet](#) le rappelle régulièrement dans nos colonnes :

« Il faut avoir le courage de s'attaquer au cœur de cible, la volonté de faire de l'innovation un principe organisationnel et non une fioriture. [...] Il faut déclencher une transformation structurelle ascendante des programmes formels d'enseignement primaire et secondaire, notamment en sciences, grâce au développement de compétences en matière d'innovation, impliquant directement les entreprises dans le programme scientifique officiel. »

Au déclin de l'Éducation nationale vient s'ajouter l'extension du [complotisme](#) via les réseaux sociaux. Les exemples sont nombreux, qu'il s'agisse de la crise sanitaire, du réchauffement climatique, de la guerre en Ukraine. Chaque sujet d'actualité est susceptible de faire l'objet de théories du complot plus ou moins loufoques.

Le [catastrophisme](#) ambiant présente l'activité scientifique sous un jour particulièrement anxiogène. Nous avons connu l'alarmisme sanitaire, l'alarmisme climatique, l'alarmisme des pénuries... Tous les jours dans les médias, nous est vendue une vision particulièrement négative, morose et pessimiste de la vie et des problèmes que la recherche se propose de résoudre.

Susciter la peur permet de promouvoir aisément un programme idéologique. [Selon](#) le psychologue Tom Stafford, les humains ont évolué vers la tendance à réagir rapidement aux menaces potentielles. Installer une culture de la peur conduit à ne pas prendre en compte les arguments rationnels et scientifiques.

À elle seule la [crise sanitaire](#) a eu un impact important sur la perception de la science pour les individus. Ainsi, au nom de la science et de la raison, on nous a vendu les masques, les confinements, les restrictions, les interdictions et les sanctions. En instrumentalisant le discours scientifique, on a enfermé les gens chez eux, on a mis des entreprises en faillite, on a créé une crise économique. On nous a finalement vendu un projet carcéral généralisé au lieu du paradis promis par le progrès et l'innovation technologique.

Il faut cesser d'instrumentaliser la science

La science n'enthousiasme plus les foules et la jeunesse, les acteurs de la vie de demain s'y intéressent de moins en moins. Nous connaissons aujourd'hui une crise de l'imaginaire scientifique, qui met à mal la compréhension des **réels bénéfiques de la science et des progrès indéniables de l'humanité. Les progrès technologiques et l'innovation permettent aujourd'hui des avancées parfois incroyables il y a quelques années, dans tous les domaines qui nous entourent.**

Qu'il s'agisse de la recherche en santé, de la technologie que vous tenez entre vos mains et que vous utilisez quotidiennement, de l'impact de l'innovation dans le domaine du marché et de l'économie, ou encore des solutions pouvant être apportés par la technologie pour le climat, la science est la solution, comme l'a souligné très justement Alain Aspect.

Pour résoudre cette crise de l'imaginaire scientifique, il faut tout mettre en œuvre pour éviter l'instrumentalisation de la science par l'État dans le but d'accroître son pouvoir sur la société. **Il faut rendre son rôle et son importance à la science, attirer la jeunesse vers ce secteur à travers l'éducation, et ne pas se laisser tenter par la voie de l'idéologie politique.** La science et l'innovation sont la clé d'une société épanouie et croissante, elles doivent être au service du progrès humain et de la prospérité, pas du contrôle social et de la planification politique.

7 octobre (Contepoints)

<https://www.contrepoints.org/2022/10/07/440190-les-francais-ambigus-sur-lunion-europeenne>

Les Français ambigus sur l'Union européenne

[Alexandre Massaux](#)

Comment les Français perçoivent-ils l'Union européenne ?



CC BY 2.0

Emmanuel [Macron](#) fait de la question de l'Union européenne une préoccupation prioritaire. Dans le même temps, la gestion de la crise du [covid](#) puis de l'[Ukraine](#) par celle-ci suscite des débats en France. Mais comment les Français perçoivent-ils l'Union ?

L'[enquête annuelle](#) d'Ipsos et Sopra Steria pour *Le Monde*, la Fondation Jean Jaurès et le CEVIPOF donne des éléments intéressants. On peut constater **que l'opinion vis-à-vis de l'Union européenne reste divisée même si l'image de celle-ci s'améliore.**

D'un fort euroscepticisme à une confiance partielle

En 2014, seulement 31 % des Français faisaient confiance à l'UE.

En 2020, ce chiffre s'élevait à 42 % montrant ainsi une hausse de confiance.

En 2022, il s'élève à 50 %.

Si la guerre en Ukraine a contribué à renforcer l'adhésion à l'UE de la population française, cette tendance a débuté avant. On constatera toutefois que le sujet divise toujours. La moitié de la population ne lui fait toujours pas confiance.

Un **souverainisme** modéré en vogue

De plus ce soutien doit être relativisé.

En 2022, 58 % des Français estiment qu'il faut renforcer les pouvoirs de décision de notre pays même si cela doit conduire à limiter ceux de l'Europe. Cette tendance est toutefois en train de baisser : en 2014, 70 % de la population était d'accord sur ce point.

Néanmoins, cela ne signifie pas que les Français sont favorables à un renforcement de l'Europe vers une Europe fédérale. Ce sont les partisans du statu quo qui sont en hausse. Mais dans le même temps, une petite moitié d'entre eux est favorable au projet européen tout en étant insatisfaite de sa forme actuelle.

On peut se poser la question : **les Français veulent-ils une Europe plus libérale ou bien davantage d'interventionnisme de la part de l'État français ou des instances européennes ?**

Leur position vis-à-vis de la **mondialisation** donne quelques indices : 59 % d'entre eux la voient **comme une menace pour la France**. Bien sûr il s'agirait de définir ce qu'est la mondialisation : celle qui repose sur des organisations internationales aux pouvoirs étendus n'est pas la même que celle définissant une simple mondialisation des échanges.

Néanmoins, le fort étatisme politique français laisse à penser qu'une mondialisation libérale ne serait pas le vœu actuel des Français.

7 octobre (Le Point)

https://www.lepoint.fr/economie/pourquoi-le-gouvernement-ne-touche-pas-aux-niches-fiscales-07-10-2022-2492814_28.php

Pourquoi le gouvernement ne touche pas aux niches fiscales

Dans le budget 2023, le gouvernement a opté pour le statu quo sur ces exonérations, qui représentent un manque à gagner de 83 milliards d'euros par an.

Par **Éric Pichet***, pour [The Conversation France](#)

Publié le 07/10/2022 à 07h00 - Modifié le 07/10/2022 à 11h22

Avec un déficit public attendu à plus de 5 % du PIB l'an prochain et le refus affiché du gouvernement d'augmenter la pression fiscale, la rationalisation des quelque 471 niches fiscales recensées à ce jour devrait constituer, tout comme la lutte contre la fraude, une priorité. En effet, ces exonérations représentent **un manque à gagner de l'ordre de 83 milliards par an (hors CICE en voie d'extinction) soit 25 % des recettes budgétaires de 340 milliards, ou encore près de 4 % du PIB.**

Or, le PLF 2023 ne prévoit qu'un minuscule toilettage de six petites niches, dont cinq sans aucune incidence budgétaire. Pourquoi tant de frilosité à s'attaquer à ce chantier à l'heure où des économistes expliquent qu'elles constituent, pour certaines, **un facteur de creusement des inégalités ?** Il est vrai qu'il s'agit d'une **question politiquement toujours sensible**, comme l'illustre l'image reprise régulièrement par les politiques : **« Devant chaque niche (fiscale), il y a un gros chien... »**

Inciter à des comportements vertueux

Dans notre [Théorie générale des dépenses socio-fiscales](#), nous qualifions de niche, ou de dépense socio-fiscale :

« Toute disposition, législative, réglementaire ou administrative, dont la mise en œuvre entraîne pour les administrations publiques une perte de recettes, qui peut être remplacée par une dépense budgétaire et qui accorde, directement ou indirectement, à une catégorie de contribuables, un allègement de ses prélèvements obligatoires par rapport à ce qui serait résulté de l'application de la norme issue des principes généraux du droit et appliqué au segment spécifique de référence considéré. »

Si les avantages fiscaux ciblés destinés à favoriser tel ou tel groupe social (comme le clergé ou la noblesse sous l'Ancien Régime) sont aussi anciens que l'impôt, les niches fiscales ont officiellement pour objet d'inciter les contribuables à des comportements vertueux (comme [le dispositif Pinel pour favoriser le logement neuf](#) ou la réduction d'impôt sur le revenu pour les dons aux œuvres).

Cependant, la prolifération de ces niches fiscales génère de nombreux effets pervers économiquement (en biaisant la concurrence), socialement (en minant le principe d'égalité devant l'impôt), politiquement (en contribuant à créer un état de clientélisme, voire de corruption, nuisible à l'État de droit) et même [environnementalement](#).

Quelles niches éliminer ?

Pour réduire le manque à gagner pour l'État, le ministre de l'Économie Francis Mer avait décidé en 2003 de s'attaquer au maquis des niches. Depuis, le législateur a mis en place diverses stratégies pour contenir leur expansion comme l'éphémère « règle du gage » de 2009 qui n'autorisait leur création ou leur extension qu'en compensation de la suppression d'une niche de même coût.

Pour l'impôt sur le revenu, un autre moyen de réduire le coût des niches de l'impôt sur le revenu a été le plafonnement global entrepris sous la présidence de François Hollande au 1^{er} janvier 2013, actuellement de 10 000 euros par foyer (mais qui fait lui-même l'objet de dérogations, par exemple pour les Sociétés de financement de l'industrie cinématographique et de l'audiovisuel ou les monuments historiques).

Comment réduire le coût des dépenses fiscales ? Pour tenter de répondre à cette question, nous avons proposé une méthode de gestion des niches fiscales fondée sur une série de six filtres successifs. Ces six critères évaluent d'abord leur légitimité (ainsi l'ancienneté d'une niche n'est jamais un critère pertinent de conservation et l'effet d'aubaine toujours un critère d'élimination), leur utilité, leur pertinence (le dispositif bénéficie-t-il aux contribuables ou est-il capté par des intermédiaires ?), leur efficacité (en prenant en compte tous les coûts, y compris ceux de sa gestion par le fisc), leur substituabilité (est-il possible de remplacer la mesure par une simple subvention moins coûteuse ?) et enfin l'acceptabilité sociale de sa disparition, une question éminemment politique.

Frais professionnels pour les retraités

Cette méthodologie valide, par exemple, le maintien de la niche fiscale la plus coûteuse, à savoir le crédit d'impôt recherche (CIR, 7,4 milliards en 2022), bien qu'elle soit la plus critiquée par la littérature qui estime généralement qu'il serait préférable d'augmenter à due concurrence le budget des organismes de recherche publique et des universités.

Or, s'il ne fait aucun doute que la recherche fondamentale apporte à très long terme des innovations révolutionnaires insoupçonnables à leurs prémices et de très forte valeur ajoutée, il est tout aussi incontestable que les entreprises sont les mieux placées pour orienter un type de recherche appliquée qui leur sera profitable à moyen et long terme.

In fine, ce dispositif unique au monde complète sans s'y opposer la recherche publique et offre un avantage compétitif très fort au pays : il s'avère donc parfaitement légitime.

La deuxième grande niche fiscale, pour un coût de 4,9 milliards d'euros par an en 2022, concerne le crédit d'impôt de 50 % des charges salariales (plafonnées à 12 000 euros par an) pour emploi d'un salarié à domicile. En réalité, il s'agit plutôt d'une simple modalité pratique de calcul de l'impôt, une mesure de simplification qui traite le foyer fiscal comme une micro-entreprise employant un ou plusieurs salariés, et dont les charges salariales doivent logiquement s'imputer sur le revenu global du foyer.

À supposer même qu'on ne la considère pas comme partie intégrante du système fiscal, cette niche fiscale apparaît dans tous les cas légitime au nom de la création d'emploi et de la lutte contre le travail au noir. En revanche, le maintien de la troisième niche par son coût est beaucoup plus discutable. Il s'agit de l'abattement pour frais professionnels (sic) de 10 % dont bénéficient les retraités. Cet abattement, plafonné à 3 912 euros en 2021, coûte 4,2 milliards d'euros par an.

Cette niche, par nature régressive puisqu'elle ne profite qu'aux foyers imposables, n'a bien entendu aucune légitimité.

À rebours de la Constitution

À défaut de la supprimer – ce qui paraît politiquement suicidaire étant donné le poids des retraités dans l'électorat, une solution en période de retour de l'inflation pourrait être d'en bloquer le plafond ad vitam aeternam pour en réduire progressivement son coût pour l'État.

Enfin, dans un souci d'équité, il serait juste de transformer la réduction d'impôt des dons aux associations (qui pèse 1,6 milliard d'euros par an) en un véritable crédit d'impôt, qui permettrait ainsi à tous les donateurs, y compris les plus modestes, de bénéficier d'un avantage fiscal actuellement réservé, de manière inique, aux seuls contribuables imposables, soit 44 % des foyers fiscaux.

D'une manière générale, il serait souhaitable dans un souci d'équité de poursuivre la tendance lancée depuis deux décennies de privilégier les réductions d'impôt sur le revenu des personnes physiques aux déductions du revenu imposable. Comme le soulignait le rapport de l'Assemblée nationale de 2008 sur les niches :

« Le propre des mesures d'assiette est de conduire à un avantage en impôt dépendant du taux marginal d'imposition (plus la tranche est élevée, plus il y a de dispositifs d'abattement) à un avantage en impôt croissant, toutes choses étant égales par ailleurs, avec le revenu du contribuable, à rebours du principe à valeur constitutionnelle posé par l'article 13 de la Déclaration des droits de l'homme et du citoyen. »

Notre méthodologie d'identification puis de régulation des dépenses fiscales est fondée sur un solide cadre théorique global et sur une logique rigoureuse et claire. Pour l'appliquer, la principale difficulté restera in fine la capacité de la société et de l'électorat à accepter leur réduction ou leur suppression. C'est sans doute la raison pour laquelle, pour éviter les sujets sensibles, le gouvernement a opté pour le statu quo sur les niches fiscales dans le PLF 2023. Mais cette stratégie attentiste est déjà confrontée à de nombreux amendements demandant des suppressions de niches fiscales dans le débat parlementaire en cours.

** Éric Pichet, professeur et directeur du mastère spécialisé patrimoine et immobilier, Kedge Business School*

7 octobre (Le Point)

https://www.lepoint.fr/editos-du-point/laurence-neuer/harcèlement-scolaire-renforcer-la-repression-est-souvent-contre-productif-07-10-2022-2492818_56.php

Harcèlement scolaire : « Renforcer la répression est souvent contre-productif »

ENTRETIEN. Placer l'offense verbale au même niveau que l'attaque physique exacerbe la sensibilité au harcèlement, estime le psychiatre Philippe Aïm.

Par [Laurence Neuer](#)



Sensibilisation au harcèlement scolaire dans une classe de primaire dans une école de Perpignan, incitant les élèves concernés à appeler le numéro gratuit d'alerte. © ARNAUD LE VU / Hans Lucas / Hans Lucas via AFP

Publié le 07/10/2022 à 07h30

Temps de lecture : 8 min

« **L**es consultations d'enfants et d'adolescents pour anxiété ou *phobie scolaire*, voire automutilations ou troubles du comportement alimentaire, sont souvent liées, parfois même exclusivement, au harcèlement scolaire », écrit le psychiatre Philippe Aïm dans son livre *Aider l'enfant à se sortir du harcèlement scolaire**. Toutefois, estime-t-il, renforcer la répression est souvent contre-productif. Au lieu de (sur)protéger les enfants, apprenons-leur à faire face par eux-mêmes aux agressions verbales, plaide-t-il. Entretien.

Le Point : Pour un psychiatre psychothérapeute, les mots ont un sens. L'expression « harcèlement scolaire » est-elle appropriée aux actes qu'elle est censée viser ?

Philippe Aïm : « Harcèlement scolaire » est la traduction – discutable – de l'expression américaine « *school bullying* » forgée par le chercheur suédo-norvégien Dan Olweus. Celui-ci estime que l'élève bénéficie du droit fondamental d'être épargné par les offenses de ses camarades de classe, et qu'il appartient aux adultes de prendre en charge le harcèlement et de protéger l'élève. L'expression « harcèlement scolaire » revêt une dimension juridique puisque le harcèlement était déjà un délit dans la loi. Comment le définir ? Il s'agit souvent d'un acte verbal (ou physique, mais d'intensité modérée) dont les effets sont subjectifs. Si on me dit « Tu es bête, moche et tu pues », je peux en être blessé ou pas, et la blessure est dans ma tête, dans mon cœur, pas sur mon corps. La souffrance peut pourtant être grande. Et, surtout, le harcèlement est répétitif. Il devient donc relationnel : si tous les jours, à l'école, un enfant est insulté, moqué, ridiculisé, c'est harcelant.

Le harcèlement est répétitif. Il devient donc relationnel : si tous les jours, à l'école, un enfant est insulté, moqué, ridiculisé, c'est harcelant.

Le harcèlement conduit parfois à des drames : suicide, boulimie, dépression... Est-ce l'effet d'une trop grande violence des auteurs ou d'une trop grande sensibilité des victimes ?

C'est dû à la rencontre des deux. Les agresseurs s'en prennent aux victimes les plus visiblement vulnérables ou sensibles, sur qui les mots seront « efficaces »... Comment les aider sur ce plan-là ? Un enfant qui souffre, c'est toujours terrible... Et ce, d'autant plus que plusieurs des drames que vous évoquez auraient pu être évités si les victimes avaient été plus compétentes socialement et confiantes en elles.

Les jeunes ont souvent une appréhension biaisée des agressions dont ils sont l'objet. Il y a des cas rares et graves, comme ce qui arrive à Mila, mais le « harcèlement quotidien » n'est pas une fatalité. Bien sûr, il y a des insultes qui font mal, et qui peuvent rendre sensible aux agressions verbales. Et c'est un cercle vicieux : plus la sensibilité au harcèlement augmente, plus le ressenti douloureux augmente, et plus on est, bien malgré soi, une « bonne » cible... Hélas, la société est parfois vectrice de sensibilité à ce phénomène...

C'est un cercle vicieux : plus la sensibilité au harcèlement augmente, plus le ressenti douloureux augmente, et plus on est, bien malgré soi, une "bonne" cible.

Pourtant, la sensibilisation aux « blagues », sexistes ou homophobes notamment, a porté ses fruits...

En effet, on fait beaucoup plus attention lorsqu'on veut faire une blague sur des thématiques dites « sensibles ». C'est une très bonne chose, car on a davantage responsabilisé les agresseurs. L'idée qu'on ne doit pas accuser la victime (ce que les Anglais appellent le « *victim blaming* ») est un gros progrès de nos sociétés. Et ce progrès, on le doit particulièrement aux féministes.

Mais comme le dénoncent certains (par exemple Caroline Fourest dans son livre *Génération offensée*, chez Grasset), on a mis l'offense au même niveau que l'attaque physique. Le revers de la médaille d'une trop grande sensibilisation, c'est d'exacerber la vulnérabilité à n'importe quel mot ou remarque et, bien involontairement, d'envoyer un signal à l'agresseur.

Le législateur a récemment durci les sanctions : l'auteur encourt jusqu'à dix ans d'emprisonnement et 150 000 euros d'amende en cas de suicide ou de tentative de suicide de la victime. Cela a-t-il des effets dissuasifs chez les agresseurs ?

Le fait de renforcer la répression est souvent contre-productif quand la blessure est subjective. (Évidemment il faut réprimer les violences physiques, sexuelles, etc., la question ne se pose même pas, on parle ici du verbal.) J'ai en tête de nombreux cas avec des interventions de l'école, de la police... Et ça ne marche pas ! Parfois, cela a même aggravé la situation ! Lors d'une action en justice, au « mieux », le coupable est puni, il écope d'une amende, d'un rappel à la loi, ou d'une exclusion de l'établissement. Respecte-t-il mieux sa victime, la loi ou l'adulte ? La réponse est non !

Bien souvent, en punissant les agresseurs, on crée des victimes, qui deviennent de nouveaux agresseurs. En clair, ni la justice, ni la police, ni le législateur n'arrêteront l'agressivité verbale ! On a besoin de la police pour désarmer un homme armé, violent, qui menace, car on est objectivement impuissant. En revanche, un jeune qui entend tous les jours à l'école « Tu es gros, ton pull est horrible, ta mère est moche... » a souvent une marge de manœuvre. Et nous, un rôle

éducatif. Autrement dit, il peut répondre, et désamorcer le conflit si on le lui apprend. Le faire à sa place ne lui rend pas service.

Un jeune harcelé verbalement à l'école a souvent une marge de manœuvre. Il peut désamorcer le conflit si on le lui apprend. Le faire à sa place ne lui rend pas service.

D'après vous, donc, en voulant protéger la victime, on la fragilise davantage. Et on renforce l'agresseur dans son pouvoir ?

Si on dit à un jeune « Je vais intervenir à ta place », on confirme son impuissance face à l'agression dont il est l'objet. L'adulte confirme à l'enfant qu'il est présent pour lui..., mais aussi sa dépendance et sa faiblesse face à l'agression en voulant le protéger. De son côté, l'agresseur sait qu'il est tombé sur la victime idéale, et s'il se sait surveillé à l'école, il pratiquera son harcèlement sur les réseaux sociaux. Lorsqu'on observe les statistiques, malgré une sensibilisation plus forte, on note une légère diminution du harcèlement et une énorme augmentation du cyberharcèlement. En matière de harcèlement, innocent ne veut pas dire impuissant. En dénonçant et en punissant l'agresseur, on alimente son ressentiment et on lui donne des armes ! Les mesures sont de plus en plus punitives alors que les enfants ne demandent qu'une chose : apprendre à se sortir de là. Écoutons-les !

L'école a son rôle à jouer en mettant en place des programmes contre le harcèlement. Faut-il aller plus loin en instituant un droit à la tranquillité au sein des établissements scolaires ?

C'est ce qu'avait suggéré le député Erwan Balanant dans le prolongement de ses 120 propositions visant à renforcer la lutte contre le harcèlement scolaire. C'était d'ailleurs l'idée d'Olweus : un droit à la tranquillité à l'école. C'est beau sur le papier, mais personne ne sait faire cela, c'est impossible ! Il n'existe aucun groupe social où il n'y a pas d'agressivité, et l'école ne fait pas exception. Et décréter un droit, c'est le garantir. Si le droit n'est pas respecté, le risque est de responsabiliser les établissements scolaires, qui ne peuvent pas, de facto, empêcher tout fait de harcèlement.

C'est ce qui se passe aux États-Unis : les 51 États ont mis en place des lois anti-harcèlement qui contraignent les écoles à bannir le harcèlement. **Et chaque semaine, il y a des procès contre des écoles pour n'avoir pas pu ou su éviter les difficultés d'un enfant. Contraindre les écoles à devenir des établissements sans agressivité est totalement irréaliste.**

Cette « agressivité » relève de la liberté d'expression, écrivez-vous...

La liberté d'expression inclut le droit à l'offense. Au lieu de mettre dans la tête de l'enfant « il n'a pas le droit de se moquer de toi », il faut au contraire lui apprendre (progressivement et par le jeu) : « Il a le droit de penser cela. » Alors il n'aura plus d'enjeu à continuer. Plus d'emprise. Et il arrêtera. Je dis tous les jours à ma fille : « Personne n'a le droit de te toucher, mais si on dit du mal de toi, c'est peut-être faux, pas gentil, et toi, rien ne t'oblige à en faire autant, mais il a le droit. » Moins sensible, on est plus sûr de soi. Et cela s'apprend. En revanche, en mettant dans la tête des enfants qu'on n'a pas le droit de les offenser, on fabrique une génération de chamallows émotionnels, vulnérables.

Qu'apprenez-vous aux enfants pour faire face aux agressions et désarmer leur harceleur ?

Ce mot *harcèlement* est trop globalisant, et ma première question, quand un enfant me dit qu'il a été « harcelé », est de lui demander ce qui s'est passé : qu'est-ce qu'on lui a dit exactement ? Qualifier le harcèlement, c'est commencer à le désamorcer. Je leur apprend, avec une méthode très structurée mais ludique, à déstabiliser un agresseur par la communication, par exemple, l'autodérision, qui rend invulnérable.

En mettant dans la tête des enfants qu'on n'a pas "le droit" de les offenser, on fabrique une génération de chamallows émotionnels.

La dernière chose qu'attend l'agresseur est qu'on lui laisse sa liberté d'expression, qu'on se moque de nous-même ou qu'on... l'écoute. On peut faire comme si l'attaque était une opinion sur laquelle on peut débattre avec lui. « Tu me dis que je suis bête, ah bon ? Tu trouves ? Qu'est-ce qui te fait dire ça ? » Ni baisser la tête, ni dénoncer, ni contre-attaquer : surprendre et pacifier. Ça s'apprend ! Pour entraîner les enfants, je joue à des jeux de rôle avec eux. Ils acquièrent force et confiance. Il est urgent d'éduquer les enfants aux compétences sociales. Cela leur servira pour la vie entière !

Il est urgent d'éduquer les enfants aux compétences sociales. Cela leur servira pour la vie entière !

Un cours d'éducation relationnelle aurait donc sa place ?

Il n'y a pas une heure de cours de communication ou de relation aux autres ! « Comment faire face à l'agressivité ? » ne serait-ce pas, pourtant, essentiel ? Au lieu de cela, on a des recommandations aux professeurs qui parlent d'« enquête » au sein de l'établissement, de « témoignages », de « surveiller » les interactions sociales. Bref, un vocabulaire à connotation judiciaire qui génère forcément des relations procédurières. Un de mes jeunes patients m'a même dit qu'il voulait devenir « policier scolaire » chargé de la lutte contre le harcèlement ! Le durcissement des sanctions ne peut qu'affaiblir les victimes s'il n'est pas accompagné d'un apprentissage de l'éducation relationnelle. On pourrait commencer par former les professeurs, les surveillants et le CPE... Aimer et aider les enfants, c'est aussi les rendre plus autonomes. Nous sommes ou serons tous agressés verbalement un jour ou l'autre dans notre vie. Il faut apprendre aux enfants à s'armer contre cette violence, pour la faire cesser. Et le harcèlement s'arrêtera.

* **Philippe Aïm, *Aider l'enfant à se sortir du harcèlement scolaire* (2021, Marabout, 350 pages, 7,90 €).**

7 octobre (Le Figaro)

<https://www.lefigaro.fr/vox/societe/berenice-levelt-cinq-ans-apres-metoo-le-neofeminisme-entre-farce-et-terreur-20221006>

Bérénice Levelt: «Cinq ans après #MeToo, le néoféminisme entre farce et Terreur»

Par Bérénice Levelt

Publié hier à 19:33, mis à jour hier à 21:53



La philosophe Bérénice Levelt. *F Clairefond*

TRIBUNE - Le mot «totalitaire» est justifié pour décrire l'esprit du néoféminisme, car celui-ci se flatte d'abolir la frontière entre le privé et le public, propre aux démocraties libérales, argumente la philosophe.

Tous des Barbe-Bleue! Poussez la porte de leur demeure et leurs victimes, sans nombre, vous submergeront! Il n'est désormais plus une journée sans que la caverne bourdonne des turpitudes et forfaits de la gent masculine ou, plus exactement, de ce que les néoféministes surveillent et punissent comme tels. Et le spectre est large. Jusqu'où irons-nous? Jusqu'à quand? Nos pensées - et nos vies chaque jour davantage - sont captives. Le point d'acmé est-il atteint? Rien n'est moins sûr.

Interrogé en 2017 par *Le Figaro* sur ce que lui inspiraient l'affaire Weinstein et l'offensive #MeToo, inaugurée il y a très exactement cinq ans, le 5 octobre 2017, feu le romancier Tom Wolfe se disait **«partagé entre l'effroi, en tant que citoyen, et l'amusement, en tant que romancier (...). Si cela continue, cela pourrait devenir la plus grande farce du XXI^e siècle»**. Cela a continué. La chose tourne assurément à la farce, l'effroi tend toutefois à l'emporter sur le rire. Voici cinq années que, jour après jour, l'atmosphère s'enténébre.

La grande marche #MeToo a permis à un féminisme identitaire, victimaire et séparatiste de s'imposer en France. Toutes les institutions sont atteintes: médias, école, université, musée, opéra, théâtre, littérature, science. **La novlangue du féminisme est devenue langue officielle.** Bien penser, bien parler, c'est désormais penser et dire la condition des femmes dans les catégories élaborées et diffusées par les néoféministes. **«Féminicide», «violence sexiste» et «sexisme systémique», «comportement inapproprié», «masculinité toxique», «patriarcat», «violences-faites-aux-femmes». Véritable mécanique plaquée sur du vivant.**

Il était entendu, et il l'est toujours, que nous devons et devrions nous féliciter de la **«libération de la parole des femmes»** - souvenons-nous, alors même que la foudre s'abattait sur eux, des déclarations des ministres Gérard Darmanin et Nicolas Hulot: le premier célébrant *«ce magnifique moment»* quand le second jugeait ce déferlement *«nécessaire et salutaire»*. Or, ce n'était pas, non plus qu'aujourd'hui, la parole qui se libérait, c'était, ce sont, les passions les plus viles. La parole libérée est une parole qui lâche la bride **aux «impatiens désirs de vengeance»**,

ces «*enfants impétueux du ressentiment*», dont parlait Corneille. Et d'un ressentiment tourné contre les hommes et plus largement contre l'Occident. **Une parole libérée, de surcroît, de tout scrupule, de tout tremblement.** Il n'y eut guère que Yasmina Reza pour briser ce grand concert d'unanimité, déclarant hardiment dans la matinale de France Inter du 8 novembre 2017: «*Je n'ai aucune intention de libérer ma parole.*» Sagesse d'écrivain qui eût dû, nous, Français, plus que tout autre, nous mettre la puce à l'oreille. Qu'avons-nous fait de notre belle et noble renommée de patrie littéraire!

La cause des femmes, et la chose est aujourd'hui éclatante, n'est qu'un alibi. Elle est l'enseigne ou plutôt une des enseignes, sous laquelle la **fiévreuse croisade contre l'Occident est conduite.** Et d'abord contre celui qui serait son représentant par excellence: **l'homme blanc hétérosexuel.** *Par-delà l'androcène* (traduction: «par-delà l'âge de l'homme au sens sexué du mot, bref du mâle») n'est pas seulement le titre du dernier livre de Sandrine Rousseau, il est le programme même du féminisme contemporain, et plus généralement du wokisme. Encore un effort sémantique toutefois: appel à candidats! Le mot disant la **culpabilité du seul Blanc** reste à forger!

L'heure est donc à la révolution. **L'homme «déconstruit»** suppose la **déconstruction de la société.** Car sans doute l'homme est-il ce qu'il est par nature, dominateur et prédateur, mais c'est également ainsi que nos sociétés occidentales - et la société française, coupable entre tous - l'ont voulu et façonné et continueraient de le vouloir et de le promouvoir, assure-t-on. À Élisabeth Badinter dénonçant «à la tête de la radicalisation, une députée écolo qui veut tout faire flamber», Sandrine Rousseau rétorque: «**Flamber le patriarcat, madame, et avec enthousiasme de surcroît.**» Et l'on rappellera les mots, empruntés à un anarchiste espagnol, placés par **Julien Bayou** lui-même en exergue de son livre *En vert et avec tou.tes*: «**Nous n'avons pas peur des ruines, nous qui portons dans nos cœurs un monde nouveau.**»

Forts du principe « le privé est politique », comme Tartuffe s'autorisant de sa vertu pour régenter le foyer et l'esprit d'Orgon, nos Tartuffe s'autorisent du bien des femmes, de leur salut même, pour quadriller la totalité de nos existences, pénétrer dans les moindres recoins de nos vies et ce dès le plus jeune âge

«**Patriarcat**», une de ces clés, avec celle de la «**domination masculine**», **censées ouvrir toutes les serrures, un des éléments du grand récit censé légitimer n'importe quelle action, n'importe quelle poursuite, n'importe quelle condamnation et qu'annoncent pathétiquement les institutions éducatives et culturelles** (ainsi l'exposition «La Renaissance des femmes» au château de Blois). **L'idéologie, au sens littéral du terme, règne ici en maître: en lieu et place du réel compliqué, nuancé, bigarré, le monde fictif de l'idéologie,** l'intrigue simplissime d'un homme blanc «cis», hétérosexuel catholique ou juif, n'ayant d'autre passion que de dominer et d'asservir tout ce qui n'est pas à son image, depuis les femmes jusqu'à la nature et aux bêtes, en passant par les «minorités» ethniques et religieuses. Formidable assurance prise contre la réalité.

Se trouvent réunis tous les ingrédients d'un totalitarisme féministe ou, pour le moins, d'une **redoutable Terreur féministe.** Il ne s'agit pas de verser dans de paresseuses analogies historiques dont Tocqueville nous a appris à nous défier - «*Un temps ne s'ajuste pas bien dans un autre et ces anciens tableaux qu'on veut faire entrer de force dans de nouveaux cadres font toujours un mauvais effet*» et nous condamnent souvent à manquer l'inédit du temps présent - mais, et pour citer Chateaubriand rappelant Louis-Philippe: «*Il y a des choses dont il faut garder le souvenir pour ne pas les imiter.*» De fait, le XX^e siècle et déjà 1793 sont là, devraient être là, pour nous instruire... Mais le mot de **George Orwell se vérifie une fois encore, la gauche est antifasciste, elle n'est pas antitotalitaire.**

À quoi reconnaît-on qu'on glisse sur une pente totalitaire? Comme le mot l'indique, l'inclination totalitaire se signale par **le fait que la totalité de notre vie se voit placée sous contrôle.** La frontière entre la vie privée et la vie publique, qui est la marque par excellence d'un régime de liberté, disparaît. «**Le mur de la vie privée**», selon la puissante expression attribuée tantôt à Royer-Collard, tantôt à Talleyrand, tombe. **Mur de Jéricho dont la chute est toujours funeste.** Nos féministes partagent assurément la fascination qu'exerçait sur André Breton et les surréalistes l'idée

de vivre dans une **maison de verre** ; sans doute, lui prêtent-elles comme l'auteur de *Nadja* des vertus proprement révolutionnaires. On n'ignore pas non plus qu'en Hollande, pays de tradition calviniste, l'absence de rideaux est une norme, attestant qu'ici, dans cette maison, on mène une vie droite, que l'on n'a rien à cacher, que le péché n'y pénètre pas.

De Rousseau à ce néoféminisme, de Jean-Jacques à Sandrine, y aurait-il, malgré le fossé que constitue entre eux le génie littéraire du premier, quelque filiation, quelque parenté? La passion de la transparence assurément, et la détermination à lever tout ce qui lui fait obstacle. Or, l'inquisition de la vie privée est une règle, un devoir même aux yeux de nos féministes. Forts du principe **«le privé est politique»**, comme Tartuffe s'autorisant de sa vertu pour régenter le foyer et l'esprit d'Orgon, nos Tartuffe s'autorisent du bien des femmes, de leur salut même, pour quadriller la totalité de nos existences, pénétrer dans les moindres recoins de nos vies et ce dès le plus jeune âge (les crèches et les cours d'école sont placées sous surveillance).

Vertu de la délation

«Cet homme est un violeur. Cet homme est un homme», disait une affiche du MLF en 1981. Les néoféministes en font leur axiome. La **présomption d'innocence passe au second plan, voire disparaît**. **«Dès qu'on leur est suspect, on n'est plus innocent»**, dit Racine. **Or, l'homme en soi est suspect. Et la présomption de crédibilité, quand ce n'est pas de véracité, de la parole de la plaignante triomphe**. C'est ainsi que partout, dans la société, dans les partis essaient des **commissions d'«enquête» ad hoc, sorte de tribunaux d'exception dressés pour suppléer à une justice jugée inadéquate** - **«notre déontologie n'est pas celle de la justice»**, soutient sans crainte ni tremblement la socialiste Laurence Rossignol, initiatrice exaltée du mouvement #MeToo politique - avec, pour arme de destruction massive, **des chefs d'inculpation aussi flous et donc aussi arbitraires que celui, hier, d'ennemis du peuple**. Ainsi, dernier venu en date, **«comportements de nature à briser la santé mentale des femmes»** - comme si briser un être n'était pas également partagé par les deux sexes (il faut voir ou revoir *Manèges*, d'Yves Allégret, avec l'immense Bernard Blier terrassé par son épouse, interprétée par Simone Signoret, et sa belle-mère, jouée par Jane Marken).

La délation est élevée au rang de vertu et le délateur - figure la plus honnie du temps de l'Occupation - en l'espèce la délatrice, corbeau 2.0, gratifiée du titre de héros national. Sur la foi de simples tweets, articles de presse, livres, des hommes tombent en dehors de toute procédure judiciaire! Sur fond d'affaire Denis Baupin, le député écologiste accusé en 2016 d'agression sexuelle, premier fait d'armes de Sandrine Rousseau, Barbara Pompili dénonça une **«injonction à se déclarer victime»**. *Les dieux ont soif* - relisons Anatole France - et, comme toute révolution, celle-ci dévore ses propres enfants.

Quel paradoxe! Quand le tourment écologique nous rappelle précisément aux vertus du tact, de la délicatesse, du scrupule, des égards, c'est sous l'égide du féminisme et singulièrement de l'écoféminisme que ces dispositions, sans lesquelles il n'est de monde humain, sont sacrifiées.

Autre élément propre à la Terreur et au régime totalitaire, **la société, et notamment la société politique, n'est plus composée d'adversaires mais d'ennemis**. La divergence est par avance bannie et la libération de la parole, tant exaltée, ne l'est que dans un sens. C'est une libération pour mieux bâillonner toute parole dissidente. Élisabeth Badinter ose argumenter contre le féminisme rousseauiste? **«Combo réactionnaire»**, tweete l'élue EELV. Circulez...

Des excès? Des outrances? On ne fait pas d'omelette sans casser des œufs, nous répondra-t-on recyclant le bon vieux slogan des régimes totalitaires ; un mal passager pour un bien éternel, comme le disait Victor Hugo de la Terreur.

Qu'entre un homme et une femme rivalisant aujourd'hui pour un même poste la bataille soit inégalitaire à n'en pas douter, mais d'une inégalité au détriment des hommes et au bénéfice des femmes

Faut-il le rappeler? C'est fragile, la civilisation, le monde civilisé. Cela tient à peu de chose, mais décisives. Le régime de la langue et, avec elle, la passion des formes, de la mise en forme, l'art et la manière ; l'institutionnalisation de la justice ; le mur dressé entre la vie privée et la vie publique. Toutes ces choses que nous tenions pour essentielles à la civilisation violées au nom du bien.

Fragile aussi, éminemment fragile, notre civilisation, l'entente française de la vie et un de ces traits les plus admirables, admirés et recherchés, notre art de la mixité des sexes. Or, nos féministes fomentent la guerre des sexes et se comportent comme des éléphants, déterminés, elles et leurs zélés compagnons, à réduire en poussière la fine porcelaine qu'est notre héritage.

Ils tremblent, car leur vieux monde agonise, disent de nous les acteurs endiablés de ce féminisme: oui, nous tremblons, nous, hommes et femmes, ensemble, non parce que nous serions moisis, crispés, les uns sur leurs privilèges et nous, dociles, soumises, complices d'un ordre inégalitaire, mais parce que nous voyons ce que nous voyons. **Il ne s'agit plus d'égalité entre les sexes. Il ne s'agit pas d'ouvrir toutes les carrières au mérite indépendamment du sexe. Il s'agit de grand remplacement: là où était un homme une femme doit advenir.**

Qu'entre un homme et une femme rivalisant aujourd'hui pour un même poste la bataille soit inégalitaire à n'en pas douter, mais d'une inégalité au détriment des hommes et au bénéfice des femmes. Vestige et incarnation du vieux monde, l'homme, a fortiori s'il est blanc, hétérosexuel et de plus de 50 ans fera nécessairement pâle figure face à sa rivale féminine. Celle-ci sera promue par toutes les forces du progrès qui font de son triomphe leur cause personnelle - cela ressort puissamment, bien qu'involontairement, du film de Tonie Marshall *Numéro une*. Emmanuelle Blachey, incarnée par Emmanuelle Devos, membre du comité de direction d'un géant de l'énergie, est pressée par un réseau féministe de briguer la direction de ce groupe, elle deviendra ainsi la «*première femme PDG d'un groupe du CAC 40*».

J'ai dit en ouverture que nous n'avions pas vraiment le cœur à rire. Mais j'ai eu tort. Car c'est sans doute ce qui nous avait préservés des outrances du féminisme jusqu'à présent: nous avons su lui opposer le rire. En 1978, au sortir de la première de la pièce de Jean Anouilh *La Culotte* - à la faveur d'élections, les femmes sont arrivées au pouvoir, «*le temps de la suprématie du mâle a passé*», des tribunaux ont partout été installés dans la capitale -, Michel Déon écrivait dans *Le Figaro* : «*À l'Atelier, ce soir-là, nous avons tous l'impression de recouvrer la santé, de respirer un air de liberté*» et Déon de rappeler les vertus de la *vis comica*: «*Retarder par le rire le triomphe de la plus conventionnelle bêtise.*» Hélas, plus de Molière, plus d'Anouilh, plus de Philippe Muray, au moment où nous en aurions tant besoin.

* Docteur en philosophie, Bérénice Levet est l'auteur de plusieurs ouvrages remarquables, comme *Le Musée imaginaire d'Hannah Arendt* (Stock, 2011) et *La Théorie du genre ou le monde rêvé des anges* (Le Livre de Poche, 2016). Dernier livre paru: *L'Écologie ou l'ivresse de la table rase* (Éditions de l'Observatoire, 2022).

7 octobre (Le Figaro)

<https://www.lefigaro.fr/actualite-france/enseignement-comment-le-privé-a-gagné-le-match-face-au-public-20221007>

Enseignement: comment le privé a gagné le match face au public

Par [Caroline Beyer](#) et [Sophie de Tarlé](#)

Publié il y a 4 heures



Des écoles privées ont instauré l'uniforme, comme à Pontlevoy (Loir-et-Cher). *Jean Michel TURPIN pour Le Figaro Magazine*

ENQUÊTE - Alors que l'école de la République atteint les tréfonds des classements internationaux, l'enseignement privé tire son épingle du jeu grâce à une **autonomie et des projets pédagogiques qui séduisent les familles de toutes origines, soucieuses de la réussite de leurs enfants.**

Musulmane pratiquante, Dhekra Bedoui a fait le choix du privé pour ses deux garçons. À Aulnay-sous-Bois (93), puis à Choisy-le-Roi (94). *«Des environnements pas toujours rassurants, résume-t-elle pudiquement. Je voulais un établissement sérieux, bienveillant, porteur de valeurs.»* Lorsqu'elle découvre l'existence des écoles catholiques, elle se demande s'il *«faut être chrétien»* pour les intégrer. *«Mon mari a connu l'école coranique en Tunisie. Il se demandait si c'était pareil, raconte-t-elle. À Saint-André, à Choisy, nous n'avons jamais eu de problèmes liés à nos origines. L'éveil religieux concerne toutes les religions et s'appuie sur la tolérance et l'unicité de Dieu. À la cantine, mes enfants ne mangent pas de porc. Mais s'ils veulent manger hallal, ils le feront ailleurs, ou plus tard.»*

Présidente de l'Apel (Association de parents de l'enseignement libre) de son établissement depuis six ans, Dhekra Bedoui constate que Saint-André - qui affiche des frais de scolarité d'environ 250 euros par mois - accueille *«de plus en plus de parents musulmans»*. *«Je dirais 40 %*, précise cette chef de projet informatique chez Elior. *Ils choisissent cet établissement pour son modèle éducatif et ses résultats au bac.»* Son fils aîné est aujourd'hui en deuxième année d'école d'ingénieur.

Des familles musulmanes dans des écoles privées? Un phénomène aujourd'hui banal, tant le privé est devenu un **refuge pour les familles**, et ce, quelle que soit leur origine. Il est vrai que l'exemple vient d'en haut. **Pap Ndiaye**, ministre de l'Éducation nationale, qui a déclaré en septembre vouloir s'attaquer au collègue, *«l'homme malade du système»*, ne cache pas avoir **enlevé ses enfants du public pour les mettre à l'École alsacienne** afin de leur **assurer «une scolarité sereine et heureuse»**. Avant eux, cet établissement privé laïc parisien a accueilli le ministre Gabriel Attal, la journaliste de France Inter Léa Salamé, l'avocat d'extrême gauche Juan Branco ou encore Élisabeth Badinter.

Davantage d'autonomie

«Il faut être lucide, l'école de la République française n'est plus à la hauteur.» C'est le président **Macron** lui-même qui en fait le «cruel» constat le 25 août, face aux recteurs réunis pour la rentrée. Évoquant des élèves «malheureux», des parents «anxieux», des professeurs «désabusés», il a appelé ces hauts fonctionnaires de l'Éducation à «l'audace» pour **«changer de méthode»**. De l'audace, il en faudra, **tant la situation est préoccupante pour la France, septième puissance mondiale, mais 23 en lecture parmi les pays de l'OCDE**, avec moins de 10 % de très bons lecteurs - un niveau comparable à la République tchèque, au Portugal et à la Belgique. **Les taux de réussite au brevet et au bac (96 % au bac général en 2022) ne parviennent plus à leurrer personne.**

«L'enseignement public aurait intérêt à s'inspirer du privé», lâche Jean-Paul Brighelli. L'auteur se désole d'avoir eu raison, il y a quinze ans, avec son best-seller **La Fabrique du crétin**, dont le second tome est paru en 2022. **«Le privé est souvent conçu en cités scolaires, comme c'était le cas avant dans les lycées publics. Si l'on constate des lacunes en seconde, les professeurs du collège peuvent réagir plus rapidement»**, ajoute-t-il.

L'enseignement public aurait intérêt à s'inspirer du privé

Jean-Paul Brighelli, auteur de *La Fabrique du crétin*

Sur plus de 12 millions d'élèves, près de 17 % sont scolarisés dans l'enseignement privé sous contrat - 97 % l'étant dans l'enseignement catholique. Un «contrat» avec l'État qui rémunère les enseignants, en contrepartie de quoi les établissements doivent se conformer aux programmes officiels. Le fameux «caractère propre», inscrit dans la loi Debré de 1959, leur laisse cependant une marge de liberté. **«Le caractère propre, ce n'est pas seulement la catholicité. Ce sont les projets pédagogiques, très variés d'un établissement à un autre, et le fait que l'on sait où l'on met les pieds**, explique Frédéric Gautier, actuel directeur de Stanislas à Paris, passé par Saint-Joseph à Reims et Franklin à Paris. **Cela procure chez les familles un sentiment d'adhésion et de sécurité. Les élèves ne sont pas affectés par territoire, en fonction d'une carte scolaire, mais par choix.»** Et puis il y a «les valeurs».

«Dans l'enseignement public, les valeurs républicaines ne font finalement référence qu'au “vivre-ensemble”. Elles déclinent la lutte contre le racisme, l'antisémitisme, ou encore la transphobie. Dans l'enseignement catholique, nous n'avons pas “une certaine idée” de la personne, mais “une idée certaine” de ce qu'est un homme, une femme, une jeune fille, un jeune garçon. Une conception éclairée par l'Évangile, loin des délires du moment», ajoute-t-il.

Stanislas, qualifié de sexiste

Un caractère propre et des valeurs attaquées par l'extrême gauche, bien décidée à relancer la guerre public-privé. En juin dernier, c'est un article de **Mediapart** qui a mis le feu aux poudres, dénonçant Stanislas comme un établissement **«sexiste et homophobe»**, en ciblant notamment ses classes non-mixtes, son règlement intérieur qui précise la tenue des élèves (des hauts opaques pour les filles, interdiction de pantalons taille basse, de survêtements, etc.). Ce qui n'a pas fait trembler l'établissement. Dans un communiqué, l'école vieille de plus de deux cents ans a affirmé son **«attachement indéfectible à tout l'enseignement de l'Église catholique, même sur les questions qui peuvent susciter l'incompréhension d'une partie de nos contemporains et qui sont parfois ressenties comme un “scandale”**». Dans la foulée, le groupe écologiste Gauche communiste, écologiste et citoyenne (GCEC) en a profité pour demander la suppression des subventions de la région. Une demande rejetée illico par Valérie Pécresse. À la rentrée, le règlement intérieur qui interdit les mangas à Stanislas, mais aussi jeux électroniques et jeux de rôle, a encore fait beaucoup réagir sur les réseaux sociaux.

À Stanislas, les baskets sont interdites. *sp*

Toutefois, il faut être lucide, Stanislas est une exception. En réalité, **la discipline a beaucoup molli ces dernières années dans le privé**. L'uniforme et la non-mixité ont disparu avec les années 1980. *«Beaucoup d'écoles catholiques n'ont de catholique que le nom»*, regrette même Servane, institutrice en retraite dans les Bouches-du-Rhône, qui avait choisi l'école privée par conviction religieuse. *«Le collège privé de notre ville ne proposait même pas de pastorale»*, se souvient-elle. **Reste que le privé affiche généralement un règlement intérieur plus strict sur la tenue scolaire, les retards, les absences, le niveau de langage, l'utilisation du téléphone portable, ce qui est apprécié des familles**. Caroline *, professeur du public dans le Val-de-Marne, a opté pour le privé en raison de *«l'encadrement, des fréquentations, et pour que ses enfants soient tirés vers le haut»*. Et surtout, **les familles adhèrent au règlement imposé**. *«Au moment de l'entretien, je l'explique aux familles qui choisissent ou pas d'inscrire leur enfant. C'est la grande différence avec le public où les élèves sont affectés»*, explique Marie-Astrid Courtoux-Escolle, directrice de Saint-Michel-de-Picpus dans le 12^e arrondissement de Paris.

Dans le privé, on travaille plus

Le Covid a aussi exacerbé cette impression que dans le privé *«on travaille plus que dans le public»*. *«Pendant la crise, je voyais bien que les profs de mon fils se contentaient d'envoyer des mails, alors que les enfants de mes amies, qui étaient dans le privé, suivaient leurs cours sur Zoom»*, raconte Béatrice, dont le fils était en troisième, en 2020, au collège Chappe dans le 19^e, et qui avoue s'être ruinée en cours particuliers afin qu'il puisse suivre une fois au lycée.

Les établissements privés se distinguent aussi par une **plus grande souplesse et un «management» plus proche du terrain**. *«Si un prof de maths est absent une semaine, les élèves feront plus de physique et rattraperont les heures de maths la suivante»*, fait valoir Gilles Demarquet, le président de l'Apel.

Dans le privé, le directeur a davantage de marge de manœuvre. Il recrute lui-même ses enseignants et ses suppléants (l'équivalent des contractuels). La gestion des ressources humaines est aussi plus décentralisée. Là où un enseignant stagiaire du public peut être affecté à l'autre bout de la France, les débutants du privé ont toutes les chances de rester dans leur académie d'origine. *«Pour les professeurs des écoles, la gestion est départementale, et pour ceux du collège et du lycée, elle est académique*, précise Yann Diraison, adjoint au secrétaire général de l'enseignement catholique. *Nous essayons de faire du cousu main.»* De fait, sur 2300 lauréats au concours du second degré, seuls 33 ne sont pas affectés dans l'académie de leur choix. *«Les salaires sont les mêmes. Mais la grosse différence est que j'ai la liberté de choisir les enseignants, qui eux aussi peuvent nous choisir. Cela change tout en termes de bien-être, de motivation, d'ambiance dans l'équipe*, explique Marie-Astrid Courtoux-Escolle. *Ils ne sont pas envoyés loin de chez eux. Il y a des établissements compliqués aussi dans l'enseignement catholique, mais l'enseignant n'est pas déraciné.»* D'ailleurs, le dernier bilan social de l'Éducation nationale (2020-2021) montre que **les enseignants du privé sont moins en arrêt maladie que leurs homologues du public** (près de 5 points de différence dans le second degré).

Des professeurs choisis

Des atouts déterminants à l'heure où «le plus beau métier du monde» souffre d'une grave crise d'attractivité. Une crise à laquelle le privé n'échappe pas. Tout en réussissant, jusqu'alors, à sauver les meubles. *«Il y a quinze ans, nous comptons sept candidats au concours de professeurs des écoles pour un poste. Aujourd'hui, nous sommes à 2,8»*, explique Yann Diraison. Reste que, depuis 2018, la totalité ou presque des postes proposés sont pourvus. Là où dans le public 75,7 % ne l'ont pas

été en 2022, contre 92 % en 2016. *«Au-delà de la question du salaire (1800 euros net mensuels pour un enseignant débutant, après l'année de stage rémunérée à 1400 euros, NDLR), nous voulons une affectation digne»*, répète Loïc, qui a enseigné pendant vingt ans dans le public, en lycée professionnel.

Au-delà du salaire, nous voulons une affectation digne

Loïc, enseignant dans le public

Après avoir obtenu brillamment le Capes de lettres, pour enseigner en lycée général, le voilà aujourd'hui contraint de faire son année de stage à Rennes, où il a passé le concours - *«C'est une circulaire qui le dit!»*, explique-t-il -, alors qu'il vit à Bordeaux, avec sa femme, magistrate, et son fils. Il fera donc des allers-retours. À ses frais. Alors même que l'académie de Rennes, parmi les plus attractives de France, ne souffre pas de la pénurie de professeurs, comme celles de Créteil ou de Versailles, où des «job dating» ont été organisés à l'été, pour recruter des contractuels.

Les professeurs sont-ils «meilleurs» dans le privé que dans le public? A priori, peu de différences. Ils ont le même niveau de formation, passent des concours comparables et touchent le même salaire. La proportion de contractuels y est même supérieure: 30 % des enseignants de collèges et lycées, contre 8 à 9 % dans le public. *«Quand les jeunes enseignants, diplômés bac + 5, arrivent à la Goutte-d'Or, ils tombent de haut, qu'ils enseignent dans le privé ou le public»*, résume Isabelle, au rectorat de Paris, qui fait passer les oraux de concours aux deux populations.»

Et la **pédagogie**? Là encore, pas de fossé criant entre les deux mondes, le **«pédagogisme»** à l'œuvre depuis les années 1970 ayant infusé partout. Mais dans le monde du privé sous contrat, on trouve des projets bien différents. *«Dans le public, j'entends souvent la formule "la pédagogie que l'on défend", explique Baptiste Jacomino, adjoint au directeur diocésain de Paris. De la tradition jésuite à Montessori, il y a chez nous DES pédagogies. Mon travail consiste à encourager les établissements à aller au bout de leurs projets.»* À Stanislas, établissement d'excellence, où 70 % des bacheliers font une prépa et 20 % intègrent médecine, on considère **«qu'apprendre par cœur reste la meilleure manière d'apprendre»**, explique son directeur, Frédéric Gautier. *Nous nous appuyons sur une tradition pédagogique ancienne, qui a fait ses preuves. Dans une époque de fragilité, cette approche classique est rassurante pour les familles.»*

Les investisseurs en embuscade

Toutefois, beaucoup pensent que le privé sous contrat n'en fait pas assez et suit trop la pédagogie et les valeurs Éducation nationale. *«Si c'était à refaire, je mettrais mes enfants dans le privé hors contrat»*, déclare Caroline, enseignante dans le Val-de-Marne, qui a mis ses trois enfants dans le privé sous contrat avec des allers-retours dans le public. **Ces dernières années, le petit monde du hors contrat (0,7 % des élèves y sont scolarisés) connaît une croissance significative.** Ses quelque 1700 établissements ne sont pas tenus au cadre Éducation nationale, même s'ils sont soumis à des contrôles de l'État, de plus en plus fréquents depuis la loi contre le séparatisme d'août 2021. Cette année, 172 établissements hors contrat ont ouvert, selon l'association Créer son école. **«Contrairement aux idées reçues, 82 % des écoles indépendantes sont aconfessionnelles»**, relève Anne Coffinier, sa présidente. À leurs côtés, 11 % d'établissements catholiques, 5 % musulmans, 1 % juifs et 1 % protestants. *«Les créations, en cette année 2022, montrent que les écoles sont en harmonie avec l'évolution de la société, ajoute Anne Coffinier. On trouve beaucoup d'établissements spécialisés - des troubles de l'apprentissage au sport de haut niveau -, ainsi qu'un fort ancrage à la nature, avec des "forest schools". Mais la tendance de fond, c'est l'ouverture croissante d'écoles bilingues.»*

Et la dégringolade du système français aiguise les appétits des fonds de pensions américains. Le groupe Globeducate, propriété du fonds d'investissement américain Providence, possède ainsi une dizaine d'établissements en France, dont le Cours Hattemer, Mougins British International School dans le Var, mais aussi les EIB (Écoles internationales bilingues à Paris), des écoles bilingues privées sous

contrat réputées, qui se développent à vitesse grand V dans la capitale. Dans ce paysage, le bac français cède du terrain. **De plus en plus d'écoles privées proposent à leurs élèves de passer le bac américain, avec une préparation qui débute dès la troisième, à raison de 1250 euros par an.** Les organismes privés, eux, créent à tour de bras des certificats en orthographe, en maths, en physique, en anglais, sortes de badges de compétences que les jeunes peuvent exhiber dans leur dossier scolaire à défaut de diplôme reconnu. **Nulle crainte que le bac enterré sera rapidement remplacé.**

* Les prénoms ont été changés à la demande des intéressés.

7 octobre (FAZ)

<https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/strom-und-gas-oekonomen-lehnen-preisdeckel-ab-18368236.html>

ENERGIEGELD GEFORDERT:

Ökonomen lehnen Preisdeckel für Strom und Gas ab

VON [JAN HAUSER](#)

-AKTUALISIERT AM 06.10.2022-20:03



Das Atomkraftwerk Isar 2 in Bayern. Vom Ifo-Institut und der F.A.Z. befragte Ökonomen sind für einen Weiterbetrieb der verbleibenden Atomkraftwerke. Bild: dpa

Das neue Ökonomenpanel blickt auf die hohen Gaskosten: Eine Mehrheit unter VWL-Professoren ist gegen einen Preisdeckel, aber für ein Energiegeld und den Weiterbetrieb der Atomkraftwerke.

Angesichts der steigenden Energiekosten befürworten viele Wirtschaftswissenschaftler, die Haushalte zu entlasten. Allerdings lehnt eine Mehrheit unter deutschen Ökonomie-Professoren einen Preisdeckel für Strom und Gas ab und setzt stattdessen auf Energiegelder als Transferzahlungen.

Das ist das Ergebnis des neuen Ökonomenpanels des Münchner Ifo-Instituts und der F.A.Z. An der regelmäßigen Umfrage nahmen diesmal 178 Volkswirtschaftslehre-Professoren deutscher Universitäten teil, wobei nicht alle Teilnehmer jede Frage beantwortet haben.

Die befragten Ökonomen legen Wert darauf, dass Hilfen vor allem arme Haushalte und nicht alle erhalten sollen. 83 Prozent sind für weitere Entlastungen der Haushalte von den hohen Energiekosten. 68 Prozent dieser Befürworter sind für Zahlungen in Form von Energiegeldern und nur 14 Prozent für einen Strom- und Gaspreisdeckel. Als Deckel ist ein staatlicher Eingriff zu verstehen, durch den die Preise einen gewissen Wert nicht übersteigen dürfen.

Für den Kieler Till Requate könne es nur über pauschale Entlastungen gehen, die weniger kostspielig seien. „**Ein Strom- und Gaspreisdeckel wäre das Falscheste, was man jetzt machen könnte**“, schrieb er im freien Kommentarfeld der Umfrage. **Martin Biewen aus Tübingen forderte, dass in Preise als Indikatoren für Knappheit nicht eingegriffen werden sollte. Stattdessen sollten bedürftige Haushalte und Unternehmen Pauschaltransfers erhalten.**

Atomkraftwerke sollen länger laufen

Die Bundesregierung hatte vor einer Woche einen „Abwehrschirm“ angekündigt, um Verbraucher und Unternehmen wegen der steigenden Energiepreise zu unterstützen. Eine Kommission für Gas und Wärme mit Ökonomen sowie Vertretern von Unternehmen und Gewerkschaften soll rasch Empfehlungen für die Ausgestaltung der Gaspreisbremse vorlegen. Der SPD-Ko-Vorsitzende [Lars Klingbeil](#) kündigt deren Vorschläge nach der Landtagswahl in Niedersachsen am Sonntag an. „Alle wollen jetzt, dass sofort was passiert, das will ich auch, aber ich vertraue den Expertinnen und

Experten, die ein kluges Modell dann am nächsten Montag vorlegen werden“, sagte Klingbeil am Donnerstag im ZDF. **Die Maßnahme werde die Preise „wirklich massiv nach unten drücken“.**

Neben Entlastungen für die Haushalte schlagen die Teilnehmer des Ökonomenpanels eine Fortsetzung der Atomkraft vor. Zur Ausweitung des Strom- und Gasangebotes in Deutschland unterstützen 81 Prozent der Befragten den **Weiterbetrieb der drei verbliebenen Atomkraftwerke über 2022 hinaus.**

Lenkungswirkung hoher Preise erhalten

Mehr als zwei Drittel sind für den Abbau von Regularien, die den Ausbau erneuerbarer Energien erschweren, für den Bau weiterer Flüssiggas-Häfen und für den Ausbau der Übertragungsnetze beim Strom. **„Das Angebot von Strom muss ausgeweitet und die Nachfrage verringert werden“**, sagte der an der Umfrage beteiligte Ifo-Forscher Niklas Potrafke. **„Sinken wird die Nachfrage durch Preisdeckel auf Energie nicht. Vielmehr sollte die Lenkungswirkung hoher Preise erhalten bleiben und bedürftigen Haushalten und Unternehmen mit gezielten Zahlungen geholfen werden.“**

Rund zwei Drittel sprechen sich dafür aus, Anreize für Einsparungen jeweils für Haushalte und Betriebe zu setzen. Silke Übelmesser aus Jena schrieb: **„Wie auch immer die Maßnahmen konkret aussehen werden: sie sollten so zielgerichtet wie möglich die verteilungspolitischen Folgen adressieren und die relativen Preise, die wichtige Knappheitssignale sind, nicht verzerren.“**

Harald Fadinger aus Mannheim rät einerseits zur Entlastung von Haushalten mit geringem Einkommen und energieintensiven Unternehmen durch Transfers, aber andererseits zu keiner Deckelung der Preise, um Sparanreize zu geben. Er ist auch für eine Abschöpfung der Gewinne der Energieunternehmen zur Finanzierung der Transfers. **„Stattdessen kommen nun Preisdeckel und Finanzierung durch Schulden“**, schrieb er.

Mit 54 Prozent spricht sich eine knappe Mehrheit für weitere Entlastungen der Betriebe aus. Hier liegt die Zustimmung niedriger als zu den Hilfen für die Haushalte. **Die Professoren sind sich uneins darüber, ob es eine Übergewinnsteuer oder Zufallsgewinnsteuer für die Produzenten von erneuerbaren Energien, Kern- und Kohleenergie geben sollte: 46 Prozent unterstützen das Vorhaben, und 43 Prozent lehnen es ab.**

Klar benennen die Befragten die wirtschaftlichen Schwierigkeiten: 94 Prozent erwarten, dass Deutschland infolge der Energiepreiskrise in eine Rezession rutscht. 33 Prozent rechnen im Winter sogar mit Stromausfällen und Rationierungen von Strom und Gas. Hingegen erwarten 47 Prozent keine Ausfälle oder Rationierungen.

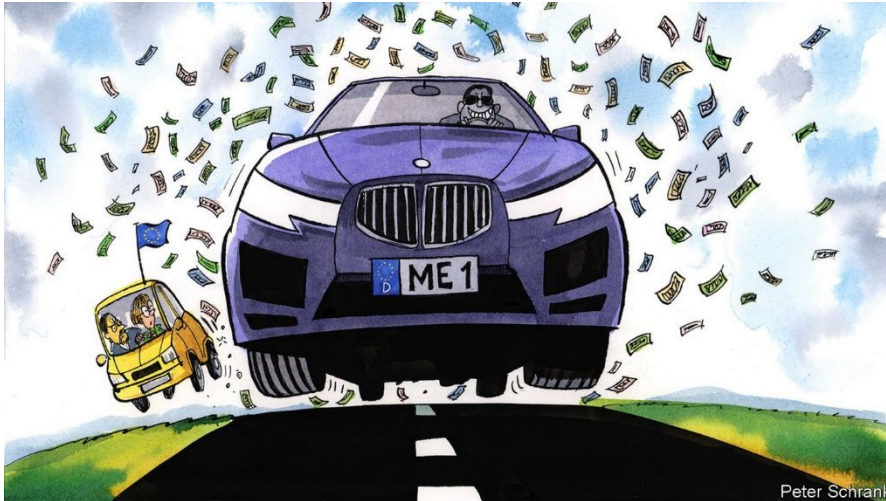
7 octobre (The Economist)

<https://www.economist.com/europe/2022/10/06/a-german-aid-package-revives-calls-for-solidarity-with-poorer-eu-countries>

Europe | Charlemagne

A German aid package revives calls for solidarity with poorer EU countries

The single market is looking wobbly



Oct 6th 2022

Imagine queuing up at a food bank only for a millionaire to rock up in a BMW and announce he is snapping up the entire supply of grub. That is roughly how Europe feels these days. Amid a continent-wide energy crunch, governments from Athens to Warsaw have spent months figuring out how to keep homes warm and factories running. European politicians have shared their best ideas, and tried to make sure whatever they did at home would not beggar their neighbours too much. The sense of everyone being in the mire together at least reinforced the unity forged in response to Russia's invasion of Ukraine. Until, that is, Germany on September 29th flashed its cash with a surprise €200bn (\$197bn) energy package to secure its own economic prospects. So long, suckers!

Governments across Europe have helped businesses and households deal with soaring power prices. Utility bills have been capped, taxes trimmed, benefits boosted. Most would love to do more, but there is only so much they can afford, especially after years of spending freely to keep the economy afloat during COVID-19. Germany last week in effect proclaimed that such limits don't apply to it. Because of healthy state finances, it can afford to borrow up to 5% of GDP to create a "protective shield" that will insulate Germans from the cost of higher energy. While everyone else in Europe will have to cut back on gas or suffer the consequences, those in Europe's biggest economy will be able to behave as if not much is going on. In case anyone felt their nose insufficiently rubbed in German success, Christian Lindner, the finance minister, proclaimed: "We are economically strong, and we mobilise that economic strength when it is needed."

A splurge that big is a problem not just because it prompts envy among the neighbours. The real problem is that a lot of the German largesse will go to businesses; precisely how much will only be known once the plan is fleshed out in the coming weeks. The result will be a large distortion to Europe's single market. How can a Spanish steelmaker, whose heavily indebted government cannot afford to shield it from high gas prices, compete with a German rival whose energy bills are being subsidised? Wait long enough and Europe's only thriving companies will be those based in countries whose governments can afford to back them.

In normal times, the eu's answer is to forbid state handouts to businesses. (Spanish football clubs have been berated by Brussels for receiving undue tax breaks: it would be unfair for taxpaying German clubs to try to compete.) State-aid rules were suspended during covid-19, as national governments bailed out everything from airlines to pizzerias. The problem of excessive generosity in Germany and other places that could afford it soon emerged. Variable domestic capacity to help was incompatible with Europe being a "level playing field" for business, the goal of decades of political effort. The way to square the circle was to spread some of Germany's financial power to the rest of the eu. Thus, as the pandemic raged, a novel form of European solidarity was agreed in the form of a €750bn bail-out fund, Next Generation eu (ngeu). The money is a form of redistribution: it is borrowed by the eu, but will in effect be paid back by its richest members while being doled out to its poorest. This gave fiscal capacity for southern Europeans to stimulate their own economies in the recovery.

Is another ngeu the answer to the German splurge? Some are laying the groundwork for it. Mario Draghi, who will soon depart as Italian prime minister but will remain the continent's economic wonk-in-chief, warned of "unjustified distortions" to the single market. Bruno Le Maire, France's finance minister, on October 3rd argued that Europe's response to the pandemic should serve as a blueprint for thinking about the energy crisis. European commissioners from France and Italy argued for some element of the game plan of 2020 to be revived as part of a "Europe of solidarity".

An ngeu 2.0 is hardly a new idea: issuing common debt at eu level is the euro-federalists' answer to every problem these days. For that reason alone it is unlikely to happen. "Frugal" countries, led by the Netherlands and to some extent Germany, only signed up to the original ngeu on the condition it be a one-off. Even claims that war on the continent and the ensuing energy mayhem are as unprecedented as covid will not abate penny-pinchers' fears that redistribution would become a standard part of dealing with any future eu recession. If countries want to spend their own ways out of recession, Germany in effect says, they are free to run up surpluses in good times. (Easy to do when you scrimp on defence for decades and guzzle cheap Russian gas, comes the response.)

Deutsche mark my words

The plan's bark may be worse than its bite. Having bigged up the €200bn figure for a domestic audience, Olaf Scholz, the German chancellor, tried to play it down for foreign consumption. The aim is still to cut energy use, the money will be spent over two years, and some might never leave state coffers. That would put German largesse on par with others, he argued. France's price cap, say, gives no incentive for households to lower their thermostat settings—though it does little for big businesses, thus limiting the harm to the internal market. In contrast Germany aims to "protect [its] economic fabric", at a time when that of others risks being torn to shreds. Worse, the rest of Europe had no idea it was coming. Many had hoped Mr Scholz would agree to an eu-wide price cap on imported gas (as will be discussed at a meeting of eu leaders on October 7th). Instead, he has served up a domestic one.

A new ngeu is unlikely while the existing scheme still has lots of money to dole out. A compromise might be to revive another covid-era eu scheme, which allowed countries with high interest rates to borrow cheaply by having their loans guaranteed by those with better finances. That would go some way towards reassuring Europeans that, although Germany is putting its own interests first, it has not entirely forgotten it is part of a union.

7 octobre (NYT)

<https://www.nytimes.com/2022/10/06/world/europe/macron-european-political-community.html>

Macron's New Europe Debuts in the Shadow of War

The French president envisions the European Political Community as a bold way for an independent Europe to flex its muscle. Whether Europe will follow his lead is unclear.



President Emmanuel Macron of France. One of the president's obsessions is ensuring that Europe not become a bystander to history, as he puts it. Credit...Christophe Petit Tesson/EPA, via Shutterstock

By [Roger Cohen](#)

Oct. 6, 2022, 12:55 a.m. ET

PARIS — Ever restless in his quest to forge a Europe of independent strength, President Emmanuel Macron of France has a new brainchild, the 44-nation European Political Community, which will convene for the first time on Thursday in Prague.

Larger than the 27-nation European Union, the new body includes countries like Ukraine and Moldova that are impatient with the long process of securing E.U. membership. A mild provocation to the United States, which was not invited, and a larger one to Russia, which sees any Western turn by countries on its border as incendiary, the association aims to give a voice to a broader Europe.

Mr. Macron believes the war in Ukraine will be long, extending well beyond the winter as Russian reinforcements reach the front. Given this prospect, officials close to him say, he is determined that Europe remain united, that it join forces to confront its energy crisis, and that it emerge from a transformative moment closer to his often-stated goal of “strategic autonomy.”

The European Political Community, which he first mentioned in May during the French presidency of the European Union, is clearly a response to these concerns. It is an idea typical of Mr. Macron: a bold, far-reaching and disruptive strategic gamble meant to stir new thinking, even if its end result and even its practicability are uncertain.

What exactly defines the Europe taking shape in Prague remains unclear. Israel will participate, as will Turkey, Iceland, Georgia and Armenia.

“We can have a debate about where Europe really ends,” Mikuláš Bek, the Czech E.U. Affairs Minister, told Czech Radio.

Prime Minister Liz Truss of Britain, who is interested in exploring ways of cooperating with Europe in a forum outside the jilted European Union, will also attend. Britain, whose post-Brexit blues have grown more acute of late, has even offered to host the next meeting after Prague, which Mr. Macron wants within six months.

Image



The newly-created European Political Community will meet in Prague Castle, above, on Thursday. Credit... Martin Divisek/EPA, via Shutterstock

President Volodymyr Zelensky of Ukraine will open the meeting with a speech delivered from Kyiv and is expected to press hard for accelerated membership in NATO and the European Union.

But one of the reasons for the new forum is precisely that such membership involves a long, cumbersome process. It appears that no nation in Ukraine's current fractured state can meet the criteria required.

For example, one condition for joining NATO, set out in Article 10 of the North Atlantic Treaty, is that any prospective member be in a position to "contribute to the security of the North Atlantic area." Mr. Macron has said Ukrainian membership in the European Union could take "decades."

More immediately, France sees the meeting as an important opportunity for discussion of energy cooperation on a continent that in February was reliant on Russia for 41 percent of its natural gas, a number now slashed to 7.5 percent through [rapid diversification](#) and Moscow's supply manipulation.

The presence of Norway and Azerbaijan, two major oil and gas producers, and the imminence of winter will ensure "this goes well beyond a photo opportunity," said a senior French official who requested anonymity in line with government practice.

She spoke as Saudi Arabia and Russia, leaders of the OPEC Plus energy cartel, [agreed](#) on Wednesday to their biggest cuts in oil production in more than two years in a bid to raise prices. The move, a demonstration of the shifting alliances the war has revealed and reinforced, was a direct rebuff to the United States and Europe, which have sought to slash Moscow's revenue from the sale of crude, in part [by capping its price](#).

Saudi Arabia appears unswayed by American outreach, including a visit in July by President Biden.



French and Romanian army soldiers during a NATO exercise in Romania last month. Credit...Daniel Mihailescu/Agence France-Presse — Getty Images

The danger, as Mr. Macron sees it, is that Europe will merely seek short-term energy solutions. American exports to Europe of liquefied natural gas have risen sharply since the war began. But the gas is expensive and dependence on it would disadvantage European industries, as compared to their American counterparts, as well as create new forms of strategic vulnerability.

One of the president's obsessions is ensuring that Europe not become a bystander to history, as he puts it, by losing control of its fate in the 21st century. The war in Ukraine has sharpened these concerns: the United States, which is essentially energy independent, and Europe, which is not, do not live the war in the same way.

France, which has already spent over \$120 billion to help industry and households through the crisis provoked by Russia's invasion of its neighbor, wants to leverage European unity to confront the crisis — by giving the European Commission in Brussels far-reaching powers similar to those it had during the COVID-19 pandemic. These might include negotiating purchases of gas at a Europe-wide level to obtain the best prices, just as with the purchase of vaccines.

Whether the war and energy crisis will spur Europe's transition away from fossil fuels, or oblige it to shelve some of its plans, is unclear. Germany is turning to increased coal production as one means to wean itself of Russian gas, a move France sees as an error induced by the so-called nuclear taboo of its neighbor.

Image



Power lines near the Bugey nuclear plant in central France. France has called for more nuclear power to increase energy independence. Credit...Laurent Cipriani/Associated Press

he French president has made clear he wants to see more electricity production on European soil. For him, the response to the war must be more nuclear power, more renewable energy, and more energy efficiency. He has announced ambitious plans to build new-generation atomic reactors in France.

How his new European "community" will react to such ideas is uncertain. Mr. Macron has a tendency to get ahead of himself in his perennial quest to shake up tired thinking. The new intergovernmental body in Prague has little in the way of formal structure.

But it will at least ensure that, instead of thinking only in terms of E.U. enlargement, with countries sometimes stuck in a waiting room for decades, Europe will have a forum for broad discussion of all the assumptions President Vladimir V. Putin's Russia has shattered.

7 octobre (The Economist)

<https://www.economist.com/europe/2022/10/06/meet-the-brand-new-european-political-community>

Europe | Yet another summit

Meet the brand-new European Political Community

Forty-four European leaders meet in Prague



Oct 6th 2022 | BRUSSELS AND PARIS

When Emmanuel Macron, France’s president, called in a speech to the European Parliament on May 9th for the creation of a “European political community” (EPC), to bring together European countries both within the EU and outside it, even the French hardly dared to hope that it would take shape less than six months later. Mr Macron fizzes with ideas about Europe, not all of which come to fruition. This one has at least got off the ground: on October 6th, at Prague castle, 44 leaders of countries from Ireland to Azerbaijan will gather for the forum’s first meeting. Few can tell for certain what this new confab is or might become, but all seem minded to give it a chance.

That so many leaders are attending the meeting is more notable than any expected agreements from the half-day affair. In part that is because of the guest list. Beyond the full rostrum of EU leaders, it includes Recep Tayyip Erdogan of Turkey, a country with iffy economic management that is nominally applying to join the EU, and Liz Truss of Britain, a country with iffy economic management that left it not so long ago. Every European country will be represented—with the exception of Belarus and Russia, for obvious reasons. (Volodymyr Zelensky of Ukraine will join by video, for equally obvious reasons).

Mr Macron’s idea is to create a regular forum for leaders on the European continent to come together outside EU structures. At meetings twice a year they would discuss not just the crises of the moment, from war to energy, but broader geopolitical challenges too. Expect plenty of talk of European “strategic autonomy” in the face of actual threats from Russia and putative ones from China.

Getting 27 EU leaders in a room together is routine. Throwing in 17 more will involve a complex diplomatic ballet. Greece and Turkey have been figuratively sniping at each other of late, even more than usual. Two other attendees, Armenia and Azerbaijan, have been literally shooting at each other in recent weeks. Kosovo is invited, even though it is not recognised as a country by a handful of other EPC attendees, including Spain. So the summit will be split into different “streams”, one on energy and climate, the other on security and peace, to avoid needless bickering. No formal conclusions will be issued; the aim is dialogue, not decisions.

Over half the non-EU attendees will be among those who hope to join its ranks one day (the others, like Switzerland and Norway, are happy outsiders, alongside Britain). The hopeful EU members at first greeted Mr Macron’s idea for this new European grouping with trepidation. Many of them interpreted it as a reheated version of a French plan laid out soon after the Berlin Wall fell in 1989, which seemed designed to keep the likes of Poland and the Baltics out of what was then called the European Economic Community and condemn them to second-class status. The French have worked hard to dispel this notion. The idea, on the

contrary, is that being a member of the EPC might become a way for countries that are hoping to join the EU itself to get some of the benefits of membership from it before the arduous application process is complete.

Is this the birth of yet another new institution on the continent? Some have pushed for the EPC to mirror the EU, for example endowing it with a secretariat, treaties and votes. But turning the new group into a sort of “EU-lite” would spook Britain. It has no interest in joining an outer circle of European integration (indeed it pushed to rebrand the meeting as a “forum”, worried that “community” sounded too clubby). Mr Macron, who does not formally chair the EPC but will have a big role in shaping it, is minded to steer away from that model, preferring a more flexible structure without needless procedural rules.

There is a fair bit of eye-rolling at the whole idea from the European diplomatic corps. Mr Macron did not consult key allies on whether they wanted such meetings; plenty think the EU already has too many of them (not to mention NATO pow-wows, the G7 and G20, the Council of Europe and so on). Many are much more focused on the informal EU summit that will immediately follow the EPC, also in Prague. A fresh package of sanctions including a price cap on Russian oil looks set to be agreed—a far more substantive outcome than the bigger meeting the day before can hope to achieve.

At the very least the EPC session may provide direction as to the future it intends to take. Partly as a sop to the British, the French have also made an effort to take their own fingerprints off the EPC. The Czechs are hosting and chairing the first meeting, because they currently hold the rotating presidency of the council of the EU. The next is expected to take place in Moldova, a country that only recently (along with Ukraine) earned the title of “candidate” to join the EU. Somewhat to French surprise, Ms Truss has not just embraced the idea by deciding to turn up, but has offered to host a future summit.

There is some hope in Paris that this meeting could also be a way to put the relationship between France and Britain in particular back on a more constructive footing. This tie was already under strain due to Boris Johnson’s threats to ignore the Brexit withdrawal agreement, and worsened when in 2021 Britain, America and Australia announced a new security pact, AUKUS, which torpedoed a French submarine contract. To French consternation, during her campaign this summer to become the Conservative Party leader Ms Truss could not find it in herself to answer the question as to whether Mr Macron was a friend or a foe. With Britain no longer at the EU table, many officials on both sides of the Channel feel that the loss of regular exchanges that arise from structured meetings has had lasting damage.

Mr Macron had at one point hoped that Britain might stay in touch with its EU partners via a “European Security Council” including France, Britain and Germany, but that idea fizzled. Ms Truss’s decision to go to Prague is seen in Paris as a welcome gesture. There is even talk of holding a bilateral Franco-British summit next year—a full five years after the most recent one. It may well be that the EPC turns out to be unwieldy, impractical and unproductive. But, if nothing else, having some sort of forum in which Britain can stay in touch with other Europeans more regularly could be reason enough to keep it going.